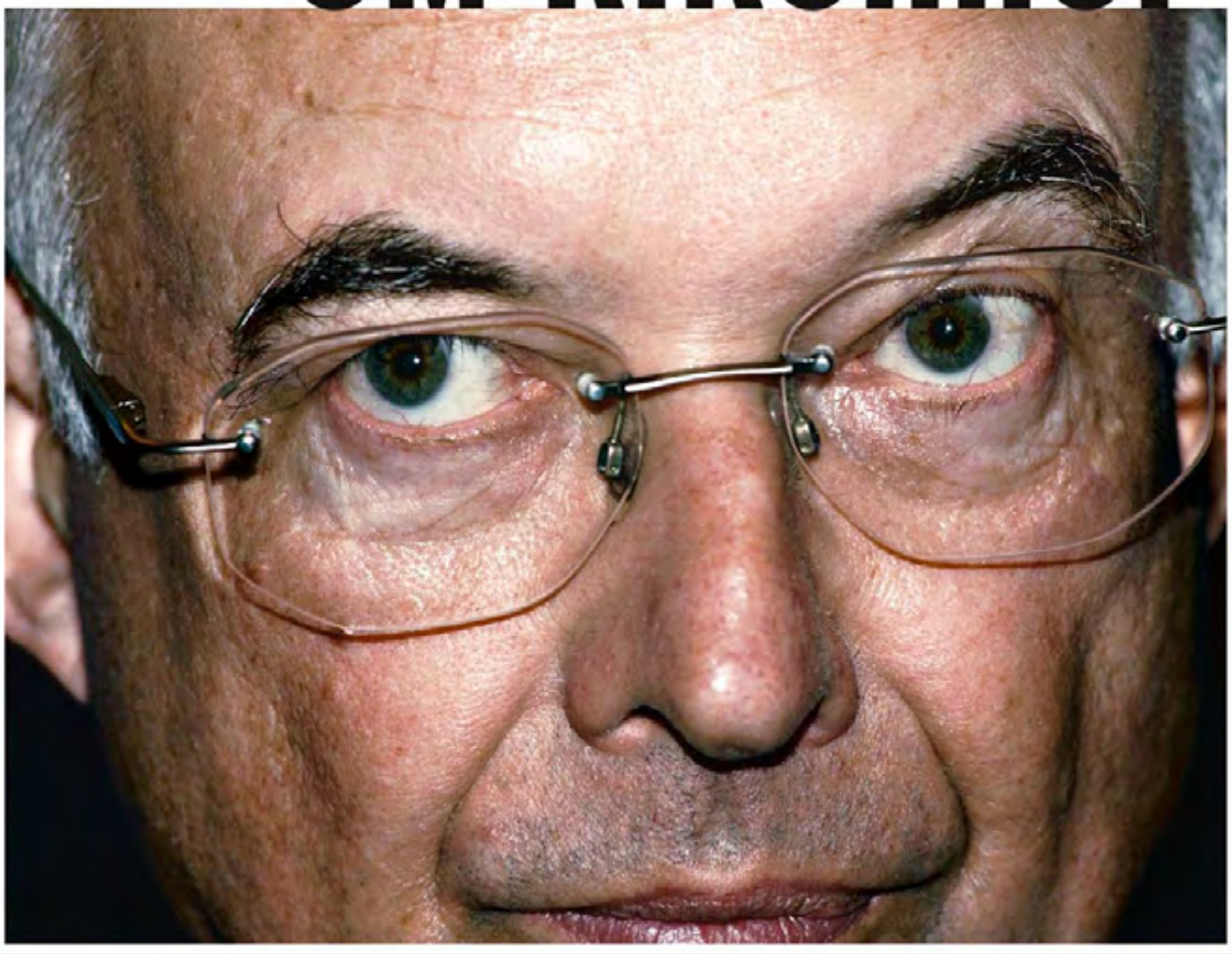
DER SPIEGEL

Nr. 37/12.9.05
Deutschland: 3,40 €

4 190700 703403 37

WAHLSCHLACHT UM KIRCHHOF



www.spiegel.de

Hausmitteilung

12. September 2005 **Betr.: IAA, Mafia**

Japanische Autokonzerne haben SPIEGEL-Redakteur Christian Wüst, 41, in den vergangenen Jahren immer mal wieder Innovationen präsentiert, die sich nicht durchsetzen konnten: technisch sinnlose Allradlenkungen etwa oder Magermotoren mit Direkteinspritzung, die den Beweis für ihre Sparsamkeit bis heute schuldig blieben. Anders verhält es sich mit der Hybrid-Technik, bei der Elektromotor und Benzinmotor zusammenwirken. „Ein völlig neues Fahrerlebnis, der Wagen fährt nahezu geräuschlos an“, sagt Wissenschaftsredakteur Wüst, seit zwölf Jahren Auto-Experte beim SPIEGEL. „Für klassische Autoliebhaber ist es vielleicht eine Enttäuschung, wenn beim Anlassen kein Motor brummt, aber der Benzinspareffekt ist dafür belegt.“ In Japan und in den USA ist die Hybrid-Technik längst auf dem Vormarsch, deutsche Autobauer haben den Trend verschlafen. Nun geben sie dem Thema auf der am Donnerstag beginnenden Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt am Main breiten Raum und kündigen die Entwicklung eigener Modelle an (Seite 174). Vielleicht hilft dies der in weiten Bereichen lahmenden deutschen Autoindustrie mit aus jenem Tief, in das Missmanagement und Fehlinvestitionen sie geführt haben. „Die Konzerne gehen jetzt mit Macht an die Sanierungsarbeiten“, so SPIEGEL-Redakteur Dietmar Hawranek, 48, der seit 19 Jahren die wirtschaftliche Entwicklung der Automobilindustrie beobachtet und beschreibt. Deutschland sei nicht zwangsläufig ein schlechter Standort, so Hawranek: „BMW und Porsche zeigen ja, dass man hier durchaus erfolgreich produzieren kann“ (Seite 98).


DER SPIEGEL

Hawranek, Wüst



Die Mafia ist bekanntermaßen eine äußerst verschwiegene kriminelle Organisation. Wer gegen die Omertà, das Schweigegelübde, verstößt, ist so gut wie tot. Einer hat nun geplaudert, und er lebt noch – dank des italienischen Zeugenschutzprogramms. Der Mann heißt Giorgio Basile, 45, ein Gastarbeiter-Sohn aus dem Ruhrgebiet. Er soll im Auftrag der kalabrischen ’Ndrangheta rund 30 Menschen ermordet haben. Im Mai 1998 war Basile von der deutschen Polizei in Kempten festgenommen worden. Seitdem redet er und hat damit schon viele Mafiosi in Italien hinter Gitter gebracht. Auf verschlungenen Wegen, per E-Mail und über ständig wechselnde Mobiltelefonnummern, ist es SPIEGEL-Redakteur Andreas Ulrich, 42, gelungen, Kontakt zu dem Mann, den sie „Engelsgesicht“ nannten, aufzunehmen und die Lebensbeichte des Mafia-Killers zu protokollieren. Ulrich recherchierte zudem bei deutschen Fahndern und Zeitzeugen sowie bei der italienischen Anti-Mafia-Staatsanwaltschaft. So gelang eine authentische und bislang nie beschriebene Innenansicht der Verbrecherorganisation. Der SPIEGEL druckt eine Zusammenfassung (Seite 152). Die ganze Geschichte („Das Engelsgesicht“) ist jetzt als SPIEGEL-Buch bei DVA erschienen und kostet 19,90 Euro.

Die nächste SPIEGEL-Ausgabe wird wegen der Bundestagswahl bereits am Samstag, dem 17. September, verkauft und den Abonnenten zugestellt. Über den Ausgang der Wahl informiert der SPIEGEL in einem Sonderheft. Die 76 Seiten starke Ausgabe kommt ab Montagabend, dem 19. September, in den Handel und kostet zwei Euro.

In diesem Heft

Titel

Die neue K-Frage – wie Paul Kirchhof den Wahlkampf beherrscht 22
Das deutsche Steuerrecht bietet Großverdienern eine Menge Schlupflöcher 37
Finanzminister Hans Eichel kämpft – nicht nur gegen seinen professoralen Widersacher 40

Deutschland

Panorama: Genossen planen Gabriels Comeback / USA blockierten Fluthilfe / Länder wollen Klinikärzte besser bezahlen 17
Innovationen: Interview mit Siemens-Aufsichtsratschef Heinrich von Pierer über seine Reformpläne für die Union 42
CDU: Der Pakt zwischen Kohl und Merkel 44
Linkspartei: Wie Gregor Gysi die Eitelkeiten Oskar Lafontaines erträgt 46
Wahlen: Welche Folgen hat die verschobene Abstimmung in Dresden? 50
Politiker: Der verstoßene CDU-Rechtsaußen Martin Hohmann will seiner alten Partei deren Hochburg Fulda abjagen 52
Justiz: Sparpolitik der Länder gefährdet die Aufklärung von Mord und Totschlag 54
Kriminalität: Fememord an einer jungen Muslimin aus Berlin 58

Serie

Wege aus der Krise, Teil VIII: Wie der Staat dem bundesdeutschen Kindermangel begegnen könnte 62

Gesellschaft

Szene: Buch über das Doppelleben junger Türkinnen in Deutschland / Kriegsfotos von US-Soldaten im Internet 74
Eine Meldung und ihre Geschichte 76
Psychiatrie: Jahrelang kämpfte Waltraud Storck vor Gericht darum, nicht verrückt zu sein – und bekam recht 78
Ortstermin: In Berlin sagte Roman Herzog wieder, was zu tun ist 93

Wirtschaft

Trends: Siemens will Tausende Jobs abbauen / Hedgefonds greifen erneut TUI an / Billiggewerkschaft macht Ver.di Konkurrenz 95
Autoindustrie: Die Krise vieler Konzerne ist kein Standort-, sondern ein Managementproblem 98
Affären: Hat Ex-VW-Vorstand Peter Hartz das Lustreisen-System mit initiiert? 100
Karrieren: FDP-Vize Brüderle kämpft zum dritten Mal um das Wirtschaftsministerium 102
Banken: Aufsichtsräte der HypoVereinsbank machen gegen die geplante Übernahme mobil ... 104
Energie: SPIEGEL-Gespräch mit dem Gasprom-Chef Alexej Miller über die Ostsee-Pipeline und steigende Rohstoffpreise 106
Weshalb die Entkoppelung von Gas- und Ölpreis kaum zu realisieren ist 108

Ausland

Panorama: Ex-Weltbank-Chef Wolfensohn über die Zukunft der Wirtschaft im Gaza-Streifen / Syriens Kurden pochen auf Eigenständigkeit / Flüchtlingszahlen in Spanien rückläufig 115
USA: „Katrina“ erreicht das Weiße Haus 126
Mit Entsetzen entdecken die USA die wachsende Armut im eigenen Land 128
Der Polizeichef von New Orleans wird zum Boss einer leeren Stadt 131



Schröder



S. RHEKER / ATTENZIONE (L.); M. BRANDT / DDP (R.)

Kirchhof, Merkel

Kampf um Kirchhof

Seiten 22 bis 40

Paul Kirchhofs kühne Vision eines einfachen Steuersystems sollte der CDU-Kandidatin Angela Merkel den Wahlsieg sichern. Stattdessen wird der Professor zunehmend zur Belastung, und Amtsinhaber Gerhard Schröder fühlt sich im Aufwind.

Linke Rivalen

Seite 46

Gregor Gysi und Oskar Lafontaine locken in Ost und West Tausende auf die Marktplätze. Doch im Wahlkampfendspurt zeigt das Bild des linken Erfolgsduos erste Risse. Viele PDS-Genossen fürchten die Übernahme ihrer Partei durch den Ex-SPD-Vorsitzenden. Gysi gibt sich duldsam und erträgt dessen Machtanspruch.



MICHAEL WALLRATH / ACTION PRESS

Gysi, Lafontaine

Zu Unrecht weggeschlossen

Seite 78

Waltraud Storck ist die erste deutsche Psychiatrie-Patientin, die vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg recht bekommen hat. Sie verbrachte Jahre in Anstalten, weil ihr Vater es so wollte, und muss nun entschädigt werden.

Land ohne Nachwuchs

Seite 62



HUBER / LAIF

Deutschland hat zu wenig Kinder – mit fatalen ökonomischen Folgen. Viele Paare warten mit dem Kinderkriegen, bis es zu spät ist. Der letzte Teil der SPIEGEL-Serie „Wege aus der Krise“ analysiert, wie der Staat nach dem Beispiel anderer Länder Westeuropas helfen könnte.

Familie mit Kind



JAKE PRICE / WPN

Evakuierung einer Überlebenden in New Orleans

Sturm nach dem Hurrikan

Seiten 126 bis 131

Während die Polizei das verseuchte New Orleans räumt, versucht US-Präsident Bush, den schweren Vorwurf der Führungsschwäche zu entkräften. Doch Hurrikan „Katrina“ enthüllte auch katastrophale Armut – mitten in der Weltmacht des Wohlstands.

Die Rückkehr der Sepsis

Seite 180

Ärzte schlagen Alarm: An Blutvergiftung sterben fast wieder so viele Deutsche wie am Herzinfarkt – und die Zahl der Opfer steigt. Neue Therapien könnten Tausende Leben retten; doch viele Sepsispatienten werden falsch behandelt.

Hohe Preise, sichere Energie

Seiten 106, 140

Gleich mit zwei Schwergewichten des internationalen Energiemarkts sprach der SPIEGEL über die scheinbar unabänderlichen Steigerungen der Öl- und Gaspreise. Während Alexej Miller, Chef der russischen Gasprom, mit deutschen Partnern eine Ölpipeline durch die Ostsee plant und damit „ein Stück Zuverlässigkeit“ verspricht, will Opec-Generalsekretär Adnan Schihab al-Din die Verbraucher beruhigen: „Wir rechnen nicht damit, dass die Preise weiter steigen.“



HANS-JÜRGEN BURKARD / BILDERBERG

Erdölanlage in Saudi-Arabien



CONSTANTIN FILM

Jenseits von Afrika

S. 212

„Die weiße Massai“, Schicksalsbeichte der Schweizerin Corinne Hofmann über ihre Ehe mit einem kenianischen Krieger, wurde ein Bestseller. Nun zeigt die aufwendige Verfilmung (Titelrolle: Nina Hoss) Lieben und Leiden im afrikanischen Busch.

Hoss in „Die weiße Massai“

Opec: Generalsekretär Adnan Schihab al-Din über die Folgen der Unwetterkatastrophe in den USA und die steigenden Ölpreise 140
Ukraine: Die Revolution in Orange entzweit ihre Eltern 144
Tonga: Rebellion im Südseeparadies 146
Kosovo: Hoffnung auf Unabhängigkeit 148
Italien: Sie nannten ihn „Engelsgesicht“ – die Lebensbeichte eines Mafia-Killers aus Deutschland 152
Kongo: Die Rückkehr eines Warlords 161
Vatikan: Fallacis heimliche Visite beim Papst ... 162

Sport

Basketball: Bundestrainer Dirk Bauermanns heikle Mission 164
Fußball: Wie die Champions-League-Clubs nach den Stars von morgen fahnden..... 167

Wissenschaft · Technik

Prisma: Pferdemedizin als Partydroge / Windräder zerhacken Seeadler 171
Automobile: Deutsche Hersteller entdecken den Hybridmotor 174
Filmtechnik: 3-D-Kinos vor dem Durchbruch? 178
Medizin: Blutvergiftung – der unterschätzte Killer 180
Tiere: Termiten sollen helfen, saubere Energie zu erzeugen 188

Kultur

Szene: Experten kritisieren Liebermann-Versteigerung / Junge Klassik-Stars bringen Kindern Lust an der Musik bei 191
Zeitgeist: Die Neuorientierung der Intellektuellen vor der Wahl 194
SPIEGEL-Gespräch mit dem Historiker Hagen Schulze über das schwierige Nationalgefühl der Deutschen 198
Bestseller 203
Buchmarkt: US-Literaten verarbeiten die Folgen der Anschläge vom 11. September 204
Philosophen: Heideggers intime Briefe an seine Frau 206
Musiktheater: Die „Barbaren“-Oper des Minimalisten Philip Glass in Erfurt 208
Pop: Neue Songs des verbiesterten Ex-Beatle Paul McCartney 210
Kino: Aufwendige Verfilmung des Bestsellers „Die weiße Massai“ 212

Medien

Trends: Interview mit dem Werbe-Altmeister Reinhard Siemes über platte Polit-Slogans / Konzerne starten Standort-Kampagne 215
Fernsehen: Vorschau / Rückblick 216
TV-Sender: Die Fernsehmanagerin Catherine Mühlemann will MTV und Viva reformieren 218
DVD: Dokumentarfilm über umstrittene Vergewaltigungen 220
Unterhaltung: Abschied vom TV-Pfarrer Jürgen Fliege 222

Briefe 10
Impressum, Leserservice 224
Chronik 225
Register 226
Personalien 228
Hohlspiegel / Rückspiegel 230

TITELBILD: Foto Ralf Succo / Action Press



SPIEGEL-Titel 36/2005

„Wenn ich mir ansehe, wie Amerika bei diesem (längst angemeldeten!) verheerenden Hurrikan reagiert und gehandelt hat, dann trifft man zu Recht die Feststellung, dass diese Supermacht gar nicht so super ist!“

Georg Lorenz aus Heusenstamm in Hessen zum Titel „Der Untergang von New Orleans“

Schauen wir genau hin!

Nr. 36/2005, Titel: Der Untergang von New Orleans

Die amerikanische Gesellschaft muss sich die Frage gefallen lassen, warum gerade bei ihr eine Naturkatastrophe dazu führt, dass nach relativ kurzer Zeit alle zivilen Schranken fallen und eine Stadt in Chaos und Anarchie versinkt, während die asiatische Gesellschaft bei der Bewältigung der Tsunami-Katastrophe nicht diese Aggressivität und Brutalität vermittelte, sondern ganz im Gegenteil eher durch große Hilfsbereitschaft untereinander auffiel.

Berlin — Kay-Uwe Goldbach

„The Big Easy“ ist selber schuld, dass so viele Einwohner von New Orleans in ihrer Stadt ausgeharrt haben. Allzu bedauernswert sind sie nicht. In der Mehrheit haben sie bewusst entschieden zu bleiben. Autos, auch wenn weniger als sonst wo, gab’s genug. Und auch wenn die Leute sich kein Motel leisten können, es gibt Verwandte und Bekannte. Warum haben sie nicht auf die ausdrücklichen Warnungen gehört? „The Big Easy“ heißt auch, etwas auf die leichte Schulter nehmen; der Staat wird’s schon richten. Diese Versorg-mich-Mentalität war jedoch fatal.

Berlin — Alan Benson

Ein heilsamer Effekt der Zerstörungen durch diesen und wahrscheinlich weitere Hurrikane wäre, dass der selbstgefällige Voodoo-Magier des American Way of Life namens Bush und seine Kurzstrecken-Kreationisten mal einen deutlichen Dämpfer kriegen. Denn die wollen ihre Leute und letzten Endes uns alle von dringend zu lösenden Aufgaben ablenken. Weil sie ihr Geld für was anderes brauchen: sich einen Riesen-Heiligenschein zu basteln.

Bingen (Rhein) — Christoph Müller-Luckwald

Für uns in Deutschland sind die Lehren aus dem Hurrikan-Desaster eine wichtige Botschaft vor der Wahl am 18. September: Schauen wir genau hin, welche Kandidaten sich mit welchen Ideen zu Reformen unseres Sozial- und Gesundheitssystems äußern. Die USA haben spätestens seit „Katrina“ als Beispiel ausgedient.

Bad Cannstatt (Bad.-Württ.) — Günther Rohm

Bei all der Leichtigkeit in New Orleans hatte man keine Zeit zur Vorsorge. Man hat nicht gelernt, sich selbst zu helfen, jetzt müssen andere helfen, und zwar sofort. Irgendwie erinnert mich das an die Fabel von der Grille und der Ameise.

Cloppenburg (Nieders.) — Johannes Taphorn



NICHOLAS KAMM / AFP

Hurrikan-Opfer vor dem Superdome: *Chaos und Anarchie*

Die für uns manchmal merkwürdig aussehende Religiosität der US-Amerikaner scheint mir in einem Zusammenhang mit der Katastrophe in New Orleans zu stehen. Der auch vom Präsidenten oft gebrauchte Satz „Gott schütze Amerika“ steht für ein unerschütterliches Gottvertrauen, das menschliche Anstrengungen überflüssig macht. Die Gleichgültigkeit gegenüber den sozial Schwachen, die sich nicht aus eigener Kraft in Sicherheit bringen konnten, findet eine Erklärung in dem Grundsatz: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott.“ Im Ganzen liefern die USA in New Orleans ein Bild, das einer kultivierten Nation unwürdig ist.

Wolfsburg — Helmut Woitas

Bush ist fähig, lebensvernichtende Pläne präzise auszuarbeiten, aber er schafft es nicht, seine eigene Bevölkerung schnell und wirksam mit dem Notwendigsten lebenserhaltend zu versorgen. Es mag daran liegen, dass Patriotismus und Pathos, vor allem aber Profit besser vor militärischem Hintergrund zu verwirklichen sind als mit Vorsorge für ärmere Bevölkerungsschichten. Auch Umweltschutz ist Heimatschutz.

Gummersbach (Nrdrh.-Westf.) F. L. Winkelhoch

Wenn Sie schreiben, die Katastrophe hätte mit der globalen Erwärmung nichts zu tun, so ist diese Aussage wissenschaftlich unhaltbar und politisch fatal. Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Zahl und Stärke von Hurrikan mit der globalen Erwärmung gilt in Fachkreisen zwar momentan als noch nicht beantwortbar. Aber es gibt durchaus Argumente dafür, eine Verstärkung dieser Naturkatastrophen in einer wärmeren Welt zu erwarten. Politisch fatal ist, dass damit das Bedürfnis vieler bedient wird, sich selbst nicht durch die Veränderung des Weltklimas bedroht zu fühlen.

Hilden (Nrdrh.-Westf.)
Dr. Axel Schmitz

Es wird in deutschen Medien behauptet, nur die Wohlhabenden hätten die Stadt verlassen können. Ja, aber weil die aus liberalen Schwarzen bestehende Stadtregierung von New Orleans versagt hat. Warum hat sie beispielsweise nicht alle Schulbusse und Züge benutzt, um Menschen zu evakuieren? Jetzt beschuldigt sie die Bundesregierung, um von ihrer eigenen Inkompetenz abzulenken.

Georgia (USA) — Claus Franzkowiak

Welche Soforthilfe haben die Vorstände der globalen Konzerne, die internationalen



Titel: Berberfürst Pascha al-Glaui

Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL vom 14. September 1955

Bonner Delegation auf Moskau-Besuch Selbstbewusstes Werben der Sowjets. **Adenauer spricht sich für das Saarstatut aus** Die Saar-CDU propagiert ein Nein. **Lohn-Preis-Spirale soll beeinflusst werden** Gewerkschafter wollen Hochkonjunkturphase nutzen. **Hochhausbau in Berlin** Atomkriegsangst muss berücksichtigt werden. **Teurer Film „Lola Montez“** In deutscher, englischer und französischer Fassung gedreht. **Rettung der Lüneburger Heide** Esst mehr Heidschnucken!

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter **www.spiegel.de** oder im Original-Heft unter Tel. 08106-6604 zu erwerben.

Weltorganisationen und die Großaktionäre, die mit ihren Investitions-, Produktions-, Klimaschutz- und Standortentscheidungen weltweit über das Schicksal der Menschen entscheiden, den Opfern der Hurrikan-Katastrophe geleistet?

WIEN DR. ERICH SCHÄFER

Ist man Zyniker, wenn man feststellt, dass ein Bruchteil der Tausende von Milliarden Dollar für Rüstung und Krieg ausgereicht hätte, das Desaster zu verhindern? Und Mississippi, Louisiana und Alabama sind halt eben nicht Florida.

WESTENDORF (BAYERN) FRANZ TOBIASCH

Die Katastrophe hat aufgedeckt, was das Wesen der Menschen ausmacht. Da zeigt sich Selbstsucht, die über Leichen geht. Was wird bei uns ans Licht kommen?

ALSBACH (HESSEN) HORST GÖBEL

Man muss diese Stadt aufgeben. Da sie nur existieren kann, wenn riesige Pumpen laufen und Energie verschwendet wird, hat sie keine Zukunft.

KÖLN VEIT HENNEMANN

Ohne jeden Biss

Nr. 35/2005, Wahlkampf: SPIEGEL-Streitgespräch mit CSU-Chef Edmund Stoiber und Linkspartei-Spitzenkandidat Oskar Lafontaine

Bei der direkten Konfrontation der beiden Kontrahenten ist bei den Löhnen eindeutig Lafontaine auf dem richtigen Weg. Denn: Wenn die Löhne nicht schnellstens um mindestens 15 Prozent angehoben werden, gehen in zwei bis drei Jahren in Deutschland die Lichter aus.

BERLIN WOLFGANG KULLRICH

Mit diesem Interview hat sich Lafontaine endgültig als ökonomischer Dilettant geoutet. Er behauptet, nicht die Lohnhöhe, sondern die Lohnstückkosten seien für die Wettbewerbsfähigkeit entscheidend. Lohnstückkosten bezeichnen das Verhältnis von Lohn und Produktion. Ein Unternehmen, das überzogene Tarifabschlüsse nicht verkraften kann, entlässt Mitarbeiter. Dann stimmen die Lohnstückkosten wieder, aber die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Mit dieser Milchmädchenrechnung betrügen sich die Gewerkschaften seit Jahren selbst, setzen zu hohe Löhne durch und steigern so die Arbeitslosigkeit.

MANNHEIM JOHANNES DISCH

Wie kann man sich nur so humorlos über Lafo erregen? Der will doch nur spielen. Der tut doch nichts. Dem kommt man doch eher satirisch bei.

FRANKFURT AM MAIN MICHAEL KLINKSIEK

Ein klarer Punktsieg Lafontaines, des Frustrierten von der Saar, über Stoiber, den Frustrierten von der Isar. Doch was hat unser Land davon, wenn zwei Dummschwätzer aufeinander losgehen und der eine etwas weniger dumm schwätzt als der andere?

IRSEE (BAYERN) TORSTEN BERNDT

Die beiden Kontrahenten diskutierten mit der Rückwärtsgewandtheit traumatisierter Kriegsveteranen – bedauerlich, aber typisch für die aktuellen Politikerdiskussionen, die trotz oder wegen der gesellschaftlichen Lage inhaltlich erschreckend dürftig sind.

STUTTGART MICHAEL OBERMANN

Man konnte den Eindruck gewinnen, Edmund Stoiber habe seine Zähne auf dem Nachttisch liegen gelassen. Diese Diskussion war ohne jeden Biss. Kein Wort davon, dass Lafontaine das West-Feigenblatt der Partei ist, die die Morde an der innerdeutschen Grenze zu verantworten, den Krieg, den der große Bruder gezielt gegen afghanische Kinder führte, abgenickt und jahrelang Millionen von Menschen mit ihrem Sozial-Valium für dumm verkauft hat! Heute ist es das soziale, kuschlige Rundum-Wohlfühlpaket. Finanzierung? Egal!

NEUSTADT DETLEF GEERTS



MONIKA ZUCHT / DER SPIEGEL

Kontrahenten Lafontaine, Stoiber: *Frustrierte von Saar und Isar?*

Von allen guten Geistern verlassen

Nr. 35/2005, Prisma: Homöopathie ohne Wirkung

Da echte Homöopathie von vornherein so angelegt ist, dass es auf das Individuelle jedes Falles ankommt, gibt es keine große Zahl vergleichbarer Fälle. So frage ich mich, ob es sich bei dem, was untersucht wurde, überhaupt um Homöopathie gehandelt hat.

FLADUNGEN (BAYERN) KATHRIN SIEPER



ACTION PRESS

Homöopathische Arznei (vergrößert) *Den eigenen Größenwahn im Zaum halten*

Null Ahnung, aber große Töne spucken. Ein Schulmediziner misst ein Medikament immer nur nach dem Gehalt der Substanz, aber Homöopathie gibt dem Körper lediglich durch Schwingungen einen Selbstheilungsimpuls. Dass sie erfolgreich bei Babys, Tieren und Pflanzen angewandt wird, ist diesen Medizinern offenbar neu, oder glauben sie, eine Kuh, der Homöopathie verabreicht wird und die gesund wird, leide an Einbildung?

BAD BOCKLET (BAYERN) MARGOT SCHOLZ

Wieder einmal ein Don Quijote der Schulmedizin. Wer sind wir – die Patienten, denen die Homöopathie Linderung, Heilung, Hilfe verleiht? Wir sind objektiv nicht vorhandene Gespenster, offensichtlich. Herr Egger ist von allen guten Geistern verlassen.

BALDUINSTEIN (RHLD.-PF.) UTE HALLASCHKA

Ende der Homöopathie? Vielleicht der Anfang einer „neuen Homöopathie“! Einer Homöopathie, die sich selbstkritisch mit ihren Widersprüchen auseinander setzt, die sich aus der Sektiererei von Jüngern befreit, die sich nicht scheut, ihre Erfolge an den Kriterien der „Evidence based medicine“ messen zu lassen, die dabei die Erkenntnisse der modernen Wissenschaften in ihr Lehrgebäude integriert und die vor allem den eigenen Größenwahn im Zaum hält.

HERRSCHING (BAYERN) DR. H. HÜMMER, DR. C. WOLF

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

In der Heftmitte befindet sich in einer Teilauflage ein achtseitiger Beihefter der Firma Chrysler, Berlin, sowie in der künstlichen Heftmitte vorn in der Gesamtauflage ein achtseitiger Beihefter der Firma CMLC (Camel), Rheda-Wiedenbrück. Eine Teilauflage enthält einen Postkartenbeikleber der Firma Lands’ End, Mettlach. In einer Teilauflage befinden sich Beilagen der Firmen Weltbild Verlag, Augsburg, PLAN INTERNATIONAL, Hamburg, Salzburger Land, Salzburg, UPC Telekabel, Wien, sowie eine Beilage des SPIEGEL-Verlags/Abo, Hamburg.

SPD

Genossen für Gabriel

Der frühere niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel hat einflussreiche Fürsprecher für seinen Aufstieg in die Parteispitze gefunden. Bei einem Treffen am Rande des SPD-Parteitags Ende August im Berliner Estrel-Hotel verständigte sich eine kleine Runde hochrangiger Genossen darauf, den Niedersachsen in seinen Ambitionen auf ein Spitzenamt zu unterstützen. Bei dem Treffen



FRANK OSSENBRINK

Gabriel, Müntefering



MICHAEL H. EBNER

Bundesparteizentrale der SPD in Berlin

waren neben Gabriel selbst die Ministerpräsidenten Matthias Platzeck und Kurt Beck anwesend, als Initiator des Treffens Martin Schulz, Chef der Sozialdemokraten im Europaparlament, sowie der bayerische Oppositionschef Franz Maget. In dieser Woche soll der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Beck bei Parteichef Franz Müntefering vorsprechen. Beck will sondieren, wie sich Müntefering die Zukunft der Spitze von Partei und Fraktion vorstellt. Er soll sich absprachegemäß auch dafür einsetzen, dass die Parteilinke Andrea Nahles, 35, in die Parteispitze aufrückt. Interesse hat der wortgewaltige Gabriel insbesondere am Posten des Generalsekretärs, den Amtsinhaber Klaus Uwe Benneter aller Voraussicht nach beim Parteitag im November in Karlsruhe zur Verfügung stellen wird. Benneter gilt als glückloser Parteigeneral, die Verdienste an der derzeitigen SPD-Aufholjagd im Wahlkampf werden anderen zugeschrieben. Gabriels Handicap: Er hatte bisher kaum Fürsprecher innerhalb der Partei. Für den Posten des Generalsekretärs interessieren sich zudem der amtierende Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel sowie Nahles. Beide haben den Vorteil, dass sie in der Gunst des Parteivorsitzenden deutlich höher stehen als Gabriel. Der hatte Müntefering in den vergangenen Monaten wiederholt durch Kritik an der Parteiorganisation oder auch am Wahlmanifest verärgert. Müntefering hat von seinen personellen Überlegungen bisher nichts durchblicken lassen. Sein Kernsatz zur Generationenfrage: „Ich möchte einen geordneten Übergang hinbekommen." In Frage käme Gabriel ebenfalls für das Amt eines stellvertretenden Parteivorsitzenden, nachdem Wolfgang Clement sein Ausscheiden bereits angekündigt hat. Als Kandidat für das Amt gilt auch – insbesondere im Fall einer Regierungsbeteiligung der SPD – der ehemalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Peer Steinbrück.

GEWERKSCHAFTEN

Merkel macht DGB Zusagen

Unionskanzlerkandidatin Angela Merkel will im Fall einer schwarz-gelben Koalition an dem bisherigen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit festhalten und die Spitze des Hauses aus den Reihen der CDU/CSU besetzen. Der FDP soll die Führung des Superministeriums keinesfalls überlassen werden. Eher würde sie das Haus dann doch aufteilen, sicherte Merkel vorigen Dienstag den Spitzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) bei ihrem Treffen in Berlin zu. „Gehen Sie davon aus, dass Sie sich auf die Union verlassen können", sagte Merkel Teilnehmern zufolge. Mit ihrem Versprechen will die Parteivorsitzende Sorgen der Arbeitnehmer-Bosse zerstreuen. Diese fürchten um ihren Einfluss auf die Arbeitsmarktpolitik, falls ein Liberaler das Superministerium übernehmen sollte. Lieber sähen sie Saarlands Ministerpräsidenten Peter Müller (CDU) auf dem Posten. Er gilt in der Union als Gewerkschaftsfreund.



KARL-BERND KARWASZ

Merkel

LINKSPARTEI

Dramatischer Appell

Um den negativen Trend in den Umfragen zu brechen, setzt die Linkspartei in der Schlussphase auf einen „48-Stunden-Dauerwahlkampf“. In einem dramatischen Appell an die Parteimitglieder hat Wahlkampfchef Bodo Ramelow sie dazu aufgerufen, vom Freitag, dem 16. September, bis zum Wahlsonntag permanent Wahlkampf zu führen. Der Grund: Ein Teil der Anhängerschaft habe „unter dem Eindruck der Kampagnen der großen Parteien inzwischen wieder zu zweifeln begonnen“, so Ramelow. Die Wahlkämpfer sollten deshalb nun in einen Kampf Mann gegen Mann eintreten. Sie sollten „das persönliche Gespräch mit dem Nachbarn“ führen, potentielle Wähler ansprechen – ob im Wartezimmer des Arztes, auf der Straße, in der Bahn oder beim Friseur. Außerdem sollten



MICHAEL URBAN / DDP

Anhänger der Linkspartei (in Bernau)

Wähler per Telefon, SMS oder E-Mail erreicht werden. Die Genossen werden auch zum Rapport an die Internet-Wache in der Parteizentrale aufgefordert. In dem Brief heißt es dazu: „Jede Meldung nach dem Motto: ‚13 Uhr: habe sieben Bayern auf Urlaub am Potsdamer Platz gewonnen‘ oder ‚23 Uhr: Infostand auf der Reeperbahn‘“ würde sofort ins Netz gestellt.



Entladung von Hilfsgütern auf dem US-Stützpunkt Pensacola (Florida)

AMERIKA-HILFE

Annahme verweigert

Die Bundesregierung musste die Lieferung von Lebensmitteln für die Flutopfer im Süden der USA Ende voriger Woche stoppen, zumindest vorübergehend. Der Grund: Das amerikanische Landwirtschaftsministerium hatte die Einfuhr der „Einmannpackungen“ (EPa) der Bundeswehr verboten. Auch die Verteilung von Notrationen aus anderen Ländern wie Großbritannien und Russland wurde untersagt. Die US-Regierung befürchtete, dass mit der Militärkost die Rinderseuche BSE eingeschleppt werden könnte. Ein mit 15 Tonnen EPa beladener Airbus der Luftwaffe erhielt trotz intensiver Bemühungen des Auswärtigen Amts keine Überfluggenehmigung für die USA. Am Freitagmorgen wurden die deutschen Care-Pakete in Köln-Wahn wieder ausgeladen und in ein Depot gebracht. Dabei hatte sich der neue US-Botschafter William Timken bereits mehrfach für die ersten 20 000 EPa bedankt, die „schon von Flutopfern verzehrt werden“. Die etwa zwei Kilo schweren Tagesrationen enthalten Fertiggerichte wie Hamburger, Gulasch mit Kartoffeln oder Nudeln mit Tomatensauce, Wurstkonserven, Marmelade und Getränkepulver. Militärs am US-Stützpunkt Pensacola in Florida, wo die deutschen „Rosinenbomber“ (Bundeswehr-Eigenlob) bisher landeten, bezweifeln die offizielle Begründung der Amerikaner. In Wirklichkeit wolle die Bush-Regierung weitere für sie peinliche Bilder von Lebensmittellieferungen aus Europa vermeiden. Tatsächlich sind die deutschen EPa sogar von der Nato als BSE-frei zertifiziert und werden bei gemeinsamen Einsätzen – wie in Afghanistan – auch von US-Soldaten gegessen. Aufgeschreckt durch eine Anfrage des SPIEGEL, erklärte die US-Botschaft am Freitagabend, die Sperre für EPa werde wieder aufgehoben. Offen blieb jedoch, ob die Hilfsflüge der Bundeswehr wieder aufgenommen werden dürfen.

ERINNERUNG

Kirchen contra Vertriebenenzentrum

In der Debatte um ein vom Bund der Vertriebenen und seiner Chefin Erika Steinbach geplantes „Zentrum gegen Vertreibung“ stellen sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und der Polnische Ökumenische Rat gegen die Vertriebenen, die von Unionskanzlerkandidatin Angela Merkel unterstützt



CHRISTIAN DITSCH / VERSION

Steinbach

werden. In einer Erklärung der Kirchen, die sie aus Anlass des 40. Jahrestags der sogenannten Ostdenkschrift herausgeben wollen, heißt es: „Die Einrichtung eines einzigen ‚Zentrums gegen Vertreibung‘ in Berlin würde den bisherigen positiven Schritten auf dem deutsch-polnischen Weg der Versöhnung und der europäischen Dimension dieser Herausforderung nicht gerecht.“ Mit der Ostdenkschrift hatte die EKD im Oktober 1965 geholfen, den Weg freizumachen für eine Aussöhnung zwischen den einstigen Kriegsgegnern.

TERRORBEKÄMPFUNG

Gezielt speichern

Im Streit um die Speicherung von Telekommunikationsdaten zur Terrorfahndung macht der rheinland-pfälzische Justizminister Herbert Mertin (FDP) jetzt einen Kompromissvorschlag: Nur in „konkreten Einzelfällen“ sollten Telefonfirmen und Internet-Provider die Verbindungsdaten ihrer Kunden länger als drei Monate einfrieren müssen. Für die Anordnung dieses gezielten „Quick Freeze“ brauche die Staatsanwaltschaft einen konkreten Anhaltspunkt für einen Verdacht. „Bei einer uferlosen Speicherung, wie sie jetzt geplant ist“, sagt Mertin, „drohen unter dem Deckmantel einer vermeintlich besseren Kriminalitätsbekämpfung gläserne Surfer und Telefonnutzer.“ Zudem sei die längere Archivierung für die Wirtschaft sehr teuer. Mertin hofft, dass sich die FDP bei einer Regierungsübernahme im Bund diesen Vorschlag zu Eigen machen wird. Die Innen- und Justizminister der EU haben vorige Woche im englischen Newcastle darüber debattiert, ob auch der Standort der Gesprächspartner sowie nicht entgegengenommene Anrufe von den Firmen gespeichert werden sollen. Bisher wollten sie die Wirtschaft nur verpflichten, Zeitpunkt und Teilnehmer aller Telefongespräche zu speichern. Diskutiert wird über einen Speicherzeitraum zwischen sechs Monaten und vier Jahren.



JARDAI / MODUSPHOTO.COM

Schmidt, Haßelmann

NRW

Grüne zweifeln an Rot-Grün

Die nordrhein-westfälischen Grünen setzen anders als die Bundesspitze nicht mehr auf ein Berliner Regierungsbündnis mit der SPD. An den Zweifeln an einer erneuten rot-grünen Mehrheit „dürfen wir nicht einfach vorbeiargumentieren“, schrieben die Landesvorsitzenden Britta Haßelmann und Frithjof Schmidt an die knapp 12 000 Mitglieder. Am 22. Mai, dem Abend der verlorenen NRW-Wahl, hätten Kanzler Gerhard Schröder und SPD-Chef Franz Müntefering „die rot-grüne Koalition und damit auch die Grundlinien der gemeinsam vereinbarten Politik einseitig aufgekündigt“. Seither „kokettieren führende Sozialdemokraten offen mit einer Großen Koalition“. Dagegen müssten die Grünen vor allem Wähler gewinnen, die zwischen ihnen und der SPD schwankten.



F. HOLLWECK / SUPERBILD / INCOLOR

Münchner Olympiapark

INNERE SICHERHEIT

Propaganda von oben

Rechtsextremes Propagandamaterial, das aus einem Hubschrauber über dem Münchner Olympiagelände abgeworfen worden sein soll, sorgt für Aufregung bei den Sicherheitsbehörden in Bayern. Vieles spricht dafür, dass der Vorfall und damit eventuelle Lücken bei der inneren Sicherheit vertuscht werden sollten. Am Vormittag des 18. August, einen Tag nach dem Todestag von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß, beobachteten Mitarbeiter des Olympiaparks München, wie aus einem Hubschrauber Flugblätter über das gesamte Olympiagelände verstreut wurden. Die Zettel, auf denen Heß als „Märtyrer des Friedens“ verehrt wird, seien, so die Augenzeugen, aus einer geöffneten Tür des Helikopters geflattert. Die Münchner Polizei schilderte den Vorfall auf Nachfrage anders: Die Flugblätter seien von der Aussichtsplattform des Fernsehturms geworfen worden; ein Helikopter sei nur zufällig vorbeigeflogen. Mitarbeiter des Olympiaparks bestreiten dies: „Der Fernsehturm ist viel zu weit weg. Die meisten Blätter lagen sogar im Stadion. Und dass sie aus dem Helikopter kamen, ist sicher“, sagt ein Gärtner. Mittlerweile verunsichert der Überflug von Heß-Verehrern auch Polizisten: „Was, wenn die Extremisten mal etwas ganz anderes abwerfen? Immerhin war zu dem Zeitpunkt ein Volksfest im Olympiapark mit Hunderten Gästen, darunter viele Kinder“, so ein Beamter.

CDU

Töpfer lässt Berliner zappeln

Der frühere CDU-Umwelt- und -Bauminister sowie derzeitige Direktor des Umweltprogramms der Uno in Nairobi, Klaus Töpfer, hält die Union der Hauptstadt weiter hin. Die CDU macht sich derzeit Hoffnungen, ihn als Spitzenkandidaten 2006 gegen Berlins Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) ins Rennen schicken zu können. „Ich kann mir sehr gut ein Leben ohne deutsche Parteipolitik vorstellen“, sagte der 67-jährige Professor aber dem SPIEGEL. Zwar habe er nach seinem Wechsel von Bonn nach Nairobi vor sieben Jahren unter „erheblichen Entzugserscheinungen“ gelitten, was die deutsche Politik angehe. Mittlerweile jedoch will sich der christdemokratische Umweltexperte „nicht mehr einbinden lassen“. Er wolle vielmehr künftig seine internationalen Erfahrungen und seine Sachkenntnisse in globalen ökologischen Fragen nutzen – dazu scheint die Lokalpolitik kaum geeignet. Töpfers Amtszeit bei der Uno läuft im kommenden Februar aus.



MICHAEL KAPPELER / DDP

Töpfer



MICHAEL LATZ / DDP

Demonstrierende Mediziner (in Stuttgart)

ÄRZTE

Modernes Sklaventum

Im Tarifkonflikt zwischen den Ärzten der deutschen Universitätskliniken und den Bundesländern sind die Finanzminister jetzt zu Zugeständnissen bereit. Die Mediziner protestieren seit Wochen gegen schlechte Arbeitsbedingungen, unzureichende Bezahlung und die Nichtvergütung von Überstunden. In der sogenannten Kaminrunde der Finanzministerkonferenz in Berlin zeigten die Teilnehmer vergangene Woche allesamt Verständnis für die Proteste. So sprach ein Finanzminister von „der Ausbeutung der jungen Ärzte durch die Chefärzte“, ein anderer kritisierte „das moderne Sklaventum in den Kliniken“. Die Minister drängen darauf, dass auch die für die Universitätskrankenhäuser zuständigen Wissenschaftsministerien mehr Druck auf die Klinikleitungen ausüben, um die „unmöglichen Zustände abzustellen“, so ein Teilnehmer. Die Bezahlung der Assistenzärzte soll künftig ein gesonderter Tarifvertrag regeln, der auch die Vergütung und Begrenzung von Überstunden vorsieht. An diesem Dienstag will Baden-Württembergs CDU-Ministerpräsident Günther Oettinger in einem Spitzengespräch mit Ärztevertretern über das Thema verhandeln.

NATO

Entlastung in Kabul

Beim Treffen der Nato-Verteidigungsminister, das diese Woche in Berlin stattfindet, droht eine Kontroverse um den Einsatz in Afghanistan. Um die eigene Armee zu entlasten, drängen die USA darauf, den Kampfeinsatz amerikanisch geführter Truppen gegen Taliban und Terroristen („Operation Enduring Freedom“) an die internationale Friedenstruppe Isaf zu binden. Etliche Länder, darunter Deutschland, Frankreich und die Türkei, lehnen dies ab. Sie fürchten, die Nato-geführte Friedenstruppe könnte, wie derzeit die US-Kampfeinheiten im Südosten, vermehrt zum Angriffsziel bewaffneter Gegner der Kabuler Regierung werden. Verteidigungspolitiker der Union unterstützen die riskanten US-Pläne, stehen damit aber nicht nur im Gegensatz zu Verteidigungsminister Peter Struck (SPD), sondern auch zu den konservativen Freunden in Frankreichs Regierung: Paris will den Forderungen Washingtons dadurch entgegenwirken, dass es seine Truppenpräsenz in Kabul 2006 massiv ausweitet. Für die Deutschen hätte der Aufmarsch der Franzosen einen willkommenen Nebeneffekt: Die Bundeswehr, die zusätzlich zu Aufbauteams in Kunduz und Faizabad bald einen Stützpunkt in Masar-i-Scharif errichten will, könnte ihr zurzeit fast 1500 Soldaten starkes Kontingent in Kabul deutlich verringern.



KNUT MUELLER

Bundeswehrsoldaten in Kabul

Nachgefragt

Verzicht aufs Auto

„Welchen Einfluss haben die gestiegenen Benzinpreise auf Ihr Konsumverhalten?“

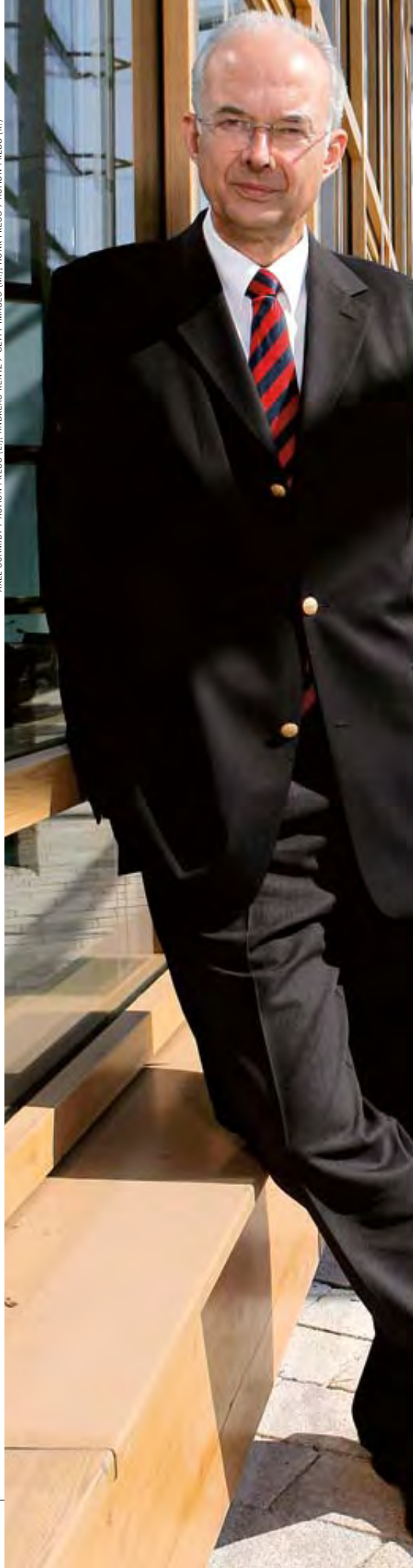
Ich lasse mein Auto häufiger stehen **51 %**

13 % **Ich schränke meine Ausgaben in anderen Bereichen ein**

Keinen **30 %**

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 6. und 7. September; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe





AXEL SCHMIDT / ACTION PRESS (L.); ANDREAS RENTZ / GETTY IMAGES (M.); HONK-PRESS / ACTION PRESS (R.)

Kanzlerkandidatin Merkel, Mitstreiter Kirchhof: *„Ein echtes Juwel“*

Die K-Frage

Schattenminister Paul Kirchhof wird zum Risiko für die Union. SPD und Grüne konzentrieren ihre Angriffe auf die Radikalvorschläge des Steuerpapstes. Die anfängliche Euphorie im Merkel-Lager ist Ernüchterung gewichen. Verspielt die Kanzlerkandidatin die sicher geglaubte schwarz-gelbe Mehrheit?

Herr Professor Paul Kirchhof, 61, Richter am Bundesverfassungsgericht a. D., Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland, Komtur des päpstlichen Silvesterordens, war Zeit seines Lebens ein geachteter Mann. Seine Kollegen an der Ruprecht-Karls-Universität zu Heidelberg loben ihn als brillanten Wissenschaftler. Bei seinen Studenten steht er im Ruf, ein engagierter Lehrer zu sein.

Stets drängte es Politiker, Manager und Würdenträger der Kirche in Kirchhofs Nähe. Gebannt lauschten sie seinen Vorträgen über die „Gewissheit verlässlicher Werte als Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates“, über „Die Ordnung der Freiheit“, über „Des Staates Kern“. Seine Ruckreden für ein einfaches und verständliches Steuersystem klangen wie reine Poesie: „Stoßt das Tor auf in den Garten der Freiheit“, pflegte er seinem Publikum zuzurufen. Dort werde man sein Steuerkonzept finden, ein „echtes Juwel“, wie er es nennt.

Kirchhofs Gabe, seine Ausführungen über komplizierte Sachverhalte mit schönen Worten zu schmücken, mit Zitaten von Aristoteles und Kant, erfüllte schon seine früheren Kollegen am Bundesverfassungsgericht mit Freude. Als „bewunderungswürdig sprachmächtigen und luziden Denker“ lobte ihn Jutta Limbach, damalige Präsidentin des höchsten deutschen Richterkreises. Allenfalls hinter vorgehaltener Hand scherzte man in Karlsruhe darüber, dass er statt Kirchhof wohl besser Domplatz heißen sollte. Schließlich sei der verehrte Kollege, was Wunder bei seinem Erfolg, nicht frei von Eitelkeit.

Umso schockierter ist der Wissenschaftler, wenn er neuerdings den Fernseher einschaltet oder die Zeitung aufschlägt. Über Nacht hat es Kirchhof aus seiner Welt des gelehrten Disputs hinauskatapultiert in die politische Kampfarena.

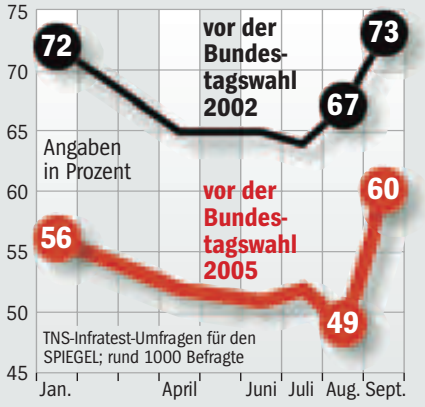
Mitte August ernannte ihn die Kanzlerkandidatin der Union zum Schattenminister für Finanzen und Haushalt. Seither ist aus dem geachteten Professor der Jurisprudenz der Lieblingsprügelknabe aller roten und





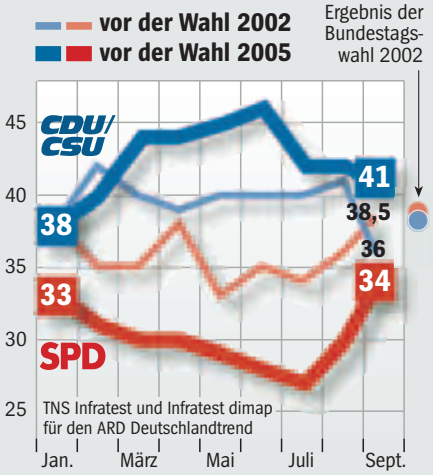
Kanzlerbeliebtheit

„Wünschen Sie Gerhard Schröder auch künftig eine wichtige politische Rolle?“



Sonntagsfrage

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“



Wahlkämpfer Schröder
„Von Realitäten wenig Ahnung“

grünen Politiker geworden, ein Dämon aus der Kältekammer des Kapitalismus.

Sie müssen nur noch seinen Namen erwähnen, um ihre Anhänger in Erregung zu versetzen. „Kirchhof“, dröhnt Außenminister Joschka Fischer auf den Marktplätzen – und macht dabei ein Gesicht, als redete er über eine Massenvernichtungswaffe. „Wenn der drankommt, reicht der Montag nicht mehr zum Demonstrieren. Da werdet ihr die Zehn-Tage-Woche beim Demonstrieren einführen.“

Der Steuerprofessor sei ein „gesellschaftspolitischer Reaktionär“, tönt Grünen-Chef Reinhard Bütikofer. „Die richterliche Pflicht zur Zurückhaltung, die von großen Verfassungsrichtern vorgelebt wurde, ist Paul Kirchhof immer fremd geblieben“, erinnert sich plötzlich Justizministerin Brigitte Zypries. Kirchhof lüge und betrüge, behauptet Bundesfinanzminister Hans Eichel mehrfach täglich.

Bundeskanzler Gerhard Schröder konzentriert seine Angriffe in einem bis dahin schläfrigen Wahlkampf nahezu ausschließlich auf „den Professor aus Heidelberg“, diese „merkwürdige Gestalt“, diesen „Mann der Kälte“, der „von Realitäten wenig Ahnung“ habe. Die Deutschen dürften nicht zum „Versuchskaninchen von Herrn Kirchhof“ werden, das sei „unverantwortlich“, donnerte er am vergangenen Mittwoch mit wohliger Empörung in den Reichstag.

„Merkel/Kirchhof: radikal unsozial“ heißt es auf Plakaten, mit denen die SPD seit vergangenem Freitag die Fußgängerzonen und Ausfallstraßen der Republik dekoriert. Ihre Wahlhelfer vor Ort berichten, wie ihnen Flugblätter über den angeblichen „Finanzschreckensvisionär“ gerade-

zu aus der Hand gerissen würden. Um nur ja keinen Fehltritt des Polit-Novizen Kirchhof zu verpassen, lässt ihn SPD-Chef Franz Müntefering bei jedem Auftritt von eigens abgestellten „Watchdogs“ beobachten, die anstößige Sätze umgehend nach Berlin melden müssen.

Nicht einmal in den eigenen vier Wänden ist der Wissenschaftler noch sicher. Sein privates Faxgerät, Kirchhof hat aus der Nummer bislang kein großes Geheimnis gemacht, spuckt Hasstiraden aus, und zwar „alle Schmähungen, die es in der deutschen Sprache gibt“, wie er feststellen musste. Zum ersten Mal in seinem Leben stellt sich die Frage, ob Personenschutz nicht doch ratsam wäre.

Ein Phänomen schreibt Wahlkampfgeschichte: Kirchhof steht nicht auf dem Wahlzettel, der am kommenden Sonntag in den Kabinen ausliegt. Das CDU-Programm, das er als Minister umsetzen soll, hat er nicht geschrieben, nur gelesen. Aber Kirchhof entscheidet womöglich die Wahl.

Bei der K-Frage geht es nicht mehr um das Kanzleramt. Es geht zwischen Oberstdorf und Flensburg nur noch um eines: Kirchhof oder nicht Kirchhof.

Der Professor aus Heidelberg ist der Überraschungsgast dieses Wahlkampfes, er sollte Kompetenz ausstrahlen und für Angela Merkel werden, was Ludwig Erhard für Konrad Adenauer war: der allseits anerkannte Fachmann, der Macher eines neuen Wirtschaftswunders.

Andere sehen in ihm einen Peter Hartz: Den VW-Personalvorstand hatte Gerhard Schröder vor der Wahl 2002 wie ein Kaninchen aus dem Hut gezaubert. Der Manager verkörperte Aufbruch und Reformwillen – und trug, neben der Flut und dem Irak-Krieg, zu Schröders Wahlsieg bei, den ihm damals kaum einer mehr zugetraut hatte.

Hartz hatte aber auch entscheidenden Anteil an Schröders Absturz in der Wählergunst – allerdings erst nach dem Urnengang. Kirchhof dagegen droht Merkel schon vorher zum Verhängnis zu werden.



SPD-Plakate (in Berlin): *Den Wahlkämpfern werden die Anti-Kirchhof-Flugblätter aus der Hand*

Denn der Professor, von Angela Merkel gerufen, kam Gerhard Schröder wie gerufen. Er lieferte, was die grauen Gesellen aus dem „Kompetenzteam“ der Union nicht liefern konnten oder wollten: die Projektionsfläche für Sehnsüchte und Hassgefühle gleichermaßen.

Der grauhaarige Mann mit dem gutbürgerlichen Habitus, dem altersmilden Ton, dem in Jahrzehnten geschliffenen Wortschatz polarisiert wie kein Zweiter: Für die einen ist er Reformer und Retter, derweil die anderen ihn als Angriff auf ihr bisheriges Leben begreifen.

Wenn Kirchhof von Freiheit redet, ist es nicht die Freiheit, die die Freunde des fürsorglichen Wohlfahrtsstaates meinen. Wenn er „einfach und gerecht“ sagt, empfinden sie es als ungleich und brachial. Redet er von den Gewinnern der Reform, fühlen sich Millionen schon vorsorglich als Verlierer. Sein Versprechen – ein Steuergesetz ohne Ausnahmen – wird von einer Mehrheit der Deutschen mittlerweile als Utopie mit Bedrohungscharakter abgelehnt.

Schröder weiß die Vorbehalte gegen den Radikalreformer im Wahlvolk für sich zu nutzen. Er pflegt das antiintellektuelle Ressentiment, er vergröbert Kirchhofs Modell bis zur Unkenntlichkeit mit dem Ziel, eine Große Koalition der Ängstlichen hinter sich zu versammeln. „Keine Experimente“ war einst das Motto des Kanzlers Konrad Adenauer, das Schröder nun für sich zu nutzen sucht.

Thema Kirchhof

„Halten Sie das Steuermodell des Unions-Steuerexperten Paul Kirchhof für gerecht?“

JA	32 %
NEIN	58 %

Anhänger von:

SPD	CDU/CSU	B’90/Grüne	FDP	Linke
14	56	23	67	18
77	30	75	31	70

„Die Person Kirchhof und seine Visionen prägen den Wahlkampf zurzeit wie kein anderes Thema. War es Ihrer Meinung nach eine gute Entscheidung von Angela Merkel, ihn in ihr Kompetenzteam zu holen?“

JA	49 %
NEIN	42 %

„Verstärken die Vorschläge von Herrn Kirchhof Ihre Bereitschaft, die Union zu wählen?“

JA	11 %
NEIN	24 %
KEINEN EINFLUSS	64 %

„Würden Sie es begrüßen, wenn Kirchhof Finanzminister würde?“

JA	41 %	Umfrage vom August ▶ 48
NEIN	51 %	39

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 6. und 7. September; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/ keine Angabe



MARCO URBAN.DE

gerissen

In diesem späten Stadium des Wahlkampfes geht es nicht mehr um die Details von Steuerkonzepten und Subventionstöpfen. Die SPD versucht die Stillstandsrepublik für sich zu mobilisieren. Die Verzagten und Verunsicherten, auch jene, die durch Schröders Reformpolitik erst dazu wurden, sollen nun die erodierende Macht der SPD befestigen helfen.

Dem Wähler wird eine Union annonciert, die in ihrer hemmungslosen Reformwut bereit sei, das Soziale in Deutschland zu fluten. Schröder will seinen Wahlkampf diesmal auf den Deichen des Status quo führen.

Den Kanzler schreckt es erkennbar nicht, dass seine Kritik an den Konservativen immer auch als Selbstbezichtigung verstanden werden kann. Als sei nichts gewesen, wütet er gegen einen Gegner, der so ähnlich redet und denkt wie jener Gerhard Schröder, der als Agenda-Kanzler weltweit für Aufsehen sorgte.

Über ein „Konzept zur radikalen Steuervereinfachung“ lasse er jederzeit mit sich reden, rief Schröder noch vor knapp zwei Jahren der Unions-Führung zu. „Wir können nur das verteilen, was wir vorher erwirtschaftet haben“, teilte er den Deutschen in seiner Rede zur Agenda 2010 mit. Und: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen.“ Jeder Einzelne müsse damit rechnen, dass ihm künftig mehr abgefordert werde, so Schröder auf dem Höhepunkt seines Reformeifers.

Der ist seit längerem schon erlahmt. Der SPD-Kanzler ist zu sich selbst auf Distanz gegangen. Unter dem Beifall seiner Genossen kämpft er nun für jenes alte Denken, das er einst überwinden wollte. Die Lernfortschritte der vergangenen Jahre, all die unter Schmerzen erstrittene Anerkennung der neuen Realitäten, die einen Ausbau des Sozialstaates für lange Zeit unmöglich machen, sind fürs Erste suspendiert. Die SPD ist in die alte Kampfzone zurückgekehrt.

Doch erst Kirchhof lieferte die Blaupause für einen Nostalgie-Wahlkampf, der die gestern noch trübsinnigen Genossen in Hochstimmung versetzt. Die Rufe nach Reform lösen in Kreisen der sozialdemokratischen Kundschaft ein mächtiges Echo aus.

Die Wahlkampf-Leitung im Willy-Brandt-Haus greift die Stimmung der Straße begeistert auf – und versucht sie für ihr Wahlziel zu nutzen. Täglich denken sich die Propagandisten neue Beispielrechnungen aus, um die Angst vor einem Regierungswechsel zu schüren. Auf Plakaten zeigen sie ein sorgenvolles Rentnerpaar („Merkel-Minus 324 Euro“), eine Krankenschwester („Merkel-Minus 474 Euro“), eine vierköpfige Familie („Merkel-Minus 3596 Euro“). Es gibt auch ein Gewinnerkonterfei mit „Merkel-Plus“, ein Unternehmensberater mit schnittiger Frisur und kaltem Blick. Ein Lächeln umspielt seine Lippen.

„Paul Kirchhof will die Steuersätze senken und im Gegenzug Vergünstigungen und Subventionen abbauen. Welche Vergünstigungen sollten Ihrer Meinung nach gestrichen werden oder welche nicht?“

Die Pendlerpauschale

JA	NEIN
21 %	78 %

Die Eigenheimzulage

JA	NEIN
39 %	59 %

Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags- und Nachtarbeit

JA	NEIN
21 %	78 %

Euphorisiert melden die Genossen ihre Erfolge nach Berlin, wo die Wahl gestern bereits als verloren galt. „Kirchhof wirkt wie ein rotes Tuch auf die Weniger-Verdienenden“, berichtet der bayerische SPD-Abgeordnete Walter Kolbow aus dem Straßenwahlkampf. Und sein baden-württembergischer Kollege Rainer Arnold stellt fest: „Die Leute fragen ganz konkret nach: Was bringt uns die Kirchhof-Steuer?“ Das sei „echt hilfreich“ für die SPD-Wahlkämpfer.

Für die Politiker der Union hingegen wird jeder Besuch im Altersheim, in einer Fabrik, im Wirtshaus, auf dem Fußballplatz plötzlich zum Spießrutenlauf. Was ist dran an Kirchhofs Streichungsplänen für Kleinsparer, Nachtarbeiter, Pendler und Jugendbetreuer?, fragen die Leute – und bekommen als Antwort das Wahlprogramm der Union in die Hand gedrückt, in dem

[Der vermeintliche Wahlkampfknaller schlägt in den eigenen Reihen ein.]

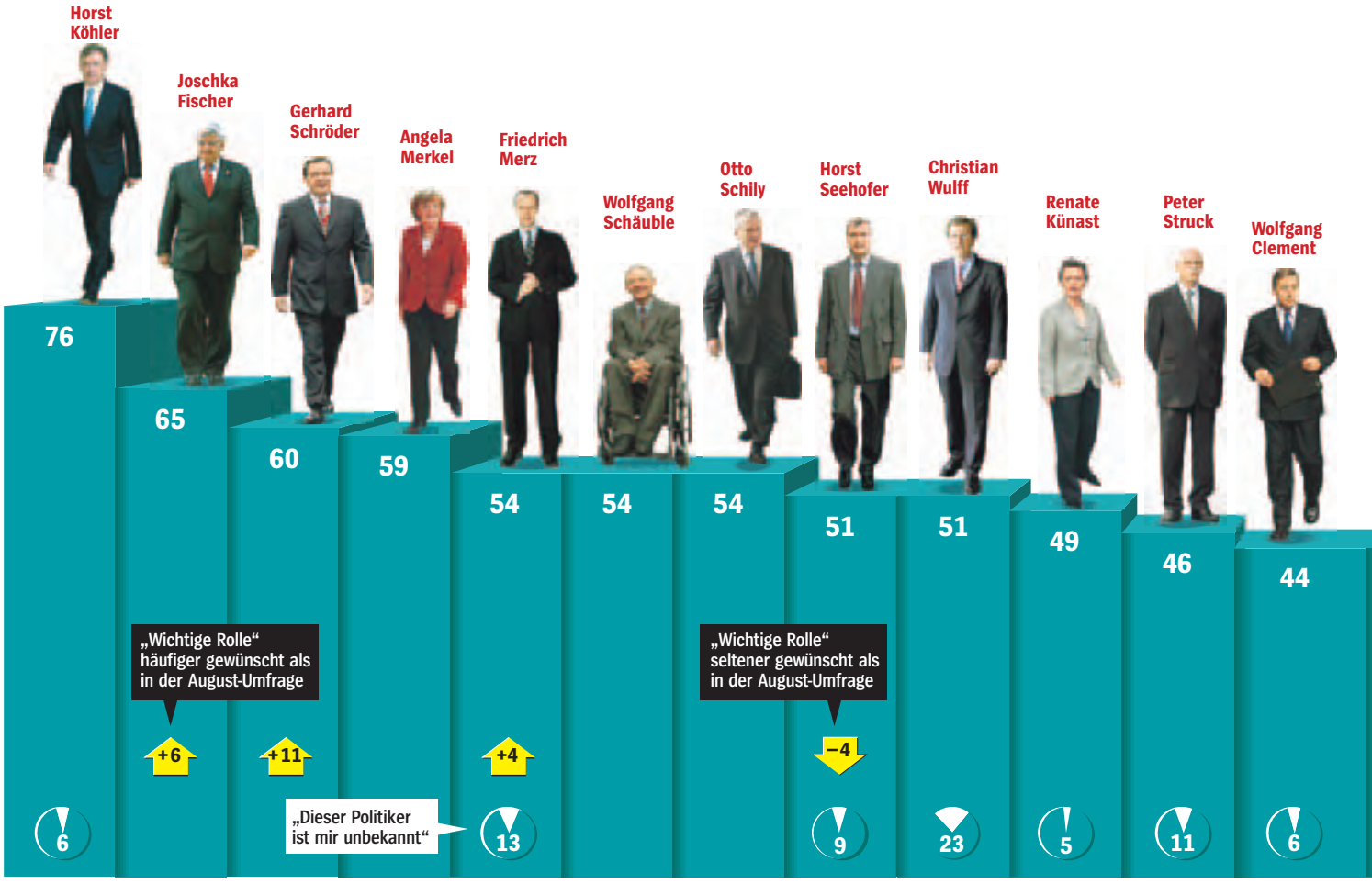
nichts drinsteht über derartige Pläne. Gilt das Programm überhaupt? Oder gilt Kirchhof? Was hat es mit dessen Streichliste auf sich, von der nun sogar in der „Tagesschau“ die Rede ist.

Kirchhof habe bei den Bürgern eine Verunsicherung ausgelöst, sagt Richard Hilmer vom Forschungsinstitut Infratest dimap: „Die SPD kann jetzt einen Richtungswahlkampf betreiben.“ Die Union, die den Wählern gestern vor allem in Steuer- und Finanzfragen als die kompetentere Formation erschien, fällt nun zurück. Der SPD wird ausgerechnet in Geldfragen plötzlich mehr zugetraut.

Wenige Tage vor der Wahl ist die Stimmung gekippt – zumindest ein bisschen. Auch in der Union herrscht Unmut über den Professor, dessen Visionen nur eine Minderheit der Ministerpräsidenten teilt. Sein Modell wird als Wahlkampfbremse, als extrem erklärungsbedürftig und daher politisch riskant empfunden. Der Merkel-Rivale Christian Wulff aus Niedersachsen und andere gaben – auch mit Blick auf einen ernüchternden Wahlausgang – ihre Bedenken gegen Kirchhof zu Protokoll. Mit Sorgenmiene beugten sich die Wahlkampfstrategen im Konrad-Adenauer-Haus am vergangenen Mittwoch über eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa.

Binnen 48 Stunden nach dem Fernsehduell zwischen einem gutaufgelegten Schröder und einer schlagfertigen Herausforderin Merkel hatte die SPD um gleich drei Prozentpunkte zugelegt und die Union einen Punkt verloren. Zum ersten Mal seit Schröders Neuwahlentscheidung stand das Lager von Union und FDP ohne Mehrheit da.

Andere Forschungsinstitute zogen nach. Ob Infratest dimap, Emnid oder TNS Infratest: Sämtliche Auguren kamen plötz-

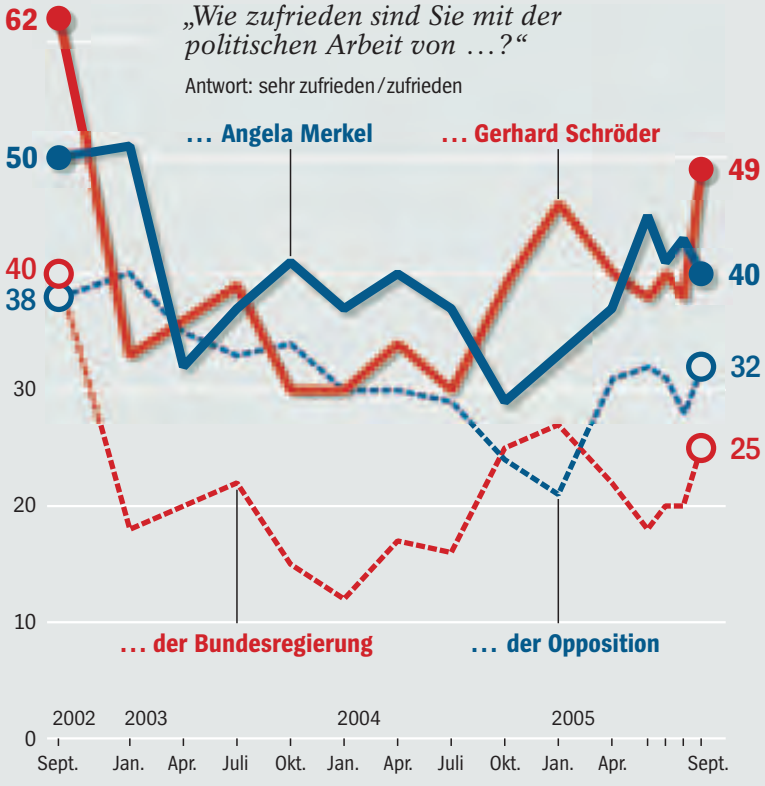


Veränderungen bis zu 3 Prozent liegen im Zufallsbereich, sie werden deshalb nicht ausgewiesen.

Kanzler im Hoch

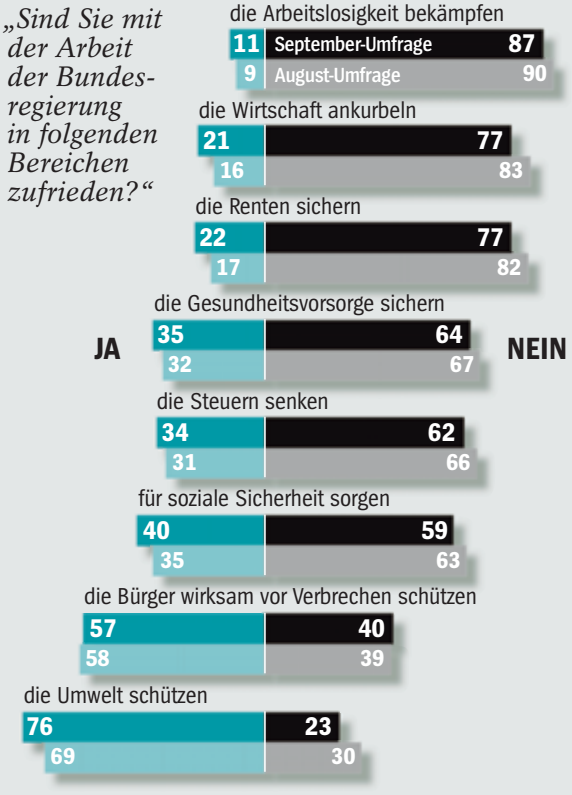
„Wie zufrieden sind Sie mit der politischen Arbeit von …?“

Antwort: sehr zufrieden/zufrieden



Bessere Noten

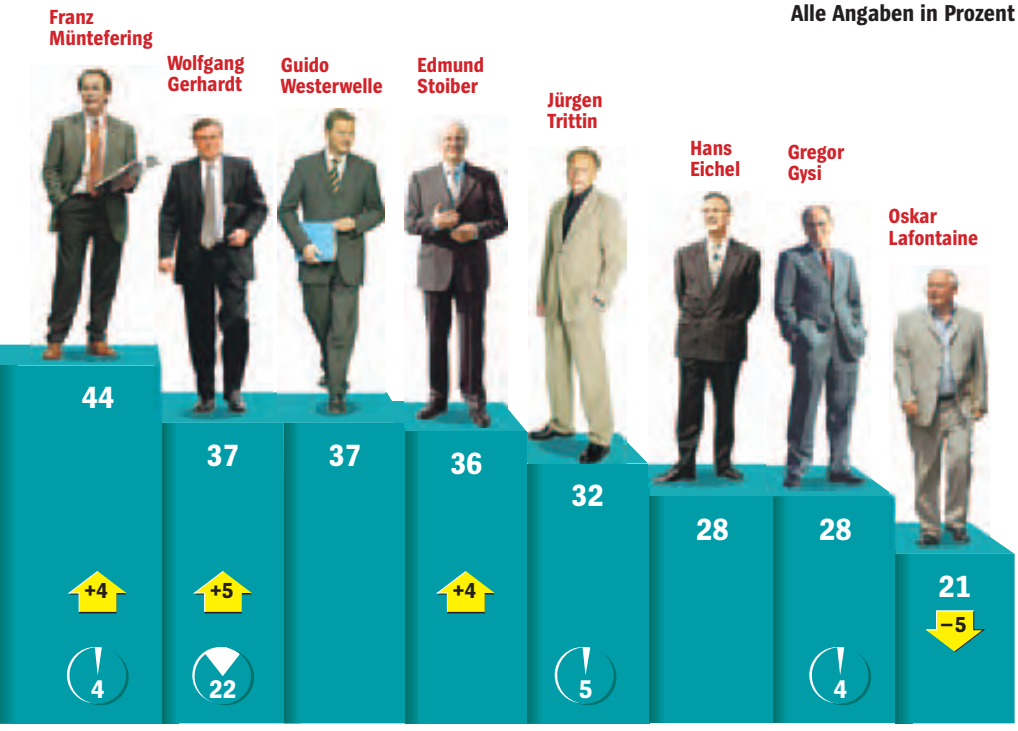
„Sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in folgenden Bereichen zufrieden?“



Schröders Endspurt

TNS Infratest nannte die Namen von 20 Spitzenpolitikern. Der Anteil der Befragten, die es gern sähen, wenn der jeweilige Politiker künftig „eine wichtige Rolle spielen“ würde, und die Veränderungen zur letzten Umfrage im August

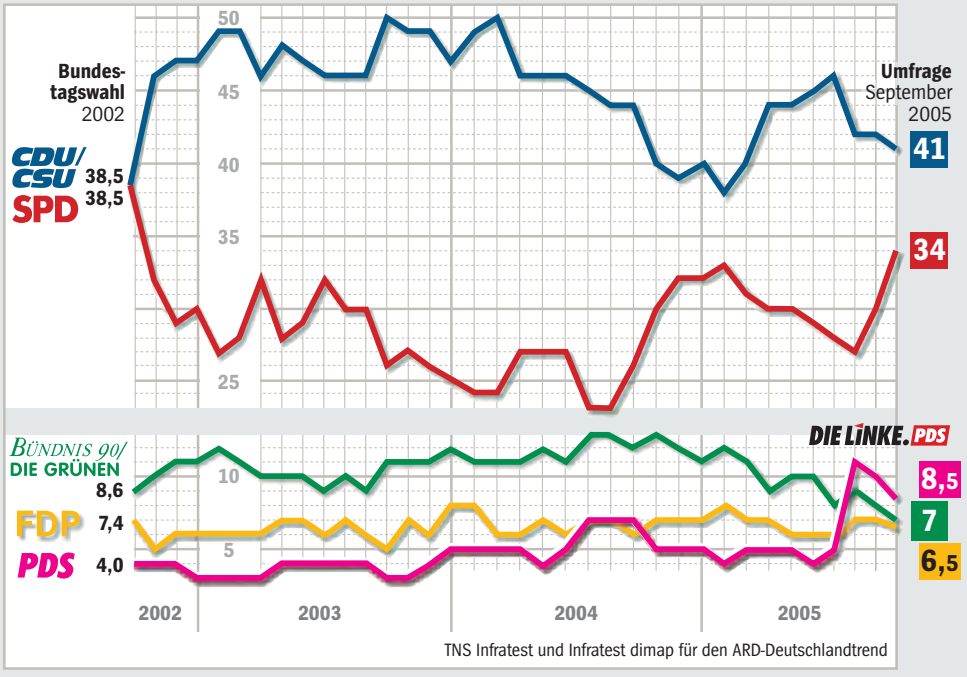
Alle Angaben in Prozent



TNS-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 6. und 7. September 2005; rund 1000 Befragte

Sonntagsfrage

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“



TNS Infratest und Infratest dimap für den ARD-Deutschlandtrend

lich zu dem Schluss, dass es für ein schwarz-gelbes Bündnis womöglich nicht reichen werde. „Auch wir“, sagte Allensbach-Chefin Renate Köcher einem besorgten CDU-Generalsekretär Volker Kauder am Telefon, „stellen denselben Trend fest.“

Im Konrad-Adenauer-Haus ist fast über Nacht die Wahlkampfeuphorie der Ernüchterung gewichen. Die Architekten des Wahlkampfes – Angela Merkel, ihr Fraktionsgeschäftsführer Norbert Röttgen, Volker Kauder und der Ex-Geschäftsführer Willi Hausmann – müssen mit ansehen, wie ihr vermeintlicher Wahlkampfknaller in den eigenen Reihen einschlägt anstatt beim Gegner. Ursprünglich hatten sie einen reinen Wirtschaftswahlkampf führen wollen, mit einem Team, das nur für Wirtschaft und Arbeit zuständig ist.

Der als Lockvogel für reformfreudige Wähler gedachte Kirchhof verschreckt die Leute. Kann es sein, dass die Union, wie bereits vor drei Jahren, den Schlussspurt verliert? Wird Merkels Reformentwurf, der in der Berufung Kirchhofs sein Symbol fand, mit der Niederlage bezahlt?

Anders als viele ihrer Mitstreiter wirkt Merkel selbst gelassen. Sie weiß, dass jetzt der Psychokrieg beginnt, und sie hat beschlossen, den Ton ihrerseits zu verschärfen. „Was mit Herrn Kirchhof geschieht, ist eine unglaubliche Verleumdung vonseiten der Sozialdemokraten“, sagte sie auf einer Wahlkampfveranstaltung in Koblenz am vergangenen Freitag. „Diese Sprache habe ich im Zusammenhang mit den Hartz-Reformen nur von Gysi, Lafontaine und der PDS gehört.“

Die größte Gefahr, das weiß Merkel, ist Schröders Mythos als Wahlkampfmaschine. Selbst viele CDU-Anhänger glauben seit der letzten Wahl, dass der Kanzler jede noch so aussichtslose Situation zu seinen Gunsten wenden kann. Ängstlich starren sie auf den Mann im Kanzleramt, wie CDU-Vize Christoph Böhr, der beim ersten Gegenwind kleinlaut klagte: „Es gibt möglicherweise in dieser Gesellschaft keine klare Mehrheit für den Kurs, für den Schwarz-Gelb steht.“

Merkel will verhindern, dass Mutlosigkeit sich breit macht. Vor allem aber will sie das Problem Kirchhof zumindest entschärfen. Bei einem Telefonat am vergangenen Freitag berichtete ein zerknirschter Professor, dass es offenbar einige Verwirrung gegeben habe, weil er neben dem Konzept der Union auch über sein eigenes gesprochen habe. Merkel widersprach nicht.

In der letzten Wahlkampfwoche, so die Vereinbarung, soll Kirchhof am besten nur noch über das Steuerkonzept der Union reden. Falls man ihn zu seinen Vorstellungen befragte, wolle er mit „konkreten Beispielen“ an die Öffentlichkeit gehen, statt auf sein Gesetzbuch zu verweisen, versprach er der Parteichefin. Seinerseits wünscht er sich mehr Rückendeckung

– vor allem gegen die Attacken der SPD.

In der CDU-Spitze weiß man, dass die SPD auf weitere Eskalation setzt. Am Donnerstag besprach Merkel die Lage mit Kauder und Röttgen. Die Stimmung war angespannt. Das Trio beschloss, nun ihrerseits die SPD der Lüge zu bezichtigen.

Kauder stornierte einen Heimflug in seinen schwäbischen Wahlkreis und lud die Presse ins Konrad-Adenauer-Haus, um loszuholzen: „Dass ein amtierender Bundeskanzler in aller Öffentlichkeit so frech und dreist lügt, ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik“, sagte er. In den nächsten Tagen sollen Flugblätter die „Falschbehauptungen“ der SPD zu den Steuerplänen widerlegen.

Kirchhof selbst befindet sich in einer unkomfortablen Lage. Die Attacken der vergangenen Wochen haben ihm zugesetzt. Er wirkt angespannt.

Dabei hatte es zunächst so ausgesehen, als sehnten sich die Menschen nach einem wie ihm. Aus dem Team, das Merkel mit manch zerschlissener Gestalt nach parteitaktischen Gesichtspunkten zusammenstellte, ragte der parteilose Kirchhof wie ein Leuchtturm. „Unser Wahlprogramm gilt, aber wir stellen das Denken nicht ein“, lautet seine und ihre Botschaft.

Kirchhof beflügelt die Phantasie. Da, wo er persönlich auftritt, feiern ihn die Leute noch immer wie einen Messias. „Wir haben Großes miteinander vor“, sagte Kirchhof vergangenen Dienstag in einer Wirtsstube in Schwerin, und die Augen der Menschen an den Eichentischen leuchteten. „Das Tor ist offen, und die Sonne kommt herein“, verkündete er später voller Inbrunst.



HEINRICH SANDEN / DPA

CDU-Politiker Erhard, Adenauer (1963): *Neues Wunder*

Kirchhof ist anders als die Politiker, die die Leute aus dem Fernsehen kennen. Sie freuen sich über ihn, weil sie finden, dass sich generell etwas ändern muss im Staat, in der Politik, in den Parteien, vielleicht sogar in ihrer Einstellung gegenüber dem Gemeinwesen. Sie merken, dass dieser Professor leiser, ernsthafter und verbindlicher ist, dass er den Gegner nicht attackiert, sondern mit Argumenten zu gewinnen versucht.

Sie spüren, dass er nicht wegen seiner Karriere zu ihnen gekommen ist. Ob er sich vorstellen könne, anstatt Finanzen auch ein anderes Ressort zu übernehmen, will einer wissen, etwa das Justizministerium? Kirchhof schaut auf, er scheint die Frage erst nicht zu verstehen. „Ich will doch nicht Minister werden“, sagt er dann, ehrlich empört. „Ich will, dass meine Ideen für ein besseres Steuersystem im Gesetzblatt stehen.“

Eigentlich müsste Kirchhof sagen, dass er das Wahlprogramm der Union umsetzen will, so haben es ihm die Berater aus der Partei mehrfach schon eingeschärft. Doch er ist Wissenschaftler, nicht Politiker. Das Programm lobt er als „hervorragende Grundlage“, das in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden sollte, um rasch auf sein Konzept zu sprechen zu kommen: „Da halten wir ein Juwel in unseren Händen.“

Alle Versuche der Wahlkampfstrategen, seinen missionarischen Eifer zu bremsen, scheitern. Als Wissenschaftler habe er alles veröffentlicht, alle seine Gedanken lägen auf dem Tisch, er kämpfe mit offenem Visier. Natürlich sei er zu Korrekturen bereit, sollte man ihm nachweisen, dass er an dieser oder jener Stelle einen Fehler gemacht habe. Doch Kirchhof scheint keine Sekunde lang daran zu glauben, dass ein CDU-Ministerpräsident klüger sein könnte als er.

Er will sich den Mund nicht verbieten lassen. „Ich äußere mich frei über alle Themen, so lange, bis mir nichts mehr einfällt“, sagt er auf die Frage, ob Merkel versucht habe, ihm einen Maulkorb zu verpassen. „Niemand wird mir eine solche Zumutung antun, und ich würde mir eine solche Zumutung auch nicht gefallen lassen“.

Er liebt sein Konzept, es werde sich durchsetzen, sagt er, glaubt er, hofft er. Wenn erst einmal die erste Stufe der Steuerreform geschafft sei, sagt er, „dann brauche ich nicht mehr Überzeugungsarbeit zu leisten. In diesem schönen Erlebnis schreiten wir weiter.“

Kirchhof hat, was die anderen nicht haben: eine Vision. Das macht ihn stark. Das schwächt ihn zugleich. Das lässt seine Berufung in Merkels Wahlkampfteam zum Abenteuer werden.

Dabei ist unter Experten unbestritten, dass das Steuersystem der Republik dringend reformiert werden muss. Die Art und Weise, wie der Staat hierzulande seine Einkünfte eintreibt, hat sich in fünf Jahrzehnten Steuerpolitik zu einer Bremse für Wachstum und Beschäftigung, zum Ärgernis für Bürger und Betriebe und zu einem weltweit belächelten Muster an Kompliziertheit und Unverständlichkeit entwickelt.

Selbst Bundesfinanzminister Hans Eichel musste zugeben, dass er mit seiner Steuererklärung nichts zu tun haben möchte: „Ich habe mich darum noch nie gekümmert. Wir leben in einer Dienstleistungsgesellschaft, und dafür habe ich meinen Steuerberater.“

Geändert hat er wenig. Noch immer regeln über hundert Gesetze, vom Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz bis zum Strafbefreiungserklärungsgesetz, den Zugriff des Staates auf das private Einkommen. Auf 185 unterschiedlichen Steuerformularen verlangen die Finanzämter Auskunft über Einkommen, Gewinn und Besitz der Steuerpflichtigen. Und wenn dann immer noch nicht alles geklärt ist, informieren etwa 96 000 Verwaltungsvorschriften, wie die Spesen einer Dienstrei-



TIM BRAKEMEIER / DPA

Wahlhelfer Hartz, Kanzler Schröder (2002): *Reformwillen verkörpert*



MARCUS BRANDT / DDP

Kontrahenten Kirchhof, Eichel (mit Maybrit Illner im ZDF): *An der eigenen Steuererklärung gescheitert*

se abgerechnet oder Firmen-Lounges in Fußballstadien abgesetzt werden dürfen. Kein Wunder, dass internationale Untersuchungen das hiesige Steuerrecht für eines der am wenigsten effizienten Systeme weltweit halten – zum Schaden für die gesamte Volkswirtschaft.

Doch es ist nicht dieser absurde und ökonomisch schädliche Bürokratiewahnsinn, der auf einmal zum beherrschenden Wahlkampfthema geworden ist. Wenn nun über den grundsätzlichen Umbau des bestehenden Steuersystems gestritten wird, geht es um nicht weniger als eine Richtungsentscheidung – für oder gegen mehr Selbstverantwortung und Mündigkeit, für oder gegen einen fürsorglichen Staat, der dem einen nur dann eine Gunst erweisen kann, wenn er den anderen dafür benachteiligt, das heißt: bei ihm abkassiert.

Der Staat „geriert sich als sozialstaatlicher Wohltäter“, sagt Kirchhof, „ohne stets bewusst zu machen, dass seine Wohltaten nur möglich sind, wenn er vorher Übeltäter“ gewesen ist.

Jede Regierung – ob CDU- oder SPD-geführt – hat in den vergangenen Jahren das Steuersystem dazu missbraucht, die eigene Klientel und die lautstärksten Interessengruppen mit Privilegien zu versorgen. Das Prinzip war immer das gleiche: Erst greift der Fiskus mit relativ hohen Steuersätzen Milliarden bei Bürgern und Unternehmen ab, um es ihnen dann durch diverse Vergünstigungen wieder zurückzugeben. Daran hat auch die rot-grüne Steuerreform wenig geändert.

Die Krankenschwester darf steuerfreie Zuschläge kassieren, wenn sie ihren Dienst nach 20 Uhr antritt. Je weiter der Berufspendler sein Häuschen ins Grüne verlegt, desto mehr kann er Steuern sparen. Der Immobilieninvestor darf durch Sonderabschreibungen seine Steuerlast drücken, wenn die örtlichen Behörden sein Haus unter Denkmalschutz stellen.

Der Unfug hat Methode. Selbständige und Gutverdiener können sich dem Fiskus entziehen, wenn sie ihr Geld in Unternehmen investieren, deren vornehmlicher Zweck häufig darin besteht, hohe Anfangsverluste zu produzieren. Etwa 15 Mil-

Welches Interesse hat die Gesellschaft am Bau von Containerschiffen in Korea?

liarden Euro stecken die Deutschen dieses Jahr in Beteiligungsmodelle wie Schiffs- oder Filmfonds, vor allem um Steuern zu sparen. Keiner kann die Frage beantworten, welches Interesse die Gesellschaft daran haben mag, dass das Finanzamt dabei auch den Bau koreanischer Containerschiffe fördert oder die Finanzierung drittklassiger Hollywoodfilme. „Ohne die Torheiten des Steuerrechts würde niemand freiwillig in eine Gesellschaft einsteigen, um Verluste zu machen“, sagt Kirchhof.

Die vielen Ausnahmen und Sonderregeln kosten den Staat Milliarden, und sie sind zutiefst ungerecht, weil Bürger mit gleichem Einkommen unterschiedlich viel Steuern zahlen. So muss eine Hebamme, die im Krankenhaus angestellt ist, ihre Nachtzuschläge im Gegensatz zu einer selbständigen Geburtshelferin größtenteils nicht versteuern.

Einkommensmillionäre können ihr zu versteuerndes Einkommen – und damit ihren Steuersatz – mit Hilfe cleverer Berater und einer boomenden Abschreibungsindustrie nach unten drücken (siehe Seite 37). Steuervermeidung ist zum Volkssport geworden, Steuerhinterziehung gilt in weiten Kreisen als Kavaliersdelikt. Da wird bei der Steuererklärung der Weg zur Arbeit höher angesetzt, als er tatsächlich ist, Einnahmen aus einem Immobilienfonds werden verschwiegen oder die Kosten für ein Bewerbungsgespräch abgesetzt, das es gar nicht gegeben hat.

Ob die Angaben stimmen, können die Finanzbeamten häufig schon aus zeitlichen Gründen nicht kontrollieren. Allein durch die legalen Subventionen und Steuervergünstigungen entgehen dem Fiskus nach Schätzung des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel jährlich etwa 150 Milliarden Euro. Die Steuerstatistik gilt als äußerst lückenhaft, weil in erster Linie nur das zu versteuernde Einkommen erfasst wird, das aber wegen der vielen Abschreibungsmöglichkeiten häufig deutlich geringer ist als das Bruttoeinkommen.

Das System, vermuten viele Experten, nutzt vor allem den Reichen. Daniel Vorgrimler vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden hat für den SPIEGEL 800 000 Datensätze aus der Steuererhebung 2001 analysiert. Das Ergebnis ist eindeutig: Reiche zahlen deutlich weniger Steuern als vorgesehen, selbst wenn Eichel unverdrossen behauptet: „Reiche zahlen den Spitzensteuersatz.“

Wer brutto über eine Million Euro im Jahr kassierte, führte bei dem damaligen Spitzensteuersatz von 48,5 Prozent nur 40 Prozent Steuern ans Finanzamt ab.

Auch Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt

zu ähnlichen Ergebnissen. Nach seinen Berechnungen zahlen die zehn Prozent der Bürger mit dem höchsten Bruttoeinkommen durchschnittlich nur 23 Prozent Steuern, das reichste Prozent nur 29 und das superreiche Promille nur 30,1 Prozent – trotz eines Durchschnittseinkommens von 1,7 Millionen Euro. Die Zahlen belegen, in welchem Umfang sich vor allem Reiche arm rechnen können.

Mit diesem Irrsinn möchte Kirchhof gern Schluss machen. Tritt sein „Bundessteuergesetzbuch“, wie von ihm angekündigt, noch in diesem Jahrzehnt in Kraft, sollen sich die Deutschen schon bald darauf in seinem „Garten der Freiheit“ wiederfinden.

Was er plant, ist an Radikalität kaum zu überbieten. Sämtliche „Verfremdungs- und Durchbrechungstatbestände“, wie die Schlupflöcher im Juristendeutsch heißen, sollen gestrichen werden, von den steuerfreien Schichtzuschlägen für Zeitungsdrucker bis zur Pendlerpauschale.

So will der Professor den Deutschen auch jene „Sehnsucht nach Verlusten“ nehmen, die er derzeit überall ausmacht. „Schonend“ will Kirchhof die Steuerpflichtigen „auf die neue Rechtslage vorbereiten“.



ANDY FREEBERG

Nobelpreisträger Friedman (2000): *Erfinder der „Flat Tax“*

Um das Steuerrecht zu vereinfachen, will Merkels Finanzexperte die meisten Gesetze schlicht streichen. Die sieben Einkunftsarten fallen weg, steuerpflichtig werden alle Erwerbseinkünfte. Das neue Gesetz kommt mit 23 Paragrafen aus.

Im Zentrum des Modells aber steht ein neuer einheitlicher Steuertarif für alle, eine sogenannte Flat Tax. Von sämtlichen zu versteuernden Einkommen, egal ob Arbeitslohn, Unternehmensgewinn oder Zinseinkünfte, kassiert der Fiskus danach einheitlich „ein Viertel der Einkommen“, wie es in Kirchhofs Gesetz heißt, ganz gleich, ob der Bürger nun 40 000 oder 400 000 Euro verdient.

Kirchhof propagiert damit eine Idee, die in den sechziger Jahren bereits der amerikanische Nobelpreisträger Milton Friedman entwickelt hat, die aber nicht einmal der frühere US-Präsident Ronald Reagan umzusetzen wagte.

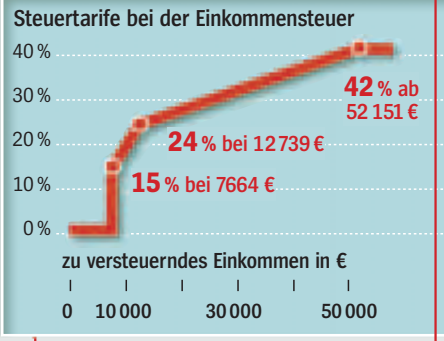
Auch in Europa blieb es zunächst bei Modellversuchen auf dem Reißbrett – in Deutschland etwa floss Friedmans Vorschlag in das Reformmodell des CDU-Wirtschaftspolitikers Gunnar Uldall. Der CDU-Finanzexperte Friedrich Merz und sein FDP-Kollege Hermann Otto Solms wollten so weit nicht gehen, sie legten Modelle mit mehreren, wenn auch niedrigen Steuersätzen vor.

Doch inzwischen haben zahlreiche osteuropäische Länder, darunter mehrere EU-Mitglieder, eine Einheitssteuer eingeführt. Ob in Estland, Lettland oder der Slowakei, in Rumänien oder Russland – überall zahlen die Bürger einen einheitlichen Steuersatz, der zwischen 13 Prozent in Russland und 33 Prozent in Litauen liegt. So erfolgreich war die Idee, dass der britische „Economist“ schon eine „Flat-Tax-Revolution“ ausgemacht hat, die über kurz oder lang ganz Europa erfassen werde. Und nun wird die Idee ausgerech-

Steuerkonzepte im Vergleich

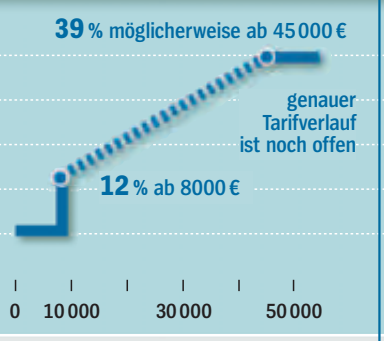
Kernpunkte

SPD / Bündnis 90 / Die Grünen – geltendes Recht



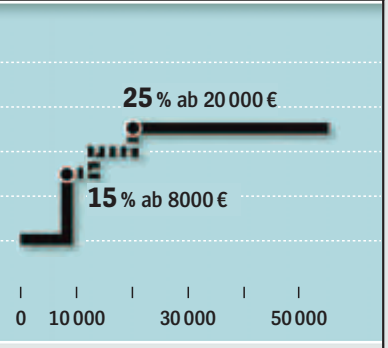
- **7664 Euro** steuerfreies Existenzminimum (Grundfreibetrag)
- **Eigenheimzulage** ist einkommensabhängig; Höchstsatz: 1250 Euro plus 800 Euro pro Kind jährlich für acht Jahre; **Pendlerpauschale:** für unbegrenzte Strecken 30 Cent pro Kilometer absetzbar; **Arbeitnehmer-Pauschbetrag:** 920 Euro
- **Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge:** steuerfrei
- **Gewerbesteuer** liegt bei durchschnittlich 13 Prozent
- **Körperschaftsteuer:** 25 Prozent

CDU/CSU – Pläne



- **8000 Euro** Grundfreibetrag für jeden
- **Eigenheimzulage** wird ab 1. Januar 2007 abgeschafft; **Pendlerpauschale:** für Fahrstrecken bis 50 Kilometer 25 Cent pro Kilometer absetzbar
- **Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge:** Besteuerung wird in den nächsten sechs Jahren schrittweise eingeführt
- **Gewerbesteuer** bleibt vorläufig bestehen, langfristig erhalten Städte und Gemeinden eine **Kommunalsteuer**
- **Körperschaftsteuer:** 22 Prozent

„Kirchhof-Initiative“



- **8000 Euro** Grundfreibetrag für jeden
- **Sozialausgleichsbetrag** bei Einkommen zwischen 8000 und 18 000 Euro
- Jeder kann von seinen Erwerbserlösen eine **„Vereinfachungspauschale“** von 2000 Euro für Erwerbskosten, z. B. Weg zur Arbeit, Arbeitszimmer, abziehen
- Wegfall fast aller **Subventionen**
- **Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge:** Besteuerung
- Steuerpflichtig sind alle **Einkünfte aus Erwerbshandeln,** z. B. Gewinne aus Immobilien und Wertpapierverkäufen
- **Körperschaftsteuer** (integriert in die Einkommensteuer): 25 Prozent

DER SPIEGEL

net in Deutschland diskutiert, dem Land mit der umfangreichsten Steuerliteratur der Welt, in dem ein einheitlicher Steuersatz für alle „dem deutschen Gerechtigkeitsempfinden“ widerspreche, wie Ministerpräsident Wulff glaubt.

Kirchhof kennt das Problem und hat seinen Tarif deshalb mit zwei Besonderheiten versehen, damit sein Modell nicht einseitig Kleinverdiener benachteiligt. Steuerfrei soll dabei bleiben, was der Einzelne zum Leben und Arbeiten notwendig braucht. Bei zwei Verdienern sind das 20 000 Euro im Jahr. Hat das Ehepaar zwei Kinder, können sie sogar 36 000 Euro verdienen, ohne auch nur einen Cent versteuern zu müssen. Damit wären, anders als die SPD derzeit glauben macht, die unteren Einkommensgruppen nahezu steuerfrei gestellt.

Zum anderen weicht Kirchhof im unteren Einkommensbereich von seinem Flat-Tax-Konzept ab, was im öffentlichen Getöse untergeht. Die ersten 5000 Euro jenseits des sogenannten Freibetrags werden lediglich mit 15 Prozent, die nächsten 5000 Euro lediglich mit 20 Prozent besteuert. In Wahrheit ist Kirchhofs Modell damit auch eine Art von Stufentarif, wobei die Stufen vor allem den unteren Einkommensgruppen zugute kommen.

Wer als Lediger 30 000 Euro verdient, zahlt bei Kirchhof 4250 Euro Steuern. Wer 60 000 Euro verdient, muss etwa 11 750 Euro beim Finanzamt abliefern. Das heißt: Trotz der Vereinfachung gibt es keine Gleichmacherei, denn wer stark ist, trägt auch mehr zur Staatsfinanzierung bei.

Auch Kirchhof würde Milliarden umverteilen. Familien und viele Arbeitnehmer wären die Gewinner seines Modells, Steuerabschreiber die großen Verlierer. Ebenso der Zahnarzt, der einen Teil seines Vermögens in Schiffs- oder Filmbeteiligungen gesteckt hat, der Verwaltungsbeamte, der nebenbei Kurse an der Volkshochschule gibt und sein Dachgeschoss vermietet, der gutverdienende Druckereiarbeiter, der vor allem nachts schaffen geht. Allerdings: Die wirklichen Großverdiener, das belegen die Zahlen von DIW und Statistischem Bundesamt, zahlen bei Kirchhof weniger Steuern als heute – es sei denn, sie zählen zu den ganz besonders ausgebufften Abschreibungskünstlern.

Der Heidelberger, um große Worte selten verlegen, vergleicht radikale Steuermodelle gern mit einem Kunstwerk: „Es gibt ein schönes Wort von Michelangelo, den man gefragt hat, wie es ihm gelinge, aus dem Marmorstein solch prachtvolle Skulpturen zu formen. Seine Antwort: ‚Ich haue einfach den überflüssigen Marmor weg.‘“

Doch auch große Künstler sind vor Kritik nicht gefeit. So bestechend Kirchhofs Konzept auf dem Papier aussieht, so viele Fragen ergeben sich im Detail. Gehen die Rechnungen des Heidelberger Professors tatsächlich auf? Wie viele zusätzliche Lasten werden zum Beispiel den Unternehmen aufgebürdet? Und vor allem: Kann mit einem völlig neu formulierten Gesetz das Steuerrecht tatsächlich vereinfacht werden?

Was passiert etwa mit den Steuervorteilen für Immobilienbesitzer? Wer Büros oder Wohnungen vermietet, profitiert seit Jahren davon, dass er von den Mieteinnahmen großzügig Kosten und Wertverluste abziehen und das Objekt nach zehn Jahren auch noch steuerfrei verkaufen kann.

Daran würde sich auch unter einem Finanzminister Kirchhof nur wenig ändern. Zwar will der Merkel-Helfer die großzügigen Abschreibungsregeln kappen und Immobilienbesitzer verpflichten, künftig pauschal zehn Prozent des Verkaufspreises zu versteuern. Ist die Immobilie aber stärker im Wert gestiegen, können die Eigentümer den Gewinn auch weiterhin größtenteils am Fiskus vorbeischleusen.

Der Fall zeigt das Grundproblem des Kirchhof-Modells. Um das Steuerrecht radikal zu vereinfachen, hat der Professor ein neues, hochabstraktes Konzept entwickelt. Als sogenanntes Markteinkommen werden alle Einkünfte zusammengefasst und Kosten häufig nur noch pauschal anerkannt. Das reduziert die Zahl der Paragrafen, lässt aber nach Meinung vieler Finanzwissenschaftler in der Praxis allzu viele Fragen unbeantwortet. Der Verzicht auf Einzelfallgerechtigkeit könnte zur Einzelfallungerechtigkeit führen.

Die Folgen wären gravierend. Was als Einkünfte und was als Aufwendungen anerkannt wird, müssen im Kirchhof-System entweder die Verwaltungsgerichte in einer Flut von Prozessen oder die Finanzbürokratie mit einer Vielzahl von Verordnungen klären. „Im Extrem“, so fürchtet der Kölner Steuerprofessor Klaus Tipke, könne dadurch das Ziel, „Verständlichkeit und Vereinfachung zu fördern“, sogar „ins Gegenteil verkehrt werden“.

Kirchhofs größtes Geheimnis ist die Finanzierung seiner radikalen Steuerreform. Zwar hat der Juraprofessor immer wieder beteuert, sein Modell sei für den Fiskus aufkommensneutral und verursache keine Steuerausfälle. Eine belastbare Rechnung hält Kirchhof indes zurück. Stattdessen verweist er auf eine Lis-



Steuerbegünstigte Bevölkerungsgruppen (Nachtarbeiter auf dem Frankfurter Flughafen, Pendler):

Steuerbelastung 2005

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat eine Berechnung der tatsächlichen Steuerbelastung verschiedener Einkommensgruppen vorgenommen. Dabei wurde die Einkommensteuerstatistik 1998 unter Berücksichtigung aktueller Rahmenbedingungen fortgeschrieben.

DER SPIEGEL

Einkommensschicht	Durchschnittseinkommen	Anteil am Gesamtsteueraufkommen	Festgesetzte Einkommensteuer in Prozent des Bruttoeinkommens
Alle Steuerzahler	**40 000 €**	**100 %**	**15 %**
Oberes Zehntel	**135 000 €**	**51,3 %**	**23 %**
... Hundertstel	**442 000 €**	**20,6 %**	**28,9 %**
... Tausendstel	**1,74 Mio. €**	**8,3 %**	**30,1 %**



THOMAS IMO (L.); HORST RUDEL / IMAGO (R.)

Die Streichliste soll vor der Wahl nicht mehr veröffentlicht werden

te von 418 Steuervergünstigungen, die er am liebsten sofort streichen wolle, wenn er erst einmal Finanzminister sei. Doch die Streichliste soll, darauf haben sich Kirchhof und die Union verständigt, vor der Bundestagswahl nicht mehr veröffentlicht werden.

Die Furcht vor der Wählerwut ist so groß, dass Kirchhofs Mitarbeiter sogar den Karlsruher Entwurf, die erste Reformskizze des Heidelberger Professors aus dem Jahr 2001, von der Internet-Seite des Forschungsinstituts genommen haben. Vor einem halben Jahr habe man das Papier entfernt, weil man die Bürger „nicht mit einem alten und überholten Modell verwirren“ wolle, versucht ein Kirchhof-Mitarbeiter die Geheimniskrämerei zu erklären.

Der eigentliche Grund dürfte ein anderer sein. Auf drei Seiten seines Karlsruher Entwurfs listet der Professor 53 Posten auf, die sich weitestgehend mit seinen heutigen Vorschlägen decken, und er listet auch sauber die finanziellen Effekte auf. Die Streichung der sogenannten degressiven Abschreibung beispielsweise für Maschinen soll, so veranschlagte er damals, dem Fiskus 8,5 Milliarden Euro bringen, die Besteuerung von 70 Prozent der Renten 3,8 Milliarden, der Wegfall des Sparerfreibetrags noch einmal so viel, die gestrichene Arbeitnehmerpauschale 3,6 Milliarden, die Abschaffung der Pendlerpauschale 3,4 Milliarden und die Steuerpflicht für Nachtzuschläge 1,9 Milliarden Euro. Unter dem Strich kommt Kirchhof so auf zusätzliche Steuereinnahmen von gut 36 Milliarden Euro. Der Wohltäter Staat wird aus der Sicht der heute Begünstigten zum Übeltäter.

Doch da Kirchhof keine eigene Rechnung vorlegt, rechnen seine Kritiker. Von den Finanzministern der Länder bis zum arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft entdecken nahezu alle Experten Lücken in Kirchhofs Kalkulation – und fürchten, dass dem Professor als Ausweg nur bliebe, die Löcher mit zusätzlichen Abgaben für Unternehmen zu stopfen.

Ideen dazu hat Kirchhof genug. Das zeigt das Beispiel der degressiven Abschreibung, die Unternehmern erlaubt, bereits im ersten Jahr 20 Prozent der Anschaffungskosten einer Maschine wertzuberichtigen.

Manches an Kirchhofs Konzept ist ungereimt, aber die Richtung stimmt.

Kirchhof hält das für ein klassisches Steuerschlupfloch, doch Ökonomen sind anderer Ansicht. Weil Maschinen oder Fahrzeuge bereits in den ersten Monaten nach dem Kauf große Teile ihres Wertes verlieren, sei es nur logisch, dass sie auch entsprechend großzügig abgeschrieben werden dürften.

Kirchhofs Vorschläge könnten die Unternehmen bis zu 7,5 Milliarden Euro im Jahr kosten, warnen die Experten. Sein „Garten des Paradieses“, sagt der hannoversche Finanzwissenschaftler Stefan Homburg, könnte sich für viele Betriebe in ein „Tal des Todes“ verwandeln. In den großen Wirtschaftsverbänden sprechen die Steuerexperten schon von „Lafontaine pur“.

Und so fällt das Urteil der Fachwelt über das zentrale Thema dieses Wahlkampfes ziemlich einhellig aus: Manches am Kirchhof-Konzept ist ungereimt, manches widersprüchlich, manches nicht geklärt. Aber die Richtung stimmt. Eine Steuerreform, die wirtschaftliche Dynamik entfalten soll, muss das Steuerrecht vereinfachen und die Sätze deutlich senken. So wie es der Heidelberger Professor plant – und der Kanzler vor nicht allzu langer Zeit auch befürwortet hätte.

Kirchhofs Steuerkonzept ist einfach, aber noch immer viel zu kompliziert, um es in sekundenkurzen Statements für die TV-Nachrichten zu erklären. Zugleich aber wollen es die Journalisten ganz genau wissen. Der Professor weiß nicht, wie er damit umgehen soll.

Am Mittwochabend sitzt er im Flugzeug nach München und hat sich ein paar Tageszeitungen auf den Nebensitz gelegt, die Lektüre ist zur Mutprobe geworden. Steht wieder etwas Schlechtes über ihn drin? Er schaue nach allen Überschriften über sich, erst dann fange er an, richtig zu lesen, sagt er. Es soll mutig klingen.

„Alle Speerspitzen sind jetzt auf mich gerichtet“, sagt er leise.

Der Frust frisst sich langsam vor. Auf jeder Veranstaltung klagt er nun darüber, dass man versuche, ihm seine Formulierungen im Mund umzudrehen. „Ich hätte nicht gedacht, dass der politische Gegner versucht, mich mit infamen Unterstellungen zu diskreditieren“, sagt Kirchhof.

Noch hofft er, dass der Spuk bald vorbei ist und er dann loslegen kann. Es sind nur noch ein paar Tage, die er glaubt durchhalten zu müssen. „Nach der Wahl kann man wieder offener sprechen“, sagt er den Unionsfreunden in Schwerin. Dann sei er Finanzminister und sitze zunächst einmal auf einem „Sack Geld“. „Und mit einem Finanzminister kooperiert man besser.“

Noch haben die Parteigranden die Hoffnung nicht ganz aufgegeben. Aber nicht wenige richten sich bereits darauf ein, dass es nicht reichen wird für eine Koalition mit der FDP. Das wäre dann eine Niederlage, raunen sie hinter vorgehaltener Hand und wissen längst, wen sie dafür verantwortlich machen werden: Kanzlerkandidatin Angela Merkel.

Hatten die wahlkampferprobten Ministerpräsidenten nicht gleich gesagt, dass sie die Nominierung des Steuer-Mannes für ein riskantes Manöver hielten? Bayerns Landesvater Edmund Stoiber, Roland Koch aus Hessen, Christian Wulff aus Niedersachsen, Dieter Althaus aus Thüringen, Georg Milbradt aus Sachsen – sie alle werden Artikel aus ihrem Archiv kramen, die schwarz auf weiß belegen, dass sie ja von Anfang an vor Kirchhof und dessen Radikalplänen gewarnt hatten.

Bereits als sich am Montag vergangener Woche das CDU-Präsidium traf, war Kirchhof Thema Nummer eins. „Es wäre hilfreich, wenn wir mit Themen, die nicht im

Wahlprogramm stehen, keinen Wahlkampf führen“, kritisierte Präsidiumsmitglied Hildegard Müller auf der Sitzung. Es sei „überflüssig, mit zwei verschiedenen Steuerkonzepten“ durch die Gegend zu laufen, befand Unions-Fraktionsvize Wolfgang Schäuble.

Kirchhofs Konzept? „Wir haben nicht vor, das umzusetzen“, beteuert CSU-Chef Edmund Stoiber bei jedem Wahlkampfauftritt.

Unverkennbar, dass viele in der Union den Reformoptimismus ihrer Kanzlerkandidatin nicht teilen – und wohl nie geteilt haben. Sie stehen stellvertretend für ein tiefverunsichertes Volk, das sorgenvoll in die Zukunft blickt. „So viel Angst wie noch nie“, schrieb die „Frankfurter Allgemeine“ erst vergangenen Freitag über eine neue Studie, wonach das Angstgefühl der Deutschen auf das höchste Niveau seit 15 Jahren gestiegen ist.

Das Volk, das Merkel für Reformen begeistern will, glaubt nur zu 35 Prozent, dass man den „meisten Menschen vertrauen kann“. In Skandinavien sind es fast doppelt so viele. Dieses öffentliche Misstrauen lähmt die politische Debatte, erstickt schnell jeden auch noch so kleinen Reformversuch und führt dazu, dass es kaum eine gesellschaftliche Gruppe gibt, die sich nicht ausgenutzt, übervorteilt oder über den Tisch gezogen fühlt.

Zwar konstatieren die Meinungsforscher, die dem Volk regelmäßig den Puls fühlen, seit Jahren schon eine ausgeprägte Reformbereitschaft im Lande, doch die ist abstrakt. Sobald konkrete Maßnahmen abgefragt werden, sinkt die persönliche Zustimmung rapide. Nach zwei Jahrzehnten Reformdiskussion stellt sich die gern verbreitete Weisheit („Es gibt in Deutschland kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem“) als Illusion heraus.

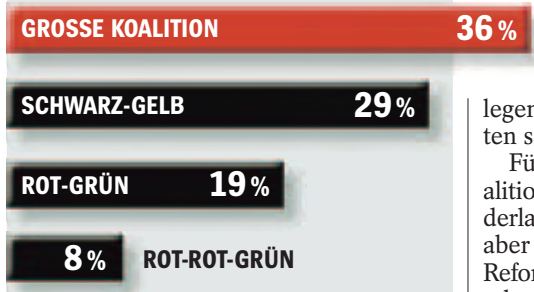
Zumal auch den Unions-Wählern nicht verborgen geblieben ist, dass der freudlose Grabenkampf um jeden Zentimeter des bundesdeutschen Sozialstaats am Ende so gut wie keine Geländegewinne gebracht hat. Gesundheitsreform, Hartz I bis IV, „Job-Aqtiv-Gesetz“, Steuervergünstigungsabbaugesetz – die gewaltigen politischen Kraftanstrengungen, die das Land aufwühlten, brachten am Ende im günstigsten Fall eine vorübergehende Stabilisierung der Verhältnisse. Wenn überhaupt.

Die von den Demoskopen zu Beginn des Wahlkampfes gemessene Wende-Euphorie ist verpufft. Von „Aufbruchstimmung“, wie sie Angela Merkel beschwor, kann derzeit keine Rede sein.

Selbst die Grünen, die sich im Geiste längst auf den Oppositionsbänken eingerichtet hatten, sehen plötzlich wieder Chancen auf den Erhalt ihrer Macht, etwa in einer Ampelkoalition mit SPD und FDP. Dass Liberalen-Chef Guido Westerwelle ein Bündnis mit seinem Lieblingsfeind Joschka Fischer niemals eingehen würde, gilt nicht als Hinderungsgrund. Westerwelle müsse dann eben „privatisieren“ und das Feld anderen FDP-Größen überlassen, die seien flexibler.

UMFRAGE: KOALITION

„Welche Zusammensetzung der künftigen Bundesregierung wäre Ihrer Meinung nach am besten für Deutschland?“



Infratest-dimap-Umfrage für ARD-Deutschlandtrend vom 6. und 7. September; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

Wahrscheinlicher aber wäre eine Große Koalition, sie wäre für das Lager der Bewahrer in beiden Parteien durchaus attraktiv und für Bundeskanzler Schröder, den die eigenen Leute vor kurzem noch verloren gaben, schon ein Erfolg. Im Kanzleramt träumen die Strategen bereits von einer schwarz-roten Formation unter Schröders Führung. Die SPD müsste dafür weitere vier bis fünf Prozentpunkte zulegen, die Union entsprechend nach unten sacken.

Für Merkel wäre selbst eine Große Koalition unter ihrer Führung eine herbe Niederlage. Die Union wäre an der Regierung, aber nicht an der Macht. Eine kraftvolle Reformpolitik, wie sie der CDU-Chefin vorschwebt, wäre durch dieses Wählervotum unmöglich gemacht. Fällt die Union unter 40 Prozent, ist die Führungsdebatte neu entfacht – Merkel würde Kanzlerin, aber auf Zeit. Ihre Kritiker würden zu Gegnern, die nur auf eine Chance zur Neuwahl lauerten – unter dann veränderter Führung.

Das Personalangebot einer solchen Koalition der Volksparteien zeichnet sich bereits ab. Unter CDU-Führung käme ein SPD-Außenminister zum Zuge, der aller Wahrscheinlichkeit nach Otto Schily hieße. Peter Struck stünde weiter als Verteidigungsminister bereit, zumal die CDU über keine geeigneten Experten für die Bundeswehr verfügt.

Peer Steinbrück (SPD) könnte Wirtschaftsminister werden, und ausgerechnet der Posten des Finanzministers wäre unbesetzt. Die SPD will ihn nicht besetzen, die Union hätte keinen Kandidaten.

Für Paul Kirchhof jedenfalls wäre in einer solchen Konstellation kein Platz. „Ich stehe nur für eine schwarz-gelbe Koalition zur Verfügung“, sagt der Wissenschaftler. Leise fügt er hinzu: „Wenn es nicht klappt, dann habe ich es wenigstens versucht.“

Sven Afhüppe, Konstantin von Hammerstein, Marc Hujer, Alexander Neubacher, Ralf Neukirch, Wolfgang Reuter, Michael Sauga, Christoph Schult, Gabor Steingart





RALPH ORLOWSKI / GETTY IMAGES (L.); RALPH SONDERMANN (R.)

Unions-Führer Merkel, Stoiber, SPD-Politiker Steinbrück, Müntefering: *Für Schröder wäre eine Große Koalition ein Erfolg*



GLAESCHER / LAIF

Auf Kosten des Fiskus

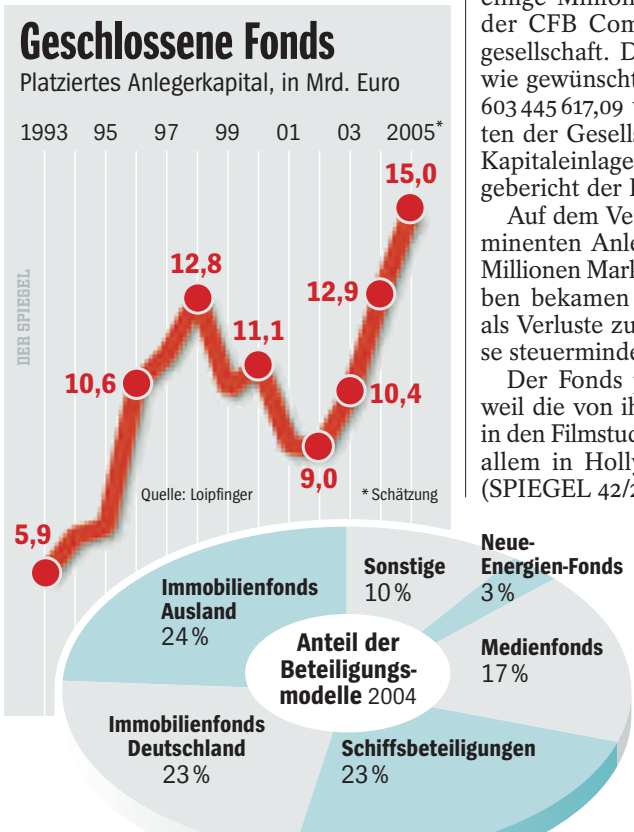
Das deutsche Steuerrecht bietet Großverdienern eine Menge Schlupflöcher: Durch Investitionen in Containerschiffe oder Spielfilme lassen sich die Abgaben an den Staat spürbar senken.

Franz Konz, 79, ist so etwas wie der Lieblingsfeind des Fiskus. Dreimal stellten Steuerfahnder bereits das Haus des Bestsellerautors auf den Kopf, der seine „1000 ganz legalen Steuertricks“ inzwischen über sieben Millionen Mal verkauft hat. Einmal saß er sogar ein Jahr im Gefängnis, weil ihm Anstiftung zur Steuerhinterziehung und Beamtenbeleidigung vorgeworfen wurde.

Das hat die Kampfeslust des ehemaligen Steuerinspektors eher noch angestachelt. Mittlerweile in der 21. Ausgabe geißelt er den Fiskus „als den schlimmsten Räuber von allen“. Er zitiert Friedrich Nietzsches Schimpfkanonade auf den Staat („Und was er auch hat, gestohlen hat er’s“) und versorgt die Steuersparer auf 1088 Seiten mit Tipps, wie dem Finanzamt die Kosten für ein Zweitstudium untergejubelt werden können oder weshalb die Tochter als Putzhilfe angestellt werden sollte.

Seit die Unions-Kanzlerkandidatin Angela Merkel bei ihrem Fernsehduell mit Gerhard Schröder kostenlos Werbung für Konz’ dicken Wälzer machte, gehen die Verkaufszahlen ordentlich nach oben. „Alles ungelegte Eier“, sagt Konz über die Steuerschlupflöcher, die Merkels Finanzexperte Paul Kirchhof schließen will. Er werde nicht arbeitslos, die Bürokraten würden schon genug Widerstand gegen die Reformen leisten.

Eine Sorge hat Konz dann aber doch: „Die Schlupflöcher für den kleinen Mann werden geschlossen, während die Großkopferten und Großkonzerne weiter geschont werden“, meint er aus Kirchhofs Visionen herauszulesen.



Investitionsobjekt Containerschiff
Nahezu steuerfreie Gewinne

Wenn dem so wäre, würde eine unselige Tradition fortgesetzt. Seit Jahrzehnten reden Politiker davon, dass beispielsweise die Abschreibungsmöglichkeiten bei Steuersparmodellen eingegrenzt werden müssen, die insbesondere von Vermögenden genutzt werden. Geschehen ist wenig.

Im Jargon der Finanzbeamten heißen Schiffsbeteiligungen, Medienfonds oder Windparks Verlustzuweisungsgesellschaften. Deshalb gehören viele der mittlerweile 16 500 Windräder den Besserverdienern der Republik. Nur die nämlich können die steuerlichen Verlustzuweisungen von teilweise über 100 Prozent im Jahr der Investition optimal nutzen. Bei der Anschaffung der Windmühle kann das zu versteuernde Einkommen auf diese Weise drastisch gemindert werden.

Je höher das Einkommen, desto mehr beteiligt sich der Fiskus indirekt an den Anschaffungskosten. Erst wenn die Fonds irgendwann Gewinne abwerfen, müssen diese versteuert werden.

Nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums werden bei den Steuersparmodellen dieses Jahr Verluste in Höhe von sechs Milliarden Euro geltend gemacht, die das Steueraufkommen um mehrere Milliarden Euro drücken werden. So besitzen Spitzenverdiener aus Deutschland neben vielen Windrädern auch die wahrscheinlich größte Schiffsflotte weltweit – und finanzieren nebenbei Millionen Meter Zelluloid in Hollywood.

Bekannte Fernsehgrößen, Unternehmenserben und andere Millionäre investierten zum Beispiel 1998 unter dem Motto „Hollywood goes Babelsberg“ jeweils einige Millionen Euro in den Fonds 117 der CFB Commerz Fonds Beteiligungsgesellschaft. Der Steuereffekt stellte sich wie gewünscht ein. „Der Verlust von DM 603 445 617,09 wird auf Verlustsonderkonten der Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitaleinlagen gebucht“, heißt es im Lagebericht der Beteiligungsgesellschaft.

Auf dem Verlustsonderkonto eines prominenten Anlegers wurden so rund zehn Millionen Mark verrechnet, zwei reiche Erben bekamen jeweils 23 Millionen Mark als Verluste zugewiesen und konnten diese steuermindernd einsetzen.

Der Fonds produzierte einigen Ärger, weil die von ihm finanzierten Filme nicht in den Filmstudios Babelsberg, sondern vor allem in Hollywood produziert wurden (SPIEGEL 42/2001). Doch dem Finanzamt war das letztlich egal. Eine Betriebsprüfung habe zu keinen Beanstandungen geführt, teilte die CFB, eine Commerzbank-Tochter, mit.

„Ich habe einen heiligen Zorn auf die Fonds:



CONSTANTIN FILM

Filmfonds-Produktion „Das Parfum“: *Den Aderlass stoppen*

Die pumpen das Geld aus dem Land“, sagte 2001 der renommierte Regisseur Volker Schlöndorff. Damals wurden wegen der verführerischen Steuernachlässe gut drei Milliarden Euro vor allem jenseits der deutschen Grenzen in Höhepunkte der Filmgeschichte wie „Terminator 3“ investiert.

Mit neuen Verordnungen versuchten die Finanzbürokraten, den Aderlass zu stoppen. Mit mäßigem Erfolg. Auch dieses Jahr werden nach Schätzungen des Finanzministeriums mit Medienfonds Verluste von 1,6 Milliarden Euro produziert.

In den vergangenen Wochen reiste die „medieninitiative! deutschland“ durch die Republik. Dahinter steckt auch eine PR-Initiative der beiden Medienfondsgesellschaften VIP und Equity Pictures, die um ihre Pfründe fürchten, wenn das Steuerschlupfloch gestopft wird. VIP-Chef Andreas Schmid verspricht, aus Fondsmitteln jährlich erhebliche Mittel als „German Spend“ in deutsche Filme zu investieren.

Alles Blendwerk. Auch beim Marktführer VIP flossen nach einer Beobachtung des Rosenheimer Fondsexperten Stefan Loipfinger „mindestens 80 Prozent der Gelder nach Hollywood“. Filme wie „Monster“ mit Oscar-Preisträgerin Charlize Theron, „Control“, „Copying Beethoven“ oder „Lord of War“ dominieren. Immerhin investiert VIP auch in einige deutsche Produktionen wie „Das Parfum“, die Verfilmung des gleichnamigen Romans.

Die auf vermögende Kunden spezialisierten Abteilungen von großen Geldinstituten wie HypoVereinsbank und Commerzbank legen sogenannte Wertpapierhandelsfonds auf, deren einzige Existenzberechtigung eine hohe steuerliche Verlustzuweisung ist. Die Produkte werden eher unter als über dem Banktresen verkauft. Denn die Konstruktion klingt selbst in der phantasievollen Welt der Steuersparfonds reichlich abenteuerlich.

Irritiert beschreibt das Bundesfinanzministerium in einem internen Papier das neue Phänomen: „Die Fonds gehen davon aus, dass sie keine Kaufleute sind und deshalb ihren Gewinn durch Einnahmenüberschussrechnung ermitteln dürfen. Deshalb können sie die Anschaffungskosten für die Wertpapiere im Zeitpunkt der Ausgabe in voller Höhe abziehen“.

Wenn ein solcher Fonds beispielsweise Bundesanleihen für 100 000 Euro kauft, fallen bei den Anlegern mit Hilfe dieser Konstruktion Verluste von 100 000 Euro an. Zinsen und Rückflüsse des Kapitals müssen erst in späteren Jahren versteuert werden. Das ist praktisch für jemanden, der weiß, dass er in Zukunft weniger versteuern muss.

Auch den Schiffsbau in Südkorea und Taiwan förderte der deutsche Fiskus nach Kräften. Allein 2003 und 2004 haben deutsche Investoren 332 Schiffe mit einem Gesamtwert von 11,5 Milliarden Euro finanziert, die zum überwiegenden Teil in Fernost gebaut werden.

Die Initiatoren konnten lange mit Verlustzuweisungen bis zu 300 Prozent werben. Zusätzlich sorgte die sogenannte Tonnagesteuer dafür, dass die späteren Erträge bei den Containerschiffen fast steuerfrei anfielen. Denn versteuert wird nicht der tatsächliche Gewinn, sondern ein wesentlich niedrigerer Wert, der sich nach der Schiffsgröße richtet.

Inzwischen können Verluste in sogenannten Kombimodellen nur noch bis 2006 geltend gemacht werden. Es bleiben allerdings dank der Tonnagesteuer die nahezu steuerfreien Gewinne.

Nicht alle Abschreibungsmodelle aber gehen für die Anleger auf. Die Immobilienbranche zum Beispiel kämpft immer noch mit den Nachwehen der Sonderabschreibungen in den neuen Bundesländern. Viele Fonds, die in überflüssige Einkaufszentren, Büros oder opulente Apartments investierten, stehen vor der Pleite.

Selbst Renommierbauten wie das Hotel Adlon direkt neben dem Brandenburger Tor haben bisher allenfalls für den Initiator Anno August Jagdfeld Renditen abgeworfen. Der kassierte 1996 für das Adlon über diverse Gesellschaften laut Emissionsprospekt mindestens 64 Millionen Mark, die Anleger ließen sich von der Verlustzuweisung über 53,5 Prozent blenden. Zu den im Prospekt versprochenen Ausschüttungen kam es in den vergangenen Jahren nicht, die Gelder wurden mit Zustimmung der Anleger im Hotel reinvestiert.

Dank Angela Merkel feiert die Steuersparbranche einen neuen Absatzrekord.

Weil Jagdfeld keine hohen Verlustzuweisungen mehr versprechen kann, konnte eine Kapitalerhöhung zur Finanzierung eines Erweiterungsbaus des Fünf-Sterne-Hotels bisher nicht bei den Besserverdienern platziert werden.

In einem anderen Jagdfeld-Fonds, dem Berliner Bürobau Pyramide, erhalten die finanzierenden Banken keine Zinsen mehr, und „die Anleger wissen, dass sie ihr Geld nicht zurückbekommen“, sagt ein Sprecher Jagdfelds.

Trotz vieler negativer Erfahrungen läuft gerade wieder ein gigantischer Schlussverkauf auf Kosten des Fiskus. Finanzminister Eichel hatte im Frühjahr zum großen Schlag gegen die meisten Steuersparmodelle ausgeholt. Er wollte die Verlustverrechnung noch für 2005 stark beschneiden, um eine Senkung der Körperschaftsteuer zu finanzieren. Doch ausgerechnet Angela Merkel stoppte den Kompromiss, der bereits mit der CDU vereinbart war. Sie will die Mehreinnahmen von etwa drei Milliarden Euro selbst für ihre Steuerreform verbuchen.

Weil Merkel Eichels Plan ausbremste, lässt es die Steuersparbranche noch mal richtig krachen: Fondsexperte Loipfinger hält dieses Jahr einen neuen Rekord für möglich: den Absatz von Fonds im Wert von 15 Milliarden Euro.

CHRISTOPH PAULY

Gewinn durch Verlust

Steuersparmodell Medienfonds, Investition im Jahr 2005, Topverdiener

Beteiligung	**100 000 €**
Einzahlung Rest durch Fremdkapitalaufnahme des Fonds finanziert	**66 250 €**
Steuerersparnis 2005 durch Verlustzuweisung von 103 671 €	**–45 937 €**
Tatsächlicher Einsatz des Investors	**20 313 €**
Ausschüttung nach Steuern bis 2023 (Fonds-Ausschüttungen 171 277 €, abzüglich Steuern auf Ausschüttungen 92 475 €)	**78 802 €**
tatsächlicher Einsatz	**–20 313 €**
Vermögensgewinn	**58 489 €**

Quelle: Fondsgesellschaft

DER SPIEGEL

Medienfonds sind erheblichen Ertragsrisiken ausgesetzt. Renditen bleiben häufig weit unter Plan.

Kampf um Kassel

Finanzminister Hans Eichel möchte noch einmal in den Bundestag. Sein Gegner ist nicht nur der große, neue Steuer-Vereinfacher der Union. *Von Matthias Geyer*

Der Himmel über Baunatal ist noch dunkel, als eine schwere Limousine mit Berliner Kennzeichen vor dem Betriebsgelände der Volkswagen-Werke hält. Aus dem Fond steigt ein unscheinbarer Mann in einem blauen Anzug. Er huscht mit kleinen schnellen Schritten über den Bürgersteig, sein Kopf liegt tief zwischen den Schultern. Er stellt sich vor das Haupttor. Dann wartet er darauf, dass der Tag beginnt.

Es ist halb sechs am Morgen, langsam füllt sich der Platz mit Menschen, die zur Frühschicht eingeteilt sind. Müde Gesichter kommen an, die meisten gucken ernst, niemand redet. VW geht es schlecht, 10 000 Stellen sollen gestrichen werden, es sind keine guten Zeiten.

Zwischen den Arbeitern läuft der Mann im Anzug hin und her. Er wirkt erstaunlich kregel für die Uhrzeit, lächelt freundlich und sagt zu jedem „Guten Morgen“. Er hält Flugblätter in der Hand, auf denen steht, weshalb man die SPD wählen soll. Außerdem verteilt er kostenlos SPD-Kugelschreiber. Es ist Hans Eichel, der Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland.

„Guten Morgen“, sagt Hans Eichel, „darf ich Ihnen das zur Wahl mitgeben?“ Die Arbeiter greifen nach den Flugblättern wie nach kostenlosen Pausenstullen und gehen weiter. Es läuft eigentlich ganz ordentlich für ihn, eine gute Viertelstunde lang. Dann kommt ein großer Mann mit wachen Augen vorbei. Er scheint der Erste zu sein, der Eichel erkennt, bleibt für einen Moment stehen und guckt an dem Minister hinab. Er möchte kein Flugblatt, keinen Kugelschreiber. Er sagt: „Verschonen Sie mich damit.“

Für einen Moment steht Eichel da wie schockgefroren. Es dauert einige Sekunden, ehe er vom Gesicht her langsam auftaut. Seine Lippen öffnen sich, als würden sie von einer eigenen Mechanik betrieben. Sie rollen gleichzeitig nach unten und nach innen, bis sie verschwunden sind, sein Mund sieht jetzt aus wie ein Loch mit Zähnen davor. Dann schluckt er, es ist ein Schlucken unter großer Anstrengung. Man könnte Mitleid bekommen in solchen Momenten. Vermutlich ist dies das Schlimmste, was sich über einen Wahlkämpfer sagen lässt.

„Kugelschreiber“, sagt Eichel, als er vollständig aufgetaut ist, „ich brauche neue Kugelschreiber.“ Er darf keine Zeit verlieren. 7000 Arbeiter werden in den nächsten anderthalb Stunden an ihm vorbeilaufen. Jede Minute könnte kostbar sein.

Jede Minute macht Deutschland über 100 000 Euro neue Schulden. Zusammen sind es inzwischen 1,45 Billionen.

Als Eichel Finanzminister wurde, wollte er, dass der Bund im Jahr 2006 keine neuen Kredite mehr aufnehmen muss. Jetzt ist 2005, und er muss sich 35 Milliarden Euro leihen. So sieht es aus, bei Licht betrachtet. Aber noch ist es dunkel, und Hans Eichel braucht neue Kugelschreiber.

Er kämpft um Kassel, Wahlkreis 170. Kassel ist seine Heimat, er bewirbt sich um ein Direktmandat. Hans Eichel ist das Symbol einer Politik, der Deutschland nicht mehr traut, es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass er sein Amt behält. Aber wenn er den Wahlkreis 170 gewinnen würde, wäre das auch ein Sieg. Er könnte finanzpolitischer Sprecher der SPD werden oder so was. Er findet, das sei besser als gar nichts. Es ist schwer zu verstehen, aber es ist so.

Ein paar Meter von Hans Eichel entfernt steht ein großer Mann mit roten Haaren, der auch Flugblätter und Kugelschreiber verteilt. Er heißt Rainer Pfeffermann und arbeitet bei VW im Schichtbetrieb als Energieanlagenelektroniker. Pfeffermann ist 38 Jahre alt, 25 Jahre jünger als Eichel.

Pfeffermann und Eichel haben sich vorhin freundlich gegrüßt, aber es lag eine merkwürdige Schwüle darüber. Sie waren bis vor kurzem Gegner. Pfeffermann hat etwas die Achtung vor Eichel verloren, vor dessen Haltung. Es ist dieselbe Haltung wie die von Heide Simonis, es geht um dieselbe Frage: „Und was wird aus mir?“

Man kann sagen, dass sich Hans Eichel in den Wahlkreis 170 hineingerempelt hat. In Kassel gab es einen Kandidaten, der lange Jahre verlässlich für die SPD gewonnen hatte, es gab also eigentlich kein Problem. Die Probleme kamen, als Eichel seine Ansprüche anmeldete, einen Tag nachdem die SPD Neuwahlen angekündigt hatte. Der alte Kandidat zog sich zurück, weil es keine Argumente gibt gegen jemanden, der so lange für die SPD die Backen hingehalten hat. Eichel hatte eigentlich freie Bahn, aber dann kam Pfeffermann.

Pfeffermann sagte: Die SPD braucht einen Generationswechsel. Die SPD braucht





FOTOS: HEIKO MEYER

Wahlkämpfer Eichel in Baunatal, Kassel (mit dem Grünen-Bundestagsabgeordneten Matthias Berninger), Vellmar: *„Ich könnte jetzt noch eine*

Leute im Bundestag, die VW Golf fahren. Die SPD braucht Arbeiter. Pfeffermann trat gegen Eichel um den Wahlkreis 170 an, er hatte auch viele Anhänger bei den kleinen Delegierten, aber die Abstimmung verlor er trotzdem, logisch. Die großen Delegierten waren für Eichel, Pfeffermann kann sich denken, warum.

Er guckt hinüber zu dem Mann, der Kassel erobern soll. Eichel hält Kugelschreiber und Flugblätter in die Luft. „Sie sollten das auch lesen“, sagt Eichel. Es geht in den Flugblättern hauptsächlich um die Abschaffung der Schichtzuschläge, also um Paul Kirchhof.

Es ist schwer vorherzusehen, ob Kirchhof Eichels Rettung wird oder sein endgültiges Verderben. Als Eichel die Idee mit Kassel hatte, wusste er noch nichts von Kirchhof. Es war nicht klar, dass ausgerechnet dieser Springteufel der CDU sein Gegenspieler ums Amt des Finanzministers werden würde. Kirchhofs Steuerkonzept passt in einen Glückskeks, und das hat es Eichel nicht leichter gemacht.

Vorvergangene Woche saßen sie zusammen in einem großen gläsernen Foyer bei Maybrit Illner in „Berlin Mitte“. Hans Eichel saß kerzengerade in seinem Stuhl, seine Hände krallten sich in die Stuhllehnen, Eichel hat kleine, kräftige Hände. Er sah, wie Kirchhofs Pianistenfinger durch die Luft segelten, und hörte Sätze, die als Verheißungen zum Glasdach emporstiegen, und irgendwann wurde Eichel ganz wuschig.

„Herr Kirchhof, nein, nein, nein, Herr Kirchhof, Entschuldigung, nein, so geht das nicht, so geht das nicht!“, rief er, er griff ins Jackett, weil er einen Zettel herausholen wollte, dabei riss ihm das Mikrofon vom Revers, und eigentlich war das schon das Ende. Aber Hans Eichel gab nicht auf, er gibt niemals auf.

Als das Mikrofon wieder funktionierte, ballerte er freihändig mit Zahlen zurück, Zahlen über Bilanzsteuerrecht und thesaurierte Unternehmensgewinne, Zahlen, die einem das Hirn verkleistern können, auch wenn sie wahrscheinlich alle stimmen. In der ersten Reihe saß sein Medienberater und klatschte manchmal in die Stille hinein.

Nach der Sendung gab es noch einen kleinen Empfang. Maybrit Illner tänzelte um Paul Kirchhof herum, der behände Bier durchs Glas schwenkte. Illner sagte: „Herr Professor, Sie haben das absolut meisterlich gemacht.“ Kirchhof lächelte lässig. Eichel stand etwas abseits davon. Er trank Rotwein und löffelte Obstsalat, beides gleichzeitig.

> „Nein, nein, nein, Herr Kirchhof, Entschuldigung, nein, so geht das nicht.“

Er konnte gar nicht gewinnen. Er ist ein Spieler in einem Betrieb, der von Vereinfachung lebt, von einsdreißig. Der Betrieb sagt nicht: Donnerwetter, wie viele Zahlen der kann! Der Betrieb ist verknallt in Pianistenfinger, er ernährt sich von neuen Bildern, kurzen Sätzen und frischen Gesichtern, er saugt sie auf und scheidet sie wieder aus, beides mit zunehmender Geschwindigkeit. Eichels Gesicht hat schon zu oft verloren. Wenn man hineinsieht, sind da nur Haushalte, die zusammenkrachen.

Sein nächster Tag beginnt morgens um zehn in einer Fußgängerzone. Leute von der SPD haben vor einer Bäckerei ein kleines Podest aufgebaut, Eichel ist ungefähr so groß wie Kirchhof, als er oben steht. Er ist der deutsche Finanzminister, er hantiert mit Milliarden, seine Bilanzen können das Ansehen der drittgrößten Industrienation der Welt beschädigen. Er hat so unendlich viel Macht, aber im Moment sieht er aus wie jemand, der eine Tube Silberputzmittel verscheuern muss.

Es sind ein paar Dutzend Menschen da, die gerade nichts Besseres vorhaben, ältere Menschen meistens. Eichel lässt seine Zahlen auf sie hinabregnen, und am Ende klatschen die Menschen, viele tragen rote Schirmmützen von der SPD.

Man hat den Eindruck, als seien solche Fußgängerzonengeschichten die Kuschelstunden der Sozialdemokratie. Und es bleibt offen, wer solche Stunden nötiger braucht, die Leute mit den Schirmmützen oder der Mann da oben.

Er könnte jetzt einfach gehen, fortfahren mit der schwarzen Limousine, irgendwohin zu einem anderen Fußgängerzonenpodest, aber er will nicht. Eichel kriegt den Absprung nicht hin. Es ist gerade Wochenmarkt, und dieser Wochenmarkt ist eine Zone, die nicht von der SPD geschützt ist. Eichel läuft zwischen den Ständen entlang, sein Kopf zuckt hahnenartig vom Eierstand zum Gemüsestand, „Guten Tag“, „Guten Tag“, sagt er. Die Leute glotzen stumm hinter ihm her.





Runde Würstchen ausgeben – ich hätte Lust auf ein Würstchen“

Eichel hält an einem Obststand an, wo er Äpfel bestellt, „schöne rote, bitte“. In einiger Entfernung steht eine Verkäuferin, die unfreundliche Sätze zum Obststand hinüberkräht. Es geht um die Benzinpreise. „Die da mit ihrer Ökosteuer. Da les ich, dass die sagen, wir sollten einfach mal das Auto stehen lassen. Da frag ich: Können die uns mal sagen, wie wir unsere Sachen hier hinkriegen sollen, ohne Auto?“

Eichel bezahlt die schönen roten Äpfel und schluckt. „Ich könnte jetzt noch eine Runde Würstchen ausgeben. Ich hätte Lust auf ein Würstchen“, sagt er.

Wahrscheinlich ist es so, dass Hans Eichel solche Situationen anders wahrnimmt als Leute, die sie nur beobachten. Wahr-

scheinlich ist seine Schmerzschwelle im Lauf der vielen Politikerjahre einfach immer kleiner geworden.

Eichel hat die Koalition gerettet, als er 1999 Lafontaines Nachfolger wurde und mit dem Sparen begann. Er war ein Held für eine kurze Zeit, in der es Deutschland ökonomisch gut ging. Er wäre wohl ein Held geblieben, wenn er einfach gegangen wäre, als Gerhard Schröder die Richtung wechselte, als neue Schulden hermussten, als in Berlin blaue Briefe aus Brüssel wegen Maastricht auf einmal egal waren.

„Hans, nun lass doch mal“, der Satz, den Eichel so oft zu hören bekam, wäre das Signal gewesen für einen anständigen Absprung. Er hat ihn schon damals nicht hinbekommen. Vielleicht muss man sich Eichel vorstellen wie einen Fakir, der so lange über Nägel läuft, bis ihm nichts mehr wehtut.

Sein Sprecher hatte gesagt, dass es nicht viel Zeit gebe für ein Gespräch, eine halbe Stunde sei drin, „der Minister hat einen dichten Kalender“. Eichel sitzt am Schreibtisch seines Arbeitszimmers im Finanzministerium über einer Unterschriftenmappe. Er ist ganz versunken in das Ministersein. Auf dem Tisch steht eine Legion buntangemalter Sparschweinchen. Die Idee dazu hatte sein Medienberater gehabt, damals, Ende der Neunziger.

Die Jahre vergingen, die Schulden stiegen, aber die Schweine sind noch immer da. Der Medienberater wird nach der Wahl gehen. Er kann sich wegducken. Hans Eichel muss mit den Sparschweinchen weiterleben, sie sind wie Kletten einer missglückten Propaganda.

Er läuft hinüber an den Konferenztisch, er hat ein schönes großes Büro. Eine halbe Stunde. Sein Sprecher und der Medienberater sitzen mit am Tisch. Die Frage ist, warum er jetzt um Kassel kämpft, was das Ziel ist. „Puh“, sagt Eichel. Er guckt in die Gesichter des Sprechers und des Medienberaters. Dann sagt er, dass er diese Frage nicht verstehen könne. Nach einer halben Stunde stehen ein paar Trümmer im Notizblock, irgendwelche Zahlen, die man vergessen kann. Ein Gespräch mit Hans Eichel über Hans Eichel fängt mit Zahlen an und hört mit Zahlen auf.

Am Montagmorgen ist er wieder einmal im Wahlkreis 170. Die Gemeinde Vellmar veranstaltet ein Bürgerfest, hinter einer Kirmes ist ein großes weißes Zelt aufgebaut. Der Direktkandidat hat sich für zehn Uhr morgens angesagt. Um Viertel vor zehn ist das Zelt schon voll. Es sind Hunderte gekommen. Nicht wegen Eichel, sondern weil es Freibier gibt.

Er ist pünktlich. Er läuft quer durch das ganze Zelt in die erste Reihe, niemand spricht ihn an. Vorn auf der Bühne spielt eine Band Lieder von Wolfgang Petry. „Höllehöllehölle“. Hans Eichel klatscht zum Takt der Musik. Er bestellt eine Apfelschorle und wartet darauf, dass es vorbeigeht.

INNOVATIONEN

„Viele kleine Schritte nötig“

Siemens-Aufsichtsratschef Heinrich von Pierer über seine Rolle als Berater von Angela Merkel, die Ernsthaftigkeit einer neuen Innovationsoffensive und deutsche Befindlichkeiten

SPIEGEL: Herr von Pierer, Sie sind Mitglied des Wahlkampfteams von Angela Merkel, werden Sie im Falle eines Sieges Minister?
Pierer: Ich werde nicht Minister, diese Entscheidung steht fest. Mich drängt es nach all den Jahrzehnten bei Siemens nicht nach einem neuen Job mit Dienstwagen.
SPIEGEL: Wo sehen Sie Ihren Einsatzort?



WERNER SCHUERING

Heinrich von Pierer
ist einer der bekanntesten deutschen Manager. Der Volkswirt und promovierte Jurist begann 1969 als Syndikus bei Siemens und stieg 1992 zum Vorstandschef des Konzerns auf. Anfang dieses Jahres wechselte Pierer, 64, an die Spitze des Aufsichtsrates.

Pierer: An der Nahtstelle von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Da kann ich Menschen zusammenbringen, die zusammengehören. Dieses Land kann den Kostenwettbewerb mit Ländern wie Polen oder China nicht gewinnen. Wir müssen besser sein als die anderen. Deshalb brauchen wir Ideen und Innovationen …
SPIEGEL: … und Ihren „Rat für Innovation und Wachstum“? Das klingt nach den Plauderrunden, in denen folgenlos debattiert wird und von denen es schon viele gab.
Pierer: Es kommt darauf an, wer darin agiert, welche Vorschläge gemacht werden und ob Frau Merkel dieses Gremium tatsächlich als ihren Beraterkreis nutzt. Ich gehe fest davon aus, dass sie dies tun wird.
SPIEGEL: Woraus speist sich Ihre Hoffnung? Sie waren Berater von Helmut Kohl und Gerhard Schröder in Sachen Innovation. Die Ergebnisse Ihres Wirkens fallen bescheiden aus.
Pierer: Das ist viel zu pauschal. Und ich glaube im Übrigen, dass sich das Bewusstsein geändert hat. Durch die Globalisierung und den immer intensiveren Wettbewerb ist in den letzten zwei Jahren Bewegung in die Debatten gekommen. Seit anderthalb Jahren gibt es eine von Schröder in Gang gesetzte Innovationsinitiative mit dem Namen „Partner für Innovation“ – und die ist gut angelaufen.
SPIEGEL: Also brauchen die Deutschen gar keinen Regierungswechsel?
Pierer: Halt! Bundeskanzler Schröder hat das Thema erkannt. Das Problem ist nur, dass er mit den Grünen einen Partner hat, mit dem es in vielen Bereichen wie der Energiepolitik oder der Gentechnik nicht vorwärts geht. Wir könnten weiter sein. Die Grünen sind ein Hemmnis erster Güte. Diese Bremsen müssen gelöst werden.
SPIEGEL: Dafür wären Sie dann eingeklemmt zwischen Lebensschützern der Union und Marktradikalen der FDP, die vom Staat nichts wissen wollen.
Pierer: Ich weiß, dass es Liberale gibt, die sagen, der Staat solle sich aus der Innovationsförderung und Forschungspolitik ganz raushalten. Ich halte das für falsch.
SPIEGEL: Paul Kirchhof wirbt mit der Vision eines radikal vereinfachten Steuersystems. Welche Vision bieten Sie an?
Pierer: Wir müssen alle Lebensbereiche auf Innovation ausrichten und brauchen ein geschlossenes Konzept. Es beginnt mit der Schule: Die Kinder müssen wieder schreiben und lesen können, und zwar der ganze

Jahrgang. Wir brauchen mehr Wettbewerb und Autonomie an den Universitäten, um sie an das internationale Niveau heranzuführen. Wir haben bereits viele gute Ideen und Produkte, sind aber oft nicht in der Lage, sie schnell genug zu vermarkten. Es gibt konkrete Projekte, die vorangetrieben werden müssen: die elektronische Gesundheitskarte, das digitale Krankenhaus oder die Entwicklung CO_2-freier Kraftwerke, aber auch gute Ansätze im Dienstleistungssektor und beim Mittelstand. Auch in der Nanotechnologie haben wir hervorragende Voraussetzungen. Für all das braucht es mehr Geld als bisher.

SPIEGEL: Das klingt nach Heinrich von Bulmahn, einem Mix aus Siemens-Aufsichtsratschef und Bildungsministerin.

Pierer: Das klingt originell, ist aber meiner Meinung nach unzutreffend.

SPIEGEL: Was unterscheidet Sie von Edelgard Bulmahn?

Pierer: Beim Thema Studiengebühren hören Sie von Frau Bulmahn zum Beispiel etwas anderes. Ich bin dafür, die Gebühr einzuführen – allerdings sozial vernünftig ausgestaltet. Und ganz wichtig: Das Geld muss in den Hochschulen bleiben und deren Bewegungsspielraum erhöhen.

SPIEGEL: Nur mit Studiengebühren lösen Sie die Probleme nicht. Die University of Maryland, eine durchschnittliche US-Universität, hat bei 35 000 Studenten einen Jahresetat von 1,1 Milliarden Dollar. Die Berliner Humboldt-Universität verfügt bei 39 000 Studenten über insgesamt etwa 330 Millionen Euro im Jahr.

Pierer: Sie können den Hebel nicht von einem Tag zum anderen umlegen. Es ist ein Fortschritt, dass wir den Universitäten ermöglichen, mehr Drittmittel einzuwerben und bei den Studenten Gebühren zu erheben. Das führt zu deutlichen Einnahmeverbesserungen.

SPIEGEL: Was soll mit dem Geld passieren?

Pierer: Es ist nicht akzeptabel, dass hier ein Professor – eine Spitzenkraft – 65 000 Euro erhält, während er in Amerika vielleicht 200 000 Dollar verdienen kann. Das muss sich ändern, wenn wir die Abwanderung stoppen wollen. Wir müssen differenzieren. Wir müssen die Universitäten für Spitzenleute attraktiv machen. Es sind viele kleine Schritte nötig.

SPIEGEL: Kanzler Schröder sagt, Deutschland melde mehr Patente an als Frankreich und Großbritannien zusammen.

Pierer: Richtig ist: In Deutschland gibt es viele forschungsintensive Unternehmen, in Großbritannien nur wenige. Aber die wirklich bedeutende Frage ist, ob Großbritannien oder Frankreich überhaupt unsere schärfsten Konkurrenten sind. Die großen Herausforderer kommen aus Asien. Jedes Jahr verlassen in China 400 000 neue Ingenieure die Universität.

SPIEGEL: In China leben über eine Milliarde Menschen, in Deutschland nur rund 82 Millionen. Ist dieses Rennen um die klügsten Köpfe überhaupt zu gewinnen?

Pierer: Ich glaube schon. Wir müssen uns auf die richtigen Themen konzentrieren und dort eine führende Stellung ausbauen. Es gilt, die vielen öffentlichen und privaten Initiativen im Land zu bündeln und die europäische Zusammenarbeit zu verstärken. Wir müssen uns als Europa gegen die großen Regionen der Welt behaupten. Ich bin viel unterwegs und bekomme mit, was den Ausländern an Deutschland gefällt. Die Japaner zum Beispiel sagen: Eure Grundlagenforschung ist absolute Weltspitze – aber wo sind die neuen Produkte?

SPIEGEL: Vielleicht haben die Unternehmen versagt, weil sie sich nicht um neue Ideen und neue Produkte kümmern?

Pierer: Deswegen will ich die Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik vorantreiben. Wir haben alle Voraussetzungen, wir müssen sie nur besser nutzen.

SPIEGEL: Möglicherweise sind deutsche Firmen nicht dynamisch und innovativ genug.

Pierer: Die Frage können Sie für jede Firma auf der Welt mit Ja beantworten, weil nie alles gelingt. Wir werden im globalen Wettbewerb nicht auf allen Gebieten vorn sein. Wir können auch im Sport nicht überall Weltmeister werden. Aber es gibt Gebiete, auf denen wir Spitzenreiter sind.

SPIEGEL: Die Pharmaindustrie verliert seit Jahren an Boden.

Pierer: Deshalb müssen wir uns im Bereich der Gentechnik die Gesetzeslage anschauen, mit dem Ziel, zu Neubewertungen zu kommen. Wir brauchen eine größere Öffnung, das steht für mich fest.

SPIEGEL: Bei der roten Gentechnik, wo es auch um den Einsatz embryonaler Stammzellen geht und die enormes Potential bietet, stoßen Sie in der Union auf Granit und bei den Bürgern auf große Ängste.

Pierer: Wir müssen über alles reden. Aber wir dürfen auch ethische Maßstäbe nicht außer Acht lassen. Gerade das Thema Stammzellforschung muss man mit großer Vorsicht behandeln.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass das Thema Kernkraftwerke besser dazu geeignet ist, die Empfindlichkeiten zu überwinden?

Pierer: Ich bin ein Freund der Solarenergie und halte Windenergie für zukunftsträchtig. In einem ganzheitlichen Energiekonzept spielen regenerative Energien eine wichtige Rolle. Aber wir brauchen auch Kohle- und Gaskraftwerke und müssen überlegen, unter welchen Bedingungen die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängert werden können – wobei Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit geht.

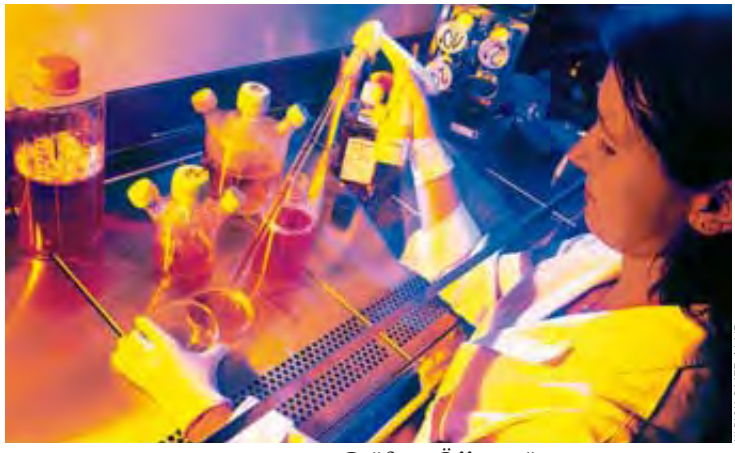
SPIEGEL: Wenn man glaubt, dass Kernenergie wichtig ist, muss man dann nicht den Bau neuer Anlagen fördern?

Pierer: Ich würde eine solche Neubau-Diskussion im Moment nicht beginnen. Dafür gibt es keine Notwendigkeit, wir brauchen derzeit keine neuen Kernkraftwerke.

SPIEGEL: Sie haben im Wahlkampf die Seiten gewechselt, von Schröder zu Merkel. Der Kanzler ist sauer und hat gegen Sie polemisiert: „Heinrich, mir graut vor dir."

Pierer: Ich habe weder Seiten noch Positionen gewechselt. Ich bin seit mehr als 30 Jahren CSU-Mitglied. Für die Notwendigkeit von Innovationen bin ich immer und an jeder Stelle eingetreten. Im Übrigen empfinde ich es als ehrenhaft, wenn im Zusammenhang mit mir Goethe zitiert wird.

Interview: Stefan Aust, Markus Dettmer, Gabor Steingart



ULRICH BAATZ / LAIF

Stammzellforschung in Erkrath: *„Größere Öffnung"*



PRESSEBUERO WEISSBACH / ACTION PRESS

Kernkraftwerk Grafenrheinfeld: *„Wir brauchen derzeit keine neuen"*

CDU

Gier nach Anerkennung

Helmut Kohl und Angela Merkel haben ein Zweckbündnis geschlossen: Er lobt ihre Führungsqualitäten, sie überlässt ihm das Schwelgen in der eigenen Bedeutung.

Wenn Philipp Mißfelder von Helmut Kohl spricht, dann kennt seine Begeisterung keine Grenzen. „Mein Held“ und „unser Superstar“ sind Ausrufe, die dem Chef der Jungen Union (JU) leicht von den Lippen gehen. Mit einem seiner Lieblingssätze zaubert er zuverlässig ein Lächeln in Kohls Gesicht: „Auch Herr Müntefering wird nichts daran ändern, dass seine Urenkel in eine Helmut-Kohl-Schule gehen werden.“

Kohl genießt solche Würdigungen, deshalb machte er jetzt Station in Mißfelders Wahlkreis. 800 seiner Leute hatte der JU-Vorsitzende nach Recklinghausen kommen lassen, sie trugen Schilder mit der Aufschrift „Idol Kohl“ und skandierten den Vornamen des Altkanzlers. Der 75-Jährige war beeindruckt. „Ich setze große Hoffnungen in Sie“, lobte er Mißfelder.

So hat jeder seinen Nutzen. Der Kanzler der Einheit gibt Mißfelder, dem 26-jährigen Studenten der Geschichte, eine Bedeutung, die er sich selbst noch nicht erarbeitet hat. Und Kohl bekommt die Ovationen, auf die er wegen der Spendenaffäre so lange verzichten musste.

Solche Geschäfte auf Gegenseitigkeit geht Kohl zurzeit ein, um seine Gier nach Anerkennung zu stillen. Den wichtigsten Deal hat er mit Angela Merkel abgeschlossen.



FOTO POLLEX / ACTION PRESS

Wahlkämpfer Kohl: *Vom bösen Onkel zum Idol*

Es ist noch nicht lange her, da war Helmut Kohl so etwas wie der böse Onkel der CDU. Im Januar 2000 musste er wegen seiner schwarzen Kassen den CDU-Ehrenvorsitz abgeben, die Parteispitze hielt ihn nach Kräften von der Öffentlichkeit fern. „Ich komme mir manchmal vor wie ein Aussätziger“, schrieb er damals.

Jetzt will Merkel Kanzlerin werden, und weil sie entschieden hat, dass Kohl ihr mehr nützt als schadet, hat sie die Quarantäne endgültig aufgehoben. Sie holte ihn zurück in die Mitte der Partei und lässt ihn im Wahlkampf durch die Säle und über die Marktplätze ziehen, damit er dort die Deutungshoheit über seine Amtsjahre zurückerobern kann. Kohl lobt dafür Merkels Fähigkeiten – sie werde eine formidable Kanzlerin abgeben.

„Liebe Frau Merkel, mit Ihrer Wahl zur Kanzlerkandidatin hat die Union eine gute Wahl getroffen“, rief Kohl bereits im Juni beim Festakt zum 60. Jahrestag der CDU-Gründung. Selbst Merkel-Gegnern wie Hessens Ministerpräsident Roland Koch blieb da nichts anderes übrig, als höflich zu klatschen.

Zwar hat Kohl nicht vergessen, dass Merkel die Erste war, die sich in der Spendenaffäre von ihm absetzte. Im Dezember 1999 verlangte die damalige CDU-Generalsekretärin, die Partei müsse sich von dem alten „Schlachtross“ Kohl emanzipieren. „Das ist die knallharte Aufforderung, möglichst bald alle Ämter niederzulegen“, bebte der Altkanzler damals.

Alte Geschichten. Vor zwei Wochen beim Dortmunder CDU-Parteitag ließ Merkel den Rekordkanzler wieder in der ersten Reihe Platz nehmen. „Ich danke Ihnen, dass Sie uns im Wahlkampf so toll unterstützen“, rief sie in das Rund der Westfalenhalle.

Um sein Bild in der Geschichte geht es Kohl vor allem, wenn er jetzt wieder auf Tour geht. Er lobt die Errungenschaften seiner Amtsjahre und verteidigt sein Wort von den „blühenden Landschaften“. Widerspruch weist er vehement zurück: „Typisch sozialistische Fälschungen.“

RENÉ PFISTER



SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

Wahlkämpfer Lafontaine (in Erfurt)
„Jedem eine goldene Uhr“



TORSTEN LEUKERT / VARIO-PRESS

Wahlkämpfer Gysi (in Berlin): *„Man muss nicht arm sein, um links zu sein“*

LINKSPARTEI

„Es geht nur um ihn“

Gregor Gysi ist in den letzten Wochen des Wahlkampfs zum Dulder mutiert: Für seinen Traum von der Westausdehnung dient er Oskar Lafontaine – und erträgt dessen Machtanspruch.

Der Kandidat residiert im Wohnmobil: Oskar Lafontaine sitzt auf einem weißen Campingstuhl, vor ihm auf dem Klapptisch liegen Äpfel, Trauben und Hohes C im Tetrapak. Auf dem Kölner Roncalliplatz, geschützt durch Absperrgitter und seine Leibwächter, hört er mit, was der Mann auf der großen Bühne vorn so redet. Lafontaine nippt an einem Plastikbecher. Hin und wieder lächelt er.

Als Gregor Gysi fertig ist, stehen hinter der Bühne alle Parteiarbeiter auf, um zu klatschen und ihren Ostmatador zu empfangen. Nur Lafontaine bleibt sitzen. Gysi kommt die Treppe runter, alle gratulieren – er aber sucht den direkten Weg durch die Menge zu Oskar, der immer noch sitzt. Lafontaine erhebt sich erst, als Gysi direkt vor ihm steht. „Gute Rede“, sagt er. Und Gysi lächelt, als hätte er gerade vom Oberlehrer eine Eins bekommen.

Das ungleiche Duo verteilte am Mittwoch vergangener Woche in Köln frohe Botschaften wie Kamellen ans Volk: weg mit Hartz IV, weg mit der Agenda 2010, weg mit den Lohnnebenkosten und ran an das Großkapital. „Wir bringen den Bundestag zum Tanzen“, verspricht Lafontaine später unter dem Jubel der Zuhörer. Er lässt aber auch keinen Zweifel daran, wer bei diesem Tanz führt: er selbst.

Wenn das Dream-Team mit der Kraft der zwei linken Herzen zur Wahlkundgebung ruft, sind die Plätze voll – in Ost und West. Die beiden brauchen sich: der Saarländer die PDS für sein Comeback; und der Anwalt aus Berlin den übergelaufenen Sozialdemokraten für seinen alten Traum: die Westausdehnung der PDS.

Ist das eine Männerfreundschaft? Politik und private Beziehungen, das sei eine schwierige Sache, sagt Gysi, „jedenfalls haben wir uns gegenseitig noch nicht beschissen“. Das sei schon viel in der Politik.

Und Gysi tut einiges für seinen großen Bruder aus dem Westen. Er hat alles unternommen, um Lafontaine vor den eigenen Genossen in Schutz zu nehmen. Als etwa der Parteistratege André Brie den Neuzugang als „Luxus-Linken“ beschimpfte, hat Gysi seinen alten Freund Brie angerufen und zusammengefaltet, bis dieser seine Kritik widerrief.

Doch für Gysi bleibt Lafontaine letztlich undurchschaubar. Mehrfach hat er Lafontaine um eine Art Treueschwur gebeten, in gemeinsamen Nachtsitzungen im Intercity-Hotel in Berlin. Gysi will nicht, dass der Saarländer die PDS nur als Plattform benutzt, von der aus er zur Rückoberung der SPD antritt. Lafontaine hat erklärt, er wolle alles tun für das neue Projekt.

Aber Gysi bleibt skeptisch. Ob Oskar letztlich nicht doch von einer Fusion von SPD und Linkspartei träumt? Ob er am Tag nach der Wahl ein Angebot an seine alte Partei richten wird, ein Signal für eine Zusammenarbeit? Lafontaine sagt immer, er sei Sozialdemokrat geblieben. Nicht allen von der alten PDS gefällt das.

Gysi jedoch nimmt es auch in Kauf, dass er zwar nominell auf Augenhöhe mit Lafontaine die neue Linke in den Bundestag führt, tatsächlich aber die ungewohnte Rolle des Adjutanten eingenommen hat. „Wir telefonieren jeden Tag“, sagt Gysi.

Der neue Partner kommt in Lafontaines Welt hingegen kaum vor: Von der Linkspartei, der WASG oder gar der PDS redet Lafontaine so gut wie nie. Auch seinen Co-Piloten Gysi, der auf dem Wahlplakat so devot zu ihm aufschaut wie der Kellner eines kleinen Ausflugslokals zum prominenten Gast, erwähnt er bei den meisten seiner Soloauftritte mit keinem Wort.

Lieber spricht der ehemalige SPD-Vorsitzende über sich und wie er als Finanzminister 1999 „einen tödlichen Fehler gemacht“ habe: „Ich habe die Banken und Versicherungen zur Kasse gebeten.“ Deren Vorstände seien daraufhin im Kanzleramt „Sturm gerannt“ – mit verheerendem Ergebnis: „Nicht mehr Parteien machen die Politik, sondern die Wirtschaftsverbände.“

Warum er sich dagegen nicht gestemmt, sondern einfach alles hingeworfen hat, sagt er nicht. Wichtig ist nur, dass er wieder da ist. Er, der Oskar, der „noch immer in der Tradition Willy Brandts“ steht und damit haushoch über jener Partei, die er verlas-

sen hat – und über jenen, denen er jetzt die Gnade der späten Kandidatur erweist.

Ein Volkstribun für soziale Gerechtigkeit ist er, der nur das große Ganze im Auge hat: den historischen Um- und Aufbruch, die „europaweite Bewegung“, die „Idee, deren Zeit gekommen ist“ – die „neue Linke“.

Klar, dass es nicht im Dunstkreis der Plattenbauten von Marzahn oder Hoyerswerda gewesen sein kann, wo Lafontaine erkannt haben will, dass der Wind der Geschichte sich dreht. Es war „in Paris“, wie er seine Zuhörer mit pathetischem Tremolo in der Stimme wissen lässt, „auf der Place de la Bastille, jenem berühmten Platz der Französischen Revolution“.

Dort nämlich hat Oskar, mit „französischen Freunden“, am Abend des Referendums die Ablehnung der Europäischen Verfassung gefeiert und „gespürt“, dass „das Volk die Dinge wieder selbst in die Hand genommen hat“.

Dass ein Mann mit so viel Gespür, angesichts der historischen Tragweite der neuen Entwicklung, der Bewegung einzig als Lokomotivführer und nicht etwa als Heizer dienen kann, bekommt vor allem Gysi immer wieder zu spüren.



MARC DARCHINGER

Linkspartei-Wahlplakat: *„Dieses blöde Foto“*

Am Absperrgitter in Köln drängeln sich die Fans, drinnen geben die beiden Galionsfiguren Interviews in Serie, und immer wieder huscht ihr Blick zum anderen, um zu sehen, wer gerade mit wem spricht, wer mehr Aufmerksamkeit auf sich zieht.

Gysi trägt Bücher, Wahlkampfzeitungen und Flugblätter hin und her, damit Oskar sie signiert. Dazwischen auch immer wieder dieses Plakatmotiv des buckelnden Gysi im Postkartenformat: „Dieses blöde Foto“, rutscht es Gysi heraus. „Wenn ich es vorher gesehen hätte, wäre es nicht genehmigt worden.“ Wahlkampfleiter Bodo Ramelow hatte verschiedene Motive vor Publikum getestet. „Das Bild hatte die stärksten Reaktionen, da ging eine Welle durch den Saal“, begründet er seine Entscheidung. Dennoch wird es seit voriger Woche bundesweit überklebt. Im Westen ist fortan nur Lafontaine und im Osten nur Gysi zu sehen.

In Wahrheit spiegelt das Foto die Gefühlslage vieler PDS-Anhänger wider: Sie fürchten die freundliche Übernahme ihrer ganzen Partei durch Lafontaine. Als zum Wahlkampfauftakt auf dem Frankfurter Opernplatz vorvergangene Woche Lafontaine auf die Bühne ging, flankierten ihn Ramelow und der hessische Spitzenkandidat Wolfgang Gehrcke. Hinter der Bühne standen die PDS-Politikerinnen Gesine Lötzsch und Katja Kipping. Die Moderatorin drängte sie, auch auf die Bühne zu gehen. „Wir sind doch keine Statisten“, zischte Kipping und weigerte sich, als dekoratives Element hinter Revolutionsführer Lafontaine rumzustehen.

Wenn sie allein wahlkämpfen, spricht Gysi viel über Lafontaine. Er nimmt ihn in Schutz gegen den Vorwurf des Verrats: „Nicht Lafontaine ist sich untreu geworden, sondern die SPD.“ Lafontaine hingegen erwähnt „meinen Freund“ Gysi nur, wenn der auch dabei ist.

Gysi aber springt gern bei Veranstaltungen ein, wenn Lafontaine unpässlich ist, Gysi mimt den Lafontaine in Talkshows, Gysi trägt ihm Autogrammkarten hinterher, und Anwalt Gysi hat immer ein Plädoyer parat: „Man muss nicht arm sein, um links zu sein“ ist sein Standardsatz – damit Lebemann Lafontaine sich nicht ständig Fragen nach Privatjets und Luxusurlaub anhören muss. „Ich mache das gern“, versichert Gysi. Alles für ein Ziel, eine neue politische Kraft links von der SPD.

„Das geht nach der Wahl keine zwei Monate gut“, sagt Peter Leipziger. Er war Mitbegründer der nun mit der Linkspartei kooperierenden „Wahlalternative für Arbeit&soziale Gerechtigkeit“ (WASG) – und ist wieder ausgetreten: „Es geht doch nur um ihn“, sagt er und deutet auf die Bühne, auf der Lafontaine gerade mit hochrotem Kopf den Menschen seine Welt erklärt.

Gysi steht währenddessen neben der Bühne und kommentiert launig Lafontaines Rede, als wären alle gerade in einer Rhetorikschule und hörten einem Meister zu: Wie bringe ich eine Menschenmenge auf meine Seite? Als der Saarländer wieder mal „jedem eine goldene Uhr“ verspricht, der es schafft, ihn und seine Haushaltsrechnungen zu widerlegen, kichert Gysi: „Soll ich mir eine holen?“

Lafontaines Hang zum Populismus ist Gysi suspekt – er beneidet ihn aber auch darum. „Auf solche Sätze muss man erst mal kommen“, sagt er.

Wo Gregor Gysi ironisch das rhetorische Florett einsetzt, arbeitet Oskar Lafontaine mit dem Baseballschläger. Wenn er die „faktisch regierende Allparteienkoalition“ attackiert, ist von „Irren“ die Rede, die entweder „nicht bis drei zählen“ können oder „die Prozentrechnung nicht beherrschen“. Dass „äh, äh, Edi Stoiber“ und „Ääinschie Merkel“ überdies „Brutto und Netto durcheinander bringen“, gehört ebenso zu den Standards wie der Hinweis, dass „Kirchhof bei uns im Saarland Friedhof heißt“.

Anders als Lafontaine geht Gysi auch in die Etappe und kämpft im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick um sein Direktmandat. 20 Termine absolviert er in seinem Wahlkreis. So sitzt er auf einem Barhocker vor 50 Rentnern im Innenhof eines Pflegezentrums und sagt lieber gleich, dass „ich mich hier ja nicht als Bezirksbürgermeister bewerbe“, sondern um Bundespolitik zu machen. Und dann redet er vor 70-Jährigen über Studiengebühren – bis drei Meter neben ihm eine ermattete Dame an Krücken zusammensackt.

Mit Reden im kleinen Kreis hält sich Lafontaine hingegen nicht auf. Er zielt auf die große Masse, auf all jene, die nicht mehr mithalten können und vom Radarschirm der neuen Mitte verschwunden sind. Begeistert rufen sie „genau“, wenn der Sonnenkönig von der Saar Mallorca-gebräunt gegen „die Schande der Demütigung älterer Arbeitnehmer“ und „die Enteignung ihrer Sozialversicherungsbeiträge“ durch Hartz IV ins Feld zieht.

Selbst der Verkäufer der Obdachlosenzeitschrift „Bodo“, dessen Geschäfte während der Lafontaine-Rede in Dortmund bestens laufen, nimmt den Kandidaten in Schutz: „Dat is’ der einzigste Reiche, der auf unsere Seite is’. Wenn der nich’ is’, dann is’ gar nix mehr.“ Der Kandidat, den es mit Macht zu seiner Limousine zieht, dankt mit huldvollem Lächeln und winkt leutselig in die Menge.

Bei kritischen Fragen aber kann Oskar ganz anders werden. Als in Siegen ein Fernsehreporter fragt, ob es stimme, dass er als Oberbürgermeister von Saarbrücken jungen Sozialhilfeempfängern die Stütze gestrichen habe, wenn sie gemeinnützige Arbeiten verweigert hätten, kann man sehen, wie ihm das Blut in den Kopf schießt.

Dann schlägt er dem Mann das Mikro aus der Hand – den Rest erledigen seine Leibwächter, sie schubsen den Journalisten zurück in die Menge. Im Zeitalter der neuen Linken wird Majestätsbeleidigung sofort geahndet.

Markus Deggerich, Gunther Latsch

WAHLEN

Offene Flanke

Die vorgezogene Bundestagswahl ist um ein Kuriosum reicher: 219 000 Dresdner müssen später abstimmen. Kommt es bundesweit zu einem Patt, ist ihr Votum entscheidend.

Kaum 100 treue NPD-Anhänger waren erschienen, als die Rechtsextremen am vergangenen Montag auf dem Dresdner Rathausplatz ihre Direktkandidaten für den Bundestag vorstellten – darunter Kerstin Bärbel Lorenz, 43. Ihr Vortrag, begleitet vom Gejohle zahlreicher Antifa-Aktivisten, dauerte nur wenige Minuten. Mitten im Redefluss erlitt die hauptamtliche „Bürgerbeauftragte“ der NPD-Landtagsfraktion einen Gehirnschlag. Zwei Tage später starb die Frau.

Der plötzliche Tod der Angestellten aus dem sächsischen Nossen – zunächst nur als Zwölf-Zeilen-Meldung im Lokalteil abgehandelt – schickte mit 24 Stunden Zeitverzögerung Schockwellen durch die Republik. Denn langsam wurde klar, dass durch das jähe Ableben der NPD-Kandidatin die ganze Wahl beeinflusst werden könnte.

Der Dresdner Wahlkreis 160 mit seinen 219 000 Stimmberechtigten wird am 18. September nicht mitwählen können, sondern erst zwei Wochen später. Bis dahin sollen die Wahlzettel mit einem anderen NPD-Kandidaten gedruckt sein.

Ob es am 2. Oktober spannend wird, hängt vom Ergebnis in den übrigen 298 deutschen Wahlkreisen ab. Erzielen, zum Beispiel, CDU/CSU und FDP gemeinsam nur knapp mehr oder knapp weniger Mandate, als für die absolute Mehrheit im Bundestag nötig sind, kommt es auf die Dresdner Stimmen an. Die schlimmsten Befürchtungen von CSU-Chef Edmund Stoiber wären auf einmal wahr: Die Wahl würde im Osten entschieden.

Das komplizierte deutsche Wahlrecht führt dazu, dass niemand vorhersagen kann, wie viele Mandate von dem späten Dresdner Votum berührt sind. In jedem Fall wird ein Volksvertreter direkt nach Berlin geschickt. Gut möglich ist auch, dass aufgrund der Zweitstimmen ein sächsisches Listenmandat anders zugeordnet werden muss.

Eigentlich könnte sich die Union zurücklehnen, denn der Wahlkreis 160 entsandte stets Christdemokraten in den Bundestag. Sein Gebiet erstreckt sich linkselbisch von den Renaissance- und Barockfassaden der historischen Dresdner Altstadt über den eingemeindeten Villenvorort Blasewitz zu den bürgerlichen Wohngebieten Leuben und Plauen. Hier holte die CDU-Frau Christa Reichard 2002 mit 33,8 Prozent der Stimmen ihr Direktmandat.

Aber was ist schon vorhersehbar bei Ostwählern, die nach 15 Jahren Einheit noch immer Rätsel aufgeben? Denn 2002 zog die CDU zwar die Mehrheit der Erststimmen, doch bei den Zweitstimmen lag die SPD vorn. Die vor drei Jahren siegreiche Politikerin tritt nicht noch einmal an, jetzt kämpft der Landtagsabgeordnete und gelernte Konditor Andreas Lämmel für die Union, ohne Absicherung über die Liste. Seine SPD-Gegnerin ist Marlies Volkmer, eine promovierte Ärztin, die 2002 über die Landesliste in den Bundestag kam. Auch diesmal steht Volkmer dort auf Platz 2.

Hoffnungen hatte vor allem die Linkspartei in den Wahlkreis 160 gesetzt. Der neuen Wunderwaffe der Partei, der 27-jährigen Katja Kipping, wird zugetraut, in Dresden ein Direktmandat zu erringen. Kipping, stellvertretende Chefin der Bundespartei, ist auch Spitzenkandidatin in Sachsen – was die Genossen nun in Nöte bringt: Mit Platz 1 auf der Liste zieht Kipping sicher in den Bundestag ein; das könnte ihre Anhänger in Dresden möglicherweise vom verspäteten Urnengang abhalten. Vorsorglich prüft die Linkspartei deshalb eine Klage – mit dem illusorischen Ziel, doch noch am 18. September abstimmen zu lassen.



MARKUS HANSEN / ACTION PRESS

NPD-Kandidatin Lorenz (2004)
Gehirnschlag auf dem Rathausplatz

Die späte Wahl ist unter Juristen ohnehin umstritten. Denn kommt es wirklich zum Patt in Berlin, dann hätten, sagt etwa der Bremer Wahlrechtsexperte Wilko Zicht, die Dresdner einen „erheblichen taktischen Vorteil“ – sie wissen, wie der Rest der Republik gewählt hat, und können ihre Schlüsse daraus ziehen. Schon jetzt malen sich Parteistrategen aus, wie Kanzler und Kandidatin mit Gefolge in die sächsische Enklave reisen, um nach dem 18. September längs der Elbe in den Häuserkampf um jede einzelne Stimme zu ziehen.

Mit Anfechtungen der Wahl ist in jedem Fall zu rechnen. Denn Bundeswahlleiter Johann Hahlen will in der Nacht vom 18. auf den 19. September ein „vorläufiges amtliches Endergebnis“ bekannt geben, obwohl die rechtliche Grundlage dafür durchaus umstritten ist. Eine klarstellende Vorschrift war zwar in Arbeit, wurde aber durch den frühen Wahltermin gestoppt. Der Bonner Jurist Wolfgang Schreiber, Autor des Standardkommentars zum Wahlgesetz, fürchtet hier eine „offene Flanke“.

Erwogen wird jetzt, das Bundeswahlrecht nach dem Vorbild einiger Landesgesetze umzumodeln. In Bayern oder Hessen kommt es nach dem Tod eines Bewerbers gar nicht erst zu Nachwahlen, weil von vornherein ein Ersatzkandidat feststeht.

In Dresden soll für die NPD nun der 82-jährige Ex-Republikaner-Chef Franz Schönhuber antreten. Schließlich sei die Verstorbene eine langjährige Mitstreiterin gewesen, seine Kandidatur eine „Dankespflicht“. In den Wahlkampf will sich der Polit-Rentner „nicht mehr sehr“ einmischen, auch wenn er an einem Aufruf an die Dresdner arbeitet. Den Bundestag als Alterspräsident zu eröffnen würde ihn zwar „schon reizen“, sagt der Bayer, aber das sei „natürlich Utopie“.

HANS MICHAEL KLOTH, STEFFEN WINTER



BONSS / MOMENTPHOTO.DE

Wahlvorbereitungen in Dresden: *Häuserkampf um jede Stimme*

POLITIKER

Tief im Grenzbereich

Aus der CDU nach seiner „Tätervolk“-Rede verbannt, kämpft Martin Hohmann in Fulda ums Direktmandat – gegen die Union.



HELMUT ABEL

CDU-Hochburg Fulda: *„Diesmal kein Selbstläufer“*

An einer Haustür im hessischen Salz: „Hohmann“, sagt der Kandidat, „Hohmann, guten Tag, ich bin Ihr Bundestagsabgeordneter.“ „Ach, Politiker“, murrt der Mann, kommt gerade aus dem Kartoffelkeller und wischt sich die Hände am fleckigen Kittel ab: „Vor der Wahl, da kommen se, aber nach der Wahl sind se nich’ mehr zu sehen. Oder sie werden rausgeschmissen wie der eine damals.“

„Hohmann“, sagt der Kandidat, „ich bin der Hohmann.“ „Ja, Hohmann, den haben se rausgeschmissen. Und Sie, was wollen Sie?“ „Ich möchte um Ihre Erststimme bei der Bundestagswahl werben.“ „Wissen Se, den würd ich wählen, der hat nur die Wahrheit gesagt. Der Hohmann.“

Wenn Wahlkämpfe etwas von Theater haben, dann deckt der in Fulda gerade die Sparte „absurdes Theater“ ab. In der Hauptrolle einer, den fast alle in Hessen kennen, sogar die, die ihn nicht erkennen: Martin Hohmann, 57, Bundestagsabgeordneter. Den hatte die CDU erst aus der Fraktion, dann aus der Partei ausgeschlossen, weil er 2003 in einer Rede die Begriffe „Juden“ und „Tätervolk“ in einem abstrusen Vergleich miteinander verknüpft hatte.

Jetzt aber wird Hohmann ein zweistelliges Ergebnis zugetraut, gerade weil ihn die CDU mit dem Rauswurf abstrafte. Und im



STEFAN HUSCH / TERZ

Wahlkämpfer Hohmann (2. v. l.), Wähler
„Der hat nur die Wahrheit gesagt“

Wahlkreis 176 kann damit sogar das Undenkbare eintreten: dass Rechtsaußen Hohmann dem CDU-Kandidaten in einer der schwärzesten Hochburgen der Republik so viele Stimmen wegnimmt, dass am Sonntag hier die SPD das Direktmandat holt. Zum ersten Mal nach dem Krieg.

Hohmann, der 2002 auf 54 Prozent der Erststimmen kam, glaubt, den Wahlkreis sogar selbst gewinnen zu können. Wie realistisch das ist, lässt sich schwer sagen, aber wer ihn wählen wird, zeichnet sich ab: eigentlich alle, die glauben, das Leben sei nicht gerecht, schon gar nicht zu ihnen.

Für sie ist der Abgeordnete Hohmann jetzt keiner mehr von denen da oben, sondern einer von ihnen: abserviert und aussortiert. Einer, den „sie mundtot machen wollen“, wie der Gastwirt von Salz wettert. Einer, der vor den Mächtigen nicht gekuscht hat und dafür büßen soll.

Die Legende lebt.

Hohmann hat einen Kredit aufgenommen, 20 000 Euro, und er hat Geld gesammelt bei einigen hundert Sympathisanten. Es reicht für einen 60 000-Euro-Wahlkampf mit drei Postwurfsendungen an alle 130 000 Haushalte, für 5000 DVDs, für 600 Plakate. Er hat 1077 Unterstützerunterschriften, hat einen Ex-CDU-Landtagsabgeordneten und den Ex-CDU-Fraktionschef von Fulda hinter sich. Er hat also alles zusammen, um die Wahl zu einer Abstimmung über Gerechtigkeit zu machen. War es gerecht, ihn aus der Partei zu werfen? Hohmann behauptet, selbst mehrere CDU-Bundestagsabgeordnete hätten ihn aufgefordert, zur Wahl anzutreten.

Es gehört zur Wahrheit, dass Hohmann im Oktober 2003 nicht gesagt hat, die Juden seien ein „Tätervolk“. Er kam in seiner Rede nach unsäglichem Hin und Her vielmehr zum Schluss, die Juden seien so wenig ein „Tätervolk“ wie die Deutschen. Das ging oft unter, und deshalb denkt Hohmann heute, ihm sei Unrecht geschehen.

Wahrscheinlicher aber gehört er nur zu den Menschen, denen das, was ihnen passiert ist, zu Recht passiert ist – wenn auch zum Teil aus den falschen Gründen. Hohmann formuliert immer wieder tief in den Grenzbereich hinein. Er hat das vor der Rede getan, in der Rede, und er tut es jetzt in Wahlkampfzeiten: Homosexualität hält er etwa für eine „irrige“ Lebensweise. Oder das Holocaust-Mahnmal für die getöteten Juden in Europa? Er spricht tatsächlich von einem „Mahnmal-Overkill“.

Sein Tätervolk-Vergleich sei sicher „ungewöhnlich gewesen, aber deshalb noch nicht falsch“, sagt Hohmann. Und wenn er die Rede ungeschehen machen will, dann nur wegen der Verletzungen, die sie ausgelöst hat. In der CDU. Und bei ihm selbst.

Es geht im Fall Hohmann nicht mal so sehr um die Frage des Antisemitismus; als Bürgermeister von Neuhof hat er den alten jüdischen Friedhof sorgfältig wiederherrichten lassen. Aber Hohmann ist ein Fundamentalist, ein katholischer. Er hat „den christlichen Glauben inhaliert“, wie er sagt, er glaubt alles exakt so, wie es im Neuen Testament steht; „Wasser zu Wein, das war dann Wein. Peng. Schluss. Aus.“ Genauso „absolut“ ist er überzeugt, dass er beim Jüngsten Gericht vorm Herrgott stehen wird, Auge in Auge, und der Allmächtige ihn fragen wird, was er als Politiker getan hat, um Gottes Willen zu erfüllen. Für eine Partei ist so einer wie Hohmann kaum zu steuern.

Er selbst muss inzwischen eingesehen haben, dass es wohl nichts mehr wird mit ihm und der CDU. Er hat nicht mehr abwarten wollen, was bei seiner Klage gegen den Parteiausschluss herauskommt. Stattdessen tritt er jetzt an, sagt: „Das ist ein Problem der Partei, nicht meins.“

Auch sein CDU-Gegenkandidat Michael Brand, 31, weiß, dass die Wahl in Fulda „diesmal kein Selbstläufer wird“. Brand ahnt: „Es gibt bei einigen eine Solidarisierung mit dem Menschen Hohmann.“ Selbst Fuldas CDU-Chef Fritz Kramer fand den Rauswurf damals „hart“; 200 Mitglieder waren deshalb ausgetreten. Dazu kommt: Hohmann ist bekannter als Brand, auch bekannter als Claudia Blum, 37, von der SPD, die nun hofft, 35 Prozent wie beim letzten Mal könnten zum Sieg reichen.

So kippelig erscheint der Union offenbar die Lage, dass sogar Ministerpräsident Roland Koch in die vorderste Kampflinie gerückt ist. Vergangene Woche überraschte er beim Auftritt in Fulda mit einem Passus aus dem Bundeswahlgesetz. Wie der Bundeswahlleiter inzwischen bestätigt hat, werden für den Fall, dass Hohmann den Wahlkreis direkt holt, die Zweitstimmen seiner Wähler nicht gewertet.

Erststimme Hohmann, Zweitstimme CDU – das würde Angela Merkel dann also Tausende Stimmen kosten. Diese Aussicht soll nun die CDU-Wähler zähmen, dazu ein harter Satz: „Hohmann“, sagt CDU-Mann Kramer, „hat sich immer als Opfer gesehen. Mit seiner Kandidatur ist er zum Täter geworden.“

JÜRGEN DAHLKAMP



NIBOR / ACTION PRESS

Rechtsmediziner in Lübeck: *Fast perfekte Verbrechen*

JUSTIZ

Tote klagen nicht

Zahlreichen rechtsmedizinischen Instituten in Deutschland droht die Schließung – aus Kostengründen. Dabei bleiben schon heute viele Morde unentdeckt.

Die Frau war erstickt an ihrem eigenen Blut. Sie lag, wie die Polizei protokollierte, „am Ende einer 12-stufigen Kellertreppe auf dem gefliesten Boden“. Vieles deutete auf einen Unfall. Doch Hinweise von Nachbarn führten die Ermittler zum Stiefsohn der Verstorbenen. Schon in der ersten Vernehmung räumte Gerhard E. ein, mit der 63-Jährigen wegen einer Erbschaftsangelegenheit in Streit geraten zu sein. Dabei habe er sie geschlagen, seine Stiefmutter sei „ins Wanken geraten und die Treppe heruntergestürzt“. Die Rechtsmedizinerin Ivana Gerling freilich konnte noch am Tatort Spuren sichern, die auf einen anderen Tatverlauf deuteten.

Einen tragischen Unglücksfall hielt die Ärztin, schon wegen des „waagrechten Verlaufs der Blutabrinnspuren im Gesicht“, für unwahrscheinlich. Die tödlichen Verletzungen müssten dem Opfer „in liegender bzw. bodennaher Position“ mit „massiver stumpfer Gewalteinwirkung“ zugefügt worden sein – etwa durch wuchtiges Schlagen des Kopfes auf die Kellerfliesen. Die Richter des Lübecker Landgerichts verurteilten Gerhard E. zu acht Jahren Haft wegen Totschlags.

Ob die Lübecker Ermittler auch in Zukunft auf die Expertise der örtlichen Forensiker zählen können, ist zweifelhaft. Denn die Leitung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein will das Lübecker Institut mit dem in Kiel verschmelzen – aus Kostengründen.

Ein Vorhaben, das der Lübecker Leitende Oberstaatsanwalt Heinrich Wille für „fatal“ hält. Es dürfe nicht sein, sagte Wille, „dass die Aufklärung von Verbrechen unter rein ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet wird“.

Wird sie aber – und das nicht nur in Schleswig-Holstein, wo die Regierung ihrem Kritiker Wille inzwischen einen Maulkorb verpasst hat. Quer durch die Bundesrepublik geraten die rechtsmedizinischen Institute unter Druck. Schon jetzt werden Hunderte Morde jedes Jahr nicht als solche erkannt; die Täter kommen ungeschoren davon. Und diese Bilanz, mahnen Experten, werde bald schon noch trüber, sollten immer mehr Rechtsmediziner eingespart werden.

Jahrzehntelang umfassten die Etats der Universitätskliniken nicht nur die Lehre, sondern auch die hoheitlichen Aufgaben im Dienste der Justiz. Denn die für eine Obduktion festgesetzte Gebühr von 200 bis 400 Euro deckt die Kosten bei weitem nicht. Nötig wären rund 1000 Euro. Und so wird, seit die Universitätsetats schrumpfen, die Luft für die Medizindetektive immer dünner.

In Nordrhein-Westfalen wurde schon die Aachener Rechtsmedizin geschlossen, in Hessen das Institut in Marburg. Im niedersächsischen Göttingen soll die Forensik verkleinert werden. In Sachsen-Anhalt soll Halle oder Magdeburg dran glauben und zur Außenstelle reduziert werden. Und in Mecklenburg-Vorpommern könnte es bald das Institut in Greifswald erwischen.

Gespart wird auch in der Bundeshauptstadt. In Berlin werden derzeit zwei rechtsmedizinische Institute fusioniert, die fortan mit 15 Stellen auskommen sollen. Vorher waren es mehr als doppelt so viele.

Vor diesem Hintergrund wirkt die Zufriedenheit seltsam, die Innenminister Otto Schily (SPD) bei der Vorstellung der Kriminalstatistik Anfang Juni an den Tag legte – vor allem mit Blick auf die Erfolge bei der Aufklärung von Mord und Totschlag: In 96 Prozent der registrierten Fälle, so der Minister, sei es gelungen, Tatverdächtige zu ermitteln.

Doch diese Zahl, sagt Hansjürgen Bratzke, Präsident des Berufsverbands Deutscher Rechtsmediziner, sei nicht mehr als die halbe Wahrheit: „Man kann nur Morde aufklären, die auch als solche erkannt werden.“ Und da sieht es hierzulande eher düster aus.

So war es reiner Zufall, dass die Ermittler im vergangenen Jahr dem sogenannten Todespfleger von Sonthofen auf die Spur kamen, der seine Opfer mit tödlichen Mixturen ermordete. Mehr als 20 Menschen soll Stephan L. umgebracht haben, ohne dass jemand misstrauisch wurde. Jedes Mal hatten Ärzte natürlichen Tod bescheinigt. Erst das Ableben einer alten Dame erregte Verdacht, weil die 73-Jährige zuvor deutliche Anzeichen einer Besserung gezeigt hatte.

Fast perfekte Verbrechen wie in Sonthofen sind in der Bundesrepublik wohl alles andere als selten. 1997 kam eine Forschungsgruppe unter Leitung des münsterschen Rechtsmediziners Bernd Brinkmann zu dem Ergebnis, dass in Deutschland Jahr für Jahr bei rund 11 000 Toten fälschlicherweise eine natürliche Todesursache diagnostiziert wird. 1200 davon waren Opfer von Tötungsdelikten, bei den anderen handelte es sich um nicht erkannte Unfälle, Suizide und ärztliche Kunstfehler.



GEORG HILGEMANN / ACTION PRESS

Innenminister Schily (mit Kriminalstatistik)
Seltsame Zufriedenheit

Auch eine neue, noch unveröffentlichte Forschungsarbeit untermauert die These, dass hierzulande beim Erkennen von Mord und Totschlag erhebliche Defizite bestehen. Eine Wissenschaftlerin, die Bratzke gemeinsam mit einem Kollegen betreut, hat Kindesmisshandlungen mit Todesfolge untersucht – und eine deutliche Häufung von Fällen im Umkreis rechtsmedizinischer Institute festgestellt. „Zynisch formuliert könnte man sagen, dass die Münchner ihre Kinder ganz grausam behandeln, während die Passauer besonders liebevoll mit ihnen umgehen“, sagt Bratzke.

Die Wahrheit aber sieht anders aus: In München gibt es eine Rechtsmedizin, in Passau nicht. Bratzke: „Das belegt eindeutig: Je weiter eine Leiche vom Institut entfernt gefunden wird, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Obduktion unterbleibt und der Täter Polizei und Justiz durch die Lappen geht."

Ohnehin landen nur rund fünf Prozent der jährlich mehr als 800 000 Toten in der Bundesrepublik auf dem Seziertisch. In den skandinavischen Ländern sind es zwischen 20 und 30 Prozent. Vor allem in der Provinz scheuen deutsche Staatsanwälte schon heute häufig die bis zu tausend Euro teuren Leichentransporte in die nächstgelegene Rechtsmedizin. Ein Problem, das sich mit jeder Schließung und immer weiteren Wegen verschärfen dürfte – aber Tote klagen schließlich nicht.

Im Falle jenes Verbrechens, das der Hamburger Rechtsmediziner Michael Tsokos im Juni 2003 aufdecken half, war der Weg kurz. „Anderswo wäre eher nicht obduziert worden", sagt Tsokos, „aus Kostengründen." In einer Hamburger Obdachlosenunterkunft war ein 60-jähriger Mann mit einer Kopfwunde tot aufgefunden worden. Weil der alkoholabhängige Gerhard P. unter Gleichgewichtsstörungen litt, schien ein Sturz im Suff wahrscheinlich. Doch ein misstrauischer Ermittler bat Tsokos, sich die Leiche anzusehen. Der stellte mehrere Rippenbrüche und Blutungen im Brustbereich fest. Der Obdachlose war zu Tode getreten worden – von einem Mitbewohner.

Nicht allein die Verbrechensaufklärung gerät ins Hintertreffen, wenn immer mehr Lehrstühle wegfallen und Institute geschlossen werden – langfristig drohe, klagen Rechtsmediziner, die Beschädigung der ganzen Disziplin. Die Ausbildung junger Mediziner leide zwangsläufig, fürchtet der Freiburger Rechtsmediziner Stefan Pollak, wenn nur noch „ein Lehrbeauftragter mit einem Koffer und Bildern von Opfern zwischen verschiedenen Universitäten herumreist". Studenten, die allein die Theorie paukten und ohne praktische Obduktionskenntnisse approbiert würden, liefen Gefahr, im Berufsleben bei der Leichenschau zu versagen. „Wenn der Arzt nicht Alarm schlägt, wächst das Dunkelfeld unentdeckter Gewalttaten", warnt Pollak.

Hinzu komme: Je höher der finanzielle Druck auf die Institute werde, desto weniger Raum bleibe für die Forschung. Dabei ist die Rechtsmedizin noch eines jener Gebiete, auf dem die Bundesrepublik international Spitze ist. Deutsche Forscher waren wesentlich daran beteiligt, dass winzige Spuren – etwa ein einziges Haar – mittlerweile reichen, um einen Mörder zu überführen. Forensiker Tsokos: „Man kann nicht einerseits auf Hightech setzen und dann die Basis, die das hervorbringt, abwürgen." Gunther Latsch, Cordula Meyer





ANJA WEBER (L.); BILD ZEITUNG (R.)

Getötete Hatin Sürücü, Sohn (1999), angeklagter Bruder Ayhan: *Das Urteil des Familienrats vollstreckt?*

KRIMINALITÄT

Carlito, der Kiez und der Koran

Eine junge Muslimin will ihr Leben selbst bestimmen und wird auf offener Straße hingerichtet. Der „Ehrenmord“ zeigt, wie Identitäten in einer Parallelwelt zerbrechen können.

Als Hatin Sürücü stirbt, auf dem Gehweg ihrer Siedlung, klammert sie sich an einer Zigarette fest. Es ist eine französische Gauloises, ihre Lieblingsmarke, und während die Sanitäter versuchen, mit Adrenalin und Elektroschocks das Leben in Hatin zurückzupressen, verglüht die Kippe langsam zwischen Mittel- und Zeigefinger ihrer linken Hand.

Aus dem Kopf der jungen Frau fließen unzählige feine Blutfäden, die sich auf den Tatortfotos der Berliner Mordkommission zu einem dunkel glänzenden Strahlenkranz zusammenfügen – als hätte jemand Hatins langes, schwarzes Haar fein säuberlich auf das Tempelhofer Straßenpflaster gekämmt. In der linken Außentasche ihrer Cordjacke steckt die angebrochene Zigarettenpackung, eine dunkelblaue Pappschachtel mit Reklameaufdruck: „Liberté toujours“ – „Freiheit, allezeit“.

Die Staatsanwaltschaft ist davon überzeugt, dass die Muslimin am Abend dieses 7. Februar sterben musste, weil sie den Spruch auf der Schachtel zu ihrem Lebensmotto erhoben hatte: weil sie es für alltägliche Freiheit hielt, in der Öffentlichkeit rauchen zu dürfen; weil sie es wagte, das Haar ohne Kopftuch zu tragen; weil sie sich das Recht nahm, eine eigene Wohnung zu bewohnen, den Männern in ihrer Familie zu widersprechen – und selbst zu bestimmen, wen sie liebt und wen nicht.

Ihr Mörder hat Hatin Sürücü, 23, dreimal ins Gesicht geschossen. Mit einer Pistole des Kalibers 7,65 mm, in schneller Folge, aus nächster Nähe. Wie bei einer Hinrichtung.

Glaubt man den Fahndern, markieren die Schüsse auf die alleinerziehende Mutter, die einen sechsjährigen Sohn hinterlässt, das Ende eines archaischen Rituals, bei dem es um die Wiederherstellung einer vermeintlichen „Familienehre“ ging. Ab Mittwoch stehen drei ihrer Brüder vor dem Berliner Kriminalgericht und müssen sich gegen die Anklage verteidigen, die wehrlose Schwester „aus niederen Beweggründen heimtückisch getötet zu haben“. Mit der Exekution, vermuten die Ermittler, hätten die Beschuldigten offenbar das Todesurteil eines „Familienrats“ vollstreckt, der dem jüngsten Sohn Ayhan, 19, die Rolle des Henkers zugedacht habe, während seine Brüder Mütlü, 26, und Alpaslan, 24, die Pistole besorgt und den Tatort abgesichert hätten.



SPIEGEL-Titel 47/2004

Die Männer bestritten die Vorwürfe bislang oder schwiegen eisern dazu – und das ist nicht das einzige Problem im Verfahren mit dem Aktenzeichen 1 Kap Js 285/05.

Der Fall ist längst zum Politikum jenseits der Paragrafen des Strafrechts geworden: Konfrontiert mit der Bluttat, wurde bundesweit die Frage diskutiert, wie es um ein Land bestellt ist, das nach schätzungsweise fast 50 sogenannten Ehrenmorden in den vergangenen zehn Jahren noch immer nicht in der Lage ist, seine Bürgerinnen wirksam vor den gewalttätigen Übergriffen muslimischer Ehemänner, Väter oder Brüder zu schützen (SPIEGEL 47/2004).

Mancher Kommentator sah im Martyrium der hübschen, modernen Frau nur die politische Symbolik – und vergaß dabei, in die Niederungen jener Parallelwelt zu blicken, in der der Kriminalfall Sürücü spielt. Wenn es eine Erklärung für Hatins Tod geben sollte, ist sie wahrscheinlich hier, in den Straßen rund um den Kreuzberger U-Bahnhof Kottbusser Tor zu suchen, wo die mutmaßlichen Täter zu Hause waren und das Leben zwei Gesetzen folgt – denen des Kiezes und denen des Korans.

Da ist auf der einen Seite die Vierzimmerwohnung der Familie Sürücü. Saniertes Vorderhaus, viertes Obergeschoss rechts, ein Ort strengster Ordnung. Fünfmal täglich wird nach sunnitischem Ritus gebetet, Hunde haben keinen Zutritt, weil sie nach der Lehre des Islam „unrein“ sind. Hatins erzkonservativer Vater stammt aus der kurdischen Provinz Erzurum in Ostanatolien und spricht, obwohl er schon 24 Jahre in der Bundesrepublik lebt, kaum ein Wort Deutsch. Die Mutter trägt Kopftuch, und wenn sie mit Fremden reden

muss, legt sie zusätzlich noch einen Gesichtsschleier an.

In dieser Welt ist Ayhan, der mutmaßliche Todesschütze, aufgewachsen – ein braver muslimischer Junge, der seine Eltern ehrt, verstohlen Liebesgedichte per SMS verschickt und sich nicht dafür schämt, als 19-jähriger Mann noch im Doppelstockbett seines alten Kinderzimmers zu schlafen.

In der zweiten Hälfte der Kreuzberger Wirklichkeit dagegen zählt eine andere Form von Ehre. Eine, die bereits verletzt sein kann, wenn einem jemand ungefragt in die Augen guckt. Kickbox-Attacken, Butterfly-Messer oder Gaspistolen gelten dann als bevorzugte Mittel zur Wiedererlangung des scheinbar verlorenen Respekts.

In seiner Familie, so gibt er später der Mordkommission zu Protokoll, seien in der Vergangenheit ebenfalls viele Sachen passiert, die „nicht schön“ gewesen seien. Die Brüder seien „nicht immer glücklich gewesen bei ihrer Ehe“ und Hatin auch nicht. Er habe deshalb immer vorgehabt, ein anderes Leben zu führen, ein besseres – genau wie Carlito, der Filmheld.

In dieses neue Leben sollte den Möchtegern-Carlito ein passendes Mädchen begleiten: die 18-jährige Melek, eine Schülerin aus seinem Kiez. Ayhan verehrt sie wie ein Himmelswesen und schickt ihr Kurzmitteilungen, in denen er ihren „tiefen Blick“ preist oder ihr „süßes Lachen“. Nach vier Wochen will Ayhan das Mädchen heiraten. Ihre Eltern halten nicht viel davon – ihnen passt nicht, dass der junge Mann verlangt, ihre Tochter solle ein Kopftuch tragen.

An jenem 7. Februar dann scheinen die Grenzen der verschiedenen Welten, in denen Ayhan alias Carlito lebt, vollends zu verschwimmen.

Melek berichtet der Kripo später von einem seltsamen Gespräch mit Ayhan. Er habe ihr erklärt, dass er zwar lache, aber innerlich nicht glücklich sei. Weil eine Last auf ihm liege, von der er sich befreien müsse: Er sei 14 gewesen, als etwas Schreckliches in seiner Familie passiert sei. Offenbar etwas mit seiner Schwester. Wenn Melek wüsste, soll Ayhan dann zu seiner Freundin gesagt haben, was er gesehen und erlebt habe, würde sie verstehen, dass er mit Hatin jetzt das erledigen müsse, was seine älteren Brüder schon vor Jahren mit ihr hätten tun sollen: sie töten.

Die Ermittler haben inzwischen Hinweise darauf, dass Hatin in der Vergangenheit von einem ihrer männlichen Familienmitglieder vergewaltigt worden ist. Eine Blutschande, für die nach den kruden Gesetzen jener wirren Ehre nicht der Täter, sondern das Opfer verantwortlich gemacht wird.

Melek berichtet, dass Carlito am Abend der Tat dauernd nervös auf die Uhr geschaut und ihr dann 100 Euro zugesteckt habe, die sie einem Bekannten geben sollte – falls er sich nicht mehr melden würde.

Tags darauf läuft die Meldung vom Mord an Hatin Sürücü über alle Sender. Am Nachmittag wird Melek von Ayhan zum Kottbusser Tor bestellt, er fährt mit ihr zum Bahnhof Zoo. Die Schülerin will in der U-Bahn ihren Freund gefragt haben: „Ayhan, warst du das?“, und er habe geantwortet: „Ja, ich habe das gemacht.“ Dabei habe er sehr leise gesprochen und den Kopf an ihre Schulter gelehnt. Den Rest der Fahrtstrecke hätten sie schweigend verbracht.

Erst später, so die Zeugin, habe ihr Ayhan dann den Tathergang geschildert: dass er in Hatins Wohnung gefahren sei und mit ihr in der Küche gesessen habe; dass ihm dort ein Gebetsteppich aufgefallen sei und er sich gefreut habe, weil seine Schwester offenbar wieder angefangen habe zu beten; dass er sie zum Abschied gefragt habe, ob sie ihn nicht zum Bus begleiten wolle.

In der Nähe der Haltestelle habe Ayhan unvermittelt die Pistole gezogen. Bevor er abgedrückt habe, soll er Hatin noch gefragt haben, ob sie ihre Sünden bereue. Während er ihr das erzählte, berichtet Melek der Polizei, habe ihr Freund mit Daumen und Zeigefinger eine Pistole nachgeahmt und auf sie gezielt. Dann, sagt sie, habe Ayhan ihr geschildert, wie er panisch davongerannt sei. Wie er kurz darauf in einen Bus gestiegen sei, mit der Hand in der Hosentasche, weil sie voller Blut war. Der Bus passierte den Tatort – und Ayhan habe seine Schwester noch einmal auf dem Pflaster liegen sehen. Der Prozess wird zwei Fragen beantworten müssen: warum Melek nicht vor der angekündigten Bluttat gewarnt hat – und wie glaubwürdig ihre Aussage ist.

Als Ayhan Sürücü fünf Tage später von der Mordkommission vernommen wird, schwört er bei allem, was ihm heilig ist, auch bei seiner Liebe zu Melek, dass er nichts mit dem Tod von Hatin zu tun habe. Einer der Vernehmungsbeamten fragt ihn, welches Urteil er denn für den Mörder seiner Schwester als angemessen erachte. Ayhan antwortet ohne zu zögern: „Darf ich ehrlich sein? Wenn es das Gesetz erlauben würde, würde ich ihn aufhängen – auch wenn es mein eigener Bruder wäre.“ Sven Röbel





THOMAS SCHRÖDER (L.); BILD ZEITUNG (R.)

Tatort Berlin-Tempelhof, Opfer Sürücü: *„Bereust du deine Sünden?“*

Serie

WEGE aus der KRISE

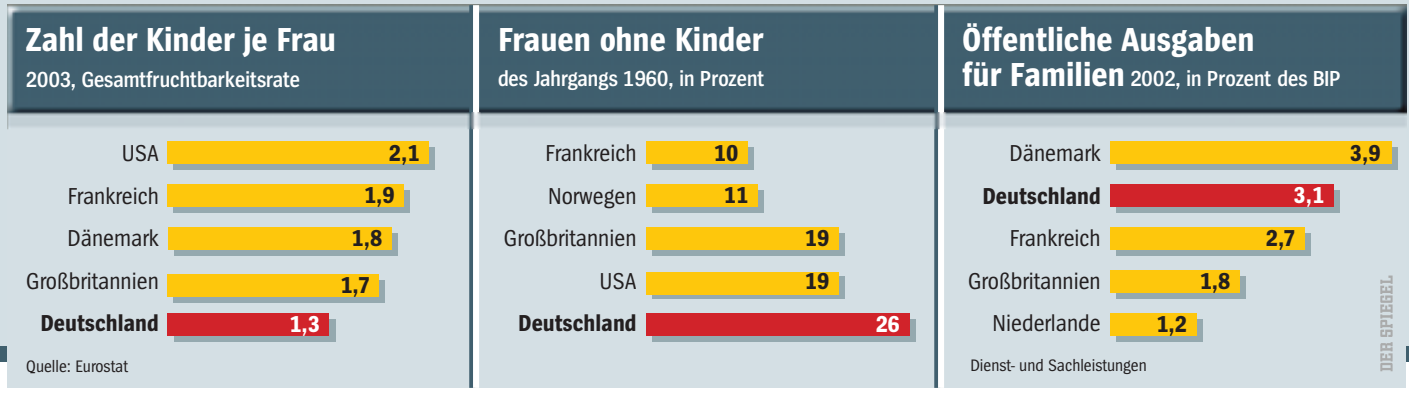
Kinder sind die Zukunft eines Landes – gerade in Deutschland aber mangelt es an Nachwuchs. Jahr für Jahr sterben im Schnitt 100 000 Menschen mehr als geboren werden. Damit verliert nicht nur der Generationenvertrag seine Basis, der gesamte Wohlstand gerät in Gefahr: Es fehlt an Steuerzahlern, Fachkräften und Konsumenten. Jahrzehntelang haben die Politiker die ökonomische Tragweite der Entwicklung ignoriert, in diesem Wahlkampf spielt Familienpolitik erstmals eine bedeutende Rolle. Im letzten Teil der SPIEGEL-Serie „Wege aus der Krise“ wird analysiert, mit welchen Anreizen der Staat junge Erwachsene dazu animieren könnte, eine Familie zu gründen.

Generation Kinderlos

Fast nirgendwo in Westeuropa ist die Geburtenrate niedriger als in Deutschland, vor allem Akademiker bleiben oft ohne Nachwuchs. Es fehlt nicht unbedingt an Geld, aber an Hilfen, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Der Staat könnte viel mehr Unterstützung bieten.



Säuglingsstation (in Nürnberg): *„Neue Väter braucht das Land“*



Wer erfahren will, welche Rolle Kinder in Deutschland spielen, der muss sich nur das Familienleben der aktuellen Spitzenpolitiker anschauen. Dann erklärt sich vieles.

Die Unions-Kanzlerkandidatin Angela Merkel, 51, ist verheiratet, aber kinderlos geblieben. „Es hat sich in meinem Lebensverlauf nicht ergeben“, sagt sie dann knapp. Bundeskanzler Gerhard Schröder ist voriges Jahr in seiner vierten Ehe zum ersten Mal Vater geworden – einer Adoptivtochter aus Russland. Mit 60 Jahren.

Die europäischen Kollegen der beiden deutschen Polit-Profis setzen da andere Maßstäbe. Frankreichs Staatschef Jacques Chirac hat zwei leibliche Töchter und eine Adoptivtochter. Norwegens Ministerpräsident Kjell Magne Bondevik ist ebenfalls Vater von drei Kindern. Der britische Premierminister Tony Blair hat sogar vier Sprösslinge zu Hause.

Die familiären Verhältnisse der ersten Politikerriege in Paris, Oslo und London sowie in Berlin spiegeln durchaus einen allgemeinen Trend: Ganz Europa pflanzt sich fort – nur in Deutschland wird der Nachwuchs knapp. Der drittstärksten Volkswirtschaft der Erde mangelt es ausgerechnet an jenen Produktionsfaktoren, die wahrscheinlich am meisten über die Zukunftsfähigkeit eines Landes aussagen: an Eltern und an Kindern.

Selbst in Zeiten großer Not, im Jahr 1946, wurden hierzulande mehr Babys geboren als heute. Fast nirgendwo sonst in Westeuropa ist die Geburtenrate niedriger. Im Schnitt bekommt jede Frau in Deutschland nur noch 1,3 Kinder. In Schweden sind es 1,7 Kinder, in Frankreich 1,9, in Island sogar 2,0.

Wenn sich Paare in Deutschland doch für Nachwuchs entscheiden, dann oft erst im reiferen Alter. Verheiratete Frauen bekommen ihr erstes Kind mit knapp 30. Anfang der neunziger Jahre waren sie noch drei Jahre jünger, als der Nachwuchs kam. Der Kinderwunsch wird, sofern vorhanden, immer weiter nach hinten geschoben. Bis irgendwann die Gesetze der Biologie den Paaren die Entscheidung abnehmen.

Jürgen Schmitz, 41, und seine Frau Claudia, 35, sind nicht prinzipiell gegen Kinder, „aber ohne finden wir es schöner“, sagt der selbständige Unternehmensberater. Das Paar genießt das Leben zu zweit, die Möglichkeit des spontanen Verreisens zum Beispiel und die finanzielle Unabhängigkeit.

Schmitz hat einen Patensohn. Wenn der zu Besuch ist, baut er die Carrera-Bahn auf. Nach dem Besuch ist er froh, wieder seine Ruhe zu haben. Seine Frau, eine angestellte Juristin, wünscht sich manchmal schon ein Kind. Aber dann ist die Angst doch größer, dass nach einer Babypause der Wiedereinstieg in den Beruf schwer fallen würde. „Für uns ist der Zug wohl abgefahren“, sagt die 35-Jährige.

So wächst eine Generation heran, die sich Kindern geradezu verweigert: Aus Männern werden keine Väter mehr, aus Frauen keine Mütter, aus Paaren keine Familien. Rund ein Drittel der Frauen der Jahrgänge 1960 bis 1967 ist kinderlos. Unter den Akademikerinnen dieser Altersgruppe liegt der Anteil sogar bei 38 Prozent. Die Elite der Republik reproduziert sich nicht.

Damit verliert nicht nur der Generationenvertrag seine Geschäftsgrundlage – die Einzahler ins Rentensystem. Der gesamte Wohlstand gerät in Gefahr. Denn bleibt der Nachwuchs aus, fehlt es an Steuerzahlern, an Fachkräften, vor allem an Verbrauchern, was schon heute spürbar wird.

Es fehlen die jungen Konsumenten, die versessen sind auf alles Neue und so den Strukturwandel antreiben. Die für gewisse Anschaffungen – vom Dreirad über den Familien-Van bis zum Reihenendhaus – überhaupt erst den Anstoß geben. Dass die Binnennachfrage seit Jahren lahmt, hat wesentlich damit zu tun, dass die Konsumenten in Deutschland älter und saturierter geworden sind.

Spätestens hier wird klar, wie weit die Konsequenzen der Geburtenkrise reichen. Inzwischen ist auch die ökonomische Tragweite allen Entscheidern in den Volksparteien bewusst. Auf keinem anderen Politikfeld hat sich zuletzt so viel bewegt – zumindest gedanklich.

Vor wenigen Jahren tat Kanzler Schröder Familienpolitik noch als „Gedöns“ ab. Heute fragt er durchaus selbstkritisch: „Warum hat uns so wenig interessiert und berührt, dass wir in 40 Jahren von einem Land des Kinderreichtums zu einer Republik des Kindermangels geworden sind?“

Mag sein, dass der Sinneswandel einfach nur der Existenz seiner Adoptivtochter Viktoria geschuldet ist. In Berlin jedenfalls ist es vor allem Renate Schmidt, 61, die dem Thema „Familie“ neues Gewicht gegeben hat. Die SPD-Ministerin, Mutter von drei Kindern, hat sich viel vorgenommen: „Ich möchte dafür sorgen, dass sich vorhandene Kinderwünsche erfüllen können.“

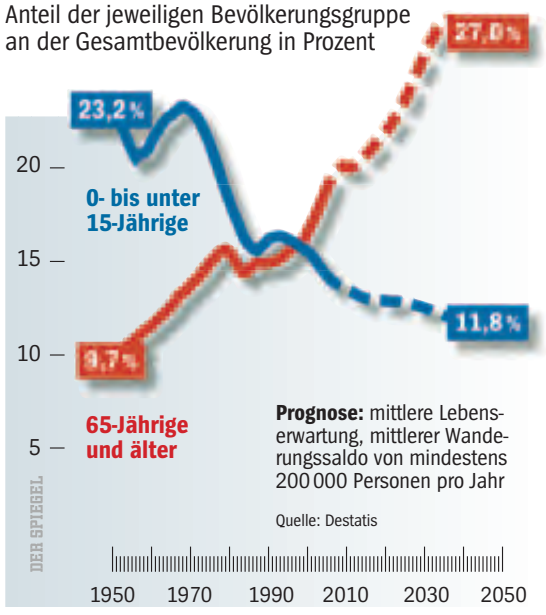
So ähnlich könnte das auch Niedersachsens Sozialministerin Ursula von der Leyen, 46, formuliert haben. Mit ihrer Berufung ins „Kompetenzteam“ der Union wollen die Christdemokraten demonstrieren, dass sie auch auf diesem Gebiet den Muff der Ära Kohl loswerden möchten. Von der Leyen zieht sieben Kinder groß, und sie hat einige Zeit als Ärztin und Gesundheitsökonomin gearbeitet.

Über Familienpolitik müsse „völlig neu“ nachgedacht werden, sagt sie, was freilich forscher klingt, als es manchem altgedienten Christdemokraten lieb ist, während sich ihre Kanzlerkandidatin von der Gattin des Noch-Kanzlers die eigene Kinderlosigkeit vorhalten lassen muss.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist Familienpolitik zu einem relevanten Wahlkampfthema geworden. Bloß, kann der Gesetzgeber hier überhaupt etwas ausrichten? Hat er Möglichkeiten, die Geburtenzahl positiv zu beeinflussen? Was

Alt schlägt Jung

Anteil der jeweiligen Bevölkerungsgruppe an der Gesamtbevölkerung in Prozent



PETER ROGGENTHIN



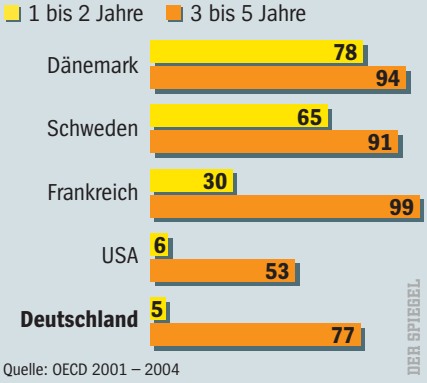
RONALD FROMMANN

Kita-Gruppe (in Hamburg)
Ein Krippenplatz gleicht einem Lottogewinn

STRATEGIE: Kinderbetreuung fördern

In Deutschland mangelt es an Betreuungsangeboten, insbesondere für die Jüngsten: Nur fünf Prozent der ein- und zweijährigen Kinder besuchen eine Krippe. Viele Mütter geben deshalb ihren Job auf, das Armutsrisiko steigt. In Schweden oder Dänemark etwa, wo es genügend Krippen und Kindergärten gibt, sind die Mütter häufiger erwerbstätig – in diesen Ländern kommen besonders viele Kinder zur Welt.

Kinder in Betreuungseinrichtungen
in Prozent



Quelle: OECD 2001 – 2004

sind überhaupt die Gründe dafür, dass es in Deutschland so wenige Kinder gibt?

Am Geld allein kann es jedenfalls nicht liegen. Mehr als 150 Milliarden Euro geben Bund, Länder und Gemeinden laut Bundesbank pro Jahr für Familien aus. Zum größeren Teil handelt es sich um direkte Geldleistungen wie das Kindergeld, das allein mit rund 35 Milliarden Euro zu Buche schlägt. Doch mit der Familienförderung in Deutschland verhält es sich ähnlich wie mit der Arbeitsmarkt- oder der Gesundheitspolitik: Es wird viel Geld eingesetzt, aber wenig erreicht.

Andere Länder weisen, obwohl sie weniger investieren, höhere Geburtenraten auf. Zum Beispiel zahlt der französische Staat Kindergeld erst ab dem zweiten Kind: 112 Euro. In Deutschland bekommen Eltern 154 Euro, und zwar gleich für das erste Kind. Offensichtlich spielen also andere als monetäre Faktoren eine größere Rolle, weshalb Kinder hier selten geworden sind.

Im Lebenslauf des Durchschnittsdeutschen dauert vieles einfach länger als anderswo: Er kommt später in den Kindergarten, er wird im Schnitt erst mit 6,7 Jahren eingeschult und verlässt die Schule manchmal erst mit 20. Und wer eine Hochschule besucht, ist beim Abschluss schon 26 Jahre alt. Nicht wenige leben da sogar noch zu Hause: Der deutsche Durchschnittssohn zieht mit 25 aus, übertroffen wird er nur vom italienischen Filius, der erst mit 30 das Hotel Mama verlässt.

Danach aber rennt den jungen Erwachsenen die Zeit förmlich weg. Im Alter zwischen 27 und 35 geraten sie in jene Phase, die Soziologen als die „Rushhour des Lebens“ beschreiben. Der Zeitdruck, den Mann und Frau dann erlebten, sei „möglicherweise viel größer“ als in anderen Ländern, stellen die Autoren des neuesten Familienberichts für die Bundesregierung fest. Die Daten zeigten, „dass in dieser kurzen Altersphase von etwa fünf bis sieben Jahren Entscheidungen getroffen und realisiert werden müssen, die mehr oder minder das ganze Leben bestimmen“.

Dann gilt es, die Ausbildung abzuschließen, einen Job zu finden, einen Lebenspartner kennen zu lernen. Das alles auf einmal zu schaffen fällt vielen unendlich schwer. Denn ihr Leben verläuft nicht mehr so hübsch geordnet wie zu Zeiten ihrer Eltern: erst Geld verdienen, dann heiraten, zusammenziehen und Kinder bekommen.

Heute stehen jungen Erwachsenen alle Möglichkeiten offen: Sie gehen Partnerschaften ein, ohne gleich an Kinder zu denken. Sie heuern bei einem Arbeitgeber an und sind schon auf dem Sprung zum nächsten. Sie wollen nichts verpassen, genießen alle Freiheiten – und vertagen Lebensentscheidungen.

Derweil wachsen ihre Ansprüche in stratosphärische Höhen: Es könnte ja noch der perfekte Partner auftauchen. Und der perfekte Job in einer anderen Stadt angeboten werden. Und irgendwann der perfekte Zeitpunkt für ein perfektes Kind kommen.

So verpassen sie ihn garantiert. Aus „temporär gewollter Kinderlosigkeit“ werde leicht eine „endgültige ungewollte Kinderlosigkeit“, sagt die Gießener Familienwissenschaftlerin Uta Meier. Daran haben die Männer ihren besonderen Anteil: Sie zögern die Antwort auf die Kinderfrage noch länger hinaus als ihre Partnerinnen, ihre biologische Uhr tickt ja nicht.

Da mag es manchen Eltern rückblickend wie ein glückliches Schicksal vorkommen, wenn ihnen der Zufall die Entscheidung abgenommen hat. Alexandra Kramm, 35, war gerade sechs Wochen mit ihrem Freund zusammen, als sie schwanger wurde: „Geplant war das nicht“, sagt die Berlinerin. Heute ist ihre Tochter Emilia drei Jahre alt. Die Mutter ist unentschlossen, ob sie ein zweites Kind haben möchte: „Mich schreckt die Angst, zwei Kindern nicht gerecht zu werden.“

Eine Furcht, die viele Eltern teilen. Dass die Geburtenrate so niedrig ist, liegt weniger daran, dass es in Deutschland besonders viele Kinderlose gibt, ihr Anteil liegt in anderen Ländern nicht sehr viel höher. Vielmehr sei der Geburtenrückgang das „Ergebnis des zunehmenden Verschwindens der Mehrkinderfamilie“, meint der Berliner Soziologe Hans Bertram. In Deutschland hat nur jede zehnte Familie drei oder mehr Kinder, in Finnland gibt es doppelt so viele Großfamilien.

Das mag auch daran liegen, dass kinderreiche Familien in Deutschland bisweilen schief angeschaut werden. Als „Asoziale“ sei sie beschimpft worden, berichtet eine 36-jährige Architektin, die mit ihrem Mann und drei kleinen Söhnen in Berlin lebt. Ständig hätten die Nachbarn sie angefeindet. Eines Morgens fand sie im Hausflur den Kinderwagen mit zerstochenen Reifen vor. Danach zog die Familie in ein anderes Haus.

Vor allem aber dürfte die miserable Betreuungssituation in Deutschland dafür verantwortlich sein, dass Familien der Mut zum dritten Kind fehlt. Nur neun Prozent der unter Dreijährigen steht eine öffentliche Tagesbetreuung zur Verfügung. Dabei ist der Osten mit 37 Prozent noch wesentlich besser ausgestattet als der Westen (3 Prozent). In den alten Ländern gleicht es fast einem Lottogewinn, wenn Eltern einen Krippenplatz ergattern.

Die Augsburgerin Madelaine Piljagic, 29, gehörte zu den Glücklichen, dazu aber bedurfte es einer kleinen Lüge: Als die Anwaltsgehilfin knapp zwei Jahre nach der Geburt ihres Sohnes Marco wieder arbeiten wollte, gab sie vor, bereits eine Stelle zu haben. „Anders hätte ich keinen Krippenplatz bekommen“, sagt sie.

Piljagic ist alleinerziehend, sie verdient im Monat rund 1000 Euro netto, 150 Euro gehen für den Kindergarten von Marco

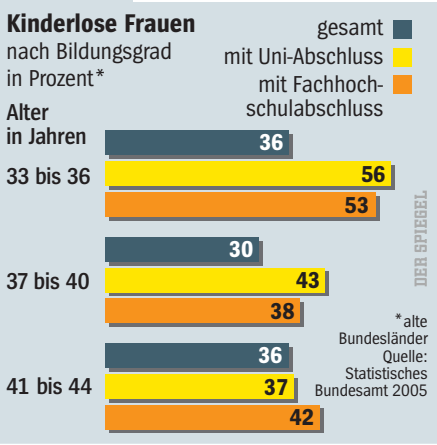


WALTRAUD GRUBITZSCH / DPA

Hörsaal (an der Universität Halle-Wittenberg)
Beim Abschluss schon 26 Jahre alt

STRATEGIE: „Rushhour" entzerren

Im Alter zwischen 27 und 35 Jahren geraten die jungen Erwachsenen in die „Rushhour des Lebens", wie Soziologen sagen: Dann müssen sie ihre Ausbildung abschließen, einen Job suchen, einen Lebenspartner finden. Diese wichtige Lebensphase ist in Deutschland besonders kurz. Kämen die Kinder früher in die Schule und absolvierten schneller ihre Ausbildung, bliebe ihnen als Erwachsene mehr Zeit für die Familiengründung.



drauf, früher waren es sogar 280 Euro, als ihr Sohn die Krippe besuchte. Gern hätte sie ein zweites Kind, „aber das kann ich mir nicht leisten", bedauert die Mutter.

Sie arbeitet Vollzeit, das schafft sie jedoch nur, weil sie einen verständnisvollen Chef hat. Der lässt sie regelmäßig früher gehen, damit sie ihren Sohn um 17 Uhr vom Kindergarten abholen kann. Ist in der Kanzlei aber viel zu tun oder eine Kollegin krank, wird es eng. Dann kann sie nur hoffen, dass Freunde oder Bekannte Zeit haben, Marco abzuholen.

Gerade für alleinerziehende Erwerbstätige bedeutet der Alltag fast permanentes Krisenmanagement. Alles muss minutiös geplant werden.

Eltern haben zwar einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, aber der gilt erst für Kinder ab drei Jahren und in der Regel nur für vier Stunden täglich. Kein Wunder, dass viele Mütter notgedrungen ihren Job aufgeben. Nur die Hälfte geht wieder arbeiten, bevor das Kind drei Jahre alt ist. Man mag das gut oder schlecht finden – aber in keinem Land Westeuropas, ausgenommen Irland, steigen so viele Frauen mit zwei oder mehr Kindern aus dem Erwerbsleben aus wie in Deutschland.

Dabei war nie eine Frauengeneration besser ausgebildet: 42 Prozent besitzen die Hochschulreife (Männer: 36 Prozent). Und was für eine Ungerechtigkeit: Das Studium ist praktisch gratis, steht aber nur einem privilegierten Teil der Gesellschaft offen. Krippe und Kindergarten dagegen kosten die Eltern oft Hunderte Euro im Monat.

Kinder sind ein teures Vergnügen. Rund 225 000 Euro kosten sie die Eltern bis zur Volljährigkeit. Wenn nur ein Elternteil arbeiten gehen kann, müssen sich viele Familien einschränken. Dass 1,7 Millionen Kinder in Deutschland als arm gelten, liegt deshalb nicht zuletzt auch daran, dass das Betreuungsangebot hierzulande so unzureichend ist.

In Ländern wie Schweden, Norwegen oder Island, wo es genügend Krippen und Kindergärten gibt, sind die Mütter oft erwerbstätig – und genau dort kommen mehr Kinder zur Welt. Die Statistik spricht für sich: Eine Mutter in Deutschland, die bis zu sechs Jahre alte Kinder hat, ist täglich im Schnitt nur 72 Minuten im Job. Eine Schwedin verbringt fast doppelt so viel Zeit, 137 Minuten, im Beruf und hat dennoch mehr Kinder.

„Geburtenzahl und hohe Erwerbsquoten sind keine sich widersprechenden Ziele", sagt der Wirtschaftsweise Bert Rürup, „sondern können als Ergänzungen aufgefasst werden." Dazu freilich müsste es gesellschaftlich akzeptiert sein, dass Mütter berufstätig sind. Gerade in Westdeutschland hält sich die tradierte Vorstellung des Mannes als Haupternährer und der Frau als fürsorgende Mutter. Das mag für viele sogar eine Wunschvorstellung sein – mit der harten Alltagsrealität ist sie schwer zu vereinbaren.

Als die Hamburgerin Julia Egger, 30, ihren zweieinhalbjährigen Sohn Nepomuk vor einem Jahr in die Krippe gab, fragten sogar Freunde erstaunt: „Bekommt ihr das denn allein nicht mehr hin?" Wer sein Kind auch nur für ein paar Stunden pro Woche in fremde Hände gibt, gerät unter Rabenmutterverdacht.

Vielfach herrscht die Meinung vor, dass ein Kind zumindest in den ersten Jahren allein bei der Mutter gut aufgehoben sei – auch wenn diese bis dahin als Biologin oder Grafikerin zwar mit Petrischalen oder Designsoftware zu tun hatte, nicht aber mit Kindern.

Wer sich gar als Mann eher Zeit für die Kinder nimmt als für den Beruf, der schadet mitunter seiner Karriere. So hat es beispielsweise ein 36-jähriger Lehrer aus Braunschweig erlebt, der wegen seiner beiden Söhne auf Teilzeit reduziert hat. „Im Kollegenkreis ernte ich dafür kaum Verständnis, schon gar nicht von den männlichen Kollegen." Anerkennung ernten Männer eben leichter am Schreibtisch als am Wickeltisch.

Mit jedem Kind bleiben die Väter nachweislich länger im Büro. Wenn sie sich zu Hause engagieren, dann übernehmen sie

Gesellschaft und Familie Die Pläne der Parteien

CDU/CSU
- Kindergrundfreibetrag von 8000 Euro
- Familie mit 2 Kindern bis zu einem Jahreseinkommen von 38 200 Euro einkommensteuerfrei
- Kinderbonus von 50 Euro in der Rentenversicherung

SPD
- Elterngeld statt Erziehungsgeld; ersetzt 1 Jahr lang das Einkommen
- schrittweise Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten
- Höhere Absetzbarkeit von Betreuungskosten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr
- Einführung einer Kindergrundsicherung
- Priorität der Gleichstellungspolitik

FDP
- Kindergrundfreibetrag von 7700 Euro
- Gebührenfreiheit von Halbtagskindergärten
- Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder unter drei Jahren

DIE LINKE.PDS
- Kindergelderhöhung auf 250 Euro
- Keine Anrechnung des Kindergeldes auf Arbeitslosengeld II
- Ganztagsbetreuung für Kinder jeden Alters

DER SPIEGEL



MATTIAS BARDA

Elterngeld-Bezieher Lindberg mit Familie
„Ich bin kein Elternteil zweiter Wahl“

den vergnüglichen Part, gehen auf den Spielplatz, baden die Kinder, bringen sie zu Bett. Der triste Alltag bleibt Sache der Frau.

Das trifft sogar dann zu, wenn die Mutter erwerbstätig ist. „Die fortschrittliche Haltung der Männer gegenüber dem anderen Geschlecht reicht nur so weit, wie Frauen keine Mütter sind“, bemerkt die ehemalige Bundesverfassungsrichterin Jutta Limbach süffisant und fordert: „Neue Väter braucht das Land.“

So hat der deutsche Kindermangel ganz verschiedene, nicht immer leicht fassbare Ursachen: Es geht um Einstellungen und Verhaltensmuster, aber ebenso um Betreuungsmangel, knappe Haushaltskassen und bisweilen sogar den selbstgemachten Druck, der Rolle als Über-Eltern womöglich nicht gerecht zu werden.

Dass Deutschland in die Geburtenfalle tappen würde, war dabei lange absehbar. Schließlich liegt der demografische Absturz schon Jahrzehnte zurück. 1965 kamen in Westdeutschland noch rund 1,3 Millionen Kinder zur Welt, dann verbreitete sich die Pille. Heute sterben jedes Jahr im Schnitt 100 000 Menschen mehr als geboren werden. Das Land vergreist, was allerdings nur vordergründig an zu vielen Alten liegt – es gibt vor allem zu wenig Junge.

Nun wird die ganze Tragweite der Misere klar, viel zu spät, denn die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre sind bald selbst zu alt dafür, Eltern zu werden. Sie sind schon jenseits der 35, also am Ende der „Rushhour“ angelangt. Die Politik hätte bereits vor 25 Jahren handeln müssen, jetzt fällt es schwer, noch gegenzusteuern. Aber was genau können die Mandatsträger tun?

„Absolute Priorität hat der weitere Ausbau der Infrastruktur“, sagt Ministerin Schmidt: mehr Horte, mehr Kindergärten, mehr Ganztagsschulen. „Ohne das ist alles andere nichts.“ Rund 230 000 Betreuungsplätze will die Bayerin innerhalb von fünf Jahren zusätzlich schaffen. Finanzieren sollen die Kommunen das Projekt aus jenen 2,5 Milliarden Euro, die als Ersparnis durch Hartz IV eingeplant sind. Bislang jedoch verursacht die Arbeitsmarktreform durchweg mehr Kosten.

Ebenso droht der Ausbau der Ganztagsschulen auf halber Strecke liegen zu bleiben. Der Bund hat bis 2007 rund vier Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Nur scheuen sich die Länder davor, sie abzurufen, weil an ihnen die laufenden Kosten hängen bleiben. Von 2003 bis März 2005 wurden erst rund 380 Millionen Euro überwiesen.

Dabei wäre der Ausbau der Betreuung volkswirtschaftlich ein gutes Geschäft: Es bringt auf Dauer weit mehr Geld ein, als es kostet, wenn beide Elternteile einem Beruf nachgehen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin hat es ausgerechnet.

Würden 1000 Akademikerinnen mit Kleinkind einen Job annehmen, zahlten sie 8,1 Millionen Euro Einkommensteuer und 10,4 Millionen Euro an die Sozialkassen. Dazu kämen noch 2,6 Millionen Euro an Steuern und Sozialbeiträgen des Betreuungspersonals. Diesen Einnahmen von 21,1 Millionen Euro stünden Betriebskosten für die Ganztagsbetreuung von lediglich 9 bis 10 Millionen Euro gegenüber. „Leider aber wird der Nutzen nicht innerhalb einer Legislaturperiode sichtbar“, sagt DIW-Ökonomin Katharina Spieß. Kurz: Die Investitionen helfen keinem Politiker zur Wiederwahl.

Die Franzosen sind da weitsichtiger. Seit den Zeiten Charles de Gaulles verfolgen die Nachbarn das Ziel, die Geburtenrate zu steigern. Bis zur Jahrhundertmitte will die Grande Nation zur größten Nation Europas avancieren. Auf die Einwanderer aus Nordafrika stützt sich der Babyboom nicht: Ohne Ausländer läge die Geburtenrate nur 0,1 Prozentpunkte niedriger.

Der Schlüssel liegt vielmehr in einer flächendeckenden Betreuung. Nahezu alle Drei- bis Sechsjährigen besuchen die staatlich finanzierten, für Eltern kostenlosen Vorschulen, die „écoles maternelles“. Und von den unter Dreijährigen sind immerhin 40 Prozent in Kinderkrippen, den „crèches“, untergebracht. 83 Prozent der Französinnen mit zwei Kindern ab drei Jahren sind berufstätig.

Dass sie einmal ihre Kinder so bald nach der Geburt weggeben würde, hätte sich zum Beispiel Alice Brammer, 28, vor vier Jahren nicht vorstellen können, als sie von Mannheim in die Nähe von St. Etienne zog. Nun macht sie es so, wie es in Frankreich üblich ist: Tochter Luna, 3, schickt sie in die „école maternelle“, ihr Sohn Sabri, 1, kommt dieser Tage in die Krippe.

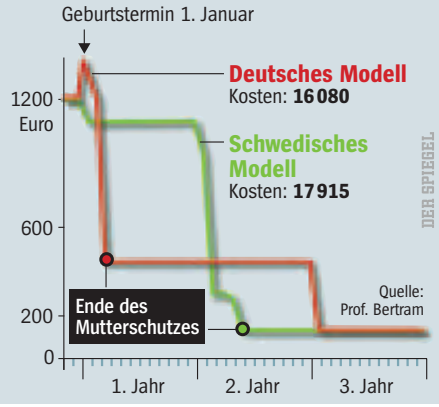
Im nächsten Jahr plant die Mutter, nach Mannheim zurückzukehren. Eine gewaltige Umstellung steht damit an: Der Kindergartenplatz kostet 150 Euro im Monat. Und ob sie einen Krippenplatz für Sabri bekommen wird, sei fraglich, sagt sie ärgerlich, „trotz Wartezeit von einem Jahr“.

Und dann sind da noch ihre Zweifel, ob die Kinder dort auch in so gute Hände geraten, wie sie es gewohnt ist. Französische Erzieherinnen haben eine vier- bis fünfjährige Ausbildung absolviert. Die Gruppen umfassen selten mehr als 10 Kinder, hierzulande sind es manchmal 30. Überhaupt herrscht eine andere Auffassung darüber, was frühe Betreuung leisten soll: Schon im Vorschulalter werden die Kinder

STRATEGIE: Elterngeld einführen

Nach der Geburt eines Kindes fällt häufig bei einem Elternteil, meist der Mutter, ein Einkommen weg. Das Erziehungsgeld von 300 Euro, das bis zu zwei Jahre lang gezahlt wird, und das Kindergeld von 154 Euro pro Kind bieten keinen ausreichenden Ersatz. Ein Elterngeld in Höhe des Arbeitslosengeldes, also 67 Prozent des Nettoeinkommens bis zu 1800 Euro, das ein Jahr gezahlt wird, könnte den finanziellen Absturz abfedern.

Monatlicher Leistungsbezug unverheirateter Frauen
Gehaltsgruppe BAT VII bis 36 Monate nach der Geburt des ersten Kindes



gefördert und gefordert und nicht bloß gefüttert und verwahrt.

Ausgerechnet das Land, in dem der Pädagoge Friedrich Fröbel vor rund 170 Jahren den Kindergarten erfand – ein Begriff, der sich bis heute sogar in den USA hält –, nutzt die wertvollen Jahre, in denen die Kleinen am aufnahmefähigsten sind, nur unzureichend. Insbesondere Kindern aus sozialen Randgruppen käme eine professionelle Betreuung in dieser Zeit zugute.

Bislang habe die Mehrheitsgesellschaft solche Familien „fürsorglich vernachlässigt“, kritisiert der Bremer Soziologe Paul Nolte: Sie habe „sich mit Geldzahlungen von den wirklichen Problemen am Rande der Gesellschaft freigekauft“. Ebenso aber profitierten auch höhere Schichten davon, wenn sie ihre Kinder länger als bisher in professionelle Obhut geben könnten, wie die Erfahrung in Frankreich lehrt: Dort bleiben rund zehn Prozent der Frauen mit Hochschulabschluss kinderlos.

Betreuungsangebote allein freilich reichen nicht aus, um insbesondere junge Akademikerpaare zu Nachwuchs zu animieren. Auch die Aussicht, dass mit der Geburt des Babys einem Elternteil, meist der Mutter, ein ganzes Einkommen entgeht, wirkt abschreckend.

Um die finanziellen Turbulenzen – Soziologen sprechen vom „Achterbahn-Effekt“– besser abzufedern, will die SPD ein sogenanntes Elterngeld einführen. Seine Höhe würde sich ähnlich wie das Arbeitslosengeld am letzten Einkommen orientieren: Ein Jahr lang könnte ein Elternteil 67 Prozent des bisherigen Nettoeinkommens beziehen, bei einer Obergrenze von 1800 Euro.

In Schweden existiert das Modell schon seit den siebziger Jahren. Dort bekommt der Elternteil, der zu Hause bleibt, 390 Tage lang 80 Prozent des Einkommens. Auch den Männern wird die Familienarbeit durch das Elterngeld schmackhaft gemacht: Zwei Monate muss der Vater Babyzeit nehmen, sonst verfällt der Anspruch. Mittlerweile bleiben viele sogar gern länger daheim. Und die Arbeitgeber stellen sich mehr oder weniger darauf ein.

Der Mediziner Daniel Lindberg, 31, kündigte schon während des Bewerbungsgesprächs bei einer Klinik in Uppsala an, er werde bald für acht Monate aus dem OP verschwinden: Seine Frau Carolina, ebenfalls Ärztin, sei schwanger. Er bekam den Job. Zwei Kinder hat das Paar, bei beiden haben sie abwechselnd ausgesetzt, erst sie acht Monate, dann er. Wenn die anderthalbjährige Svea schreit oder der dreijährige Cesar sich das Knie aufschlägt, dann fühlt sich Daniel Lindberg genauso angesprochen wie seine Frau: „Ich bin kein Elternteil zweiter Wahl.“

In Deutschland würde die Einführung des Elterngeldes rund 4,2 Milliarden Euro kosten, 3 Milliarden davon deckte der Wegfall des Erziehungsgeldes ab, bei dem bis zu zwei Jahre lang monatlich maximal 300 Euro gezahlt werden. Das bisherige deutsche Modell des Erziehungsgeldes ist ohnehin fragwürdig, weil es Familienväter in die klassische Rolle des Ernährers drängte: Von 300 Euro plus 154 Euro Kindergeld kann niemand leben, also kommt in der Regel der Mann in dieser Zeit für Mutter und Kind auf.

In der Union hegt Familienexpertin von der Leyen gewisse Sympathien für das Elterngeld. Andere einflussreiche Stimmen in der Partei lehnen das Konzept aber rundweg ab. Grund: Es sei unsozial. „Das ist Politik nach dem Motto: Wer viel hat, dem wird gegeben“, meint etwa die bayerische Sozialministerin Christa Stewens. Ihren familienpolitischen Schwerpunkt setzt die CDU/CSU ohnehin woanders: Sie will den Kindermangel mit Hilfe des Steuerrechts bekämpfen.

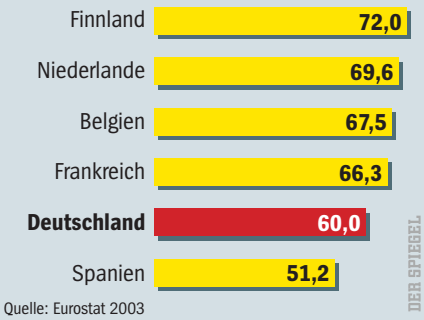
Geplant ist die Einführung eines Steuerfreibetrags in Höhe von 8000 Euro pro Familienmitglied, derzeit gelten für Kinder



STRATEGIE:
Betriebe familienfreundlicher gestalten

Oft lassen sich Familie und Beruf nur schwer oder gar nicht vereinbaren, es fehlt vor allem an flexiblen Arbeitszeitmodellen. Nur allmählich kommen die Betriebe den Bedürfnissen der Mütter entgegen. Dabei zahlen sich Investitionen in Familienfreundlichkeit für sie nachweislich aus: Sie verkürzen die Auszeiten der Mütter und verringern die Kosten für Ersatzkräfte.

Berufstätige Frauen in Europa
mit Kindern unter 12 Jahren
in Prozent der 20- bis 49-Jährigen



Quelle: Eurostat 2003



WOLFGANG THIEME / DPA

Komsa-Kindertagesstätte in Hartmannsdorf
„Möglichkeit, eine Balance zu finden“

5808 Euro. Das würde bedeuten, dass eine Familie mit zwei Kindern, die im Jahr bis zu 38 200 Euro brutto verdient, keine Einkommensteuer mehr zahlen müsste.

Die Sozialdemokraten wollen Betreuungskosten künftig stärker als bisher abzugsfähig machen. Gegenwärtig sind die Möglichkeiten sehr begrenzt: Eltern müssen Ausgaben bis zu 1548 Euro jährlich je Kind selbst tragen. Was darüber liegt, höchstens jedoch 1500 Euro, können sie steuerlich geltend machen. Zum Vergleich: Eine Parteispende ist bis 6600 Euro anrechenbar, vom ersten Euro an.

Würde sich der Fiskus stärker an diesen Ausgaben beteiligen, fänden vermutlich Abertausende Tagesmütter eine reguläre Anstellung. Das käme den Staat zwar teuer, und es würde Gutverdiener, die bislang viel absetzen können, bevorzugen. Doch es eröffnete auch ein gewaltiges Jobpotential. Und es würde Schwarzarbeit eindämmen, die gerade hier besonders verbreitet ist.

Frankreich geht einen anderen Weg: Dort zahlt der Staat Zuschüsse für den Lohn der Tagesmutter. Dazu kommt allerdings noch eine fiskalische Besonderheit: Die Franzosen berechnen die Einkommensteuer nach dem sogenannte Familiensplitting. Hier ist bei der Ermittlung der Steuerschuld die Zahl der Kinder entscheidend: Je mehr Köpfe, desto weniger Abgaben sind zu zahlen.

Im bisherigen deutschen Steuerrecht dagegen zählt das Kind wenig, viel dagegen der Trauschein. Vom Ehegattensplitting profitieren am meisten jene Ehepaare, bei denen die Partner unterschiedlich viel verdienen, Kinder oder Lebensgefährten werden nicht berücksichtigt.

„Nirgendwo in Europa wird noch heute das Modell ‚alleinverdienender Familienvater und nichterwerbstätige Ehefrau‘ so stark steuerlich begünstigt wie in Deutschland“, merkt das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung kritisch an. Doch weil das Bundesverfassungsgericht die Ehe offensichtlich für schützenswerter erachtet als die Familie, trauen sich weder die Union noch die Sozialdemokraten, dieses Verfahren zu verwerfen.

Eine solche Steuerpolitik mag die Entscheidung für die Ehe fördern – die für Kinder wohl kaum. Da spielen noch ganz andere Dinge eine Rolle, Fragen des täglichen Lebens vor allem: Wie reagiert der Arbeitgeber, wenn die Mitarbeiterin schwanger wird? Bietet er Teilzeitmodelle an? Wie weit kommt er den Bedürfnissen der Mütter, aber auch der Väter entgegen?

Jeden Morgen bringt Katrin Haubold, 30, ihre dreijährige Tochter Emma in den Betriebskindergarten der Komsa AG, eines IT-Dienstleisters aus Hartmannsdorf in Sachsen, nur montags nicht, da machen sich die beiden einen schönen Tag. Die familienfreundlichen Arbeitszeiten hätten ihr die Entscheidung für ein Kind erleichtert: „Hier habe ich die Möglichkeit, eine Balance zu finden“, sagt sie, „und Emma hat eine zufriedene Mutter, die nicht zwischen den Spielsachen zu Hause versauert.“

Haubold ist Personalleiterin des Unternehmens. Sie arbeitet 30 Stunden pro Woche. Bald nach der Geburt von Emma ist sie ins Tagesgeschäft zurückgekehrt, erst für einen Tag pro Woche, dann länger: „Ich wollte wieder arbeiten, sonst hätte ich nicht zu studieren brauchen.“

Mit solchen Freiheiten hofft ihr Chef Gunnar Grosse, ein gebürtiger Schwede, Fachkräften aus dem Westen die sächsische Provinz schmackhaft zu machen: „Wenn wir Mitarbeiter hierher locken wollen, müssen wir mit Lebensqualität argumentieren.“

Solche Investitionen in Familienfreundlichkeit zahlt sich für die Betriebe aus: Sie verkürzen die Auszeiten der Mütter, verringern die Kosten für Ersatzkräfte, senken sogar nachweislich die krankheitsbedingten Fehlzeiten und erhöhen die Produktivität. Und sie sind – ganz profan – als Betriebsausgaben steuerlich absetzbar.

Das Schweizer Forschungsinstitut Prognos hat errechnet, dass ein Unternehmen mit 1500 Mitarbeitern rund 300 000 Euro für familienfreundliche Maßnahmen ausgeben muss – etwa für Teilzeitangebote, Telearbeitsplätze oder Notfall-Babysitter. Diese Investitionen führten letztlich zu Kostenersparnissen von 375 000 Euro: ein Plus von 75 000 Euro.

Soziale Verantwortung muss also nicht eine gönnerhafte Geste sein, sie kann durchaus ökonomischem Kalkül entspringen.

Inzwischen bemühen sich immer mehr Unternehmen, etwas dafür zu tun, damit ihre Mitarbeiter Beruf und Familie besser vereinbaren können. Henkel zum Beispiel hat eine Tagesstätte eingerichtet, in der Kinder bis ins Schulalter betreut werden. In den Niederlanden sind der Vaterschaftsurlaub oder die Mutterschaftszulage sogar Bestandteil von Tarifverträgen.

Solche Regelungen könnten dazu beitragen, dass vorhandene Kinderwünsche

tatsächlich verwirklicht werden, glaubt Ökonom Rürup. Würde die tatsächliche Arbeitszeit stärker an die gewünschte angeglichen, könnte die Geburtenrate nach Einschätzung des Ökonomen binnen 15 Jahren von durchschnittlich 1,3 auf 1,7 Kinder pro Frau gesteigert werden.

Damit aber Familien, insbesondere Mütter, wenigstens ansatzweise das erreichen, was Wissenschaftler als „Work-Life-Balance“ bezeichnen, bedarf es nicht nur aufgeschlossener Unternehmer. Einen wichtigen Beitrag können auch die Kommunen leisten, in denen die Familien wohnen.

Einige erkennen mittlerweile, dass Kinder ein Wirtschaftsfaktor sind, mehr noch: Sie sind die entscheidende Größe für die Zukunft eines Gemeinwesens. Der Soziologe Bertram erwartet, dass die Kommunen demnächst „um Eltern und Kinder konkurrieren werden“. Gerade kleine Gemeinden lassen sich da schon heute manches, teilweise Kurioses einfallen.

Ellern im Hunsrück vergibt eine sogenannte Ellern-Card als Babyprämie. Mit ihr bekommt die Familie zum Beispiel die Mitgliedschaft im Turnverein kostenlos und ein Geschenk von der Baumschule. In Tiftlingerode am Fuße des Harzes spendiert die Kommune einmal im Jahr Eintrittskarten für den Zoo im nahen Hannover, und der Bürgermeister bietet sich als Babysitter an.

Die westfälische Gemeinde Laer hat mit ihrer Strategie bereits Furore gemacht: 13,5 Geburten pro 1000 Einwohner verzeichnet die Kommune, im Bundesschnitt sind es 8,7. In Laer steht für jedes Kleinkind ein Betreuungsplatz zur Verfügung, in der Grundschule werden die Kinder bis 16.30 Uhr beaufsichtigt.

Auf diese Anstrengungen allein sei die hohe Geburtenrate zwar nicht zurückzuführen, sagt der Grünen-Bürgermeister Hans-Jürgen Schimke, „aber bei der Entscheidung für das zweite und dritte Kind ist die Betreuung zweifellos ausschlaggebend“.

Das Engagement solcher Kommunen für Familien ist umso beachtlicher, weil sie die Früchte ihrer Hilfen gar nicht allein ernten. Den Nutzen streichen vor allem der Bund in Form von Steuern und die Sozialkassen als Beiträge ein. Allerdings bleibt es in der föderalen Ordnung der Bundesrepublik sowieso höchst undurchsichtig, wie sich in der Familienpolitik Kosten und Nutzen verteilen.

Die Kommunen sind zum Beispiel für die Jugendhilfe zuständig, die Länder bestimmen die Schulpolitik, und der Bund zahlt das Erziehungsgeld. Dazu kommen noch Leistungen, die die Wohlfahrtsverbände und die Sozialversicherungen vergeben. Kaum jemand hat noch den Überblick, schon gar nicht jene, die davon profitieren sollen: die Familien.

Immer wieder werden deshalb Vorschläge diskutiert, sämtliche Gelder in einer Art Familienkasse zu bündeln. Schon Mitte der fünfziger Jahre hatte Wilfrid Schreiber, ein Vater des deutschen Rentensystems, die Idee für eine zentrale Kinderkasse. Die Erfahrungen aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zeigen jedoch, dass solche Operationen in der Praxis ausgesprochen schwierig sind. „Das ist keine Aufgabe von ein oder zwei Jahren“, sagt Ministerin Schmidt.

Was also kann nun schnell geschehen? Wie geht es in der Familienpolitik nach dem 18. September weiter? Welche Konzepte versprechen, Deutschland aus dem Tal der Kinderlosen herauszuholen?

Die Autoren des Familienberichts setzen bei ihren Lösungsvorschlägen auf einen Dreiklang aus Zeit, Infrastruktur und Geld. Dazu gehören kürzere Schul- und Ausbildungszeiten zur Entzerrung der „Rushhour“ ebenso wie der Aufbau eines dichten Betreuungsnetzes nach skandinavischem Vorbild und die Einführung eines Elterngeldes.

Einfache Leistungen wie das Kindergeld üben jedenfalls keinen nachhaltigen Einfluss auf die Geburtenrate aus, im Gegenteil: Die späte Abnabelung von den Eltern fördert der Staat sogar noch dadurch, dass Kindergeld manchmal gezahlt wird, bis die Kinder 27 Jahre alt sind. Im kinderreichen Finnland liegt das Höchstalter für das staatliche Geschenk bei 17.

„Um Menschen in modernen Industriegesellschaften zu höheren Kinderzahlen zu motivieren, scheint weniger die Höhe von Geburtenprämien, Kindergeld und sonstigen Transferleistungen entscheidend zu sein“, resümieren die Forscher des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. „Ausschlaggebend ist eher die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft.“

Letztlich aber kann noch so viel politischer Einsatz nicht garantieren, dass die Geburtenrate steigt. In den USA zum Beispiel liegt sie pro Frau bei 2,1 Kindern, obwohl dort so etwas wie Familienpolitik keine große Rolle spielt.

Kinderlosigkeit ist zwar ähnlich verbreitet wie in Deutschland, und gutsituierte Akademiker neigen ebenfalls dazu, ohne Nachwuchs zu bleiben: Die Hälfte der Frauen, die mehr als 75 000 Dollar im Jahr verdienen, ist kinderlos. Doch dieses Geburtendefizit machen die Amerikaner mehr als wett durch einen ganz besonderen Faktor: die altbackene Vorstellung strenggläubiger Christen, wie eine Familie auszusehen hat und was von Empfängnisverhütung zu halten ist.

Auffallend viele Kinder werden in Teilen des „Bible-Belt“ geboren, im sogenannten Bibel-Gürtel des amerikanischen Südens. Die meisten Babys aber kommen weiter westlich zur Welt, im Bundesstaat Utah. Dort sind die Mormonen zu Hause.

Julia Bonstein, Alexander Jung, Merlind Theile

Ende



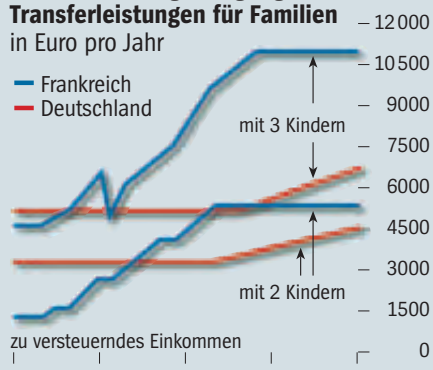
PETER MEISSNER / REFLEX

Hochzeitsfeier (in Berlin)
Kinder zählen wenig, der Trauschein viel

STRATEGIE: Steuerförderung ausbauen

Bislang können Familien je Kind nur bis zu 1500 Euro Betreuungskosten pro Jahr steuerlich absetzen, bei einem Selbstbehalt von 1548 Euro. Würde sich der Fiskus stärker beteiligen, könnten Familien mehr Tagesmütter regulär anstellen. Zudem könnte der Staat Kinder steuerlich fördern, indem er die Höhe der Einkommensteuerschuld wie in Frankreich von der Zahl der Familienmitglieder abhängig macht (Familiensplitting) statt vom Trauschein (Ehegattensplitting).

Steuerliche Vergünstigungen und Transferleistungen für Familien
in Euro pro Jahr



Quelle: DIW

DER SPIEGEL

Was war da los, Mr Rand?

Der US-Schüler Remington Patrick Rand, 18, über ein Zeichen echter Freundschaft

„Der Junge in der Mitte, der so optimistisch in die Kamera schaut, heißt Andrew Gillespie und ist einer meiner besten Freunde. Andrew hat Knochenkrebs. Uns war klar, dass ihm mit Beginn der Chemotherapie die Haare ausfallen würden. Aus Solidarität haben wir, seine Freunde, uns deswegen alle eine Glatze rasiert, mit ihm zusammen in unserem Klassenzimmer. Es gab auch ein paar Mädchen, die mitmachen wollten, sie haben dann aber gekniffen. So waren wir knapp 30 Jungs, Andrew war als Erster dran. Er hat uns mit seinem Humor wieder aufgebaut, so dass es am Ende richtig lustig wurde. Zwei Tage später ist Andrew ins Krankenhaus gekommen. Die Chemotherapie nimmt ihn mit. Bis es ihm wieder besser geht, bleiben meine Haare kurz.“

Rand (Pfeil), Gillespie, Schulfreunde



JOSH MELTZER / AP

TÜRKINNEN

Hans und Helga

Glaubt man den Büchern, die in den letzten Monaten über das Leben junger Türkinnen in Deutschland erschienen sind, dann führen diese Frauen verschleiert und zwangsverheiratet ein freudloses Dasein. In ihren gerade erschienenen autobiografischen Geschichten eines Doppellebens zwischen Berlin und dem Bosporus gestattet die in Berlin lebende Journalistin Hatice Akyün einen anderen Blick auf den deutsch-türkischen Alltag. Die Autorin beschreibt ihren Ausbruch aus der Enge der Traditionen als heitere Einführung in das Denken jener Millionen Neu-Deutscher, die staunend unter uns leben. Sie bewundern unsere Disziplin, belächeln unsere Abneigung gegen die eigene Küche, bemitleiden uns für unsere Art, Feste zu feiern, wundern sich über deutsche Frauen mit unrasierten Achseln und darüber, dass Hans und Helga sich selten überschwänglich freuen. „Türken explodieren, Deutsche implodieren“ – so bringt Akyüns Schwester Fatma die Unterschiede auf den Punkt. Größer noch als der Unterschied zwischen Deutschen und Türken ist der Unterschied zwischen den Generationen der Türken. Dass Akyün, eine Frau Mitte dreißig, noch unverheiratet ist, macht ihren Eltern schwer zu schaffen. Die Lebenswelten der Eltern und der Tochter sind längst auseinander gedriftet: Die Eltern werden sich nicht mehr ändern – und Hatice Akyün hat sich so geändert, dass ihre Eltern sie so wenig verstehen, wie sie die Deutschen verstehen.



Hatice Akyün: „Einmal Hans mit scharfer Soße“. Goldmann Verlag, München; 192 Seiten; 18 Euro.

KRIEGSFOTOGRAFIE

Digitale Trophäe

Der Krieg im Irak ist der erste Krieg, der hunderttausendfach fotografisch dokumentiert wird – noch nie waren so viele Soldaten mit einer Digitalkamera ausgerüstet, zumindest auf amerikanischer Seite. Doch was sich auf den Speicherkarten der GIs findet, ist keine heroische Dokumentation des Krieges, es gleicht eher einer grausamen Trophäensammlung – so wie ein Jäger das erlegte Wild präsentiert: Verbrannte irakische Gegner sind zu sehen, zersprengte Körper nach Selbstmordattentaten, zerschossene Leiber. Eine Seite im Internet hat sich nun als Ablageplatz für die Gruselfotos etabliert, Tausende Fotos sind dort bereits abrufbar. „Sauberer Kopfschuss“ heißt eine Rubrik; eine andere, die Bomben- und Attentatsopfer zeigt, trägt den zynischen Titel: „Errate den Körperteil“. Die Seite ist bei US-Soldaten offenbar beliebt, ein Drittel der Besucher kommt von Rechnern der US-Streitkräfte. Soldaten, die Originalfotos einschicken („Bitte kein CNN-Material!“), erhalten als Belohnung einen kostenlosen Zugang zum Porno-Bereich der Internet-Seite.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Ein technisches Problemchen

Ein Pilot will einen defekten Airbus nicht fliegen – und fliegt raus.

Flug KAJ 2524 befindet sich gerade drei Minuten in der Luft, als Kapitän Peter Thys in seinem Cockpit ein Warnsignal sieht: Ein Generator ist ausgefallen, ausgerechnet jetzt. Thys sagt seinem Bordingenieur Bescheid.

Ein defekter Generator ist zunächst einmal nichts Bedrohliches, der Airbus A300 B4 verfügt über zwei Generatoren, an jedem der beiden Triebwerke ist einer angeschlossen. Sie versorgen das Flugzeug mit Strom und funktionieren unabhängig voneinander. Außerdem gibt es im Heck eine Ersatzlichtmaschine. Keine Gefahr, alles unter Kontrolle.



MASCHINE DEFEKT

Pannen-Airline entläßt Piloten

BRÜSSEL – Ein Pilot der türkischen Fluggesellschaft Fly Air, der mit einer defekten Passagiermaschine umgekehrt war, ist nach eigener Aussage fristlos entlassen

Aus dem „Hamburger Abendblatt“

Flug KAJ 2524 soll an diesem Tag Ende August 235 Passagiere von Paris-Orly nach Djerba bringen, französische Pauschaltouristen zumeist. KAJ steht für Karthago Airlines, eine tunesische Chartergesellschaft. Weil die Tunesier nicht genügend eigene Flugzeuge besitzen, haben sie bei Fly Air, einer Fluggesellschaft aus der Türkei, diesen Airbus gemietet. Peter Thys, der Pilot, ist Belgier, sein Copilot und der Bordingenieur kommen aus der Türkei und sind Berufsanfänger.

„Die schauen zu einem richtigen Piloten noch auf“, sagt Thys später, und übersetzt heißt das wohl: Eine große Hilfe wären sie im Zweifelsfall nicht.

Der Airbus fliegt jetzt auf 5000 Fuß, etwa 1500 Meter hoch. Thys lässt sich den aktuellen Treibstoffstand ansagen. Er rechnet. Er versucht, den Generator wieder zum Laufen zu bringen, vergeblich. Diese Panne wird ihm den Abend versauen.

Seine Rechnung geht so: Normalerweise müsste der Airbus auf etwa 10 000 Meter steigen, das ist die übliche Reiseflughöhe, da verbraucht ein Flugzeug am wenigsten Sprit. Thys hat genügend Kerosin an Bord, um sicher nach Djerba zu kommen, und sollte der Flughafen dort – aus welchem Grund auch immer – geschlossen sein, dann würde es noch gut bis zu einem Ausweich-Airport reichen.

Wenn nur die Sache mit dem Generator nicht wäre: Der lässt sich in großen Höhen nicht starten, also müsste Thys niedriger fliegen. Dann aber stiege der Kerosinverbrauch – und der Airbus könnte im Notfall nicht mehr umgeleitet werden. „Wir kehren um“, sagt Thys. Er meldet sich beim Tower in Paris zur Landung an, dann spricht er zu den Passagieren: „Leider kann ich Sie nicht in die Sonne fliegen, wir haben ein technisches Problemchen.“ Und natürlich sagt er auch diesen Satz: „Es besteht kein Anlass zur Beunruhigung.“

19 Minuten nach dem Start landet KAJ 2524 wieder in Orly, Thys hofft, dass der Generator schnell repariert werden kann. Es ist kurz nach zehn Uhr abends, um 23.30 Uhr schließt der Flughafen. Thys müsste noch tanken und sich neue Flugunterlagen besorgen, das könnte knapp werden bis Feierabend.



Thys

Doch fünf seiner Passagiere wollen auf jeden Fall aussteigen, sie haben Angst. Jetzt muss auch deren Gepäck ausgeladen werden. Damit ist endgültig klar: Heute kommt hier keiner mehr nach Djerba, die Passagiere müssen in einem Hotel am Flughafen übernachten.

Über das Bordtelefon meldet sich Thys bei seinem Arbeitgeber, der Fly-Air-Zentrale in Istanbul. Der Chef habe getobt, berichtet Thys: „In 30 Minuten bist du wieder in der Luft.“ Das werde nicht funktionieren, sagt Thys. Darauf sein Chef: „Du machst nur Ärger.“

Thys ist 46 Jahre alt, er arbeitet bei der türkischen Fly Air mit einem Zeitvertrag für die Feriensaison. Früher gab es feste Jobs, er flog den Airbus für eine niederländische Linie, er flog Fracht für die Deutsche Post, er flog für die Franzosen.

Doch der A300 B4 ist ein altes Flugzeug, die Maschinen der Fly Air stammen aus den frühen achtziger Jahren. Für die großen europäischen Linien gelten solche Maschinen als alt und unrentabel. Sie verkaufen sie an Osteuropäer, Türken und Afrikaner – das ist bei gebrauchten Flugzeugen nicht anders als bei Gebrauchtwagen.

Und weil die Piloten immer auf bestimmte Flugzeugtypen spezialisiert sind, ziehen sie ihren Maschinen hinterher wie moderne Wanderarbeiter. Thys flog zuletzt für den Sudan, jetzt eben für die Istanbuler Fly Air.

Als er am nächsten Morgen zum Flughafen kommt, steht da bereits ein Vertreter der französischen Flugaufsicht: „Herr Kapitän“, sagt der Mann, „Sie fliegen hiermit nirgendwohin.“

Über Nacht hatten Mechaniker das Flugzeug untersucht: Sie fanden kleine Lecks in der Hydraulik und in einer Treibstoffleitung. Die Bordpapiere waren nicht in Ordnung, und die Sauerstoffmasken entsprachen nicht den französischen Vorschriften. Thys telefoniert mit Istanbul. Dort sind sie jetzt richtig sauer.

Nach ein paar Stunden darf Thys doch starten, allerdings ohne Passagiere. Das Loch in der Treibstoffleitung ist mit Silikon vorläufig abgedichtet, die anderen Schäden dürfen später behoben werden. Nach der Landung in Tunesien meldet sich ein Fly-Air-Vertreter bei ihm: „Du bist gefeuert.“

„Das hätte ich gern schriftlich“, antwortet Thys. Am nächsten Tag kommt das Fax. Er habe sich nicht an seinen Vertrag gehalten und der Gesellschaft finanziellen Schaden zugefügt, heißt es darin.

In einer Pressemitteilung schreibt Fly Air, für den Rauswurf seien persönliche Probleme des Piloten ausschlaggebend gewesen, nicht die Vorfälle von Paris. Auf Nachfragen hat die Fluggesellschaft bis Mitte vergangener Woche nicht reagiert.

Der Flug Paris–Djerba wird laut Flugplan inzwischen von einem anderen Flugzeug bedient, einer Boeing 737.

ANSBERT KNEIP

PSYCHIATRIE

Das böse Kind

Wie kann sich ein Mensch dagegen wehren, wenn ihn seine Verwandten für verrückt erklären und in einer Anstalt verschwinden lassen? Waltraud Storck hat drei Jahrzehnte gebraucht, um sich vor Gericht Klarheit über ihren Geisteszustand zu erstreiten. *Von Fiona Ehlers*



BERND ROSELIEB

Psychiatrieopfer Storck (in ihrem Wohnort im Taunus): *„Ich will nie wieder auf diese Welt geboren werden“*

Sie sitzt hinter zugezogenen Gardinen im Rollstuhl. Ihre Beine hat sie auf einen Sessel gehievt, den schmerzenden Rücken stützen Kissen. Ihre Arme sind gezeichnet von Narben, dünn und länglich wie Strichcodes. Nachts hat sie Träume, da rennt sie über Anstaltsflure und findet den Ausgang nicht.

Dieser Tag soll sie dem Ausgang wieder etwas näher bringen, über 30 Jahre hat sie auf ihn gewartet. Ihre Zweizimmerwohnung ist karg wie eine Zelle, kein Foto schmückt die Wände.

Als erste deutsche Psychiatriepatientin hat Waltraud Storck, 47 Jahre alt, Beschwerde erhoben vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Sie will, dass verkündet wird, was sie selbst immer wusste, aber niemand glauben wollte: Sie ist nicht verrückt.

Sie wartet bis 9.30 Uhr, dann klingelt das Telefon neben dem Sessel auf dem Beistelltisch. Gewonnen, sagt ihr Anwalt. Die Bundesrepublik Deutschland sei verantwortlich für den Freiheitsentzug und soll Schmerzensgeld zahlen, nicht ganz so viel wie an Paparazzi-Opfer Caroline von Monaco, aber immerhin. Dann rufen zwei Frauen an. Die Frau, die Waltraud Storck „Mutti“ nennt, spricht von Freiheit, ihre ehemalige Lehrerin von Gerechtigkeit.

„Ich freue mich“, sagt Waltraud Storck jedes Mal, „ich freue mich sehr.“ Sie lächelt nicht, ihre Stimme klingt matt. Was sind 75 000 Euro, wenn man 20 Jahre lang zur Irren erklärt wurde?

Wenige Wochen nach dem Urteil im Juni lenkt Waltraud Storck ihren elektrischen Rollstuhl „Rondo“ an die Orte ihrer Kindheit, die Reihenhaussiedlung, wo sie wohnte, den Reitstall, wo sie glücklich war, die erste Klinik. Sie trägt Safari-Shorts, als wäre sie auf Exkursion, sie hat ihr schwarzes Haar mit einem Rasierapparat stoppelkurz geschoren, ihr Gesicht wirkt hart. Sie erzählt ihre Geschichte, schnell und

atemlos. „Lassen Sie mich ausreden!“, sagt sie oft, es klingt streng, fast herrisch. Sie sagt, sie habe viel nachzuholen. Elf Jahre lang lallte sie nur, ging in die Hocke, wenn sie zur Toilette wollte, zeigte auf ihren Mund, wenn sie Hunger hatte.

Waltraud Storcks Geschichte ist lang, sie klingt unglaublich. Man muss oft nachfragen, bei Nachbarn, Psychiatern, Anwälten, um sie besser zu verstehen. Sie handelt von einer Jugendlichen, die aufsässig war wie Millionen andere Jugendliche auch. Von einem Vater, der glaubte, Beruhigungsspritzen könnten sie gefügig machen. Von Ärzten, die falsche Diagnosen stellten, und Richtern, die diese Ärzte schützten. Sie begann in den siebziger Jahren. Waltraud Storck sagt, sie könne vielen passieren, immer noch.

Waltraud Storck kam 1958 in La Paz, Bolivien, zur Welt, bald darauf zog ihre Familie zurück in die Heimat. Sie habe schon im Mutterleib getreten, wird ihre Mutter später den Ärzten sagen, ein „herzlicher Kontakt“ zu ihr habe nie bestanden.

Kurz vor ihrem dritten Geburtstag erkrankte Waltraud Storck an Kinderlähmung. Zehn Wochen lag sie auf der Isolierstation eines Frankfurter Krankenhauses, hilflos standen die Eltern hinter dem Fenster zum Gitterbett. Fortan zog sie das rechte Bein nach, heute ist es zwei Zentimeter kürzer und dünn wie ein Stock, der Fuß blieb gelähmt.

Waltraud Storck sagt, sie habe keine andere Wahl gehabt, sie musste ein Kind mit starkem Willen werden. Frecher sein als ihre zwei älteren Schwestern und der jüngere Bruder, schneller rennen als die Kinder auf dem Schulhof, die ihr „Hinkebein, Stinkebein“ hinterherriefen.

Mit jedem weiteren Jahr wuchs sie in die Rolle hinein, in die ihre Eltern sie drängten – Waltraud, der Sündenbock, das böse Kind. Verstoßen von der Mutter, einer ehemaligen Kindergärtnerin und depressiv. Bedroht vom Vater, Edzard Storck, Angestellter einer Druckerei, Mitglied der Christengemeinde und überfordert mit der bockigen Tochter, die nicht verstand, warum sie nicht Fernsehen durfte oder „Bravo“ lesen oder toben im Garten. Die Tochter, die ihm Fotos von halbnackten Frauen auf den Schreibtisch knallte und grinste – und er schlug zu und drohte mit Heim.

Als Waltraud Storck merkte, dass ihr Betteln um Aufmerksamkeit vergebens war, begann sie, mit Büroklammern in ihre Arme zu ritzen, den Handrücken hinauf zum Ellenbogen und wieder zurück.

Das wäre der Moment gewesen, sagt Ingeborg Allendorf, 70, an dem man hellhörig hätte werden müssen. Allendorf wohnt noch im Reihenhaus, rechts neben dem damaligen Haus der Storcks. Sie sitzt auf einem grünen Sofa, die Tür zur Terrasse steht offen, man kann hinüber in den Nachbargarten sehen. Waltraud Storcks Geschichte erfuhr sie erst, als die längst stumm war und ihr Hilferufe auf kleine Zettel schrieb. „Das Ritzen war der erste Hilferuf“, sagt Allendorf. „Aber wer machte sich damals schon Gedanken? Kein Laut drang aus dem Haus. Storcks waren Außenseiter, tadellos gekleidet, vornehm und kühl.“

Als Waltraud Storck 14 Jahre alt war, brachten sie die Eltern zur Psychologin. Sie erzählte von Fledermäusen, die sie nachts anfallen würden, und zeigte ihre blutigen Arme. Die Psychologin ließ sie ihre Familie zeichnen, dem Bruder malte sie viele Arme, weil er die Liebe der Mutter klaute, der Schwester, die später an Magersucht erkrankte, malte sie Flügel. Nach vier Sitzungen tippte die Psychologin auf „hebephrene Psychose“, eine Form der Schizophrenie im Jugendalter, schon damals ein Verlegenheitsbefund.

„Zu behaupten, ich bin gesund, lasst mich hier raus, war das Schlimmste, was ich tun konnte. In der Psychiatrie gilt, wer sich wehrt, verliert.“

Das sei der Moment gewesen, sagt Hildegard Moos, Storcks damalige Klassenlehrerin an der Gesamtschule Oberursel, von dem an Waltraud Storck, stets gute Schülerin, stets unkompliziert, einen Stempel aufgedrückt bekam, der sich nie mehr wegwischen ließ. Jeder ahnte, was folgen würde, jeder fühlte sich machtlos. „Unsere Tochter ist vom Teufel besessen“, habe Storcks Vater damals gesagt, als er sie abmeldete aus der Schule und dem Leben. Ob er wirklich daran glaubte oder einen Vorwand suchte, sich des bösen Kindes zu entledigen, weiß die Lehrerin nicht. Heute glaubt sie, dass sie es damals nicht besser wissen wollte. „Waltrauds Krise wird sich geben, habt Vertrauen in die Medizin“, tröstete sie ihre Schüler, als die von einem Besuch aus der Klinik kamen und weinten.

Du bist nur zur Beobachtung hier, vier bis sechs Wochen, dann kommst du wieder nach Hause, sagten die Eltern an der Tür zur Kinder- und Jugendpsychiatrie in Frankfurt. Schwestern in weißen Kitteln schlossen ihr auf, in den Fluren hing der Geruch von Desinfektionsmitteln, die Fenster waren vergittert, die Schlafsäle tagsüber verschlossen. Im Spielzimmer lagen Jugendliche auf Schaumstoffmatten, trugen Helme, Spucke troff aus ihren Mündern, einer kackte auf den Boden. Dreimal täglich bekam sie Tabletten und braune Tropfen, die bitter schmeckten. Abends gab es „Dick und Doof“ im Fernsehen, nachts flüsterten die Bettnachbarinnen von Selbstmord.

Waltraud Storck, 15 Jahre alt, ahnte nicht, warum sie hier war, nach Monaten fragte sie, wann sie endlich entlassen werde aus dem Krankenhaus. „Wir sind hier in der Klapse“, sagte ein Patient, „wusstest du das nicht?“

Sie wehrte sich, wie sie es zu Hause getan hatte: Spuckte die Tropfen aus, schlug um sich, brüllte, kratzte die Wunden an den Armen auf. Manchmal hüpfte sie den Krankenschwestern auf den Schoß, wollte schmusen, wollte sagen, ich lebe noch, vergesst mich nicht. Ein Teufelskreis begann: Storcks Gegenwehr schien den Ärzten als Beweis für ihre Geisteskrankheit zu genügen, sie spritzten sie willenlos und notierten Befunde, mal „psychotische Episode aus dem schizophrenen Formenkreis mit chronischem Verlauf“, mal „Hysterie, schleichender Beginn seit früher Kindheit“ sowie den Verdacht, Storck sei erblich vorbelastet, auch ihre Mutter habe psychotische Schübe und deren







Alltag in der Psychiatrie
Geruch von Desinfektionsmitteln

FOTOS: JÖRG WISCHMANN / AGENTUR FOCUS

Mutter habe deswegen Selbstmord begangen. Waltraud Storck wurde zum hoffnungslosen Fall, sie war jetzt eine Akte.

Die Jugendpsychiatrie der Frankfurter Universitätsklinik ist heute umgebaut, Flure in freundlichen Farben, viel Licht, viel Glas. Nach 30 Jahren ist Waltraud Storck zurück, sie hat den Kampf um ihre Freiheit gewonnen, sie ist jetzt rehabilitiert, aber es gelingt ihr nicht, diesen Ort mit den Augen einer Siegerin zu sehen. Sie fährt am Zaun um die Klinik entlang, sieht Pfleger im Garten mit dünnen, traurig wirkenden Kindern, blickt gehetzt um sich. Unüberwindbar scheint ihre Angst, man könne sie am unsichtbaren Stempel auf ihrer Stirn erkennen. Jede Schwester scheint verdächtig. „Gleich sehen sie mich und sagen, da ist sie ja wieder, willkommen zu Haus“, sagt Waltraud Storck und flüchtet im Rollstuhl.



Storck als Schülerin (1965): *„Vom Teufel besessen“*

Mit 16 wurde sie entlassen. Waltraud Storck nahm weiter Medikamente, die sie müde machten, schmiss die Schule. Die Konflikte mit dem Vater eskalierten, als die Mutter in eine Klinik eingeliefert wurde. Eines Tages sah sie mit ihrer Schwester im Kino „Einer flog über das Kuckucksnest“, den Film über einen Gesunden, der zum Irren „gepflegt“ wird. Die Schwester weinte, Storck tröstete sie, denn sie glaubte, der Spuk wäre für immer vorbei.

Im Juli 1977 schickte sie der Vater in die Bremer Privatklinik Dr. Heines. Vorsorglich hatte er mehrere Anstalten angeschrieben, diese war bereit, Waltraud aufzunehmen, und bekam von ihm dafür Geschenke: mal ’ne Torte, mal einen schönen Stein. Als die Krankenkasse nicht mehr zahlen wollte, übernahm die Klinik die Kosten. „Warum schon wieder?“, fragte die Tochter. „Weil du Mutter krank gemacht hast“, sagte der Vater. „Mich kriegst du nicht kaputt. Nur über meine Leiche.“

Ohne richterlichen Beschluss zur Zwangseinweisung, ohne ihre Einwilligung – Storck war 18 und selbst verantwortlich für ihr Leben – sperrten sie die Ärzte weg. Sie schrieben die Verdachtsdiagnose aus den Frankfurter Akten ab, einschließlich eines Fehlers, der besagte, Waltraud sei das zweite, nicht das dritte Kind der Storcks. Als wäre sie Probandin der Pharmaindustrie, bekam Storck in Bremen insgesamt 17 verschiedene Medikamente, darunter stark dämpfend wirkende Neuroleptika wie Haldol und Sigaperidol gegen die angebliche Psychose. Gegen die Nebenwirkungen wie Zittern und Krämpfe Akineton, Anti-Parkinson-Mittel, und Zentropil, Anti-Epileptikum, sowie jede Menge Antidepressiva, Kreislaufmittel, Tranquilizer.

Bald war Waltraud Storck süchtig nach Medikamenten, bald bekam sie wirklich Wahnvorstellungen, hörte die Stimme ihres Vaters, der sagte: Nie wirst du allein leben können, nie auskommen ohne Medizin. Manchmal täuschte sie die Schwestern, tat, als starrte sie Löcher in die Luft oder zählte ihre Schritte auf dem Flur, und schlich in unbeobachteten Momenten ins Stationszimmer. Sie fischte Beipackzettel aus dem Papierkorb, lauter lateinische Worte, sie fand auch hier keine Antwort auf ihre Fragen: Was ist mit mir? Warum glaubt mir keiner?

Nach knapp zwei Jahren entwischte Waltraud Storck über den Zaun. In der Straßenbahn lächelte sie die Fahrgäste an, versuchte, wie sie zu wirken, normal und unbeschwert. Am Bremer Hauptbahnhof kreisten sie drei Polizisten ein, die Klinik hatte nach ihr suchen lassen. „Wo wollen Sie hin?“ Nach Hamburg. „Wo kommen Sie her?“ Schweigen. In Handschellen schleiften sie Storck auf die Wache und fuhren sie zurück in die Klinik. Wieder knieten Pfleger auf ihren Schultern, fesselten sie mit Lederriemen, setzten Spritzen und hielten Sitzwache am Bett.

„Damals war ich naiv“, sagt Waltraud Storck heute. „Zu behaupten, ich bin gesund, lasst mich raus, war das Schlimmste, was ich tun konnte. In der Psychiatrie gilt: Wer sich wehrt, verliert.“

Im Mai 1980, nach knapp vier Jahren hinter Gittern, entkam Waltraud Storck der Psychiatrie, so unerwartet, wie sie hineingeraten war. Es war keine Flucht, man wollte sie nicht entlassen, sie hatte einfach das Glück, eine Patientin zu treffen, die sich ihrer erbarmte, die sagte, die ist doch ganz normal, sie kann klar denken, das Einzige, was sie braucht, ist Liebe.

Waltraud Storcks Retterin heißt Margarethe Emig. Sie waren Zimmernachbarinnen in Gießen. Dorthin war Storck verlegt worden, erst auf eine geschlossene Station,

Elf Jahre lang lallte sie nur, ging in die Hocke, wenn sie zur Toilette wollte, zeigte auf ihren Mund, wenn sie Hunger hatte.

als die umgebaut wurde, auf eine offene. Margarethe Emig hatte einen Nervenzusammenbruch. Als ihr Mann sie nach drei Wochen abholte, sagte Emig: „Ich fahre nicht ohne Waltraud.“ Gegen den Rat der Ärzte stieg Storck ins Auto, sie wünschte sich nichts sehnlicher als eine Familie.

Margarethe Emig ist heute 75 Jahre alt, eine kleine, quirlige Frau im blauen Putzkittel. Sie sitzt im Garten ihres Hauses, hat russischen Zupfkuchen gebacken, gleich muss sie wieder los, putzen in einer Mädchenschule. Sie ist eine einfache Frau, sie versteht nicht viel von Medizin und verhaspelt sich jedes Mal, wenn sie das Wort Psychiatrie sagt. Für Waltraud Storck war sie heilsamer als alle Universitätsärzte.

In zwei Jahren holte Waltraud das nach, was sie verpasst hatte, sagt Margarethe Emig und streichelt die Katzen, spricht mit den Koi-Karpfen im Teich, so, wie Storck es damals tat, als sie 22 Jahre alt war und endlich Kind sein durfte. Es gab keine Gewalt, keine Verbote, es gab jetzt „Mutti“, die sagte: Niemand ist von Natur aus böse, wir lieben dich so, wie du bist.

Doch Liebe allein reichte nicht, sagt Margarethe Emig. Sie holt ein Foto aus dem Haus. Ein Ausflug ins „Phantasialand“, in der Wildwasserrutsche sitzt Waltraud Storck, in sich zusammengesunken, seltsam verzerrtes Lächeln, die Hände spastisch verdreht. „Waltraud, das Wrack“, sagt Emig, „geistig anwesend, aber körperlich ein Pflegefall.“ Waltraud, die merkte, dass sie nicht mithalten konnte mit Margarethe Emigs Tochter, gleichaltrig, jedes Wochenende in der Disco. Waltraud, die sich schämte, als Emigs Pfarrer sagte: „Was, die habt ihr aus der Psychiatrie geholt? Jetzt seht ihr, was ihr davon habt.“

Im Herbst 1980 kippte Waltraud Storck den Karton mit Pillen, Spritzen, Tropfen in den Müllschlucker der Emigs. Der Entzug brachte sie beinahe um den Verstand. Das, was in der Psychiatrie nie geschehen war, geschah jetzt – in Freiheit, inmitten von Menschen, die es gut mit ihr meinten: Waltraud Storck glaubte nun selbst, verrückt zu werden. Tagsüber kauerte sie im Bett, zog die Decke unters Kinn, fühlte sich stumpf und leer, wie benebelt. Erschrak, wenn sie ihr Kopfkissen nass gesabbert hatte, bekam Panik, weil ihre Stimme jetzt tief und monoton klang und bald ganz versagte. „Die hat höchstens noch ein, zwei Jahre zu leben“, sagten die Nachbarn.

Elf Jahre lang sprach Waltraud Storck kaum. Mit jedem Tag ohne Medikamente aber lichtete sich der Nebel in ihrem Kopf, zurück kam ihr starker Wille. Früher hatte er sie in die Anstalten gebracht, jetzt half er ihr zu kämpfen. Waltraud Storck zog zurück zu den Eltern, die Emigs brauchten ihr Zimmer. In einer Werkstatt für geistig Behinderte tütete sie sechs Jahre lang Reiseprospekte in Briefumschläge, mit 28 Jahren schaffte sie den Führerschein, auch den Idiotentest, der war Bedingung. Nach einer Ausbildung zur technischen Zeichnerin bekam sie eine Stelle in einem Ingenieurbüro, verdiente eigenes Geld, stumm, aber fleißig. Das Glück dauerte ein dreiviertel Jahr, dann streikte ihr Körper – Rückenschmerzen, Schleim in der Lunge, Muskelschwund.

In den Krankenhäusern in Mainz und Wiesbaden begann Waltraud Storcks zweite Leidenstour. Die Jahre in den Anstalten, sagt Storck, kamen den Ärzten verdächtig vor, sie glaubten, sie simuliere, sie habe keine körperlichen Schmerzen, sie leide am Gemüt. Wieder verordneten sie Psychopharmaka, und dreimal die Woche fragte eine Therapeutin sie nach ihrer Kindheit aus. Doch Waltraud Storck wollte keinen „Psychomist“, sie wollte Krankengymnastik. Nach 16 Monaten wurde sie als „therapieresistent“ entlassen.

Mitte der neunziger Jahre begriff Storck, was Ärzte ihr angetan hatten. Sie las jetzt Bücher wie „Schöne neue Psychiatrie“, schlug die Nebenwirkungen der Medikamente im Arzneimittelverzeichnis „Rote Liste“ nach und verglich sie mit den Dosierungen aus den Kurvenblättern der Kliniken. Die Wahrheit ist bitterer als die Medizin: Sie leidet unter den Spätfolgen ihrer Kinderlähmung, am Postpoliosyndrom. Die Dauertherapie mit Neuroleptika, bestätigte ihr später ein Toxikologe, könnte die Schmerzen ausgelöst haben.

Waltraud Storck begann, sich die Wut von der Seele zu schreiben. Sie wusste, sie ist kein Einzelfall, aber eine der wenigen, der Verstand und Kraft geblieben waren, um vom Wahnsinn eines Systems zu berichten, das wegsperrt, statt zu heilen.

Als die Schmerzen unerträglich wurden, brachte sie die Nachbarin aus der Reihenhaussiedlung in die Notaufnahme eines Allgemeinen Krankenhauses. Im Taxi öffneten sie den Umschlag mit den Überweisungsschreiben und zerrissen alle Seiten, auf denen Schizophrenie stand. Zum ersten Mal wurde sie von einem Orthopäden behandelt. Ihre Muskeln waren jetzt so verkümmert, dass Pfleger sie mit einem Lifter in die Badewanne hieven mussten. Dort lag sie, nackt, bewegungslos, auf 50 Kilo abgemagert, ohne Zähne, die waren verfault. Sie beschloss, zu klagen. Nicht gegen den Vater, auch der sei Opfer, sagt Waltraud Storck, er habe halt den Ärzten geglaubt, hörig wie er war. Sie verklagte fünf Kliniken, drei psychiatrische Anstalten und die Krankenhäuser von Mainz und Wiesbaden.

Der Kampf vor Gericht dauert seit rund acht Jahren. Manchmal rollte Storck in den Gerichtssaal, ungeladen, auf dem Schoß medizinische Fachbücher. Sie wollte den Gutachtern ihre Wahrheit ins Gesicht sagen, Fehler aufdecken, Widersprüche. Aber es war wie in den Anstalten. Sie wurde nicht gehört. Ein Gutachter schrieb vom anderen ab wie früher die Ärzte, die Richter folgten. Ein Arzt weigerte sich, zu ihren Gunsten auszusagen, er bot ihr Geld.

Als Charlotte Köttgen, ehemalige Kinder- und Jugendpsychiaterin am Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf, von Waltraud Storcks Fall erfuhr, packte sie gerade die Koffer für einen Urlaub an der Ostsee. Es war im Sommer 1999, knapp 25 Jahre nach Storcks erster Internierung. Sie klage gegen Kliniken, die sie krank ge-







CLAUDIA SCHIFFNER/BILDERBERG (O.+U.); BERND ROSELIEB (M.)

Psychiatrien in Gießen, Frankfurt am Main, Bremen
„Habt Vertrauen in die Medizin“

Sie glaubte nun selbst, verrückt zu sein. Tagsüber kauerte sie im Bett, fühlte sich stumpf und leer, wie benebelt.

macht hätten, sagte die Frau am Telefon, jetzt brauche sie ein unabhängiges Gutachten. Köttgens Fachgebiet ist Schizophrenie, sie ließ sich die Ärztebriefe und Verlaufsdiagnosen schicken und rekonstruierte den Fall. Schnell war klar: Obwohl sich die Verdachtsdiagnose niemals bestätigen ließ, zog sie sich durch alle Akten. Weil Storcks Vater Druck auf die Ärzte ausübte. Weil niemand wagte, der einmal gestellten Verdachtsdiagnose zu widersprechen. Weil niemand fragte, warum sie nur zu Hause und in der Klinik aufsässig war. Charlotte Köttgen fiel kein Kollege ein, der bereit wäre, sich als Nestbeschmutzer unbeliebt zu machen. Sie schrieb das Gutachten selbst, im Urlaub, das Wetter war schlecht.

„Schon in den siebziger Jahren war die Diagnose umstritten“, sagt Köttgen, 64, eine schlanke, rothaarige Ärztin, die viele hoffnungslose Fälle erlebt hat, so einen selten. „Hebephrenie bedeutete damals so viel wie vorzeitige Verblödung mit geringer Hoffnung auf Heilung. Doch Storck ist geistig hellwach, schizophren war sie nie. Sie litt unter einer schweren Pubertätskrise, vor allem aber litt sie unter ihrem Vater, der ihr die Schuld an der kaputten Familie gab. Ihr hätte geholfen werden können, ambulant, mit Familientherapie. Doch sie wurde falsch und viel zu lange behandelt. Man quälte sie mit Neuroleptika, obwohl schon damals die Nebenwirkungen bekannt waren und Storcks zentrales Nervensystem durch die Kinderlähmung vorgeschädigt war.“

Bis auf einen Vergleich von 20 000 Mark im Frankfurter Fall verlor Waltraud Storck alle deutschen Verfahren. Ende 2000 entschied das Bremer Oberlandesgericht, der Anspruch auf Schmerzensgeld sei verjährt. Ein Psychiater bestätigte aufgrund der Akten: Die Ärzte seien „hilflose Helfer“ und unschuldig am „schicksalhaften Verlauf“ der Krankheit, die Psychiatrie in den siebziger Jahren „war halt so“. Storck sei geisteskrank gewesen, sie hätte Selbstmord verüben oder kriminell werden können, eine Verwahrung sei erforderlich gewesen. Im Bremer und im Mainzer Fall zog Storck vor den Bundesgerichtshof. Abgelehnt. Sie zog vors Bundesverfassungsgericht. Abgelehnt. Eine Verletzung von Grundrechten sei nicht ersichtlich, befanden die Richter, „die Entscheidung ist unanfechtbar“.

Waltraud Storck blieb nur die Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof. Dort wird verhandelt, ob Staaten gegen Menschenrechtskonventionen verstoßen haben. Die Chance war winzig: Noch nie hatte Straßburg einen deutschen Psychiatriefall zugelassen, pro Jahr gehen 40 000 Beschwerden ein, nur zwei Prozent wird stattgegeben.

Georg Rixe, Storcks Anwalt im Straßburger Fall, sitzt in seinem Büro in Bielefeld. Um ihn herum Leitz-Ordner mit Storcks Briefen, in denen sie sachkundig die Beweisführung des Bundesjustizministeriums zerpflückt. So eine Mandantin habe er noch nie erlebt, sagt Rixe, nicht nur Opfer, sondern Kämpferin, erstaunlich.

Der Gerichtshof folgte ihrer Argumentation in weiten Teilen. Am 16. Juni dieses Jahres entschieden sieben Richter einstimmig: Durch den Zwangsaufenthalt in Bremen vom 18. bis 20. Lebensjahr sei Storcks Recht auf Freiheit und das auf Privatleben verletzt worden. Deutschland habe zu verantworten, dass Polizisten sie gewaltsam eingefangen und Gerichte ihre Ersatzansprüche abgelehnt hätten. Der Staat hätte sie schützen müssen, die Behandlung sei gegen ihren Willen, ohne Grund und ohne richterlichen Beschluss erfolgt.

Das Urteil ist eine Ohrfeige für deutsche Gerichte und eine Überraschung in Zeiten, in denen viele Kliniken privatisiert und renitente Kinder und Alte weggesperrt werden. Die Psychiatrie sei anfällig für Fehldiagnosen, sagen Experten, ein Missbrauch wie in Storcks Fall – ein Vater interniert sein Kind, vorbei an allen Gesetzen – passiere öfter. Ab sofort aber müsse der Staat für die Folgen haften. Er werde sich nun absichern, also verstärkt Kontrollkommissionen durch die Kliniken schicken.

„Storck ist geistig hellwach, schizophren war sie nie. Ihr hätte geholfen werden können, doch sie wurde falsch behandelt.“

Die Psychiaterin Charlotte Köttgen sagt, die Diagnose Hebephrenie werde heute wieder öfter gestellt. Seit es mehr junge Patienten gibt und weniger Personal, wachse der Druck, schwierige Jugendliche wegzusperren. Außerdem würden mehr Psychopharmaka verschrieben, also Symptome bekämpft, nicht die Ursachen. So gesehen sei Storcks Fall wieder aktuell.

Waltraud Storck sagt, seit dem Straßburger Urteil wisse sie, dass ihr misslungenes Leben nicht vergebens war, weil es andere vor ihrem Schicksal bewahren könnte. Sie ist zurück in ihrer kargen Zweizimmerwohnung, lahm gelegt kauert sie im Sessel. „Könnte man doch bloß die Zeit zurückdrehen“, sagt sie oft und dass sie hoffe, mit dem Straßburger Urteil den Bremer Fall wieder aufrollen zu können. Und sie sagt auch: „Ich will nie wieder auf diese Welt geboren werden.“

Nachmittags, wenn die Nachbarskinder auf der Straße Himmel und Hölle spielen und Väter grillen, zieht sie die Gardinen vors Fenster und schreibt am Laptop über ihr Leben. Bisher sind zwei Bücher erschienen, ein drittes und ein Drehbuch sind in Arbeit. Sie hat sie unter dem Pseudonym „Vera Stein“ veröffentlicht, sie traute sich nicht, ihren wahren Namen preiszugeben. Sie fühlt sich noch immer verfolgt und fürchtet Menschen, seit Menschen sie gequält haben. Kaum jemand in der Kleinstadt im Taunus kennt ihre Geschichte, sie hat gelernt, wer einmal als geisteskrank galt, wird gemieden.

Am Abend, als alles gesagt ist, besucht sie das Grab ihres Vaters. Edzard Storck starb vor drei Jahren, er hing an Schläuchen im Krankenhaus, sie saß vor dem Bett im Rollstuhl. Entschuldigt hat er sich nie, nur gesagt: „Da ist wohl ein böses Unglück über die Familie gekommen.“

Sie bremst den Rollstuhl unter einer Kastanie. Das Grab ist verwildert, seit Jahren scheint niemand hier gewesen zu sein. Sie lässt sich aufs Beet plumpsen, kriecht auf allen Vieren. Sie sticht sich an einer Distel. Sie flucht. Sie rupft am Unkraut und sagt: „Er soll doch atmen können, der Vater.“◆



BERND ROSELIEB

Ex-Patientin Emig: *„Was, die habt ihr aus der Psychiatrie geholt?“*



Im Ruck-Business

Ortstermin: In Berlin sagt Roman Herzog wieder, was zu tun ist.

Ein Moderator vom ZDF ist gekommen, ein paar Journalisten, Leute vom Verlag, keine Prominenten. Max Liebermann Haus in Berlin, zweite Etage, Pariser Platz. Gegenüber liegt das Hotel Adlon.

In der ersten Stuhlreihe sitzt Roman Herzog. Er hat ein Buch geschrieben. Es heißt: „Wie der Ruck gelingt“. Man könnte sagen, es ist ein Buch zur Rede, nur acht Jahre später.

Acht Jahre vorher, im April 1997, gab es noch die Mark und Lady Di, Kohl war Kanzler, Schröder wollte es werden, Roman Herzog war Bundespräsident und sprach im Adlon vom Ruck. Es war ein Begriff, den man mehr fühlen als erklären konnte. So wie „Perestroika“ oder „Glasnost“. Der große Ruck: Die Deutschen sollten Besitzstände aufgeben, den Sozialstaat abbauen, den Bürokratismus überwinden, den Aufbruch schaffen. Also alles anders machen. „Mutlosigkeit“, „Erstarrung“, „Depression“, „4,3 Millionen Arbeitslose“, „Erosion der Sozialversicherung“, „Regulierungswut“, „Existenzangst“ – so sprach Herzog über das Land, in dem die Deutschen leben und Kohl regierte.

Kohl verschwand, Schröder kam. Und es kamen die Kommissionen und Papiere. Bündnis für Arbeit, Steuerreform, Gesundheitsreform, Riesterrente, Rürup-Kommission, Koch-Steinbrück-Kommission, Stoiber-Müntefering-Kommission. Hartz I, Hartz II, Hartz III, Hartz IV, Agenda 2010. Sieben Jahre Reformhaus. Und dann: die Bierdeckelreform, die Kopfpauschale, die Bürgerversicherung. Es wurde unübersichtlich.

Aber jetzt ist Herzog zurück. Der Gorbatschow des deutschen Rucks.

Vorn im Raum, an einem Pult, steht Heinrich von Pierer, Aufsichtsrat bei Siemens. Er hat ein paar Zettel in der Hand und soll das Buch vorstellen. Er wippt ein bisschen in den Knien und sagt: „Also, es hat Spaß gemacht zu lesen. Obendrein hat es mir einigen Gewinn gebracht. Sie haben ja noch mal nachgelegt. Das ist auch nötig. Es hat ein Ruckeln gegeben an einigen Stellen, aber der Ruck ist ausgeblieben.“

Roman Herzog sitzt in der ersten Stuhlreihe und nickt. Neben ihm sitzt seine Ehefrau, Alexandra Freifrau von Berlichingen, um ihre Hüfte fließt ein roter Gürtel mit einem großen goldenen „H“, aber das kann Zufall sein. Zwei Fotografen schießen gelassen Fotos, niemand muss drängeln, Stühle bleiben frei. Womöglich ist kein Ruck-Wetter heute, womöglich gab es zu viele Ruck-Reden in letzter Zeit, vielleicht sind alle ein bisschen müde geworden in den sieben Jahren. Draußen vor dem Fenster hängt ein leichter, blauer Sommerhimmel.

Pierer lobt. 152 Seiten. Leicht verständliche Sprache. „Für einige Leser noch ein Hinweis: Im Kapitel Bildungspolitik wird das Buch ganz besonders spannend.“

Pierer endet mit Erich Kästners „Moral“, weil das immer passt. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Roman Herzog steht auf, er geht ein bisschen unrund, irgendwie mürrisch und



MARCO-URBAN.DE (O.); FRITZ REISS / AP (L.)

Autor Herzog: *„Erkundung des Schweißfußes“*

setzt sich mit ans Podium. Er soll jetzt etwas sagen zu seinem Buch und zum Ruck.

Herzog sagt: „Was wir in Deutschland brauchen, ist ein Kassensturz.“ Er trägt einen dunkelblauen Anzug, vor ihm sind drei seiner Bücher aufgestellt, auf denen er auch einen dunkelblauen Anzug trägt, der Zeigefinger ist erhoben, mahnend, Richtung rechte obere Buchecke, Richtung Zukunft. Eine Bundespräsidentengeste.

„Ich behaupte mal, der Bundeshaushalt beinhaltet noch eine ganze Menge Luft. Wenn man da richtig reingucken würde, findet man mit Sicherheit noch ein paar Millionen, die für irgendeine Akademie zur Erkundung des Schweißfußes ausgegeben werden. Also, die gibt es natürlich nicht wirklich. Ist nur so ein Beispiel.“

Lachen. Gutes Beispiel, der Schweißfuß. Die ganze verdammte Bürokratie. Pierer schreibt seine Zettel voll. Vielleicht kann man noch mal was gebrauchen. Er ist ja Innovationsberater, er soll den „Rat für Innovation und Wachstum“ leiten, gleich nach der Wahl. Neue Regierung, neue Kommission. Unter Schröder war Pierer Botschafter der Initiative „Invest in Germany“, unter Kohl Mitglied des „Rates für Forschung, Technologie und Innovation“. Er ist Deutschlands erfahrenster Ruck-Berater, seit Jahren.

„Vom Bundeshaushalt kann man zehn Prozent rausstreichen“, sagt Herzog. Warum das so ist, sagt er nicht. Muss er auch nicht. Er ist jetzt auf der anderen Seite, bei denen, die die Ruck-Bücher schreiben, Henkel, Miegel, Späth, alle groß im Geschäft, im Ruck-Business. Was die Revolution für die Linken war, ist der Ruck für die Rechten.

In Herzogs Buch gibt es ein paar Kapitelüberschriften mit Fragezeichen. „Raschere Gesetzgebung?“, „Soziale Weltwirtschaft?“, „Staat oder Gesellschaft?“ Das wirkt so, als wäre er sich nicht immer ganz sicher. Aber die Deutschen wollen jetzt Ausrufezeichen, so kurz vor der Wahl. Vor acht Jahren, als Ruck-Redner, glaubte Herzog, dass alle Opfer bringen können, jetzt, als Buchautor, klingt er vorsichtiger.

„Ich wäre doch blöd gewesen, wenn ich auf den Ruck im Titel verzichtet hätte“, sagt Herzog. Außerdem sei der Ruck auch immer noch möglich. Man müsse nur Geduld haben. „Kann man natürlich drüber diskutieren, ob das logisch ist.“ Aber alle Dinge hätten eine Zeitdimension.

Auch der Ruck.

Er klingt jetzt wie ein alter, weiser Mann, der weiß, dass die Hoffnung auf den Ruck viel schöner ist als der Ruck und dass die Sehnsucht der Deutschen nach dem Ruck so groß ist wie die Hoffnung, dass immer alles beim Alten bleibt.

Jochen-Martin Gutsch



Kleinfeld



THOMAS IMO (L.)

SBS-Sitz (in München)

SIEMENS

Kleinfeld plant Jobabbau

Siemens-Chef Klaus Kleinfeld will unmittelbar nach der Bundestagswahl ein großangelegtes Sanierungsprogramm für drei wichtige Problemsparten des Konzerns verkünden, dem mehrere tausend Stellen zum Opfer fallen könnten. Das berichten hochrangige Arbeitnehmervertreter im Anschluss an eine außerordentliche Sitzung des Wirtschaftsausschusses, bei der unter anderem über die Zukunft von drei verlustträchtigen Bereichen diskutiert wurde: Kommunikationssparte, IT-Dienstleister SBS und Industrielogistik. Die Teilnehmer der Krisensitzung wurden nach eigener Aussage zwar zum Stillschweigen verpflichtet, um Auswirkungen auf die Wahl zu vermeiden. Trotzdem sickerten Ende vergangener Woche bereits Details der Umstrukturierungspläne durch. Danach soll das Geschäft mit Automatisierungsanlagen etwa für Getränkehersteller zunächst ausgegliedert und danach in Partnerschaften eingebracht oder verkauft werden. Ähnliche Pläne verfolgt Kleinfeld offenbar auch mit der Servicetochter SBS. Alles in allem, fürchten Betriebsräte und Gewerkschafter, könnten bei Siemens bis zu 10 000 Jobs wegfallen, davon allein 3000 in der Telefonsparte, die vom Management in den vergangenen Jahren stark vernachlässigt wurde und im letzten Quartal 70 Millionen Euro Verlust erwirtschaftete. Ein Siemens-Sprecher bezeichnet die Zahlen über den beabsichtigten Personalabbau als „viel zu hoch gegriffen“. Dass konkrete Beschlüsse erst nach der Bundestagswahl bekannt gegeben werden sollen, sei „reiner Zufall“.

KORRUPTION

Millionenklage gegen Müllbaron Trienekens

Die Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft (RSAG) hat Ende August den als „Müllpaten von Nordrhein-Westfalen“ bekannten Viersener Entsorgungsunternehmer Hellmut Trienekens vor dem Landgericht Bonn (Aktenzeichen 15 O 386/05) auf Schadensersatz in Höhe von mehr als 12 Millionen Euro verklagt. Trienekens soll seit den neunziger Jahren den früheren CDU-Kommunalpolitiker und Geschäftsführer der RSAG, Karl-Heinz Meys, mit mehr als zwei Millionen Euro geschmiert haben. Im Gegenzug soll Trienekens, der seinen Müllkonzern im Jahr 2002 vollständig an die RWE Umwelt verkauft hat, lukrative Entsorgungsaufträge mit Laufzeiten von 20 Jahren und einem Gesamtvolumen von rund 240 Millionen Euro zugeschanzt bekommen haben. Meys war im vergangenen Dezember wegen Bestechlichkeit zu sechs Jahren Haft verurteilt worden, Trienekens wird sich demnächst auch noch vor dem Landgericht Bonn wegen Bestechung verantworten müssen – ein Vorwurf, den er immer bestritten hat. Ziel der Schadensersatzklage sei es, so die neue RSAG-Geschäftsführerin Ludgera Decking, „im Interesse der Bürger des Rhein-Sieg-Kreises die Millionenbeträge zurückzuführen, die sich die Beklagten über viele Jahre hinweg rechtswidrig verschafft haben“.



GROENERT/KÖLNER STADTANZEIGER/AP

Trienekens

BÖRSE

Hedgefonds wetten auf TUI-Einbruch

Erneut im Visier von Hedgefonds befindet sich der Reisekonzern TUI. Nach der ersten erfolglosen Attacke im vergangenen Jahr wetten die Spekulanten nun schon wieder auf einen nachhaltigen Kursverfall des Touristikkonzerns. Der Aktienpreis rutschte bereits von knapp 21 Euro am 10. August auf unter 18 Euro am vergangenen Freitag ab. Offenbar seit Wochen leihen sich die Fonds die Wertpapiere von Großinvestoren und werfen sie auf den Markt, um sie später billig zurückkaufen zu können. Bei den großen Investmentbanken stieg vergangene Woche „die Leihgebühr von 1,25 Prozent auf 1,5 Prozent“, erzählt ein Hedgefonds-Manager, TUI sei derzeit der Dax-Wert mit den höchsten Leihesätzen. Die Fondsmanager spekulieren darauf, dass die für den Kauf der kanadisch-britischen Containerschiffgesellschaft CP Ships geplante Kapitalerhöhung den Aktienwert verwässern wird. „Wir äußern uns dazu grundsätzlich nicht“, sagt ein TUI-Sprecher. Die jüngste Attacke ist allerdings noch nicht so heftig wie im vergangenen Jahr. Damals lagen die Leihesätze zeitweise im zweistelligen Prozentbereich. Nach verschiedenen positiven Unternehmensmeldungen stieg jedoch der Kurs wieder an, und TUI-Chef Michael Frenzel konnte seinen Platz im Dax retten. Daraufhin erlitten einige Fonds herbe Verluste.



MARCUS KRÜGER / ACTION PRESS

TUI-Ferienjets


Deutsche Börse in Frankfurt am Main

RAINER UNKEL

DEUTSCHE BÖRSE

„Unanständig hohe Abfindung“

Mit scharfen Worten hat sich der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Deutschen Bundestag, Rainer Wend (SPD), an den Aufsichtsrat der Deutschen Börse gewandt. Das Gremium solle „dafür sorgen, dass der ausgeschiedene Chef des Konzerns, Werner Seifert, seine Abfindung in Deutschland versteuere“. Seifert musste im Mai seinen Posten räumen, nachdem er zu Beginn dieses Jahres zum zweiten Mal vergebens versucht hatte, die London Stock Exchange zu kaufen. Angesichts dieser Bilanz hält Wend den Abfindungsbetrag von rund zehn Millionen Euro für „unanständig hoch“, auch wenn etwa zwei Millionen der Summe noch strittig sind. Unerträglich seien zudem Mutmaßungen am Finanzplatz Frankfurt, der gebürtige Schweizer Seifert wolle eine Auszahlung der Summe in diesem Jahr verhindern – um dann seinen Wohnsitz in ein steuerlich günstigeres Land zu verlagern. Der deutsche Fiskus ginge damit leer aus – vorausgesetzt, Seifert hält sich in dem Jahr, in dem die Abfindung ausbezahlt wird, weniger als 180 Tage in Deutschland auf. „Der Aufsichtsrat muss den unstrittigen Teil der Abfindung so schnell wie möglich auszahlen“, forderte Wend. Eine Entscheidung darüber ist kurzfristig möglich. Der Personalausschuss des Gremiums tagt am Montag dieser Woche – um die Nachfolge Seiferts zu beraten. Aussichtsreicher Kandidat ist der aus der Schweiz stammende Ex-Vorstand der Deutschen Börse, Reto Francioni, der heute die Schweizer Börse leitet.


Seifert

MARC DARCHINGER

VER.DI

Flucht zur Billiggewerkschaft

Die Gründung einer Billigkonkurrenz führt offenbar zu massenhaften Austritten bei der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di. Die Arbeitnehmervereinigung bei der Techniker Krankenkasse (TK) „Fair in der TK“ wurde erst Ende August gegründet und hat bereits 1000 Mitglieder, so der Vorsitzende, TK-Hauptpersonalrat Marko Bösing. 800 der Neumitglieder seien zuvor bei Ver.di gewesen – und hätten nun gekündigt. Der Gründung des Vereins, der mit der Gewerkschaft der Sozialversicherung kooperiert, war ein Streit über die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten bei der Versicherung mit rund 10 000 Beschäftigten vorausgegangen. Während Mitarbeitervertretung und Vorstand einen Tarifvertrag unterzeichnen wollten, habe Ver.di eine Einigung über Monate verhindert, sagt eine Unternehmenssprecherin. In der vergangenen Woche hat die TK den Verein als neuen Tarifpartner anerkannt. Bösing sieht „Fair in der TK“ als Vorbild für andere Branchen. Für zwölf Euro Mitgliedsbeitrag im Monat gebe es Rechtsschutz und eine tarifpolitische Vertretung. Auf „politisches Gedöns“ und eine aufwendige Verwaltung wie bei den etablierten Gewerkschaften werde verzichtet. Ein Ver.di-Sprecher sagte, von einer Austrittswelle sei ihm nichts bekannt. Eine interne Mail eines Ver.di-Referenten spricht dagegen allein von 180 Kündigungen in einer Woche in Berlin. Unterschrieben ist die Nachricht „mit hoffnungslosen Grüßen“.


TK-Zentrale in Hamburg

RONALD FROMMANN / LAIF

MOBILFUNK

Angriff aufs Festnetz

Schneller als erwartet bricht das lange Jahre nahezu festgefügte Tarifsystem der Mobilfunkanbieter auseinander. Nachdem der Kaffeeröster Tchibo gemeinsam mit dem Münchner Netzbetreiber O2 den Preisrutsch auslöste, unterbieten sich die Konkurrenten mit immer neuen Billigpreisen, während die Tarife zugleich offener gestaltet werden. Die Discount-Angebote locken dabei immer mehr Kunden an. So gewann O2 mit Hilfe von Tchibo schon mehr als 335 000 neue Kunden. Simyo, die von E-Plus im Frühsommer gestartete Billigmarke, zählt schon weit über 100 000 Kunden. Das neueste Zauberwort für die Kundenakquisition heißt Flatrate, mit dem die Mobilfunker den klassischen Festnetzanschluss überflüssig machen wollen. Nachdem E-Plus mit dem Tarif Base „den radikalen Bruch mit der Komplexität des Mobilfunks“ einleitete, legten jetzt auch Vodafone und O2 nach. In den monatlichen Pauschalen zwischen 20 und 25 Euro sind meist nicht nur alle Gespräche innerhalb des jeweiligen Mobilnetzes abgedeckt, sondern auch sämtliche Telefonate ins deutsche Festnetz.

AUTOINDUSTRIE

Schmerzen als Chance

Die Krise großer deutscher Autokonzerne wie DaimlerChrysler, VW oder Opel ist kein Beleg für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, sondern Beweis für jahrelange Strategiefehler. Nun soll saniert werden – zunächst auf Kosten der Belegschaft.



Mercedes-Benz
geplanter Arbeitsplatzabbau in Deutschland
–5000

Mercedes-Chef Zetsche: *„Wir haben noch harte Arbeit vor uns“*



REA / LAIF

geplanter Arbeitsplatzabbau in Deutschland
–10 000

VW-Werk in Wolfsburg:

Es gibt wenig Termine, die Gerhard Schröder mit größerer Begeisterung wahrnimmt als jenen am Dienstag dieser Woche. In Frankfurt am Main wird der „Autokanzler“ die Internationale Automobilausstellung (IAA) eröffnen. Er wird Porsche-Boss Wiedeking treffen und DaimlerChrysler-Chef Schrempp – den Wendelin und den Jürgen, mit denen er per du ist und schon etliche Flaschen Rotwein geleert und viele Zigarren geraucht hat.

Vor zwei Jahren, an gleicher Stelle, konnte Schröder noch für sich reklamieren, dass die Autoindustrie als Jobmaschine für Deutschland wirke. Dass es doch wohl ein Zeichen des Aufschwungs sein müsse, wenn die Konzerne viele neue Arbeitsplätze hierzulande schaffen: BMW 5500 in Leipzig, VW 3500 in Wolfsburg, DaimlerChrysler 500 im thüringischen Kölleda und Porsche 500 in Leipzig.

Inzwischen wird es schwer, in der Branche, von der jeder siebte Arbeitsplatz in Deutschland abhängt, Hoffnungsschimmer für Konjunktur und Standort zu entdecken. Es gibt da nicht mehr allzu viel Glanz, in dem sich der um seine Wiederwahl ringende SPD-Kanzler sonnen könnte. VW will über 10 000 Arbeitsplätze allein in Deutschland streichen, Opel ebenfalls 10 000 und Mercedes-Benz rund 5000.

Der Absturz der Unternehmen kam überraschend schnell, und er wird von vielen als Zeichen dafür gewertet, dass Deutschland mittlerweile ein schlechter Standort für die Automobilindustrie sei. Der Anteil der Lohnkosten sei zu hoch, die Mitbestimmung lästig, und deshalb würden die Konzerne ihre Arbeitsplätze künftig noch viel stärker nach Osteuropa verlagern.

Tatsächlich aber zeigt die Krise von Mercedes-Benz, Opel und Volkswagen eher, welche Folgen Missmanagement haben kann. Denn die Konkurrenten BMW und Porsche führen zugleich vor, wie Unternehmen, die gleichfalls einen Großteil ihrer Fahrzeuge in Deutschland produzieren, die es ebenfalls mit Aufsichtsräten aus dem Arbeitnehmerlager und mit der IG Metall als Verhandlungspartner zu tun haben, höchst erfolgreich sein können. Sie zählen zu den profitabelsten Konzernen der Branche, und vor allem: Sie schaffen weiterhin neue Jobs in Deutschland.

Auch BMW und Porsche leiden darunter, dass die Stahlpreise steigen, dass der Dollar fiel, dass auf dem US-Markt eine Rabattschlacht tobt und der Konkurrenzkampf überall auf der Welt immer schärfer wird. Wahrscheinlich wird bei ihnen der Gewinn auch irgendwann stagnieren oder sogar leicht sinken. Aber sie stürzen nicht gleich in die roten Zahlen und in eine Krise wie die Mercedes Car Group oder die Markengruppe Volkswagen Anfang des Jahres.

BMW und Porsche haben auch in Boomzeiten darauf geachtet, dass ihre Fabriken effizient arbeiten, die Qualität stimmt und die Investitionen vor allem neuen Modellen zugute kommen. Dass bei Volkswagen eine andere, offenkundig falsche Strategie verfolgt wurde, wissen die Mitarbeiter spätestens seit der Betriebsversammlung am vergangenen Montag: 10 000 Stellen müssen gestrichen werden – allein in Deutschland.

Milliarden wurden für Bentley, Bugatti und Lamborghini, für den Bau der Wolfsburger Autostadt und die Gläserne Manufaktur in Dresden ausgegeben. Cabrios und ein Geländewagen in der Golf-Klasse aber fehlen. Viel zu viel wurde für die Ent-

wicklung des neuen Passat und des neuen Golf investiert, weil die Ingenieure bei den Modellen am liebsten jede Schraube neu erfinden wollten, während der Branchenprimus Toyota seit Jahren vorführt, wie Erfolg funktioniert.

Die Japaner entwerfen ein frisches Design, wenn sie ein neues Modell auf den Markt bringen wollen. Das sehen die Kunden sofort. Nur auf ausgewählten Gebieten wie der Hybrid-Technik wagen sie sich vor (siehe Seite 174), ansonsten übernimmt Toyota gern bewährte Technik vom jeweiligen Vorgängermodell. Das stört die wenigsten Käufer, senkt aber die Kosten und verringert die Gefahr von Qualitätsmängeln.

Zudem werden die Fahrzeuge so konstruiert, dass sie problemlos auf den bereits vorhandenen Produktionsplattformen hergestellt werden können. In Wolfsburg dagegen wurden die noch nicht einmal abgeschriebenen Maschinen für die Golf-Fertigung durch eine neue Laserschweißanlage für 600 Millionen Euro ersetzt – und die sorgt jetzt ständig für Ausschuss und Nacharbeit, weil die Technologie noch nicht ausgereift ist.

Solche Fehler sorgen dafür, dass Volkswagen die Autos zu teuer entwickelt und produziert und auch entsprechend teuer anbieten muss. Die Kundschaft aber ist nicht mehr bereit, für technischen Fortschritt wie die neue Hinterachse beim Golf, deren Vorzüge nur noch Testfahrer spüren, mehr Geld auszugeben. Der Konzern muss hohe Rabatte gewähren, um den Absatz zu fördern. Und schon fährt das Massenmodell keine Gewinne, sondern Verluste ein.

Beim derzeit geplanten Geländewagen Marrakesch auf Golf-Basis lässt sich exakt messen, wie viele übertriebene Entwicklungsaufwendungen die VW-Fahrzeuge verteuern. In einer sogenannten Produktklausur senkte der neue Markenchef Wolfgang Bernhard die Kosten des Autos binnen weniger Wochen um 2000 Euro pro Fahrzeug.

Das ist der Faktor Missmanagement. Jetzt fehlen noch 850 Euro, damit das Auto ausreichend Gewinn einfährt. Dies kann als Maßstab für die überhöhten Lohnkosten in Wolfsburg dienen. Sie verschärfen die Krise, aber sie haben sie nicht verursacht.

Die Lohnkosten müssen gesenkt werden, wenn auch nicht auf das Niveau der portugiesischen VW-Arbeiter, die den Zuschlag für die Montage des Marrakesch erhalten dürften, wenn sich in Wolfsburg nichts ändert. Aber immer mehr VW-Arbeiter werden künftig zu den Löhnen der Auto 5000 GmbH arbeiten müssen, wo auf dem gleichen Werkgelände für Monatslöhne von gut 2500 Euro der Touran gefertigt wird.

Das liegt deutlich unter dem bisherigen Lohn der Stammbelegschaft. Aber es entspricht dem niedersächsischen Metalltarif und könnte von der IG Metall deshalb kaum als Ausbeutung angeprangert werden.

Dennoch wird VW in Deutschland rund 10 000 Arbeitsplätze streichen. Die verfehlte Modellpolitik führt dazu, dass nicht genügend Fahrzeuge verkauft werden können, um die derzeit 103 000 Mitarbeiter der Volkswagen AG weiter zu beschäftigen. Außerdem werden Stellen überflüssig, wenn die Nacharbeit in den Fabriken entfällt, weil die Autos gleich in ordentlicher Qualität hergestellt werden. Und schließlich soll die Produktivität in den Fabriken jährlich um sechs Prozent steigen.

Das heißt: VW muss Jahr für Jahr sechs Prozent mehr Autos verkaufen oder das Unternehmen sechs Prozent der Stellen streichen.

Die Chancen dafür, dass VW mit reduzierter Belegschaft in zwei, drei Jahren wieder erfolgreich ist, stehen nicht schlecht. Nicht nur, weil der Filz zwischen Betriebsrat und Personalvorstand nach den Rücktritten von Klaus Volkert und Peter Hartz wegen der Lustreisen-Affäre nun ein Ende hat (siehe Seite 100), sondern auch, weil Bernhard rücksichtslos mit den Fehlern seiner Vorgänger aufräumen möchte.

Bei Mercedes-Benz ruhen die Hoffnungen der Belegschaft derweil auf Dieter Zetsche, der zuvor mit Bernhard gemeinsam die angeschlagene US-Tochter Chrysler saniert hatte. Der designierte Schrempp-Nachfolger soll die Mercedes Car Group wieder auf die Spur bringen. Auch seine Erfolgsaussichten sind nicht schlecht.

Mercedes-Benz kam vor allem deshalb vom Kurs ab, weil der Konzern die besten Manager zur Sanierung von Chrysler und Mitsubishi entsandte und dem Kerngeschäft des Konzerns zu wenig Aufmerksamkeit widmete. Nur so sind die Qualitätsprobleme zu erklären, die dem Image der Marke inzwischen deutliche Kratzer versetzt haben.

Die Qualität ist bereits deutlich verbessert, doch Zetsche warnte die Führungskräfte am Tag seines Dienstantritts in Stuttgart am 1. September per E-Mail: „Wir haben noch viel harte Arbeit und noch manche schwierige Entscheidung vor uns, bevor wir wieder da stehen, wo wir hin-



Teure Ausflüge ins Luxussegment



OPEL
geplanter Arbeitsplatzabbau in Deutschland
–10 000

FRIEDELS LUFTAUFNAHMEN (M.); JOACHIM HAENISCH / LICHTBLICK (R.)

Opel-Produktion (in Bochum): *Missmanagement mit Folgen*



WALTER SCHMIDT / NOVUM

VW-Partner Hartz, Volkert (2001): *650 Euro für vier blickdichte Vorhänge*

gehören.“ Dazu zählt auch der Abbau von wahrscheinlich rund 5000 Arbeitsplätzen in Deutschland.

Dabei erwecken die Zahlen für den Stellenabbau bei Mercedes-Benz, Opel und Volkswagen den Eindruck, die hiesige Autoindustrie werde das Arbeitslosenheer in Deutschland weiter vergrößern. Tatsächlich diente sie bislang als Jobmaschine.

Von 1995 bis 2004 stieg die Zahl der Beschäftigten bei den Herstellern und ihren Zulieferern von 661 000 auf 773 000. Nun stottert der Motor.

Nach Prognosen von Professor Willi Diez vom Institut für Automobilwirtschaft an der Hochschule in Nürtingen wird es bis 2010 aber nur 2,8 Prozent weniger Jobs in der Branche geben. Demnach würden die Zulieferer vier Prozent neue Stellen schaffen, die Hersteller aber neun Prozent ihrer Arbeitsplätze wegrationalisieren.

Die Streichung von zusammen 25 000 Jobs bei Opel, Mercedes-Benz und Volkswagen gilt manchem in der Branche – so seltsam das klingt – sogar als Hoffnungszeichen. Nun gehen die Konzerne mit Macht an die dringend nötige Sanierungsarbeit. Die Probleme werden nicht mehr, wie bei VW jahrelang üblich, vertuscht, verdrängt und beschönigt. In zwei Jahren schon, bei der nächsten IAA, dürften die deutschen Hersteller sich deutlich stärker präsentieren.

Kanzler Schröder muss indes mit jenen Hoffnungszeichen vorlieb nehmen, die jetzt schon erkennbar sind. Dafür sorgt, einmal mehr, sein Freund Wiedeking von Porsche, den er am Dienstagnachmittag an dessen Messestand besuchen will. Porsche sucht ab sofort 1000 neue Mitarbeiter für den Bau seiner vierten Modellreihe, des neuen Sportcoupés.

Dietmar Hawranek

AFFÄREN

Betreutes Wohnen

Hat Ex-Vorstand Peter Hartz das VW-Lustreisen-System mit initiiert? Die Staatsanwaltschaft prüft, ob sie auch gegen den Arbeitsmarktreformer ermitteln muss.

Anfangs sah es so aus, als würde Peter Hartz, 64, in seiner saarländischen Heimat die Ruhe nach dem Sturm finden. Die Affäre um Lustreisen für Betriebsräte bei VW hatte den Personalvorstand zum Rücktritt gezwungen. Seine Verwicklungen waren peinlich, aber er wollte als Aufrechter gehen, der Verantwortung übernimmt für die Machenschaften anderer. Als einer, der niemandem geschadet hat – außer sich selbst.

Mit der Ruhe dürfte nun Schluss sein. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig prüft, ob sie ihre Ermittlungen gegen den einstigen Personalmanager Klaus-Joachim Gebauer, den früheren Škoda-Vorstand Helmuth Schuster und den zurückgetretenen Betriebsratschef Klaus Volkert ausdehnt und auch gegen Hartz ermittelt – wegen des Verdachts der Beihilfe zur Untreue. Und auch beschlagnahmte Kontounterlagen legen den Verdacht nahe, dass die spezielle Wolfsburger Art der Betriebsratsbetreuung nicht ohne Wissen des Personalvorstands erfolgt sein kann.

Anlass der Überprüfung: Gebauers Anwalt Wolfgang Kubicki hat vor dem Arbeitsgericht eine Kündigungsschutzklage eingereicht, in der Hartz belastet wird. Schon 1993 sei Gebauer von Hartz und dem Leiter des zentralen Personalwesens instruiert worden, ein privates Konto einzurichten, über das die Reisen der Betriebsratsgremien abgerechnet werden sollten. Gebauer bezahlte mit Kreditkarten und reichte die Rechnungen in der Personalabteilung Topmanagement ein, die das Geld auf sein Privatkonto überwies.

Wenn Spesen anfielen, „für die es entweder keine Belege gebe oder deren Belege sinnvollerweise nicht in die Hände unbeteiligter Dritter“ gelangen durften, sollte Gebauer Ersatzbelege fertigen. Die wurden über all die Jahre anstandslos beglichen.

Hartz habe Gebauer „erstmals 1993, dann erneut 1997 die Weisung erteilt, dem Betriebsratsvorsitzenden Klaus Volkert jeden Wunsch zu erfüllen“, schreibt Kubicki.

Nach Kontounterlagen, die der SPIEGEL einsehen konnte, überwies der VW-Konzern Gebauer im Jahr 2000 als „Erstattung von Kosten“ insgesamt 264 000 Euro, 2001 waren es 252 000, 2002 dann 208 000 Euro und 2003 sogar 702 000 Euro. Es war das Jahr der Indien-Reise des Gesamtbetriebsrats, die nach Aussagen von Beteiligten unter dem Motto „Tausend und eine Nacht“ stand.

Es war der teuerste Ausflug der Arbeitnehmervertreter mit vier Stationen, unter anderem am Taj Mahal. Vorstand Hartz war mit von der Partie. Schon am ersten Aufenthaltsort nahmen einige Teilnehmer die Dienste von Prostituierten in Anspruch. Am nächsten Ort, zu dem sie mit dem VW-Firmenflieger reisten, waren die Damen erneut anwesend. Sie waren per Linienmaschine hinterhergereist.

Gebauer hatte sich sogar beim Leiter der Konzernabteilung Steuerwesen erkundigt, ob er Probleme wegen der Ersatzbelege bekommen könne. Doch der habe ihm versichert, er müsse sich keine Gedanken machen. Das System Betriebsratsbetreuung war anscheinend perfekt organisiert. Ohne Wissen und Duldung von Hartz kann dies kaum geschehen sein. Für eine Stellungnahme war Hartz nicht zu erreichen.

Einen Teil des Geldes seines Arbeitgebers hat Gebauer auch in die Ausstattung einer Wohnung in Braunschweig gesteckt. Für 5590 Euro ließ er ein Bad einbauen, 3700 Euro überwies er einem Möbelhaus, 650 Euro kosteten vier blickdichte, graue Vorhänge. Zumindest ein Betriebsrat und ein VW-Manager, so Gebauer, hätten sich dort diskret mit Prostituierten getroffen.

Mehrmals im Jahr wurden über das Konto auch Ferienwohnungen an der Ostsee bezahlt. Die Unterkünfte, so behauptet Gebauer, hätten als Liebesnest für Betriebsrat Volkert gedient. Von Volkert war dazu keine Stellungnahme zu erhalten. Der einst mächtigste Betriebsrat des Landes spricht über die Affäre derzeit nur mit seiner Frau – und der Staatsanwaltschaft.

Michael Fröhlingsdorf, Dietmar Hawranek

Schöner Reisen

VW-Überweisungen auf das Gebauer-Konto 2003

	in Euro
28. Januar	40 580,95
21. Februar	39 072,64
10. März	42 995,43
24. März	55 015,73
17. April	39 597,96
15. Mai	42 350,32
17. Juni	55 011,54
10. Juli	22 000,00
10. Juli	27 446,98
20. August	47 455,83
19. September	38 322,18
23. September	25 000,00
30. September	16 134,35
6. Oktober	30 000,00
27. Oktober	20 000,00
31. Oktober	24 856,04
17. November	28 012,92
24. November	20 000,00
18. Dezember	28 209,62
18. Dezember	60 000,00
gesamt	702 062,49 €

DER SPIEGEL



FRANK AUGSTEIN / AP

FDP-Spitzen Brüderle, Gerhardt, Westerwelle
Lebenstraum, den er allein träumt

KARRIEREN

Mister Mittelmaß

Der FDP-Vize Rainer Brüderle könnte in einem schwarz-gelben Kabinett Bundeswirtschaftsminister werden. Dabei zweifeln selbst Liberale an seiner Kompetenz. *Von Markus Feldenkirchen*

Es ist nicht der „Musikantenstadl“ in der ARD, sondern die FDP-Kundgebung in Mainz, aber die Stimmung ist ähnlich gut. Der Gastgeber hat die Verbraucherschutzministerin Renate Künast gerade „Jeanne d’Arc der frei laufenden Hennen“ genannt. Dann hat er für die Freiheit der Genforschung geworben und gesagt: „Man kann schlimme Krankheiten wie Alzheimer und Parkinson nicht mit Kamillentee kurieren.“ Es hat eigentlich nur ein Pointen-Tätä der Band gefehlt, aber dafür lässt Rainer Brüderle beim Reden gern die gestreckte Hand von der Stirn seitlich in die Luft schwingen, wie Mainzer Karnevalisten beim Narrhallamarsch.

Die Menschen im Kurfürstlichen Schloss mögen das. Es sind Liberale mit Lederwesten oder Schnurrbart. Ihr Idol steuert gerade wieder auf eine seiner Kernaussagen zu. Er ist Fachpolitiker, der Moderator hat ihn angekündigt als „Mister Mittelstand“. „Meine Damen und Herren“, sagt Brüderle und hebt die Stimme, dann kommt’s: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!“

Manchmal wirkt Rainer Brüderle wie der Karl Moik der deutschen Wirtschaftspolitik.

Er nähert sich jetzt seiner berüchtigten Schlussoffensive: „Wir müssen in Deutschland die Fenster aufmachen, damit der Mief abzieht. Jalousien hoch und Licht an.“ Die Lederwestenschnurrbartliberalen johlen bereits, als ihr Star noch einen draufsetzt. „Jetzt gilt’s! Jetzt muss der Aufbruch kommen! Glückauf!“ Seine Stimme krächzt jetzt, sie hält der Euphorie nicht mehr stand, die in Brüderle tobt.

Er befindet sich auf seinem persönlichen Narrhallamarsch ins Wirtschaftsministerium. In ein paar Wochen schon könnte er Bundesminister sein. Erbe von Wolfgang Clement. Für ihn wäre das ein Märchen aus dreitausendundeiner Nacht, so lange etwa hofft er schon auf diesen Posten. Er ist sein Lebenstraum, auch wenn er ihn ziemlich allein träumt. Seine eigenen Parteifreunde witzeln über mangelnde Kompetenz. Und nur neun Prozent der Bundesbürger halten Brüderle für den geeignetsten Kandidaten in einer schwarz-gelben Regierung. Damit liegt er weit hinter Peter Müller, Merkels Wirtschaftsmann im Wahlkampfteam.

Vielleicht liegt es daran, dass Brüderle der Prototyp eines Politikers ist, der Windmaschine oder auch Dampfplauderer genannt wird, dem keine Floskel zu abgelutscht ist, dessen Aktionismus größer ist als sein Reservoir an Grundsätzen.

Manchmal, in ruhigen Minuten, verfasst Brüderle kluge Schriften, die sich lesen, als wäre er der Nachlassverwalter seines Vorbilds, des großen Ökonomen Adam Smith. In diesen Aufsätzen versucht er nachzuweisen, wieso Privilegien, Subventionen und Protektionismus einer Volkswirtschaft mehr schaden als nutzen. „Jede noch so gut gemeinte Schutzvorrichtung bringt nämlich neue Verwerfungen hervor und provoziert Handlungen, die man bei der Konzeption vorher nicht mitbedenken konnte“, schreibt Brüderle.

Man kann also den Eindruck gewinnen, er sei ein richtiger Wirtschaftsliberaler, dem die Freiheit des Marktes etwas Heiliges ist, ein Mann mit Standpunkt. Aber dann gibt es Abende wie jenen in Villingen-Schwenningen, an dem die örtliche FDP ins Haus der Betriebskrankenkasse geladen hat und Rainer Brüderle an einem Tisch zwischen vielen kleinen Provinzgrößen sitzt.

Er hält ein kleines „Impulsreferat“, das den Titel „Mehr Freiheit für den Mittelstand“ trägt. Anschließend klettern sieben weitere Menschen zu ihm auf die Bühne für eine Diskussionsrunde. Um Brüderle herum sitzen nun der Mann von der Handwerkskammer, der Mann von der Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg und der Landesinnungsmeister der Fliesenleger, Herr Messner.

Messner sagt, dass im Vermittlungsausschuss 53 Handwerksberufe vom Meisterbrief entbunden worden seien. Das hat Herrn Messner „irgendwie traurig gemacht“, und die Fliesenleger seien „am allerallerschlimmsten betroffen“. Herr Messner weint jetzt fast. „Das ist eine Zerschlagung des deutschen Handwerks. Ich fordere, dass man diese Missstände beseitigt – bei aller Liberalität.“ Er guckt dabei Brüderle an. Der nickt tröstend.

Es geht Herrn Messner und den anderen Kammerleuten nicht um mehr Freiheit. Sie wollen geschützt werden, sie wollen ihre alte Handwerksordnung wiederhaben und den Meisterzwang. Es ist ein schwäbischer Singsang der Ständevertreter, die um ihre Privilegien bangen und ihre heile, staatlich geschützte Welt bewahren wollen, eine Welt, in der es kein vereintes Europa gibt, keine Globalisierung und so wenig Wettbewerb wie möglich.

Brüderle verspricht Hilfe, er möchte ihr Schutzheiliger sein, eine Art Jeanne d’Arc der Fliesenleger. Adam Smith passt einfach nicht so gut nach Villingen-



MARC-STEFFEN UNGER

Brüderle-Konkurrenten Clement, Müller: *„Jetzt gilt’s!“*

Schwenningen, deshalb lässt ihn Rainer Brüderle meist zu Hause.

„Den kann man eigentlich nur zur Handwerkskammer schicken“, lästern Kollegen aus dem FDP-Vorstand. Ihr Mister Mittelstand sei in Wahrheit ein Mister Mittelmaß. Ein Mister Schuhsohle, weil es ihm vor allem um kleine Handwerksbetriebe wie die Schuhmacher gehe. Es ist das Milieu, in dem er groß wurde, Landau in der Pfalz, der Vater Textilhändler, für den der kleine Rainer die Krawatten zu den Kunden trug.

So wurde er im Lauf der Jahrzehnte als Wirtschaftspolitiker zu einem äußerst lebendigen Beispiel für die Kluft zwischen Theorie und Praxis, zwischen intellektuellem Anspruch und der Befriedigung von Eitelkeiten, dem Bedürfnis, es der eigenen Klientel recht zu machen, oder dem schlichten Wunsch, gemocht zu werden.

Irgendwo in Rainer Brüderles Kopf muss es eine Stimme geben, die dann immer



FRANK KLEEFELDT / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Minister Brüderle, Weinköniginnen (1996)
„Produkterotik vermitteln“

wieder kreischt: „Rainer, da musst du handeln!“ Dann greift Brüderle meist zu seiner Lieblingswaffe, der Pressemeldung.

Als es im Januar hieß, die Rentenkasse sei überraschend voll, war Brüderle sofort zur Stelle und forderte, die Renten müssten erhöht werden. Als er Minister für Wirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz war, musste die eigene Landeszentralbank ihn für seine ausufernde Subventionspolitik rügen. Vor allem Winzer, Bauunternehmer und andere Mittelständler konnten sich immer auf ein paar Mark extra aus dem Hause Brüderle verlassen.

Es war die Zeit, als keine Weinkönigin vor den Küssen des Ministers sicher war. Er küsste leidenschaftlich, und nebenbei steigerte er die Subventionen für den Weinbau in steilen Hanglagen nicht um 20 Prozent, nicht um 100, sondern um mehr als 200 Prozent. Nur nannte er das nicht Subventionen, sondern „existentiell notwendige Anpassungshilfen“. Der Rainer, lästern Parteifreunde, sei kein Ordnungspolitiker, sondern ein Unordnungspolitiker.

Dass hinter der liberalen Fassade oft etwas anderes schlummert, zeigt sich auch, wenn er über die Gesellschaft redet, über Ausländer oder alleinerziehende Mütter. Es klingt dann wie aus dem Textbaukasten für oberbayerische Bierzeltreden. Als die FDP-Fraktion über den Beitritt der Türkei debattierte, warnte Brüderle: „Dann kriegen wir Zustände wie in Kreuzberg.“

Im kleinen Schwenningen berichtete er den Menschen aus der Welt der Großstadt: „Wenn ich in Frankfurt S-Bahn fahre, seh ich lauter verhaltensgestörte Kinder“, und lieferte die Erklärung gleich mit: „Wenn es heute lauter Lebensteilzeitpartnerschaften gibt, muss man sich nicht wundern, wenn am Ende fußkranke Kinder dabei rauskommen.“ Und dann schmettert er bei seinen Veranstaltungen einen Satz mit besonderer Inbrunst unters Volk: „Deutschland muss wieder Deutschland werden!“

Damit Deutschland wieder Deutschland wird, will Brüderle persönlich die Fenster aufreißen, die Jalousien hochziehen und für die Fußkranken das Licht anknipsen. Nach 1998 und 2002 ist dies nun sein dritter Anlauf gen Wirtschaftsministerium. Er hält sich mehr denn je für unverzichtbar.

Brüderle meint, den Standort Deutschland retten zu müssen. Dabei ist er selbst Teil des deutschen Problems. Er könnte der Gewinner eines Systems sein, in dem innerparteiliche Machtspiele oder uralte Koalitionsgesetze schwerer wiegen als die Qualifikation. So könnte er im Fall einer schwarz-gelben Regierung gleich von mehreren glücklichen Umständen profitieren. Davon, dass die FDP gerade einen äußerst schwachen Vorsitzenden hat. Guido Westerwelle hält eigentlich nicht viel von Brüderle, aber er will sich mit seinem ehrgeizigen Vize und dessen Deutschland-Südwest-Bataillonen auch nicht anlegen.

Brüderle würde zudem von der Koalitions-Bauernregel profitieren, wonach eine Partei, die das Finanzministerium bekommt, nicht das Wirtschaftsministerium besetzt. Da sich Angela Merkel auf Paul Kirchhof als Finanzminister festgelegt hat, stünde der FDP also das Wirtschaftsressort zu. Es sind solche problemfernen Kriterien, nach denen in der deutschen Politik die wichtigsten Posten ausgekartelt werden. Und Medienerfahrung bringt Brüderle schließlich mit.

Einmal war er Gast in der „Harald Schmidt Show“. Schmidt kündigte als Programmpunkt „Saufen mit Brüderle“ an. Dann kam Brüderle und sagte: „Wir haben ein Imageproblem. Die Produkterotik muss ein bisschen vermittelt werden.“ Er meinte den deutschen Wein. Er verriet, dass er meist schon mittags anfange, Wein zu trinken, und Schmidt sagte: „Ich würde gern tagsüber trinken, aber ich schaffe es nicht.“

„Das is’ ’ne Übungsfrage“, ermutigte Brüderle. Später sagte er noch was Politisches. „Es wäre wichtig, wenn sich in Deutschland etwas ändert. Wenn sich nichts ändert, dann ändert sich auch nichts.“ „Sehr gut“, sagte Schmidt. „Das finde ich mal konkret. Ich hatte schon Angst, Sie kommen jetzt mit ’ner Floskel.“

BANKEN

Attacke von oben

Prominente Kontrolleure der Hypo-Vereinsbank kritisieren die Übernahme durch die Unicredit – und prognostizieren den Abbau von über 10 000 deutschen Jobs.

Am Mittwoch vergangener Woche kam es in Frankfurt am Main zu einem Gipfel der besonderen Art. Im Festsaal des Marriott Hotels trafen sich anlässlich einer Bankentagung die Aufsichtsratschefs von Commerzbank, Deutsche Bank und HypoVereinsbank (HVB) – und durften vor der Branchenelite ihre eigene Vergangenheit bewältigen.

Der Rückblick von HVB-Oberkontrolleur Albrecht Schmidt fiel freilich bitter aus. „Ich habe im Geschäft und bei der Auswahl des Managements Fehler gemacht“, bilanzierte er. Die Immobilienkrise habe ihn „mit voller Wucht“ getroffen.

Doch Schmidt kann es immer noch nicht fassen, dass sein Management „die Übernahme durch den Unicredit ausgerechnet startete, als der Sturm überstanden war“. Zu Recht würden sich „diese Kameraden aus Italien“ die Bank holen, der Aktienpreis entspreche nicht ihrem wahren Wert.

Schmidt steht mit seiner Meinung nicht ganz allein. Im Aufsichtsrat gehört der glücklose Ex-Chef der HVB zu einer kleinen Widerstandsgruppe, die in einer Art letztem Gefecht den bevorstehenden Einmarsch der Italiener torpedieren möchte – und Vorstandschef Dieter Rampl zugleich vorwirft, das Institut quasi zu verschenken.

Schützenhilfe erhalten Schmidt & Co aus Wien. Auch Betriebsrat und Vorstand der HVB-Tochter Bank Austria weigern sich bislang, das Angebot der Italiener anzunehmen. Sie pochen gegenüber der Unicredit (UCI) auf ihre Autonomie und die Hoheit über das profitable Osteuropageschäft.

Auf der entscheidenden HVB-Aufsichtsratssitzung Ende August war es deshalb zum Eklat gekommen. Sechs Kontrolleure votierten gegen die Übernahme und lehnten gleichzeitig den Tausch ihrer Aktien in Unicredit-Papiere ab. Neben Schmidt und vier Gewerkschaftern gehörte auch der Österreicher Gerhard Randa zu der Allianz, deren Mitglieder bis dahin als Gegner galten.

Zwar konnte der 2004 zurückgetretene HVB-Vorstand Randa nicht persönlich an der Sitzung teilnehmen, doch Passagen seiner Stellungnahme wurden dem Gremium vorgelesen. Während viele Finanzexperten Rampls Flucht in die Arme der Italie-



HANS-RUDOLF SCHULZ / KEYSTONE



JAN PITMANN / AP

HVB-Zentrale in München, Banker Schmidt, Rampl, Randa (2004): *„Unheilvoller Deal“*

ner begrüßen, zeichnet Randa ein anderes Bild dieses „unheilvollen Deals“.

„Eigentlich könnten wir durchaus optimistisch in die Zukunft schauen“, lässt Randa ausrichten. Stattdessen „sitzen wir hier und sollen die Selbstaufgabe der HVB und die freiwillige Auslieferung der Bank an den Unicredit befürworten“. Ähnlich wie Schmidt spielt auch er gern ein bisschen auf der nationalistischen Klaviatur. Die italienischen Kollegen schwelgten angeblich in Gedankenspielen, „wie sie es den Deutschen schon zeigen werden“.

In „zahlreichen Arbeitsgruppen“ würde bereits „intensiv an der Zerlegung“ der HVB gearbeitet. Schon vor Abschluss der Übernahme sei die Aufspaltung von HVB und Bank Austria voll im Gang, behauptet der Wiener. Weil Unicredit-Chef Alessandro Profumo in zwei Jahren konzernweit eine Eigenkapitalrendite von 18 Prozent nach Steuern abliefern will, könne man davon ausgehen, dass von den rund 26 000 Mitarbeitern in Deutschland, „in zwei bis drei Jahren nicht viel mehr als die Hälfte übrig sein werden“.

Für die zentralen Spieler im Übernahmepoker hat Randa nicht viel übrig. Die Kennzahlen der Unicredit würden mit der „absolut individuellen italienischen Methode“ berechnet. Wenn man das echte operative Ergebnis betrachte, sei „der Lack ab“. Nach der Übernahme sei die Eigenkapitalausstattung „höchst bescheiden“. „Braucht der UCI die HVB mehr als dies umgekehrt der Fall ist?“, fragt er kühn.

Auch die HVB-Großaktionärin Münchener Rück spielt in Randas Welt eine unfeine Rolle. Hat sie dem Deal nur zugestimmt, um von der Unicredit lukrative Versicherungsgeschäfte zu erhalten? Wäre das übernahmerechtlich gar unzulässig?

Dass Randa sich so weit aus der Deckung wagt, ist kein Zufall. Der neue Vorstand des Automobilzulieferers Magna ist wohl davon überzeugt, dass die HVB mit einem anderen Management den Alleingang geschafft hätte. Stattdessen muss Randa nun wie Schmidt einen wenig glamourösen Abgang verdauen. Deshalb attackiert er Vorstandschef Rampl scharf, ohne dessen Namen zu nennen. Statt die Ärmel „aufzukrempeln“, sei intensiv daran gearbeitet worden, „der Welt einzureden, dass die HVB so marode ist, dass sie ohne Partner nicht überleben kann“, mutmaßt Randa. „Allen wurde das erzählt, vom Ministerpräsidenten von Bayern bis zum Bürgermeister von München.“

Dass noch bei der Hauptversammlung im Mai von einer Zukunft „aus eigener Kraft“ gesprochen wurde, nimmt er dem HVB-Chef besonders übel. Zu diesem Zeitpunkt sei de facto wohl schon alles gedealt gewesen, glaubt er. „Eine dreistere Unwahrheit ist schwer vorstellbar.“

Die so Gescholtenen bleiben gelassen. „Zu privaten Meinungen von Aufsichtsräten nehmen wir keine Stellung“, sagt ein Sprecher der HVB.

Beat Balzli

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Der Gaspreis wird weiter steigen“

Gasprom-Chef Alexej Miller über die Bedeutung der geplanten Ostsee-Pipeline, seine Pläne, mit deutschen Partnerunternehmen Felder in Russland zu erschließen, und den Umbau seines Konzerns zu einem globalen Energieunternehmen

Alexej Miller
hat eine Blitzkarriere hinter sich, wie sie fast nur noch in Russland möglich ist. Nach einem Studium der Wirtschaftswissenschaften stieg der heute 43-jährige Manager 1990 in die Politik ein. In der Sankt Petersburger Stadtregierung betreute er unter Leitung des späteren russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin den Aufbau neuer Industriezonen und kümmerte sich um die Ansiedlung ausländischer Konzerne. Im Juni 2000 berief Putin seinen Vertrauten zum stellvertretenden Energieminister und ließ ihn nur ein Jahr später zum Vorsitzenden des wichtigsten russischen Industriekonzerns Gasprom küren.



ALEXEJ ROGOV / KONZEPT UND BILD

SPIEGEL: Herr Miller, wann haben Sie erfahren, dass Sie sechs Wochen früher nach Deutschland reisen müssen, damit Sie Bundeskanzler Gerhard Schröder noch treffen können?
Miller: Was meinen Sie?
SPIEGEL: Die publikumswirksame Unterzeichnung des Ostsee-Pipeline-Vertrags ist doch angesichts des deutschen Wahlkampfs bewusst vorgezogen worden.
Miller: Der Termin war abhängig von den Verhandlungen mit unseren deutschen Partnerunternehmen E.on und BASF. Mit beiden Unternehmen haben wir seit Abschluss der Grundsatzvereinbarung im April auf der Hannover-Messe ständige Gespräche geführt, die jetzt ein abschließendes Ergebnis erbracht haben. Von einem Termin im Oktober weiß ich nichts.
SPIEGEL: Im Oktober war der nächste deutsch-russische Energiegipfel geplant. Welche Bedeutung hat das Pipeline-Projekt eigentlich für Gasprom und seine deutschen Partner?
Miller: Es gibt jetzt eine Übereinkunft, dass der Bau dieser Pipeline bis 2010 abgeschlossen sein wird. In den gewaltigen Zeiträumen, in denen wir bei der Erdgasförderung denken und planen müssen, ist das sehr schnell. Eigentlich reden wir schon über morgen. Diese Pipeline bedeutet für uns und unsere deutschen Partner ein Stück Zuverlässigkeit in der Energieversorgung.
SPIEGEL: Die Verhandlungen haben sich über ein Jahr hingezogen und wurden immer wieder verschoben. Wie verbindlich ist der jetzige Abschluss?
Miller: Das Abkommen beinhaltet erstmals rechtlich bindende Festlegungen und schließt technische und finanzielle Gesichtspunkte ein.
SPIEGEL: Heißt das, dass der Einstieg weiterer Partner ausgeschlossen ist?
Miller: Nein. Es gibt einen Passus, nach dem das Joint Venture noch für andere Energieunternehmen geöffnet werden darf.
SPIEGEL: Sie denken an Multis wie Shell und British Petroleum (BP)?
Miller: Ich möchte hier keine Unternehmensnamen nennen. Sicher ist jedoch, dass zuvor unsere deutschen Partner gefragt werden müssten. Denn die Hereinnahme eines weiteren Unternehmens ginge nur zu Lasten ihrer Anteile. Aber selbst wenn kein Partner mehr dazustößt,

* Mit BASF-Chef Jürgen Hambrecht, Staatspräsident Wladimir Putin, Kanzler Gerhard Schröder und E.on-Chef Wulf Bernotat am 8. September in Berlin.



MARC D'ARCHINGER

Gasprom-Chef Miller (M.) beim Pipeline-Vertragsabschluss*: *„Davon werden alle profitieren“*

wird das Projekt verwirklicht. Das sehen die Verträge so vor.

SPIEGEL: Der gigantische Bau der 1200 Kilometer langen Leitung wird zwischen zwei und vier Milliarden Euro kosten. Was haben die deutschen Konzerne davon?

Miller: Erstmals werden russische Gasfelder und das russische Gastransportsystem direkt mit deutschen und also mit EU-Leitungen verbunden. Das ist eine logische Weiterentwicklung unserer langjährigen Zusammenarbeit und eine qualitativ neue Stufe. Wir sprechen bei dieser Pipeline über den Anfang einer gemeinsamen Energiestrategie zwischen Russland und Deutschland. Die soll von der Förderung über den Transport bis hin zur Vermarktung die gesamte Wertschöpfung umfassen. Davon werden alle profitieren …

SPIEGEL: … außer Staaten wie die Ukraine oder Polen, durch deren Territorien bisher das Gas transportiert wurde. In Polen reagieren viele Politiker äußerst gereizt auf das Projekt.

Diktat der Multis

Die Politik will die Kopplung vom Gas- an den Ölpreis abschaffen – ein unrealistischer Plan.

Der Protest ging durch alle politischen Lager. Einem weiteren Anstieg der Gaspreise müsse Einhalt geboten werden, hieß es aus den Reihen der Union. Kartellrechtliche Überprüfungen forderte der Kanzler. Und seine Verbraucherministerin, die Grünen-Politikerin Renate Künast, wusste sogar schon konkret, was zu tun ist.

Die Kopplung des Gaspreises an den des Öls müsse „endlich abgeschafft werden! Russisches Gas hat nichts mit arabischem Öl zu tun“, wetterte die Ministerin angesichts einer weiteren Gaspreiserhöhung von rund 15 Prozent. Wahr – und doch nicht richtig! Denn so unterschiedlich die Energieträger auch sind, eines haben sie gemeinsam: Sie sind knapp, schwer zu gewinnen, und die Zahl der Anbieter ist begrenzt.

Wenige große Energie-Multis wie die russische Gasprom betreiben das kapitalintensive Geschäft. Wer sich deren Diktaten nicht beugt, geht eben leer aus beim Milliardenmonopoly um Rohstoffkontingente. Man kann das unanständig finden, weil sich die Interessen von Förderfirmen wie Gasprom bei der Ölpreisbindung mit denen von Großhändlern wie der Ruhrgas bestens ergänzen. Beide Parteien wollen möglichst hohe Gewinne erzielen – und genau das garantiert die Ölpreisbindung. Zu ändern ist es kaum.

Mit einem zeitlichen Abstand von einigen Monaten passen die Unternehmen den Gas- dem Ölpreis an. Und da Rohöl knapp ist und zu einem gewaltigen Spekulationsobjekt geworden ist, steigt auch der Gaspreis unaufhaltsam weiter.

Da hilft es wenig, darauf zu pochen, dass diese Regelung willkürlich ist und dass es Möglichkeiten gäbe, den Gaspreis auch an andere Indikatoren wie etwa den Kohlepreis zu binden. Solange Konzernlenker wie Gasprom-Chef Alexej Miller die Ölpreisbindung in ihren Lieferverträgen verankern, hat die Politik kaum eine Chance einzugreifen.



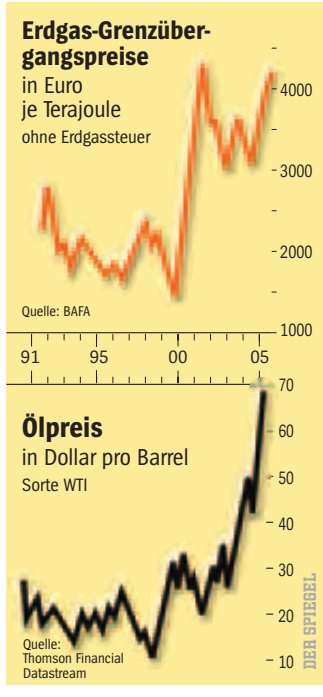
RALPH SONDERMANN

Ruhrgas-Zentrale in Essen: *Traumgewinne abgeschöpft*

Dort, wo sie es hätte tun können, um wenigstens das Kartell der deutschen Energieversorger aufzubrechen, hat sie schon in der Vergangenheit kläglich versagt. Statt Wettbewerb zu fördern und bessere Rahmenbedingungen zu erlassen, die es in- und ausländischen Konzernen ermöglicht hätten, auf dem deutschen Markt tätig zu werden, ließ man die Branche jahrelang gewähren.

Gegen die Kritik des Kartellamts hatte Rot-Grün im Jahr 2002 per Ministererlaubnis sogar zugelassen, dass sich Deutschlands Energieprimus, der Düsseldorfer E.on-Konzern, auch noch den größten europäischen Gashändler, die Ruhrgas AG, einverleibte.

Da mutet es schon fast grotesk an, dass SPD und Grüne nun ausgerechnet Kartellamtspräsident Ulf Böge dazu auffordern, die Fehler ihrer eigenen Wettbewerbspolitik auszubügeln, zumal Böges Erfolgsaussichten eher bescheiden sind.



Die Folgen des fehlenden Wettbewerbs sind gravierend: Während die Kunden unter immer neuen Energiepreiserhöhungen stöhnen und der Wirtschaft Milliarden an Kaufkraft entzogen werden, jagen die Energieversorger von einem Rekordgewinn zum nächsten.

Die Strom- und Gaspreise zu senken oder wenigstens nicht weiter zu erhöhen fällt den Top-Managern trotzdem nicht ein. Selbst Prognosen, wonach sie durch die hohen Preise ihre eigene Kundenbasis gefährden, weil energie intensive Branchen in jene Länder abwandern, wo Strom und Gas billiger zu erwerben ist, schrecken sie nicht ab.

Stattdessen investieren sie die hier abgeschöpften Traumgewinne in eine Verbreiterung ihrer Machtbasis im Ausland. E.on plant den milliardenschweren Kauf des schottischen Stromversorgers Scottish Power. Und auch RWE sucht nach lukrativen Auslandsprojekten.

Irgendwohin muss das Geld ja – wenn auch sicher nie zurück zu den Kunden.

Frank Dohmen



SERGEY MAXIMISHIN / KONZEPT UND BILD

Gasfelderschließung in Sibirien: *„Wir sind in der Lage, den Bedarf zu befriedigen“*

Miller: Für den Bau der Ostsee-Pipeline gab es ganz objektive Gründe. Wir brauchen größere Kapazitäten und neue Transportmöglichkeiten, um den wachsenden Energiebedarf in der Europäischen Union befriedigen zu können. Da unterscheidet sich unsere Strategie nicht von den EU-Vorstellungen. Außerdem nehmen wir den von Ihnen angesprochenen Ländern keine Kapazitäten weg.

SPIEGEL: Trotzdem erwarten führende polnische Politiker von einer möglichen deutschen Kanzlerin Angela Merkel, dass sie deren Interessen berücksichtigt.

Miller: Ich habe auch Frau Merkel inzwischen kennen gelernt, und wir haben über die Bedeutung dieses Projekts gesprochen. Das über die Ostsee transportierte Gas bedeutet zusätzliche Mengen, die für den deutschen Markt extra gefördert werden.

SPIEGEL: An der Erschließung neuer Felder wie dem im sibirischen Juschno Russkoje wollten Sie auch deutsche Firmen beteiligen. Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen?

Miller: So wie wir das immer geschildert haben.

SPIEGEL: Geschildert haben Sie schon viel. Erst wollten Sie das Gasfeld mit E.on erschließen, einige Monate später mit BASF. Was gilt denn nun?

Miller: Es gilt, was in den Dokumenten steht, die wir unterschrieben haben.

SPIEGEL: Sie haben auch viel unterschrieben. Zuerst einen Vorvertrag mit Ihrem größten ausländischen Teilhaber E.on, dann einen weiteren Vorvertrag mit BASF. Dadurch sind Irritationen entstanden, die Ihnen nicht verborgen geblieben sein dürften.

Miller: Alles, was wir unterzeichnet haben, wird umgesetzt. Zurzeit sind deutsche Unternehmen die Einzigen, die wir an der Förderung von Gasvorkommen beteiligen wollen – allerdings nur im Austausch gegen werthaltige Unternehmensbeteiligungen. Und da ist für uns besonders der Zugang zu Endkunden im europäischen Markt interessant.

SPIEGEL: Sie wollen unter der Marke Gasprom Gas an Endkunden in Europa verkaufen?

Miller: Ja, unter anderem. Das können aber auch Joint Ventures sein. Für jedes Land werden wir eine eigene Strategie entwickeln, um möglichst schlagkräftig zu sein.

SPIEGEL: Und als E.on-Chef Wulf Bernotat Ihnen diesen Zugang zum Endkunden nicht einräumen wollte, weil er Sie als Konkurrenten auf dem heimischen Markt fürchtet, haben Sie einfach einen neuen Vertrag mit BASF-Chef Jürgen Hambrecht abgeschlossen.

Miller: *(schmunzelt)* Aber die Verhandlungen gehen weiter, auch mit E.on. Wer die besten Angebote macht, bekommt doch immer den Zuschlag. Das ist ganz normal.

SPIEGEL: Ihre Partner sind über Ihren Verhandlungsstil alles andere als erfreut. Unter der Hand werfen sie Ihnen vor, dass man nicht wisse, woran man bei Ihnen sei.

Miller: Unsere Haltung ist sehr konsequent. Bei uns weiß jeder, woran er ist – auch E.on.

SPIEGEL: Und deshalb verhandelt E.on neuerdings auch mit Iran über den Bau von Pipelines und Gasförderprojekte? Deutlicher kann die Antwort auf Ihre Verhandlungsstrategie kaum ausfallen.

Miller: Auch wir sind im Kontakt mit vielen Ländern und denken über viele Projekte nach. Das muss keine direkte Antwort auf Gespräche mit unseren traditionellen Partnern sein. Auf jeden Fall verfügen wir über die größten und aus deutscher Sicht am nächsten liegenden Erdgasvorräte.

SPIEGEL: Konkret heißt das doch: Deutsche Energieversorger kommen ohnehin nicht an Gasprom vorbei. Wer sich nicht nett verhält, wird abgestraft.

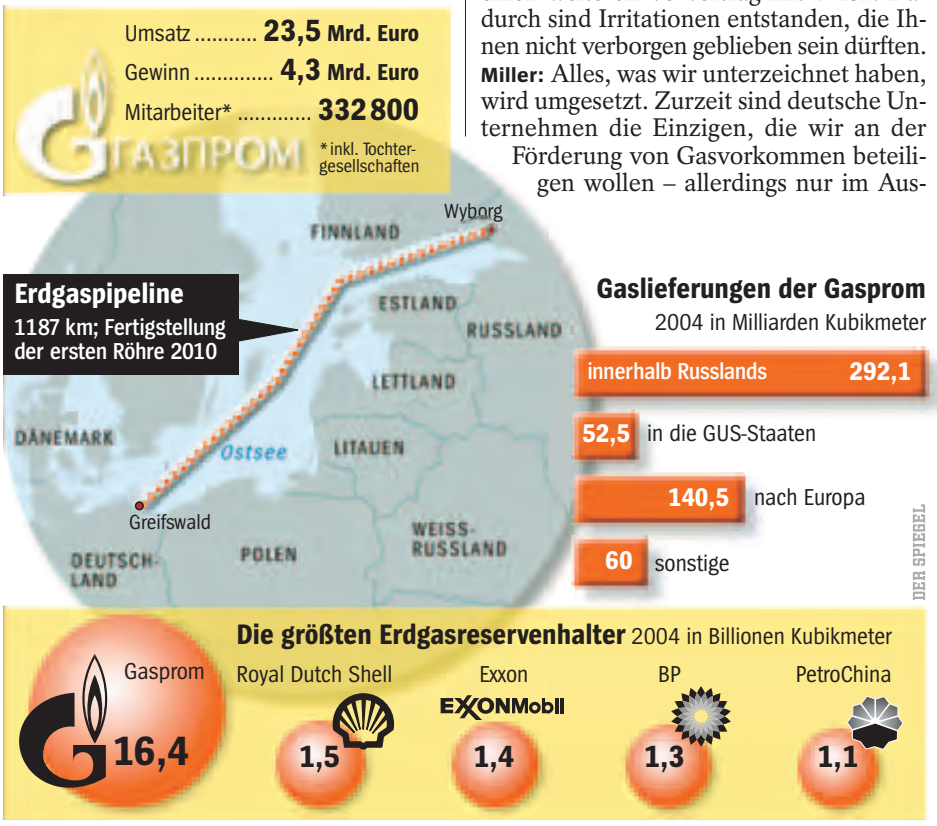
Miller: Das ist völliger Unsinn. Tatsache ist, dass wir in diesem Jahr mehr als 40 Milliarden Kubikmeter Gas nach Deutschland liefern. In den zurückliegenden 30 Jahren haben wir unsere Lieferungen nach Europa von null auf rund 149 Milliarden Kubikmeter gesteigert. Sollte sich der Bedarf – wie einige Experten schätzen – bis zum Jahr 2030 verdoppeln, sind wir in der Lage, ihn zu befriedigen.

SPIEGEL: Das heißt, Deutschlands Abhängigkeit von russischen Lieferungen wird immer größer.

Miller: Die Lieferungen werden sicher zunehmen. Sie müssen aber den Unterschied zu früher sehen. Alle Projekte, die wir jetzt auf den Weg bringen, sind zum gegenseitigen Vorteil. Doch wenn deutsche Energieversorger schon bei uns an die Förderung der Rohstoffe herankommen, wollen wir zumindest auch auf deren Märkten präsent sein. Das ist doch nachvollziehbar, oder?

SPIEGEL: Die Verbraucher haben von alldem nichts. Der Gaspreis steigt und steigt, weil er

Gigant Gasprom



DER SPIEGEL

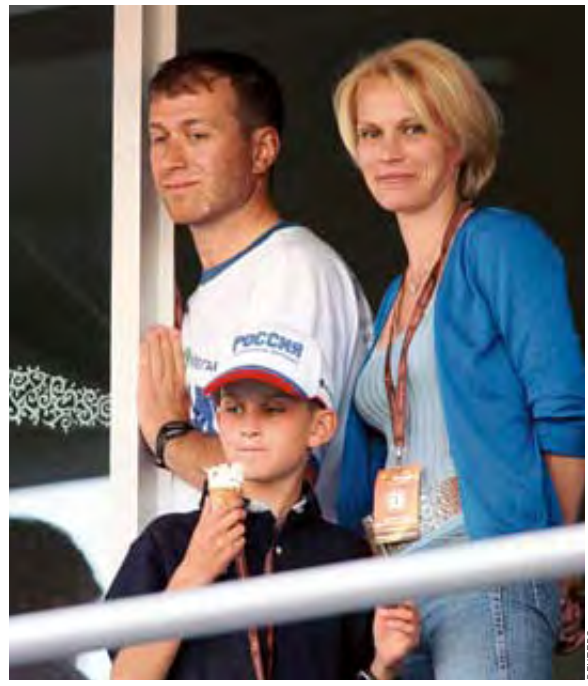
an den des Öls gekoppelt ist. Dafür gibt es keine rationalen Gründe.

Miller: Doch, denn im Gegensatz zu Öl gibt es für Erdgas keinen Marktpreis, der an einer Börse wirklich ermittelt werden könnte. Daher ist der Gaspreis an andere Energieträger gekoppelt, an Erdölprodukte. Denn diese Erzeugnisse stehen zueinander im Wettbewerb. Diese Konkurrenz der Energieträger findet ihren Niederschlag in der Gaspreisformel. Die Gasförderung ist zudem ein sehr kapitalaufwendiges Unterfangen, das sich erst nach Jahrzehnten rentiert.

SPIEGEL: Die wirklich kostspieligen Lagerstätten sind noch gar nicht erschlossen.

Miller: Da haben Sie recht. Und die notwendigen Kredite dafür bekommt man bei den Banken nur mit unterschriebenen Verträgen. Dazu gehört auch ein langfristig berechenbarer Gaspreis.

SPIEGEL: Es wird sich also nichts ändern? Der Gaspreis wird weiter mit dem Ölpreis steigen?



REUTERS

Sibneft-Aktionär Abramowitsch*: *Milliardenpoker ums Öl*

Miller: Ja, der Gaspreis wird wohl weiter mit dem Ölpreis steigen. Sie sollten aber nicht vergessen, für den Verbraucher kommt es darauf an, dass er langfristig kalkulieren kann. Planungssicherheit ist oft wichtiger als der absolute Preis.

SPIEGEL: Mit den Milliardenumsätzen aus dem EU-Geschäft wollen Sie in die Liga der Energie-Multis aufsteigen. Sehen Sie sich bald auf Augenhöhe mit Konzernen wie Exxon oder BP?

Miller: Ganz so weit sind wir noch nicht. BP beispielsweise hat eine Marktkapitalisierung von rund 250 Milliarden Dollar. Wir stehen derzeit bei rund 100 Milliarden Dollar. Aber in drei bis fünf Jahren wollen wir aufgeschlossen haben.

SPIEGEL: Übernehmen Sie sich da nicht? Immerhin ist Gasprom derzeit mit rund 23 Milliarden Euro verschuldet.

Miller: Wenn Sie schon von BP reden: Die haben Schulden von etwa 22 Milliarden Dollar. Aber schauen Sie sich unsere Exporte an. In diesem Jahr werden wir wahrscheinlich bis zu 149 Milliarden Kubikmeter Gas allein nach Europa liefern. Unsere langfristigen EU-Verträge, also die bereits unterschriebenen, umfassen insgesamt 2,5 Billionen Kubikmeter Gas. Wir besitzen ein enormes Wachstumspotential.

SPIEGEL: Dafür machen Sie in der Heimat Verlust – durch zwangssubventionierte Gaspreise und unzählige Nebenaktivitäten Ihres Konzerns wie den Betrieb von Hotels, Tageszeitungen oder gar Tierfarmen. Wollen Sie daran etwas ändern?

Miller: Wir befinden uns in einer gravierenden Umstrukturierung. Alles, was nicht zum Kerngeschäft gehört, soll mittelfristig ausgelagert werden.

SPIEGEL: Auch die kürzlich übernommene einstige Regierungszeitung „Iswestija“?

Miller: Die taucht gar nicht in unseren Bilanzen auf, denn das ganze Mediengeschäft wird nicht in unserer Bilanz geführt, sondern bei der Gasprom-Bank …

SPIEGEL: … an der Ihr Konzern eine Mehrheitsbeteiligung hält …

Miller: … von der wir uns fragen sollten, ob wir sie mittelfristig wirklich behalten müssen.

SPIEGEL: Zweifelsohne würde eine Besinnung auf Ihr Kerngeschäft künftige ausländische Anleger anlocken, denen Sie seit langem direkten Gasprom-Aktienerwerb in Aussicht stellen. Wann soll es losgehen?

Miller: Die Hälfte der für diesen Schritt nötigen Aufgaben haben wir jetzt gelöst. Der Staat besitzt inzwischen ein Kontrollpaket von über 50 Prozent an Gasprom. Möglicherweise gehen wir in zwei bis drei Jahren an die New Yorker Börse und können dort erstklassige Investoren werben, damit – anders als heute – nicht nur mit unseren Werten spekuliert wird.

SPIEGEL: Aber die derzeitige Einschränkung, wonach sich ausländische Kapitalgeber mit höchstens 20 Prozent an Gasprom beteiligen dürfen, wird früher aufgehoben?

Miller: Sie wird abgeschafft. Wir wollen alle Kapitalmarktbeschränkungen auflösen – und das möglichst schnell.

SPIEGEL: Zu Ihren Börsenplänen gehört offenbar auch ein verstärkter Einstieg ins Strom- und Ölgeschäft. Es heißt, Sie wollten von Roman Abramowitsch und seinen Partnern deren 72-Prozent-Paket an der fünftgrößten russischen Ölgesellschaft Sibneft übernehmen. Was ist dran an diesen Spekulationen?

Miller: Ein russisches Sprichwort sagt: „Wo Rauch ist, da ist auch Feuer.“ Sibneft ist uns – unter anderen Erdöl-Aktiva – von unserem Finanzberater der Deutschen Bank zum Kauf empfohlen worden.

SPIEGEL: Wie konkret sind die Verhandlungen? Wer spricht da mit wem?

Miller: *(schmunzelt)* Der Käufer spricht mit dem Verkäufer. Wir haben immer ehrgeizige Ziele. Dazu zählt auch ein großes Erdölprojekt. Öl soll demnächst zum Kerngeschäft gehören.

SPIEGEL: Um die Kontrolle über Sibneft zu bekommen, brauchen Sie zusätzlich zum Abramowitsch-Paket weitere drei Prozent Aktien vom freien Markt. Hat Ihnen die Deutsche Bank auch erklärt, wie das gehen soll, oder hat sie die Aktien für Gasprom im Vorfeld bereits gekauft?

Miller: Wenn renommierte Berater am Werk sind, dann machen sie das professionell.

SPIEGEL: Wann wird der Deal bekannt gegeben?

Miller: Mehr will ich zu diesem Thema nicht sagen.

SPIEGEL: Bei Ihren Milliarden-Transaktionen kommt Ihnen zugute, dass im Kreml Ihr langjähriger Wegbegleiter Wladimir Putin die Konzernstrategie stützt. Wird sich der nun eingeschlagene Kurs ändern, wenn Putin in gut zwei Jahren verfassungsgemäß sein Amt als Staatspräsident niederlegt?

Miller: Die Rolle des Staates an der Führung von Gasprom wird langfristig unverändert bleiben. Wir sind das größte Unternehmen im Land, leisten den Löwenanteil im Staatshaushalt und versorgen das gesamte Land mit Energie. Die Gasprom-Strategie wird von objektiven Marktbedingungen bestimmt, nicht von subjektiven Faktoren. Es gibt also keinen Grund, weshalb daran irgendjemand etwas ändern sollte.

SPIEGEL: Herr Miller, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



ALEXEJ ROGOV / KONZEPT UND BILD

Miller beim SPIEGEL-Gespräch*: *„Enormes Potential“*

* Oben: mit Gattin Irina und Sohn Arkadij; rechts: mit den Redakteuren Frank Dohmen und Walter Mayr in der Moskauer Gasprom-Zentrale.

PALÄSTINA

„Zugang zu einem riesigen Markt“

James Wolfensohn, 71, Nahost-Vermittler und Ex-Präsident der Weltbank, über die wirtschaftliche Zukunft des Gaza-Streifens



SEAN GALLUP / REUTERS

SPIEGEL: Welche Entwicklungschancen hat der verarmte Landstrich nach der Räumung durch die Israelis?

Wolfensohn: Gaza hat nur dann eine Zukunft, wenn es mit dem Westjordanland und mit dem Rest der Region verbunden wird. Dann könnten wir einen Markt schaffen, der Ägypten, Jordanien, Israel und vielleicht sogar den Libanon einschließt.

SPIEGEL: Würden Sie im Gaza-Streifen investieren?

Wolfensohn: Aber sicher, im Tourismus zum Beispiel. Vieles spricht für Gaza. Die Lohnkosten sind niedrig, bei einer Arbeitslosigkeit von 50 bis 60 Prozent hungern die Palästinenser geradezu nach Arbeit. Offene Grenzen würden zudem einen Zugang zum riesigen Markt der islamischen Welt ermöglichen. Allerdings muss die Palästinenserführung Gewalt und Chaos in den Griff bekommen.

SPIEGEL: Wie soll der isolierte Gaza-Streifen an das Westjordanland angebunden werden?

Wolfensohn: Die Weltbank sucht gerade nach der besten Lösung, etwa eine Eisenbahnverbindung oder eine tiefergelegte Straße. Vorerst werden die Palästinenser wohl in von Israel bewachten Konvois hin- und herreisen müssen.

SPIEGEL: Wird Israel denn den Palästinensern im Gaza-Streifen die nötige Bewegungsfreiheit nach außen einräumen?



KHALIL HAMRA / AP

Bauarbeiten auf dem Flughafen von Gaza

Wolfensohn: Wir haben gerade in der Frage der Grenzübergänge einen Durchbruch erzielt. Israel akzeptiert, dass bei der Ein- und Ausreise nach Ägypten in Zukunft nur noch Palästinenser und Ägypter kontrollieren. Die Grenzer sollen außerdem durch europäische Inspektoren verstärkt werden. Damit stimmt Israel erstmals dem Prinzip internationaler Hilfe in Grenzfragen zu. Israel will den Gaza-Streifen also offenbar nicht abriegeln, sondern zielt auf eine Politik der offenen Tür. Premier Scharon zeigt sehr viel Mut.

SPIEGEL: Mit jährlich fast einer Milliarde Dollar stehen die Palästinenser an der Spitze der internationalen Finanzhilfe.

Wolfensohn: Das entspricht lediglich einem Tausendstel der jährlichen Rüstungsausgaben weltweit. Wir müssen schließlich berücksichtigen, dass der Konflikt internationale Auswirkungen hat, vor allem auf die islamische Welt. Eine Lösung dieses Konflikts wird uns auch beim Kampf gegen den Terror helfen. Die großen Industrienationen haben bereits weitere Milliarden versprochen, aber es gibt keine Blankoschecks: Die Palästinenser müssen beweisen, dass sie umfassende Reformen durchsetzen.

SPIEGEL: Sie haben Spenden gesammelt und persönlich 500 000 Dollar dazugetan, um den Siedlern Treibhäuser abzukaufen und sie den Palästinensern zu schenken. Warum?

Wolfensohn: Die Bulldozer standen schon bereit, um die Gewächshäuser niederzuwalzen und mit ihnen alle Strom- und Wasserleitungen. Das wollte ich verhindern.

POLEN

Bittere Bilanz

Gerade ist der 25. Geburtstag der Ersten freien Gewerkschaft im einstigen Ostblock mit großen Worten und aufwendigen Feiern in Gdansk angemessen gewürdigt worden, da soll sich ein Teil von Solidarność schon wieder auf dem Weg in den Untergrund befinden. Überall im Lande bilden sich offenbar neue Gewerkschaftszellen, die ihre Existenz lieber verschweigen. Denn wie die kommunistischen Machthaber während der Wende mögen auch Polens junge Kapitalisten keine organisierten Arbeiter. „Viele Arbeitgeber schikanieren Gewerkschafter, verlängern Arbeitsverträge nicht oder entlassen sie aus fadenscheinigen Gründen. Dem müssen wir uns entgegenstemmen“, sagt Waldemar Dubinski, Vizechef der Gewerkschaft in der Woiwodschaft Mazowsze. Bei einer Arbeitslosenquote von knapp 19 Prozent fällt es den neuen Wirtschaftsbossen leicht, Arbeitnehmerrechte zu ignorieren. „Einige tausend“ Solidarność-Aktivisten sollen laut Dubinski bereits im Verborgenen operieren. Sie beraten Arbeitnehmer bei Kündigungen, werben Sympathisanten und bauen konspirativ ihre Gewerkschaftsorganisationen auf.



PAP ANDRZEJ WIKTOR / DPA

Gewerkschaftsfeier in Gdansk



KHALED AL-HARIRI / CORBIS



Kurden-Proteste im Grenzgebiet

SYRIEN

Kurden erheben Ansprüche

Ermutigt durch die weitgehende Autonomie ihrer Landsleute im Irak, kämpfen jetzt auch die syrischen Kurden verstärkt für kulturelle und politische Gleichberechtigung. Sie pochen auf Kurdisch-Unterricht an staatlichen Schulen, erheben Anspruch auf eigene Medien und Parteien sowie die Staatsbürgerschaft für rund 150 000 staatenlose Kurden. Das Regime von Präsident Baschar al-Assad befürchtet, dass die 1,8 Millionen syrischen Kurden, die vor allem im Nordosten entlang der Grenzen zur Türkei und zum Irak leben, bald eine Selbstverwaltung wie im Nordirak verlangen könnten – und scheint über den Umgang mit der neuen Herausforderung unentschieden. Der berüchtigte Sicherheitsapparat setzt offenbar auf Härte. „Die Geheimdienstler hetzen die Menschen gegeneinander auf“, behauptet Maschaal Tammo von der kurdischen „Zukunftsbewegung“. Tatsächlich entwickeln sich aus Protesten mittlerweile regelmäßig Kämpfe zwischen Arabern und Kurden, etliche Tote inklusive. Der Geheimdienst soll auch hinter dem Mord an dem populären kurdischen Scheich Mohammed Maaschuk al-Chasnawi stecken, das behauptet zumindest dessen Familie. Chasnawi hatte sich in Brüssel mit dem Chef der verbotenen syrischen Muslimbruderschaft getroffen und dadurch eine Brücke zur islamischen Opposition geschlagen. Im Kreis um Präsident Assad gibt es aber auch Bemühungen um eine politische Lösung des Kurden-Problems: Im Juni beschloss die Baath-Führung, eine der Hauptforderungen zu erfüllen und einen Teil der Kurden einzubürgern. Seit kurzem darf auch der Sohn des Kurden-Führers Chasnawi wieder in der Moschee predigen – allerdings „nicht über Politik“.

NEUSEELAND

Stürzt die Reformerin?

Auch bei den Antipoden wird am Wochenende gewählt – und ob Premierministerin Helen Clark für eine dritte Amtsperiode bestätigt wird, ist ziemlich unsicher. Zwar liegt die Labour-Politikerin, die seit 1999 eine reformfreudige Minderheitsregierung führt, in den letzten Umfragen wieder vor ihrem Rivalen Don Brash von der konservativen National Party. Den Ausschlag aber dürften kleinere Gruppierungen geben, darunter die rechtspopulistische Partei New Zealand First: Die dümpelt an der Fünfprozenthürde herum und lehnt eine Koalition mit beiden großen Parteien zurzeit ab. Eine Abwahl käme der US-Regierung gelegen. Anders als ihr australischer Amtskollege John Howard verweigerte Clark die Gefolgschaft im Irak-Krieg und kritisierte Präsident George W. Bush dafür scharf. Außerdem befürwortet die Regierungschefin die Beibehaltung der Anti-Nuklear-Politik. Der Vier-Millionen-Einwohner-Staat verzichtet auf die zivile Nutzung der Kernenergie und duldet auch seit 20 Jahren keine Atom-U-Boote in seinen Häfen. Herausforderer Brash würde wohl eine Kehrtwende einleiten. Bereits angekündigt hat er Steuersenkungen und ein „Überdenken“ der Sonderregelungen für Minderheiten, gemeint sind vor allem die Maori, Neuseelands Urbevölkerung.



ROSS LAND / GETTY IMAGES

Clark

FRANKREICH

Mustersohn und Rebell

Zwar demonstriert Präsident Jacques Chirac, 72, nach seinem Krankenhausaufenthalt wieder politische Umtriebigkeit, aber trotz dichtgedrängter Termine ist der Präsident schwer angezählt. Seine einwöchige Zwangspause, in der Diktion der Regierung zur „leichten Unpässlichkeit“ bagatellisiert, wirkte wie ein Katalysator im nunmehr offen ausgebrochenen Kampf der Erben: Premier Dominique de Villepin, 51, der politische Mustersohn des alternden Staatschefs, und Innenminister Nicolas Sarkozy, 50, der Rebell, streiten unverhohlen um die Nachfolge ihres gemeinsamen Ziehvaters. Der eine beschwört seine unverbrüchliche „Treue“ zum Präsidenten, der andere verkündet „den Bruch mit der Politik der letzten 30 Jahre“ – also auch mit zehn Jahren Chirac.



FRANCK PERRY / AFP

Sarkozy, Villepin

Vor Jungmitgliedern der rechtsbürgerlichen Regierungspartei UMP legte ihr Vorsitzender Sarkozy einen heiligen Eid ab: „Nichts, wirklich nichts, niemand, wirklich niemand, wird mich daran hindern, bis zum Ende meiner Mission zu gehen.“ Chirac ist für ihn kein Gegner mehr, Sarkozy muss jetzt Villepin aus dem Weg räumen. Der Premier, erst seit hundert Tagen im Amt, ist aus dem Schatten des Präsidenten herausgetreten und hat sich – obwohl immer nur politisch ernannt und nie gewählt – im öffentlichen Ansehen eine eigene Legitimation durch seinen energischen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geschaffen. Noch ziehen 51 Prozent der Franzosen in Umfragen Sarkozy als Präsidentschaftskandidaten vor, aber Villepin holt auf: Zwischen Juni und September verringerte sich sein Abstand zum Rivalen deutlich – er beträgt allerdings immer noch neun Punkte.

SPANIEN

Höhere Zäune

Es war ruhige See und gutes Wetter, ideale Bedingungen für eine Überfahrt von Afrika zur Iberischen Halbinsel. Sofort tauchten auch wieder jene dramatischen Bilder von gestrandeten Flüchtlingen auf, deren Elend die Spanier erschreckt und die Politiker unter Handlungsdruck setzt. Vier Boote mit etwa 250 illegalen Einwanderern an Bord, darunter auch Minderjährige und Schwangere, brachten Polizei und Küstenwacht allein am vorvergangenen Wochenende an der andalusischen Küste auf.



ABDELHAK SENNA / AFP

Sicherheitszaun in Melilla



ANTON MERES / REUTERS

Gestrandete Afrikaner (Anfang September)

Die jüngsten Bilder täuschen indes über die aktuelle Entwicklung: Die Zahl der Elendsflüchtlinge, die vor allem über die Meerenge von Gibraltar nach Europa zu gelangen versuchen und in Spanien aufgegriffen werden, ist gesunken. Gut 6300 sind bislang in diesem Jahr an spanischen Küsten gestrandet, das sind rund ein Drittel weniger als 2004 und halb so viele wie 2003. Die sozialistische Regierung nimmt den Rückgang mit Genugtuung zur Kenntnis und schließt daraus, „dass wir auf dem richtigen Weg sind“, so die Staatssekretärin für Einwanderungsfragen, Consuelo Rumi. Madrid hat beispielsweise die Küstenüberwachung mit neuer Hochtechnologie, etwa Kameras und Bewegungsmeldern, verstärkt. Gegen Illegale soll außerdem künftig härter durchgegriffen werden. Das hindert Immigranten indes nicht, weiterhin riskante Wege nach Europa zu suchen. Vorige Woche stürmten zum wiederholten Male Hunderte Schwarzafrikaner gegen den stacheldrahtbewehrten doppelten Grenzzaun um die spanische Enklave Melilla in Marokko an. Nun soll die 10,2 Kilometer lange Befestigungsanlage weiter verstärkt und komplett von drei auf sechs Meter erhöht werden.

NORWEGEN

Drohungen vom Mullah

Die Auseinandersetzung um einen Islamisten überschatteten die letzten Tage im Wahlkampf und machten Prognosen für den 12. September schwer. Im Mittelpunkt steht Mullah Krekar, dessen Ausweisung aus Norwegen von der Mitte-rechts-Minderheitsregierung betrieben wird. In einem Interview mit dem arabischen Sender al-Dschasira drohte der Islamist für den Fall der Abschiebung in sein Heimatland, den Irak, mit „Vergeltung“.

Krekar hat seit 1991 Asyl und lebt mit Frau, Kindern und Verwandten in Oslo. Würde er abgeschoben, sagt er, werde das für ihn „Folter und den sicheren Tod bedeuten“. Deshalb sei eine Ausweisung ein „Verbrechen“. Er verteidige seine Rechte vor Gericht wie andere im Westen. Aber wenn seine Geduld erschöpft sei, werde er „wie ein Orientale reagieren“.

Krekars Drohung bescherte vor allem der ohnedies starken rechtspopulistischen und ausländerfeindlichen Fortschrittspartei ein passendes Wahlkampfthema. In großformatigen Zeitungsanzeigen forderte Parteichef Carl I. Hagen kompromisslos: „Schiebt Krekar sofort ab!“

Krekar gilt als Gründer der fundamentalistischen Gruppe Ansar-e Islam im Irak, weist eine Beteiligung an Terrorakten aber weit von sich. Seiner Gruppe werden von Sicherheitsbehörden etliche Anschläge zur Last gelegt, auch ein angeblich geplantes Attentat auf Iraks damaligen Premier Ijad Alawi in Berlin. Ein neuer Gerichtsentscheid über Krekars mögliche Abschiebung wird für diesen Monat erwartet. Zugleich berichten Stockholmer Medien über ein Terror-Trainingscamp in Südschweden, in dem Kämpfer der Gruppe Ansar al-Sunna für Anschläge mit Autobomben ausgebildet werden sollen – dabei handelt es sich um einen Ableger von Krekars Ansar-e Islam.



ARASH A. NEJAD / SCANPIX / DANA PRESS

Krekar

USA

Luftbrücke für die Weltmacht

Während das Wasser aus dem untergegangenen New Orleans abgepumpt wird, kommt lange verdrängter Schaden ans Licht: Amerika ist tief gespalten, Tausende Bedürftige wurden im Stich gelassen. Nun entbrennt in Washington erbitterter Streit um die Verantwortung.

Nach Gabriel, dem Erzengel der Heilsverkündigung, ist jener Ort tief im Süden Louisianas benannt, der jetzt die Toten von New Orleans aufnimmt. Die Toten, die in ihren armseligen Häusern im Osten der Stadt ertrunken waren und die, schrecklich verfärbt und aufgedunsen, tagelang in den giftigen Fluten gelegen hatten. So entstellt sind ihre Körper, dass nicht einmal die Hautfarbe der Opfer auf den ersten Blick zu erkennen ist.

Hundert Kilometer westlich der untergegangenen Metropole, direkt am Mississippi, liegt der kleine Ort, den jetzt ununterbrochen Kühllaster anfahren. In langen Schlangen parken sie am Straßenrand. St. Gabriel, 5500 Einwohner, die meisten so arm und schwarz, wie es die Toten waren, ist das Leichenschauhaus der Golfküste.

Eine riesige Lagerhalle haben die Behörden hergerichtet. Frisch installierte Klimaanlagen lärmen, der Boden ist mit Planen bedeckt, glänzende Metalltische für Obduktionen stehen bereit. Pathologen, Zahntechniker und Experten für Fingerabdrücke sollen den namenlosen Toten ihre Identität zurückgeben.

Tausende, schätzen Offizielle, könnten gestorben sein, aber verlässliche Zahlen gibt es auch 14 Tage nach der Tragödie nicht. 25 000 Leichensäcke ließ die Zivilschutzbehörde nach Louisiana schaffen. Mehr Tote als Lebende werde es am Ende in St. Gabriel geben, befürchtet Bürgermeister George Grace.

Zu sehen sind die Toten nicht. Die Regierung hat das Fotografieren der Leichen im Katastrophengebiet verboten. Erwünscht sind Bilder vom Abpumpen des Wassers, von Rettungseinsätzen und von beherzten Helfern. Es geht darum, die Mutlosigkeit zu bekämpfen, die sich nach der größten Naturkatastrophe der USA im Süden ausgebreitet hat. „Aus der Dunkelheit kommt das Licht“, sagt oder hofft Präsident George W. Bush. „Wir bauen die Küste wieder auf.“

Wie ernst das auch immer gemeint sein mag, längst werden die Bilder, die Hilfe für die Überlebenden, die Schuldzuweisungen und die Zukunftspläne politisch instrumentalisiert. In Washington ist ein erbitterter Streit ausgebrochen, der vor allem um die Frage geführt wird, ob die Republikaner sich auch weiterhin als unangefochtene Herren des Landes behaupten können. Die Demokraten jedenfalls hoffen, dass sich der politische Schaden der Flut viel schwerer reparieren lässt als die geborstenen Dämme und das verwüstete New Orleans.

Denn im Wasser des Lake Pontchartrain ging auch Bushs Anspruch unter, eine Art amerikanischer Churchill zu sein, ein zupackender Führer, der dem Land ein moralisches Rückgrat einzieht und seine Landsleute aufrüstet für einen unablässigen Kampf gegen den Terror. Der Krieg im Irak und Milliarden-Investitionen in den Heimatschutz hätten das Land sicherer gemacht, hatte er den US-Bürgern im Wahlkampf unablässig versichert.

Den Glauben an den ersten Teil dieser Botschaft hat die Mehrheit der Amerikaner bereits verloren. Um den Rest steht es jetzt nicht besser.

Gerade acht Monate lang war George W. Bush im Amt, als die Anschläge vom 11. September die Nation erschütterten und den Junior von einem Luftikus in einen



entschlossenen Kriegspräsidenten verwandelten. Die Anschläge verschafften ihm beinahe unbeschränkte Handlungsvollmachten und gaben ihm die Chance, Amerika nach seinen Vorstellungen umzubauen. Vier Jahre später traf „Katrina“, ein „Sturm von ungeheuren Ausmaßen“ (Bush), die Nation und nahm ihm den Nimbus des Führers. Nun versucht er, sich und seine Präsidentschaft zu retten.

Das wird schwierig genug. Hurrikan „Katrina“ könnte sich als folgenschwer genug erweisen, um sein ehrgeiziges Programm für die verbleibenden drei Jahre im Oval Office zunichte zu machen. Das Bush-freundliche „Wall Street Journal“ sieht gar schon dessen „gesamte zweite Amtszeit bedroht“.

So wie das Irak-Abenteuer Amerikas außenpolitischen Spielraum einengte, könnte „Katrina“ die innenpolitische Agenda bestimmen. Zusätzliche 51,8 Milliarden Dollar bewilligte der Kongress vergangene Woche für das Notstandsgebiet – gerade mal für die nächsten fünf Wochen soll das Geld reichen. Der Wiederaufbau kann nach neuesten Schätzungen allein die Bundesregierung 200 Milliarden Dollar kosten. Und jeden Monat verschlingt die Militärpräsenz der Amerikaner im Irak weitere 5,8 Milliarden – Land unter heißt es daher auch im Finanzministerium.

Einen ersten Vorgeschmack auf die politischen Konsequenzen erlebte Bush in der vergangenen Woche. Den Plan, die Erbschaftsteuer für Reiche zu senken, wurde nach Protesten der New Yorker Senatorin Hillary Clinton vertagt. Auch Kürzungen der staatlichen Krankenversicherung wurden zurückgestellt. „Wagt es nicht“, heißt eine Unterschriftenkampagne des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten John Kerry gegen weitere Steuergeschenke. Bushs Lieblingsprojekt, die Privatisierung der Altersvorsorge, ist vorerst erledigt.


KEVIN LAMARQUE / CORBIS

Bush in Baton Rouge: *„Aus der Dunkelheit kommt Licht“*

Doch das sind eher Nebenschauplätze beim Kampf des Präsidenten um seinen Führungsanspruch. Der ist bedroht, weil ihm in den ersten Tagen nach der Katastrophe ausgerechnet das Instrument abhanden kam, das während seiner Amtszeit noch stets die Stärke Amerikas verkörpert hatte – seine Soldaten. Wo war die Armee, fragen die Amerikaner jetzt, und das Weiße Haus muss gegen den Vorwurf ankämpfen, ein überflüssiger Krieg halte die GIs im Irak fest. Wie ein Eingeständnis wirkt deshalb die Entscheidung des Pentagon, Nationalgardisten aus den Katastrophenstaaten Louisiana und Mississippi vor Ablauf der regulären Dienstzeit nach Hause zu holen. Sie werden an der Heimatfront benötigt.

Natürlich hat nicht Bush allein Schuld am Versagen der Helfer. Der pöbelnde Bürgermeister von New Orleans und die weinende Gouverneurin von Louisiana haben in den entscheidenden Tagen die wahre Wucht des Sturms genauso unterschätzt wie der Präsident. Anstatt diejenigen Bürger zu evakuieren, welche die Stadt nicht aus eigener Kraft verlassen konnten, ließ die Stadtverwaltung ihre Flotte von Schulbussen auf dem Parkplatz absaufen.

Doch auch das Krisenmanagement des Weißen Hauses war so katastrophal, dass selbst Parteifreunde den Appell des Präsidenten, mit Schuldzuweisungen erst einmal zu warten, kühl ignorieren. Erste Anhörungen, noch hinter verschlossenen Türen, fanden bereits vergangene Woche im Kongress statt. Mit Bushs Schwierigkeiten steigt auch die Angst republikanischer Funktionäre. Der Präsident kann nicht wiedergewählt werden, aber im kommenden Jahr stehen Kongresswahlen an, und es geht den Republikanern darum, ihre Mehrheit in beiden Kammern zu erhalten.

Bushs Umfragewerte waren schon vor dem Hurrikan auf ein bis dahin unbekanntes Rekordtief gesunken, und jene mageren 38 Prozent aller Bürger, die ihm in


DAVID J. PHILLIP / AP

Zerstörte Vorstadt von New Orleans
„Herr Präsident, wir sind wütend“

Das Titanic-Syndrom

„Katrina“ konfrontiert die US-Gesellschaft mit einem ihrer größten Tabus: der wachsenden Armut in einem der reichsten Länder der Welt.

Die Austernfischer von Pointe a la Hache haben es nicht leicht gehabt. Zehn Stunden pro Tag ist Tinson Myron Lamar früher mit seinen Kumpanen in den Golf von Mexico gefahren, hinaus zu den Bänken, wo die begehrte Gulf-Coast-Oyster siedelt. Lamar hat das Boot geschrubbt, die anderen sammelten die Austern ein, am Abend



FRANK HORNIG / DER SPIEGEL

Hurrikan-Opfer Lamar mit Familie
„Wir müssen von vorn anfangen“

wurde geteilt. Zwei Dollar für jeden Erntesack, das war der Anteil von Lamar. An guten Tagen hat er so 100 Dollar geschafft.

Dann kam „Katrina“, der Hurrikan, und hat alles zerstört, die Austernbänke und das Boot, sein Haus und sein Dorf, das nur einige Meilen südlich von New Orleans im Mississippi-Delta liegt – oder vielmehr: lag.

Nun sitzt Lamar auf einem Feldbett in Baton Rouge und sortiert die Trümmer seines Lebens: Er ist 43, seit 24 Jahren hat er Fischerboote geputzt, etwa 2000 Dollar im Monat oder 24 000 Dollar im Jahr hat das gebracht, wenn er nicht krank war und keinen Urlaub nahm.

Es reichte gerade, um seine Frau zu ernähren und die drei Kinder und um sein kleines Haus im Camping-Park zu finanzieren, eine Mischung aus Wohnwagen und Baracke. Für eine Sturm- und Flutversicherung reichte es nicht. Im Fernsehen hat er Luftaufnahmen seines Ortes gesehen, alles kaputt. „Wir müssen von vorn anfangen“, sagt er.

Das River Center in Baton Rouge ist eine der wichtigsten Sport- und Veranstaltungshallen Louisianas. Am linken Rand des Spielfelds leben derzeit auf ein paar Matratzen die Lamars. Direkt daneben kampiert Lennox Battle, 40, mit seiner Frau und vier Kindern, Austernfischer auch er. Seine Schneidezähne: höchst lückenhaft, ein Zahnarzt wäre zu teuer. Krankenversicherung? Undenkbar.

„Es ist so schwer, alle Rechnungen zu bezahlen“, sagt er. Nebenan döst Dennis Lanico, Koch aus New Orleans, der ebenfalls vor dem Nichts steht wie all die anderen hier, die schon vor der Flut kaum etwas besaßen. Über 4000 Menschen hat es in diese Halle gespült. Die meisten sind arm oder kinderreich, schlecht ausgebildet oder schwarz. Etliche sind alles zugleich.

Und Amerika? Hat in die Fluten von New Orleans geschaut und Armut und Elend unfassbaren Ausmaßes gesehen, hunderttausendfach. Das abfließende Wasser legt neben Leichen und Unrat auch erschreckende Einblicke in die Lebensbedingungen am unteren Rand der US-Gesellschaft frei.

Am selben Tag, als die Dämme brachen, stellte Charles Nelson vom U. S. Census Bureau in Washington den jüngsten Einkommens- und Armutsbericht seines Amtes vor. Nelson erläuterte mehr als ein Dutzend Schautafeln, viele zeichneten ein hässliches Bild der USA.

Die Zahl der Armen in Amerika ist 2004 um 1,1 Millionen auf 37 Millionen gewachsen – zum vierten Mal in Folge. Während die offizielle Statistik unter Präsident Bill Clinton deutlich zurückgegangen war, ist sie unter George W. Bush um 12 Prozent gestiegen.

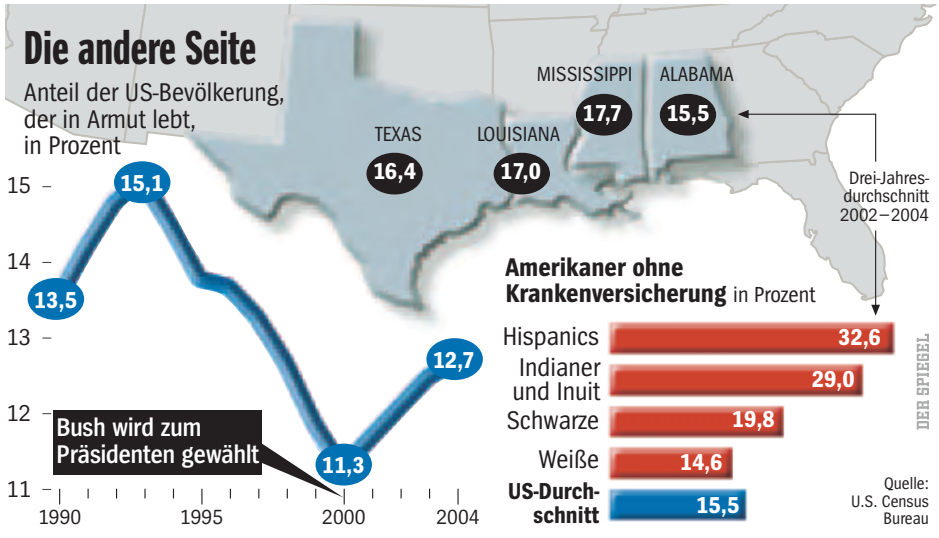
Für die Behörde ist der Termin im Spätsommer jährliche Routine wie für die Öffentlichkeit auch, die das Unterschichten-Thema bislang gern wegschwieg. Diesmal ist eine Grundsatzdebatte entbrannt, weil das Fernsehen die grauen Zahlen mit Katastrophenbildern in Echtzeit begleitete. Amerika sieht sich selbst – und erschrickt.



Notunterkunft im texanischen Dallas: *Exodus*

Jetzt diskutiert eines der reichsten Länder der Welt, wie man komplette Bevölkerungsgruppen sich selbst überlassen hat. So intensiv wie seit langem nicht ist wieder von den langen Schatten der Sklaverei die Rede, von den späten Folgen des Rassismus und vom dunklen, armen und verletzlichen Gesicht Amerikas. Quer durchs Land hat sich das Elend verschärft, von Detroit im Norden, wo ein Drittel der Einwohner unterhalb der Armutsgrenze lebt, bis zur Hauptstadt Washington an der Ostküste, wo die Säuglingssterblichkeit doppelt so hoch ist wie in Peking.

Aber es ist der Süden, der seit langem die traurigsten Zahlen liefert. Die alte Heimat der Baumwollplantagen lag schon immer hinter dem reichen Norden zu-





LAWRENCE JENKINS / AFP

von geradezu historischer Dimension

rück. Seit der für sie ruinösen Niederlage im amerikanischen Bürgerkrieg vor 140 Jahren hat sie sich nie mehr richtig erholt. „Katrinas“ Hauptopfer, Louisiana und Mississippi, gehören zu den ärmsten Bundesstaaten der USA. In New Orleans waren zwei Drittel der Bevölkerung schwarz, 23 Prozent der Einwohner lebten am Rande des Existenzminimums.

Der Hurrikan brachte Anarchie und Leid hinzu. Yale-Dozent Jim Sleeper erklärte die Stadt zum „Bagdad am Mississippi“. Einer der schärfsten Bush-Kritiker, „New York Times“-Autor Frank Rich, spricht vom „Titanic-Syndrom“: Im Unterdeck war jeder auf sich selbst gestellt, sagt er. Nur die First-Class-Passagiere schafften es sicher in die Rettungsboote.

Inzwischen kehren die Ersten aus New Orleans’ weißer Oberschicht mit privaten Hubschraubern in ihre Villen zurück. Auf den Grünflächen von Audubon Park, einer kaum beschädigten Reichensiedlung, landen Helikopter mit Truppen einer israelischen Sicherheitsfirma, die gefährdete Anwesen schützen sollen. Ende voriger Woche war ein Treffen der High Society mit Bürgermeister Ray Nagin in Dallas geplant, um den Wiederaufbau zu besprechen. Die Reichen wollen das Desaster nutzen, um die Strukturen ihrer Stadt zu ändern: demografisch, geografisch und politisch.

Die High School von Biloxi, einer Kleinstadt an der Golfküste, dient derweil als Notunterkunft. Sie ist ein Ort der Gestrandeten. Alte Menschen laufen verwirrt über die Flure, ausgemergelte Körper liegen auf dem nackten Fußboden. Es gibt Gescheiterte wie Charles Parfait, 27, der psychisch krank ist und seit längerem vor Gericht um Unterstützung kämpft. Und es gibt die Tapferen.

Ann Blackmon, 29, zwei Kinder, kein Mann, ist eine von ihnen. Ihr Geld hat sie als Sandwich-Verkäuferin in einem Casino verdient, zehn Dollar pro Stunde. Jetzt wartet sie mit ihrer Großfamilie, ihren Eltern und Kindern, Geschwistern, Nichten und Neffen, auf irgendeine Zukunft. Ihr ganzer Clan, 34 Menschen, will in Florida ein neues Leben starten.

Hunderttausende werden wie Blackmon die Region für immer verlassen, in einem Exodus von geradezu historischer Dimension. Sie hatten kein Geld, kein Auto oder keine Kraft, um sich und ihr Gut rechtzeitig zu retten. Für den Neustart in der alten Heimat fehlen ihnen nun Mittel, Zeit und Perspektiven.

Zwei fremde Welten, zwei Amerikas treffen in diesen Tagen aufeinander, und das ist vielleicht das einzig Gute an der Katastrophe. In der Baptisten-Kirche von Baton Rouge sind das auf der einen Seite Pastor Stuart Rothberg und seine 4000 Gläubigen: Sie sind fast alle weiß, haben gepflegte Einfamilienhäuser, große Vans und gutbezahlte Jobs. Auf der anderen Seite stehen 700 Schwarze aus New Orleans, die in Turnhalle und Klassenräumen der Gemeinde Quartier bezogen haben.

Am Sonntag beim Gottesdienst haben sie alle zusammen gesungen und sind sich in die Arme gefallen. Da hat Zena Segure wenigstens für ein paar Stunden verdrängt, wie hilflos sie sich in den Fluten fühlte, als keine Rettung kam und Babys und alte Menschen ertranken. Und wie wütend sie war, als danach im Fernsehen ständig von Flüchtlingen die Rede war wie in einem afrikanischen Bürgerkrieg.

„Wir sind keine Flüchtlinge“, sagt sie empört, „wir sind Bürger der USA.“ Als wäre das keine Selbstverständlichkeit.

Frank Hornig

neuen Umfragen zugestehen, bei den Aufräumarbeiten einen ordentlichen Job zu machen, werden für einen echten Stimmungsumschwung nicht reichen.

Am vorvergangenen Donnerstag proklamierte Bush für den 16. September einen nationalen Gedenktag, um seinen Landsleuten Gelegenheit zu geben, für „Katrinas“ Opfer zu beten. Doch selbst himmlische Tröstung wird kaum die Erfahrung vergessen machen, dass sich der vermeintlich so handlungsstarke Bush in Zeiten einer nationalen Krise als Totalverlust herausstellte – missing in action.

Nicht einmal Amerikas Feinde konnten sich vorstellen, wie hilflos die Supermacht reagieren und wie scharf diese Hilflosigkeit ein paar Wahrheiten wieder ans Licht bringen würde, die viele Amerikaner längst verdrängt wähnten – die immer noch schockierende Trennung von Arm und Reich, von Schwarz und Weiß, das gnadenlose Im-Stich-Lassen der Bedürftigen, von denen sich viele mit brutaler Gewalt rächten. „Das ist eine nationale Schande“, empörte sich der Kongressabgeordnete und ehemalige Bürgerrechtler John Lewis.

Vier Tage brauchte Bush bis zu seinem ersten Besuch im Krisengebiet – nur, um dann alles falsch zu machen. Er lächelte und riss Witze, wo es nichts zu lachen gab. Er umarmte Flüchtlinge in Biloxi und empfahl Hilfsbedürftigen den Gang zur Heilsarmee – bis ihn ein Berater darauf hinwies, dass „Katrina“ auch deren Gebäude weggefegt hatte.

Die Flagge auf dem Weißen Haus senkte sich erst auf halbmast, als am vorvergangenen Samstag William Rehnquist, der oberste Richter des Landes, starb. „Das hätte die Clinton-Regierung besser hinbekommen“, erklärte der konservative Kolumnist William Kristol, sonst einer der treuesten Bush-Anhänger.

Dabei war Bush in seiner Administration noch einer der Tüchtigeren. Vizeprä-

sident Richard Cheney, inzwischen zum obersten Katastrophenhelfer ernannt, blieb noch auf seiner Ranch in Wyoming, als Bush schon ins Weiße Haus zurückgekehrt war. Außenministerin Condoleezza Rice eilte erst in ihr Amt, um die ausländischen Hilfsangebote zu koordinieren, nachdem sie in New York beim Schuhkauf von einer wütenden Kundin angebrüllt worden war. Zum Ausgleich ließ sie sich beim Verteilen von Hilfsgütern fotografieren.

Dass die Regierung in der zweiten Woche nach der Katastrophe endlich aufgewacht ist, können noch immer nicht alle glauben. „Go, fuck yourself“, herrschte ein wütender Überlebender den Vizepräsidenten vergangenen Donnerstag bei einem Besuch in Gulfport, Mississippi, an.

Andere verfolgen jetzt fassungslos, dass Lebensmittel, Pumpen und ganze Spielplätze für heimatlose Kinder aus dem Ausland eingeflogen werden – eine Luftbrücke für das reichste Land der Erde. Der deutschen Hilfe schickte Bundeskanzler Gerhard Schröder allerdings auch eine Mahnung hinterher: „Für Menschen, die in Not sind, brauchen wir einen starken Staat.“

Das Entsetzen darüber, wie schwach die eigene Regierung handelte, hat den sonst üblichen Schulterschluss in Krisenzeiten außer Kraft gesetzt. Allabendlich schreien Reporter auf einmal staatliche Funktionäre an, um sie zu schnellerem Handeln zu bewegen: „Hier liegen überall Leichen“, brüllte eine Reporterin den unseligen Chef der Zivilschutzbehörde, Michael Brown, an, der am vergangenen Freitag von seinem Rettungskommando entbunden wurde. Die „Times Picayune“, die Lokalzeitung von New Orleans, die im Internet weiter publizierte, als ihre Druckmaschinen überflutet waren, verlangt den Rausschmiss der Verantwortlichen: „Herr Präsident, wir sind wütend.“

Vielen Überlebenden der Katastrophe genügt das nicht. Im Städtchen Poplarville, Mississippi, das Bush besuchte, hoffte Robert Duke: „Dafür muss jemand ins Gefängnis.“

Wer das sein könnte, will nun auch Bush geklärt wissen und versprach eine Untersuchung aller Versäumnisse, verfehlte aber wieder den richtigen Ton: „Wir müssen sicherstellen, dass wir auf einen Angriff mit Massenvernichtungswaffen – oder einen weiteren Sturm – angemessen reagieren.“

Der gutversteckte Anflug von Selbstkritik ist Bushs Versuch, Schlimmeres abzuwenden. Die mögliche nächste Präsidentschaftsbewerberin der Demokraten, Hillary Clinton, wirbt bereits für einen unabhängigen Untersuchungsausschuss – nach dem Vorbild jener Kommission, welche die Fehler im Vorfeld der Terroranschläge des 11. September untersucht hatte. Deren Abschlussbericht stand in den USA monatelang auf den Bestsellerlisten, ein Werk über „Katrina“ hätte Chancen, ein ähnlicher Erfolg zu werden.



THW

Deutsche Helfer in New Orleans: *„Für Menschen, die in Not sind, brauchen wir einen starken Staat“*

Blamiert steht schon jetzt der oberste Heimatschützer der Nation da, Minister Michael Chertoff. Als neuer Sheriff in der Stadt hatte er sich bei seinem Amtsantritt feiern lassen und versprochen, das Chaos zu ordnen, das seine Monsterbehörde von insgesamt 180 000 Mitarbeitern beherrscht. Oberste Priorität hatte dabei der Kampf gegen den Terror, Schutz vor den Naturgewalten schien nachrangig.

Vier Jahre nach den Terroranschlägen von New York und Washington gibt es deshalb selbst in ländlichen Regionen ABC-Schutzanzüge, aber die Mittel für den Deichbau wurden zusammengestrichen.

Noch vor drei Wochen warnte eine Delegation von Zivilschützern Chertoff vor den „dramatischen Folgen“ einer solchen Fixierung auf den Terrorismus. „Dies kann böse Folgen für die Menschen haben“, erklärte Dave Liebersbach, Alaskas oberster Krisenmanager.

Nicht einmal der Untergang von New Orleans hat diese Terrorfixierung aufgehoben. Am Louis-Armstrong-Flughafen weigerten sich Chertoffs Beamte vorige Woche, mit der Evakuierung auf dem Luftweg zu beginnen, weil die Metalldetektoren ausgefallen waren und keine Luftmarschälle die Flüchtlinge begleiten konnten.

Nun hoffen die Demokraten auf ausreichenden Diskussionsstoff für monatelange Anhörungen. Auf ersten Zeugenlisten, die im Kongress zirkulieren, stehen all jene Militärs ganz oben, die das Debakel öffentlich mit dem Irak-Krieg in Verbindung gebracht haben. So warnte Pete Schneider von der Nationalgarde Louisianas bereits vor Monaten, dass Soldaten und Gerät bei einer Naturkatastrophe fehlen könnten. Die Kommandeure der 4. Brigade der 10. Gebirgsjägerdivision in Fort Polk, Louisiana, sollen auf dem Kapitol bezeugen, dass sie nach dem Hurrikan nicht ausrücken durften, weil sich ihre Einheit gerade auf einen Einsatz im fernen Afghanistan vorbereitete.

Etwa 200 000 Flüchtlinge von der Golfküste sind inzwischen überall im Land untergekommen – ein Exodus, wie ihn Amerika zuletzt in der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre erlebte. Eine Welle der Hilfsbereitschaft hat die USA erfasst, fünf Millionen Dollar spendete der Schriftsteller John Grisham. Auf solche Gesten setzt das Weiße Haus jetzt, auch um das eigene Versagen zu kaschieren. „Wir lösen Probleme“, sagt Bush trotzig, er habe keine Zeit für „alberne Schuldzuweisungen“.

Ob New Orleans durch den verspäteten Tatendrang wirklich gerettet werden kann, steht noch dahin. Während die internationalen Helfer, darunter auch deutsche Pumpenspezialisten vom Technischen Hilfswerk, ihre Geräte auspackten und sich darauf vorbereiteten, gemeinsam mit den Amerikanern die giftige Brühe aus dem Becken von New Orleans zurück in den Lake Pontchartrain zu pumpen, wird der Schaden immer deutlicher. Etwa 140 000 bis 160 000 Häuser gelten als zerstört. Kaum jemand glaubt noch, dass alle Flüchtlinge zurückkehren werden – wohin auch?

Aus den Vororten von Baton Rouge, der ersten Stadt am Mississippi, die so hoch liegt, dass keine Sturmflut sie erreichen kann, wird von schwunghaftem Häuserkauf berichtet.

Nur: Diejenigen, die bisher die Stadt nicht verlassen konnten und seit vergangenem Freitag mit vorgehaltener Waffe dazu gezwungen werden, haben sicher kein Geld, sich anderswo neue Wohnungen zu kaufen.

Georg Mascolo



BRIEN AHO / U.S. NAVY / CORBIS

Nationalgardist über New Orleans: *„In dem verdammten Wasser steckt der Tod“*

Der letzte Mann

Weil New Orleans nicht genügend auf den Hurrikan „Katrina“ vorbereitet war, versuchen die Verantwortlichen jetzt, die Stadt und ihren Ruf zu retten. Der Polizeichef der versunkenen Stadt wird zur Symbolfigur dieser Bemühungen. *Von Alexander Osang*

Der Tag, an dem der Hurrikan „Katrina“ New Orleans traf, ist Eddie Compass' Geburtstag, und tief in seinem Herzen glaubt Eddie Compass wohl nicht daran, dass dies ein Zufall ist. Am 29. August wurde er 47 Jahre alt. Er sagt, dass Gott ihm mit dem Sturm eine Aufgabe gestellt habe. Und er, Eddie Compass, sei bereit, diese Aufgabe zu erfüllen. Er werde nicht weichen, er werde kämpfen und siegen, sagt er. Er werde die Stadt sichern. Er sei der letzte Mann, der New Orleans verlasse. „The Last Man Standing“.

Eddie Compass ist der Polizeichef von New Orleans.

Er steht mit gespreizten Beinen, die Hände auf dem Rücken gefaltet, unterm Vordach des „Harrah's Casino“ im Zentrum von New Orleans, wo sich Rettungskräfte aus allen Teilen des Landes treffen, um zu essen, zu warten und zu beraten, wie es weitergeht mit der Rettung der Stadt. Compass' Blick streicht über Hunderte schwerbewaffnete Männer in engsitzenden Uniformen, an denen so viele Gegenstände befestigt sind, dass die Männer nur eckige, schwerfällige Bewegungen machen können. Die Männer tragen Sonnenbrillen, ihre Gesichter sind verbrannt, ihre Oberarme aufgepumpt, und auf Brust und Rücken steht in großen Buchstaben, wen sie hier repräsentieren. Es sind verwirrend viele Organisationen. Sie kommen aus Los Angeles, Chicago, Oklahoma, Texas, New York und Washington, vom Zoll, von der US-Drogenbehörde, der Nationalgarde, vom FBI, dem Grenzschutz, der Feuerwehr, der Army, den Marines und der Navy.

Auf die Brust von Eddie Compass' Polizeihemd ist in feinen Lettern das Wort Superintendent gestickt. Er ist eigentlich nur der Polizeichef von New Orleans, aber er wippt auf den Fußspitzen, als würde er dieses große Heer dirigieren.



JAKE PRICE / WPN

Polizeichef Compass, Kollege: *„Hunderttausende evakuiert“*

Es gibt viele Verantwortliche, die im Angesicht des Sturms versagten. Die Regierung in Washington kürzte die Mittel, mit denen die Dämme hätten gestärkt werden können. Die Fema, die US-Behörde, die für Katastrophen wie diese zuständig ist, wird von einem alten Kumpel des US-Präsidenten geführt, der vorher Funktionär eines Pferdezüchterverbandes war. In der Krise hatte der Fema-Boss weniger Informationen als die Journalisten, die ihn befragten. Inzwischen hat Bush ihn aus dem Krisengebiet zurückbeordert. Die Gouverneurin von Louisiana wollte zu lange keine Hilfe von

außen akzeptieren. Der Bürgermeister von New Orleans ordnete zu spät die Evakuierung seiner Stadt an. Und der Polizeichef von New Orleans verlor in den Stunden des Sturms einen großen Teil seiner Autos, die Funkverbindung und etwa ein Drittel seiner Polizisten. 500 der 1700 Cops der NOPD meldeten sich am Tag nach dem Sturm nicht mehr zum Dienst.

Alle beschuldigten sich in der vorigen Woche gegenseitig, und ganz am Ende



ABD RABBO AMMAR / ABACA

Armee und Polizei in den Straßen von New Orleans: *Wie eine südamerikanische Militärdiktatur*

stand das New Orleans Police Departement. Sie ließen 30 000 Menschen im Superdome allein, sie zogen sich zurück, als 20 000 ohnmächtige Flüchtlinge vor dem Convention Center wüteten. Sie rannten weg, sie schienen sich aufzulösen, sie verloren die Kontrolle über ihre Stadt.

Eddie Compass ist der Chief. Fühlt er sich schuldig?

„Wie können Sie mir so eine Frage stellen?“, ruft Compass. „Meine Männer kämpfen bis zum Umfallen. Wir haben ein provisorisches Gefängnis eingerichtet. Wir haben das Plündern unterbunden. Wir haben Hunderttausende evakuiert. Wir retten jeden Menschen aus den überfluteten Gebieten. Ich habe seit zehn Tagen meine Unterwäsche nicht gewechselt. Ich habe einen schlimmen Rücken, aber ich stehe hier jeden Tag 21 Stunden lang meinen Mann.“

Er greift sich einen vorbeilaufenden Polizisten mit einem gelben Stirnband und umarmt ihn lange.

„Das ist Darren“, sagt er, nachdem er ihn losgelassen hat. „Officer Hartman. Ein guter Mann. Die Leute, die uns verlassen haben, sind keine Polizisten. Das hier sind die richtigen Polizisten.“

Darren Hartman steht da, die dicken Arme schaukeln an seinem Körper. Compass findet einen weiteren Kollegen, den er umarmen kann. Dann noch einen und noch einen. Er stellt sie alle vor. Kräftige Männer mit Waffen im Hosenbund, am Gürtel, über der Schulter. Als er damit fertig ist, sagt Compass: „Ich muss jetzt los.“

Er möchte den Superdome inspizieren, in den während des Sturms 30 000 Leute flüchteten, und dann auch noch ins Convention Center, wo er herausfinden will, wie viele Menschen dort wirklich in der vorigen Woche starben. Er springt auf die Pritsche eines feuerroten Pick-up-Trucks, fährt aber nur drei Straßen weiter zu einem Interview mit dem Fernsehsender NBC, dem er sagt, dass er nicht weichen wird, bis die Stadt sicher sei.

Der Präsident behauptet, die lokalen Kräfte seien nicht ausreichend vorbereitet gewesen, sagt die Moderatorin, vorsichtig.

„Niemand ist auf einen Hurrikan der Stärke fünf vorbereitet“, sagt Compass, entschieden.

Anschließend fährt er zu Fox News weiter und dann, als sich die Sonne langsam über den Mississippi senkt, zu CNN, deren Reporterin sich am Ufer aufgebaut hat. Er wird an- und abgekabelt und sagt überall ähnliche Dinge. In der Dunkelheit dann, betritt er ein Boot, das CBS gemietet hat, um ihn für die Sendung „60 Minutes“ im Wasser treibend befragen zu können.

Der Bürgermeister von New Orleans ordnete zu spät die Evakuierung seiner Stadt an.

„Nicht länger als eine halbe Stunde, ich muss noch arbeiten“, sagt Compass der Redakteurin, bevor das Boot ablegt. Zwei Stunden später kehrt er ans Ufer zurück. Der Polizeichef hat kleine rote Augen, es ist kurz vor Mitternacht.

„Wir sind fertig für heute. Wir hauen uns aufs Ohr“, sagt Chief Compass.

Wollte er nicht noch den Zustand des Superdome prüfen und die Leichen im Convention Center zählen?

Compass scheint einen Moment nachzudenken, dann sagt er: „Sie können bei mir schlafen, in der City Hall. Da bekommen Sie gleich mal einen Eindruck, was bei uns so abgeht.“

Wir rollen die schwarze Canal Street hinunter durch das Zentrum von New Orleans, vorbei an den Campingwagen der Fernsehsender, umgestürzten Palmen, dem Hyatt mit den herausgeblasenen Scheiben, auf den letzten Metern zum Rathaus steht das Wasser einen halben Meter hoch.

„Hebt die Füße, verdammt noch mal“, ruft der Polizeichef. „In dem verdammten Wasser steckt der Tod.“

In den vergangenen Tagen hörte man, es gebe Cholera- und Ebola-Viren im Wasser, die ersten Menschen seien bereits daran gestorben. Es hieß auch, im Superdome seien Leute vergewaltigt und gegessen worden, Polizisten hätten sich untereinander beschossen, und Tausende Menschen seien in den Fluten von New Orleans ertrunken. Niemand konnte diese Gerüchte bislang bestätigen. Fest steht nur, dass 25 000 Leichensäcke in New Orleans angeliefert wurden und das Rathaus wieder Strom hat.

Der Lastenaufzug rumpelt nach oben, vorbei an der Etage des Bürgermeisters, der nicht da ist, weil er sich zum ersten Mal mit seiner Familie außerhalb der Stadt trifft, sagt Compass. Er erklärt, dass Nagin der beste Bürgermeister Amerikas, wahrscheinlich sogar der Welt sei. Sie kennen sich aus Schulzeiten. Oben, im neunten Stock, laufen wir an den verblichenen Porträts früherer Polizeichefs vorbei. Das letzte ist von Chief Richard Pennington, den Bürgermeister Nagin entließ, als er vor dreieinhalb Jahren die Stadt übernahm.

Die Polizei von New Orleans galt lange Zeit als korrupt. Die Polizisten patrouillierten in schwarzen Trucks, trugen keine Marken, aber schwarze Kopftücher, Cargo-Hosen und Sonnenbrillen, sie waren von den Kriminellen, die sie jagen sollten, kaum zu unterscheiden. Das alles wollte Ray Nagin verändern, und dafür holte er sich seinen Schulkumpel Eddie Compass, der als erste Amtshandlung von seinen Polizisten verlangte, die Bürger der Stadt mit „Sir“ beziehungsweise „Ma’am“ anzusprechen.

„Hier sind wir“, sagt Chief Compass und macht eine einladende Geste zu einem schmalen mit Nadelfilz ausgeschlagenen

Flur, wo bereits zwei Reporter der „New York Times“ in Boxershorts und T-Shirts hocken, die er offenbar auch eingeladen hat, bei ihm zu schlafen. Es gibt keine Betten, natürlich nicht, aber es gibt nicht mal Kissen oder Decken, von oben brennt Neonlicht, die Kollegen sehen zerzaust aus. Compass verschwindet in einer Tür, hinter der man ausgeklappte Liegen erkennt. Er habe heute eine Impfung gegen Tetanus und zwei gegen Hepatitis bekommen, deswegen fühle er sich ein bisschen schwach. Dann fällt die Tür zu und öffnet sich nicht mehr bis zum nächsten Morgen.



JOHN RILEY / DPA

Polizeichef Compass, Gouverneurin Blanco, Vizepräsident Cheney: *„Wir sollten alle beten“*

Um sieben Uhr steht Chief Compass wieder unterm Casinodach und schaut auf die Menge der Kämpfer, die über Nacht noch größer geworden ist. New York hat 600 Polizisten und Feuerwehrleute in die Stadt geschickt. In den Straßen drängeln sich Schwimmpanzer, Polizeiautos und Trucks, an denen Boote hängen. In der Nacht hat Bürgermeister Nagin angekündigt, dass New Orleans zwangsgeräumt wird. Anschließend ist er verschwunden. Es heißt, er erhole sich ein bisschen von all dem Stress. Er hatte in Interviews den Präsidenten beschimpft, war in Tränen ausgebrochen und wollte nicht aus dem Hyatt-Hotel ausziehen, wo es weder Strom noch fließendes Wasser noch Telefone gab.

Polizeichef Eddie Compass ist jetzt Sprecher von New Orleans.

Er korrigiert seinen Bürgermeister vorsichtig. Immer noch seien Tausende in ihren Häusern gefangen, die die Stadt freiwillig verlassen wollten. Diese Menschen würden sie in Sicherheit bringen, bevor Zwang angewendet werde. Bislang hätten sie 30 Prozent der Stadt noch gar nicht kontrolliert. Compass läuft, immer wieder Kollegen umarmend, auf eine kleine Holzwand unterm Casinodach zu, an der eine Karte hängt, auf der die kontrollierten Gebiete schraffiert sind. Vor der Karte steht Captain Tim Gayord.

Compass umarmt ihn lange.

Gayord ist 49 und seit 31 Jahren Polizist. Er hat breite Schultern, wasserblaue Augen und wippt in den Knien wie sein Chef. Normalerweise leitet er das Rauschgiftdezernat, seit einer Woche organisiert er die Bootstouren durch die untergegangene Stadt. Jeden Morgen fahren freiwillige Helfer mit ihren Booten am Casino vor. Gayord teilt den Bootsführern Polizisten aus New Orleans und auch Soldaten zu, die gerade zur Verfügung sind, und gibt ihnen den Bezirk vor, den sie durchstreifen sollen. Die Männer mit den Booten sehen verwegen aus, sie erinnern an Söldner, alle tragen Waffen. Der Erste in der Reihe ist Mitch Larieaux, ein Hafenarbeiter, an dessen Pick-up-Truck ein flaches grünes Metallboot hängt. Mitch ist groß und kräftig, tief an seiner Hüfte baumelt ein Revolver. Gayord teilt ihm den Polizisten Charles Loescher zu sowie zwei junge Marines, die auf eigene Faust aus New York nach New Orleans fuhren, um zu helfen. Er schickt sie in die Zone IV, wo die St. Bernard Projects liegen, eine der ärmsten Gegenden der Stadt.

Die Polizisten waren von den Kriminellen, die sie jagen sollten, kaum zu unterscheiden.

Mitch steuert das Boot an Sozialbauten vorbei, die in übelriechendem, schlierigrünem Wasser stehen. Aus den Fundamenten blubbern Gasblasen an die Oberfläche; wenn sie ein offenes Fenster sehen, rufen Mitch und Loescher nach Zurückgebliebenen. Wenn die Fenster zu sind, hat sowieso keiner überlebt, sagt Mitch, der seit sieben Tagen mit dem Boot nach Überlebenden sucht. Niemand antwortet, außer zurückgelassenen Hunden, die von den Balkonen bellen. Manchmal klettern sie in ein Haus, um sich drinnen umzusehen. Aber ohne Hoffnung, es wirkt eher so, als wollten sie den beiden jungen Marines eine Freude machen, die nach ihrer langen Autofahrt natürlich auch ein bisschen was erleben wollen. Über ihnen kreisen Helikopter, gelegentlich begegnet ihnen ein anderes Rettungsboot, wenn es nicht so stinken würde, könnte man denken, sie machen einen Bootsausflug. Chief Compass hat von zehntausend Bürgern gesprochen, die noch in ihren Häusern auf Rettung warteten, die Zahl beginnt in der Hitze zu zerfließen wie die mindestens zehntausend Toten, die der Bürgermeister angekündigt hatte.

Mitch umkurvt die gestrandeten Autowracks, die Marines starren auf das giftige Wasser, Officer Loescher zieht sein Hemd aus. Er ist normalerweise Streifenpolizist im French Quarter und schlug sich mit betrunkenen Touristen herum. Bevor der Sturm kam, fuhr er seine Familie nach Alabama und hatte Schwierigkeiten zurückzukommen, weil überall Wasser war, sagt er. Sein Haus war überflutet, sein Auto unbrauchbar. Er nahm nur die feuchte Polizeimarke und meldete sich am Mittwoch nach dem Sturm zum Dienst zurück, vielleicht hat auch er darüber nachgedacht aufzugeben. Es war so überwältigend, und er ist ja nur ein Streifenpolizist im French Quarter. Loescher erzählt von seinem Freund Paul Accardo, der sich in der Woche nach dem Sturm das Leben nahm. Sie sind zusammen auf die katholische Highschool in New Orleans gegangen und später zusammen auf die Polizeiakademie. Accardo war als Officer für Public Relations der Polizei von New Orleans zuständig, am Ende gab es für ihn keine guten Nachrichten mehr zu verkaufen. Accordo verbrachte zwei Tage im Superdome, er fing an unzusammenhängende Dinge zu erzählen und hörte dann ganz auf zu sprechen. Am Freitag nach dem Sturm setzte er sich in seinen Polizeiwagen, fuhr aus der Stadt und schoss sich eine Kugel in den Kopf.

„Der Stress ist schon ziemlich groß“, sagt Loescher. Die Polizeimarke an seiner Brust ist inzwischen leicht angerostet.

Nach drei Stunden finden sie im zweiten Stock eines Wohnblocks Luis Fernandez, einen zahnlosen Mann in Strümpfen, der sein Haus zunächst nicht verlassen will, weil er das Boot eines Freundes bewachen soll, wie er sagt. Weil aber nirgendwo ein

Boot zu sehen ist, kommt er schließlich doch mit. Nach fünf Stunden finden sie auf der Terrasse eines Hauses vier Leichen, schwarz und aufgebläht. Man kann sich vorstellen, was man sehen wird, wenn all das Wasser abgelaufen ist. Sie melden den Fund der Zentrale, dann fahren sie weiter. Die beiden New Yorker Marines entspannen sich ein bisschen, sie haben das Gefühl, gebraucht zu werden, helfen zu können. Es ist ein sehr amerikanisches Gefühl.



SHANNON STAPLETON / REUTERS

Polizisten auf der Jagd nach Plünderern: *Die trainierten Oberarme benutzen*

Es steckt in den Körpern all der schwerbewaffneten Männer, die jetzt durch die Straßen von New Orleans laufen. Sie wollen ihre trainierten Oberarme benutzen und auch all die Gerätschaften, die an ihren Uniformen baumeln, die Magazine, Messer, Handschellen, Spritzen, Sprays und Waffen, aber da ist nur das Wasser, die leeren Häuser, die streunenden Hunde und ab und zu ein paar kranke, ausgehungerte und verwirrte Menschen, die nicht wissen, ob sie gehen oder bleiben sollen. Und so wirkt all die Kraft der bewaffneten Helfer unangemessen und bedrohlich. An vielen Stellen sieht New Orleans aus, als wäre es in die Hände einer südamerikanischen Militärdiktatur gefallen.

Polizeichef Compass würde keinen schlechten Diktator abgeben. Das ganze Umarmen und Gebrülle, das Wippen auf den Zehenspitzen. Compass ist am Rande seiner Möglichkeiten. „Ich schlafe nur vier Stunden, aber sehe ich müde aus? Nein. Das ist, weil ich bete. Wir sollten alle beten“, sagt er.

Eddie Compass wurde in der Mitte der Stadt groß, nur einen Block entfernt von einem verrufenen Sozialviertel, wo all die Leute wohnen, die nun als Plünderer beschimpft werden. Sein Vater arbeitete bei der Post, seine Mutter war Hausfrau. Er hat zwei Schwestern. Die vor allem hätten ihn zu dem Mann gemacht, der er sei, sagt er grinsend. Mitunter redet er wie ein Fernsehprediger, mitunter wie ein Footballcoach, aber manchmal starrt er auch nur gedankenverloren. Eddie Compass ist ein Mann zwischen Stolz und Scham. Er erinnert an seine Stadt. Womöglich ist er deshalb ein so gefragter Mann.

Compass schickt die Eingreiftruppe seiner Polizei in ein verlassenes Warenhaus an der West Bank, wo sich eine bewaffnete Bande versteckt haben soll. Fünf Schützenpanzer, bestückt mit schwarzgekleideten, grimmigen Polizisten, dirigiert von Captain Will Lynn. Eddie Compass umarmt seinen Captain, als rechne er nicht damit, dass er aus dem Krieg zurückkommt. Die Einheit bringt drei Stunden später zwei schmutzige Männer in Unterhemden in das provisorische Gefängnis am Bahnhof von New Orleans. Es ist nicht klar, was sie verbrochen haben, aber das wird man herausfinden. Die Männer werden fotografiert, registriert und dann in Käfige gesteckt, die die Polizei auf einem Bahnsteig aus Maschen- und Stacheldraht gebaut hat. Ihren Prozess bekommen sie später. Das eigentliche Gefängnis wurde überflutet, die 7000 Häftlinge evakuiert und auf andere Haftanstalten in Louisiana verteilt. 58 Leute hocken im Moment in den Käfigen. Es gibt Platz für mehr, viel mehr. Vor den Käfigen stehen Männer mit dicken schwarzen Schrotflinten.

„Wenn die Fenster zu sind, hat sowieso keiner überlebt“, sagt der Polizist.

Am Mittwochnachmittag kommt die Gouverneurin von Louisiana nach New Orleans. Kathleen Babineaux Blanco sieht sich den Superdome an und die Polizeizentrale unterm Casinodach, dann fährt sie ins Rathaus, um sich mit dem Bürgermeister zu treffen. Aber der Bürgermeister ist nicht da, und so tritt sie anschließend zusammen mit Polizeichef Compass vor die Fernsehkameras. Die Gouverneurin sagt auf kritische Fragen, dass man jetzt nach vorn schauen müsse und nicht nach hinten. Sie freue sich, dass endlich nationale Hilfe da sei. Sie verweist auf „ihre“ beiden Generäle, die neben ihr stehen. Den Chef der Joint Task Force Katrina und den Chef der Nationalgarde. Die Generäle nicken leicht. Eddi Compass wirkt einen Moment verunsichert. Vielleicht fragt er sich, was er eigentlich noch zu sagen hat in seiner Stadt. Aber dann strafft er sich und spult sein übliches Programm ab. Sie würden die Stadt evakuieren, säubern und wieder aufbauen, schöner und stärker als zuvor. Sie arbeiteten rund um die Uhr. Er sei der erste Mann auf dem Schlachtfeld gewesen und werde der letzte sein, der es verlasse.

Als er fertig ist, öffnet die Gouverneurin ihre Arme, doch Chief Compass lässt sich nur widerwillig in die Arme nehmen. Vielleicht will er sich nicht mit den falschen Leuten verbünden. Aber wer sind die? Was ist mit dem Vizepräsidenten, der morgen kommt?

Am nächsten Morgen lässt er sich sicherheitshalber ein frisches weißes Uniformhemd bringen. Es hat Schulterstücke mit vier goldenen Sternen. Dick Cheney läuft mit seiner Frau und den Chefs von Fema und Homeland Security durch das Stadtzentrum, in ihrer Mitte hält sich Compass in seinem blütenweißen Hemd, lächelnd wie ein Frühstücksdirektor. Der amerikanische Vizepräsident dreht nur eine kurze Runde, schüttelt ein paar Hände, drückt den Chief und springt, ohne eine einzige Frage beantwortet zu haben, in einen Militärjeep, der ihn zum Flughafen bringt, fort von hier nach Washington.

Zurück bleibt Compass, er steht vor dem Casino, die Beine leicht gespreizt, die Hände auf dem Rücken, der Blick im Himmel. Die Evakuierung läuft auf Hochtouren. Er hat angeordnet, dass alle Bewohner der Stadt entwaffnet werden. Das bedeutet viel in Amerika, besonders hier im Süden. Der Kampf der Letzten, die sich in ihren Häusern festkrallen gegen die bewaffneten Kräfte, die ihre Stadt erobern, wird immer aussichtsloser. Sie werden wohl nicht mehr viel Gewalt anwenden müssen, um die Lage in New Orleans zu klären. Wenn alles nach Plan läuft, wird Polizeichef Compass bald eine leere Stadt bewachen. ◆

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Erdöl ist keine Waffe mehr“

Opec-Generalsekretär Adnan Schihab al-Din, 62, über die Folgen des Hurrikans „Katrina“ für den internationalen Energiemarkt, den Kampf der Organisation um angemessene Ölpreise und die Notwendigkeit, erneuerbare Energien zu fördern

SPIEGEL: Herr Generalsekretär, nach dem verheerenden Hurrikan in New Orleans und der Zerstörung von Ölplattformen im Golf von Mexiko warnen manche Fachleute vor einer weltweiten Energiekrise. Teilen Sie diese Befürchtung?

Schihab al-Din: Nein, es gibt zwar ein ernsthaftes Problem auf der Versorgungsseite, aber eine Energiekrise sehe ich nicht. Wir haben in den letzten fünf Jahren große Vorräte für den Notfall angelegt. Diese Maßnahmen zahlen sich jetzt aus. Die Verbraucher haben keinen Grund zur Panik.



Opec-Chef Schihab al-Din
„Verbraucher entlasten“

SPIEGEL: Sie zeichnen ein sehr rosiges Bild. Der Weltmarktpreis für ein Barrel Öl hat zeitweise 70 Dollar überschritten. Die Autofahrer zahlen seit der Katastrophe extrem hohe Preise für Benzin – in Deutschland binnen einer Woche 13 Cent mehr.

Schihab al-Din: Trotzdem haben die Rohölpreise noch nicht die Rekordhöhe der frühen achtziger Jahre erreicht: Damals kostete ein Fass, rechnet man die Inflationsraten ein, über 80 Dollar. Unbestritten sind die Preise in den letzten Jahren scharf nach oben gegangen. Aber das hat wenig mit Katastrophen zu tun, sondern vielmehr mit der extrem stark gestiegenen Nachfrage, vor allem aus energiehungrigen Schwellenländern wie China und Indien.

SPIEGEL: Treiben Spekulanten die Preise zusätzlich in die Höhe?

Schihab al-Din: Es gibt Geschäftemacher, die skrupellos auf Energie-Engpässe durch Katastrophen, Kriege und Terror setzen. Sie sind gegenwärtig für etwa 10 bis 15 Dollar des Ölpreises verantwortlich.

SPIEGEL: Bundeskanzler Schröder fordert mehr Transparenz. Ist das machbar?

Schihab al-Din: Auf spekulative Termingeschäfte haben wir keinen Einfluss. Regulationsmechanismen für solche Deals wären wünschenswert. Die fundamentalen Marktdaten rechtfertigen einen Preis in der jetzigen Höhe jedenfalls nicht.

SPIEGEL: Heißt das wirklich, die Konsumenten können aufatmen?

Schihab al-Din: Wir rechnen derzeit nicht damit, dass der Ölpreis weiter steigt, gegenwärtig fällt er wieder …

SPIEGEL: … was ja wohl auch daran liegt, dass Staaten wie die USA und Deutschland einen Teil ihrer strategischen Energiereserven auf den Markt geworfen haben …

Schihab al-Din: … und daran, dass die Opec-Mitglieder ähnliche kostendämpfende Maßnahmen eingeleitet haben.

SPIEGEL: Am kommenden Montag treffen sich die Repräsentanten der erdölexportierenden Staaten in Wien. Werden Sie mehr tun, um die Verbraucher zu entlasten?

Schihab al-Din: Ja, wir planen ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Wir werden unsere Produktion noch einmal erhöhen. Die Opec-Staaten mit Reservekapazitäten werden sich daran beteiligen, allen voran Saudi-Arabien. Das wird die Opec-Produktion um knapp zwei Millionen Barrel pro Tag nach oben schrauben. All das wird langfristig freilich wenig nutzen, wenn wir nicht in Ländern wie etwa den USA zu einer effizienteren Energienutzung kommen.

SPIEGEL: Ausgerechnet die Opec, die doch vom ungebremsten Erdölkonsum und den hohen Erdölpreisen profitiert, fordert die Amerikaner dazu auf, mit den Ressourcen sparsam umzugehen?

Schihab al-Din: Energie sollte nicht verschwendet werden, nirgendwo.

SPIEGEL: Im Durchschnitt konsumiert jeder Amerikaner mehr als das Doppelte eines EU-Bürgers und 13-mal mehr Erdöl als ein Chinese aus der Volksrepublik. Das sonst so nüchterne britische Nachrichtenmagazin „Economist“ nennt die USA deshalb einen „Oiloholic“ und fordert George W. Bush auf, dieser „Abhängigkeit genauso abzuschwören wie einst dem Alkohol“.

Schihab al-Din: Diese Formulierung ist eine Geschmacksfrage. Aber auch ich bin für eine sinnvolle Entwicklung von Alternativen wie Windkraft oder Solartechnologie. Der Erdölverbrauch wird weltweit ohnehin weiter ansteigen. Wir von der Opec sind keinesfalls an Rekordpreisen interessiert. Niemand soll in eine Rezession schlittern. Natürlich wollen wir Exporteure gut verdienen, dazu brauchen wir eine Balance.

SPIEGEL: Als wir vor gut zwei Jahren ein Gespräch mit Ihrem Vorgänger im Amt führten, nannte der eine Spanne pro Bar-



PHILIPP HORAK / AGENTUR ANZENBERGER (O.); DPA (U.)

Saudi-arabische Erdölanlage bei Dhahran
„Wir werden die Produktion erhöhen“



PAUL J. RICHARDS / AFP

Zerstörte Ölplattform bei Mobile, Alabama: *„Keine Panik“*

rel von 22 bis 28 Dollar als Opec-Idealvorstellung. Wo liegt heute Ihr Wunschpreis?

Schihab al-Din: Wenn Sie sich erinnern, kamen wir damals aus einer Rezession. Die damalige Durchschnittsforderung von 25 US-Dollar entspricht heute inflationsbereinigt über 30 US-Dollar. Seit dem Jahr 2003 sehen wir eine stark steigende Nachfrage durch eine prosperierende Weltwirtschaft, und dieser Trend setzt sich, wenngleich leicht abgeschwächt, fort. Das bedeutet, dass die Preise heute wesentlich höher sein müssen – in dem Bereich zwischen 50 und 60 Dollar pro Barrel. Wir befinden uns in einer Übergangszeit mit stark schwankenden Preisen. Der Markt ist volatil. Aber ich glaube, er könnte sich in dieser Größenordnung stabilisieren.

SPIEGEL: Haben nicht Produzenten außerhalb der Opec längst genauso großen Einfluss wie Ihre Organisation? Ist Russland nicht dabei, Saudi-Arabien als Produzent Nummer eins auf der Welt abzulösen?

Schihab al-Din: Es ist richtig, dass Länder wie Russland in den letzten Jahren einen großen Anteil am Zuwachs der Förderung hatten. Die Opec-Staaten sind aber immer noch für etwa 40 Prozent der weltweiten Produktion verantwortlich und für rund 50 Prozent der Exporte. Wir würden gern sehen, dass die Konsumenten weniger für Erdölprodukte bezahlen müssten.

SPIEGEL: Beim Benzinpreis spielen allerdings noch andere Faktoren eine Rolle.

Schihab al-Din: Seien wir doch ehrlich: Die hohen Benzinpreise haben wesentlich mit den hohen Steuern zu tun, die westliche Länder erheben – in Deutschland sind es über 60 Prozent. Und außerdem nutzen die großen Erdölkonzerne die Situation dazu aus, exorbitante Gewinne zu machen. Sie denken wohl mehr an ihre Aktionäre als an die Sicherung der Reserven, sonst würden sie zumindest einen Teil der Einnahmen in dringend notwendige neue Raffinerien investieren.

SPIEGEL: Sehen Sie einen Ausweg aus dieser Misere?

Schihab al-Din: Ich glaube, der Staat muss eine schlüssige Wirtschafts- und Energiepolitik entwickeln, der die Konzerne dazu bringt, sinnvoll zu investieren.

SPIEGEL: Was alles nichts nutzen wird, wenn diejenigen Experten recht haben, die sagen, die Reserven seien weitaus geringer als angegeben. Beispielsweise behauptet der Erdölfachmann Sadad al-Husseini, lange Jahre Produktionsleiter der weltgrößten staatlichen Erdölgesellschaft Saudi Aramco, dass wir auf ein Zeitalter der Erdölknappheit zusteuern. Der Experte ist sicher, dass Saudi-Arabien seine Felder überbeansprucht und nicht mehr lange sein gegenwärtiges Produktionsniveau halten kann.

Schihab al-Din: Das glaube ich ganz und gar nicht. Saudi-Arabien hat die größten Erdölreserven der Welt und leidet auch nicht an Überproduktion. Das sagen nicht nur wir, sondern auch die Konzerne und amerikanische Explorateure.

SPIEGEL: Sie sind optimistisch, obwohl doch in den letzten Jahren praktisch keine ergiebigen Felder gefunden wurden?

Schihab al-Din: Unterschätzen Sie den technologischen Fortschritt nicht. Auch so können wir die Produktion erheblich erhöhen, und zwar noch 40 bis 50 Jahre lang. Wir sind Jahrzehnte von dem Punkt entfernt, wo der Gipfelpunkt erreicht ist und es mit der Produktion abwärts geht.

SPIEGEL: Wirklich? Es ist doch kein Geheimnis, dass manche Opec-Staaten die Angaben über ihre Erdölreserven übertreiben, weil die Opec ihre Produktionsquoten für ihre Mitglieder davon abhängig macht. Saudi-Arabien – die einzige Öl-Supermacht der Erde – liefert noch nicht einmal verlässliche Angaben über seine Produktion.

Schihab al-Din: Das war so. Aber heute bekommen wir aus Riad regelmäßige Berichte …

SPIEGEL: … denen man nicht hundertprozentig Glauben schenken muss. Es stimmt doch nicht, dass sich die Ausbeutung der Felder immer so positiv entwickelt hat, wie es von Riad vorausgesagt wird. Im Oman beispielsweise brach die Produktion durch Überbeanspruchung der Ressourcen innerhalb weniger Jahre um ein Fünftel ein.

Schihab al-Din: Diesen speziellen Fall will ich nicht bestreiten. Aber nehmen Sie als Gegenbeispiel etwa die Nordsee: Da ging die Förderung zunächst dramatisch zurück, aber erholte sich durch die Anwendung neuer Technologien dann wieder.

SPIEGEL: Über andere Unsicherheitsfaktoren haben wir noch gar nicht gesprochen, etwa die Gefährdung der Ölfelder durch Terroristen. Gerade Saudi-Arabien sieht sich in letzter Zeit Anschlägen ausgesetzt, die sich auch gegen dort tätige ausländische Experten richten.

Schihab al-Din: Es gibt diese Gefahren, man muss sie ernst nehmen. Und sie können auch verheerende Folgen haben. Aber es macht keinen Sinn, sich fortwährend mit Katastrophenszenarien zu beschäftigen.

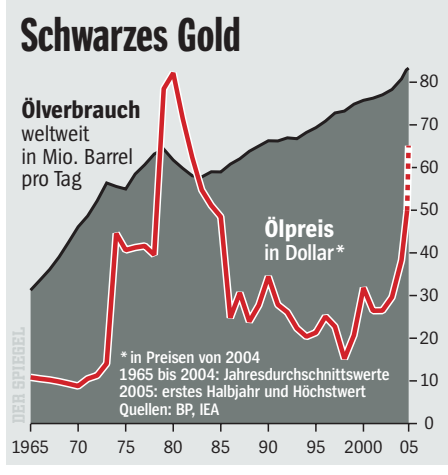
SPIEGEL: Auch der Irak ist Opec-Mitglied. Glauben Sie, der Krieg der Amerikaner war ein Krieg vor allem ums Öl?

Schihab al-Din: Ich kann nur hoffen, dass dies nicht der Fall ist. Irak ist ein Gründungsmitglied der Opec und für uns sehr wichtig. Bagdad hat die zweitgrößten Erdölreserven der Welt, etwa so groß wie die Irans. Wir alle hoffen, dass sich die Sicherheitslage verbessert. Das ist die Hauptvoraussetzung dafür, dass Bagdad seine Möglichkeiten als Erdölproduzent wieder ausschöpfen kann. Gegenwärtig sind die Iraker noch nicht auf dem Stand der Vorkriegsproduktion, sondern gerade erst bei 69 Prozent.

SPIEGEL: Washington schließt nicht aus, auch in Iran militärisch einzugreifen. Präsident Bush ist überzeugt, dass Teheran an der Atombombe bastelt. Kann und will die Opec ihre Mitglieder schützen? Sie selbst waren zuvor Abteilungsleiter bei der Internationalen Atomenergiebehörde und wissen um die Brisanz der gegen Teheran erhobenen Vorwürfe.

Schihab al-Din: Ich denke, die Atomfrage kann friedlich gelöst werden. Was die Hilfeleistung gegenüber Mitgliedstaaten betrifft: Die Opec ist keine politische Organisation, sondern ein Verband zur Koordinierung wirtschaftlicher Interessen.

SPIEGEL: Das sagen Sie so. Die Opec hat doch 1973 durch einen politisch begründeten Boykott die Welt in Atem gehalten und die Öl-



preise explodieren lassen. Hat sich Erdöl denn als politische Waffe definitiv überlebt?

Schihab al-Din: Ich denke, heute geht es um etwas ganz anderes. Wir müssen einen Ausgleich finden zwischen Konsumenten und Produzenten. Wir ziehen am selben Strang – Erdöl ist keine Waffe mehr.

SPIEGEL: Die Opec setzt sich zusammen aus vielen Staaten mit unterschiedlichen Interessen: Venezuela legt sich mit Washington an, Iran und Irak haben Krieg gegeneinander geführt, und Ihr Heimatland Kuweit, ebenfalls Opec-Mitglied, wurde von seinem Opec-Nachbarn aus Bagdad überfallen. Wie ist es da möglich, mit einer Stimme zu sprechen?

Schihab al-Din: Politische Divergenzen werden ausgeblendet, viele unserer Beschlüsse sind Kompromisse. Dass die Opec heute noch funktioniert, liegt schlicht und einfach daran, dass sie jedem ihrer Mitglieder Vorteile bietet.

SPIEGEL: Wird die Vereinigung künftig weiter an Einfluss gewinnen oder droht in Zeiten, in denen Nichtmitgliedstaaten Ihrem Kartell zunehmend Konkurrenz machen, nicht ein Bedeutungsverlust?

Schihab al-Din: Die Opec wird eine sehr wichtige Organisation bleiben, weil sich die Produzenten koordinieren müssen. Am besten wäre, alle machten mit.

SPIEGEL: Wollen Sie die Opec um Staaten wie Russland oder Kasachstan erweitern?



PHILIPP HORAK/ AGENTUR ANZENBERGER

Schihab al-Din, SPIEGEL-Redakteure*
„Es gibt noch genug Öl für Ihre Enkel“

Schihab al-Din: Moskau genießt schon einen Beobachterstatus, wir sprechen viele Dinge mit den Russen ab. Generell steht die Opec neuen Mitgliedern offen.

SPIEGEL: Wann wird das häufig angekündigte Ende des Erdölzeitalters eintreten?

Schihab al-Din: Erdöl wird in absehbarer Zukunft eine zentrale Ressource bleiben. Natürlich weiß auch ich, dass diese Energiequelle endlich ist. Doch bevor der letzte Tropfen versiegt, wird die Menschheit durch ihren Erfindungsreichtum neue Lösungen gefunden haben. Bis dahin gilt: Machen Sie sich keine Sorgen: Es gibt noch genug Öl, auch für Ihre Enkel.

SPIEGEL: Herr Generalsekretär, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Marion Kraske und Erich Follath in der Opec-Zentrale in Wien.



REUTERS

Kontrahenten Timoschenko, Juschtschenko: *Contenance verloren*

UKRAINE

Zerborstenes Gespann

Machtkämpfe in Kiew: Die entlassene Premierministerin Julija Timoschenko wird durch einen Gefolgsmann von Präsident Juschtschenko ersetzt.

Das Dementi klang wie in späten Sowjetzeiten. „Eine Krise der Staatsmacht gibt es nicht“, ließ Wiktor Juschtschenko, Präsident der Ukraine, verkünden. Der Knall tags darauf konnte heftiger kaum sein: Am vergangenen Donnerstag feuerte der Staatschef die Regierung mit der flamboyanten Premierministerin Julija Timoschenko. Der Regierung, so der Präsident, habe „Teamgeist“ gefehlt.

Zerborsten ist ein Dreivierteljahr nach der Revolution in Orange, die zum Sturz des autoritären Regimes von Präsident Leonid Kutschma führte, das Führungsgespann, das noch im November auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew Hunderttausende begeisterte.

Timoschenko, wegen ihrer Herkunft aus dem Energiegeschäft „Gasprinzessin“ genannt, und den Banker Juschtschenko, die 1999 bis 2001 als stellvertretende Ministerpräsidentin und Premier unter Präsident Kutschma dienten, hatte in Wahrheit nie ein gemeinsames politisches Programm vereint. Während Juschtschenko einen pragmatischen Kurs gegenüber den dubiosen „Bisnesmeni“ des Landes steuerte, setzte die „Jeanne d’Arc der Ukraine“ auf einen Feldzug gegen Stützen des alten Regimes.

Zwar konnte der Staat das größte Stahlwerk des Landes, „Kriworischstal“, dem Schwiegersohn des Ex-Präsidenten entreißen, doch das Wirtschaftswachstum des Stahlexportlandes ist von 12,1 Prozent im Vorjahr auf etwa 4 Prozent abgesackt. Erstmals seit sechs Jahren ist die Industrieproduktion im Juni gesunken.

Der Kampf gegen die Korruption, eines der großen Versprechen auf der Revolutionstribüne von Kiew, kommt kaum voran. Christopher Crowley, Osteuropa-Chef der amerikanischen Behörde für Internationale Entwicklung, klagt, die meisten ukrainischen Unternehmen betrieben immer noch doppelte Buchführung – eine reale und eine zum Vorzeigen.

Im Juli geriet gar der Präsident selbst ins Zwielicht, als die „Ukrainska Prawda“ über den aufwendigen Lebensstil des Juschtschenko-Sohns Andrej berichtete. Der 19-Jährige war mit Luxusautos wie einem BMW M6 für 130 000 Euro aufgefallen und brachte den Papa in Erklärungsnotstand. Der Präsident vergaß seine Beherrschung und verglich die Enthüllungsjournalisten mit „bezahlten Killern“.

Dass Juschtschenko inzwischen nicht nur die Contenance, sondern auch das Vertrauen enger Mitarbeiter verloren hat, zeigte am 3. September der Rücktritt Alexander Sintschenkos. Der Ex-Kanzleichef, der als Vertrauter von Timoschenko gilt, brandmarkte die „Korrumpierung der nächsten Umgebung“ des Präsidenten.

Dem Chef des Sicherheitsrats, Pjotr Poroschenko, einem der mächtigen Finanziers der Aufmärsche in Orange, warf er vor, sich aus Polizei-, Gerichts- und Geheimdienstpersonal „ein allmächtiges neues NKWD“ zu schaffen – eine Geheimpolizei in der Tradition Stalins. Am Tag der Regierungsentlassung trat auch Poroschenko zurück: Er wolle zunächst die Vorwürfe gegen ihn gerichtlich klären lassen – seine politische Karriere ist damit wohl noch nicht beendet. Nach dem Bruch mit der wortgewaltigen und finanzstarken Volkstribunin Timoschenko kann der angeschlagene Präsident auf seinen wichtigsten Sponsor weniger denn je verzichten.

Wie beschränkt der in die Enge getriebene Juschtschenko in der Wahl seines führenden Personals ist, zeigt die Ernennung des neuen Premierministers: Jurij Jechanurow, Gouverneur von Dnjepropetrowsk und zu Sowjetzeiten Direktor eines Eisenbetonwerks, leitete von 1994 bis 1997 die zentrale Privatisierungsbehörde.

Ein postsowjetisch im Sande verlaufenes Ermittlungsverfahren wegen „Raubes von Staatsgeldern“ überstand er unbeschadet. Seinen Wiederaufstieg verdankte Jechanurow 1999 dem damaligen Premier Wiktor Juschtschenko, der ihn zu seinem Vize machte – so steht die neue Mannschaft eher für Restauration als für Revolution.

Uwe Klussmann

TONGA

Aufstand der Fußküsser

Die einzige Südsee-Monarchie wackelt. Nach 40 Amtsjahren droht die Absetzung des korpulenten Märchenkönigs.

Statt Megafonen hatten die Demonstranten sechs Pfund schwere Kanister mit Corned Beef dabei. Singend und tanzend öffneten sie die Behälter, warfen das Pökelfleisch klumpenweise auf den Boden oder schmierten es sich ins Gesicht.

Der zweckferne Einsatz der tongaischen Lieblingsnahrung zählt zu den originelleren Momenten des Aufruhrs, der zurzeit das einzige Königreich der Südsee lähmt. Es gab auch schon Bombendrohungen, zerstörte Gebäude und Schulräume.

Vorigen Dienstag gingen rund 10 000 Menschen in der Hauptstadt Nuku'alofa auf die Straße – die größte Kundgebung in der Geschichte Tongas. Die Demonstranten überbrachten eine Petition, in der sie eine Verfassungsreform verlangten. Auf Transparenten forderten sie außerdem den Rücktritt von König Taufa'ahau Tupou IV., 87, nebst seinem Sohn 'Ulukalala Lavaka Ata, 46, dem Premierminister.

Bislang haben die 110 000 Insulaner und ihre 100 000 im Ausland lebenden Landsleute so gut wie nichts zu melden. Nur 9 von insgesamt 30 Parlamentariern dürfen sie bestimmen. Alle anderen und auch das zwölfköpfige Kabinett setzt der greise Autokrat persönlich ein; fast immer waren es Adlige. Im März gewährte er zwar erstmals zwei gewählten Abgeordneten ein Ministeramt, doch dieses Zugeständnis kommt wohl zu spät.

Die Bürger sind nicht länger bereit, die Verteuerung ihres Alltags, den selbstherrlichen, kostspieligen Lebensstil der königlichen Sippe sowie deren unendliche Serie von Pleiten und Skandalen zu erdulden. Das einstige polynesische Selbstversorgeridyll, in dem man sich von Fisch, Taro-Knollen und Kokosnüssen ernährte, ist durch ein starkes Wohlstandsgefälle geprägt, Slums und Müllberge inklusive.

Im Frühjahr wurden die Strompreise drastisch erhöht, und erstmals zogen Demonstranten durch Nuku'alofa. Miteigentümer des einzigen Energieversorgers Shoreline ist Kronprinz Tupouto'a, 57, dem auch Tongas Fernsehanstalt, Bierbrauerei und Telefongesellschaft gehören. Der Playboy, der sich gern mit Monokel und märchenhafter Kostümierung in einem Londoner Taxi durch Nuku'alofa chauffieren lässt, lenkte ein – ein historischer Wendepunkt.

Im Juli bewilligte das Kabinett allen Ministern eine 80-prozentige Gehaltserhöhung und bedachte auch die Adligen und die königliche Familie großzügig. Diesmal rebellierten rund 3000 Beamte, die seit 20 Jahren zumeist weniger als 100 Euro monatlich verdienen. Ihre Proteste wurden vorvergangenes Wochenende erhört, die Bezüge sollen jetzt ebenfalls um maximal 80 Prozent angehoben werden. Das beflügelte den Aufmarsch vergangene Woche.

Kritik am Alleinherrscher über die 171 „Freundschaftsinseln" (zusammen so groß wie Hamburg) war bisher undenkbar. „Wir respektieren unsere Ältesten", erklärt Vilai Ilolahia, Vizedirektor des Tonga College, die polynesische Mentalität. „Wir widersprechen nicht, wir sagen nicht unsere Meinung."

Nun aber scheint die Zeit reif für den großen Wechsel. Der greise König gilt als mental eingeschränkt, seine Reden werden vorsichtshalber nicht mehr gedruckt. Altersleiden wie Gicht und Diabetes lässt er in Neuseeland behandeln. Seit Jahren residiert er vorzugsweise auf seinem Luxusanwesen in Auckland. Auch dort formierten sich schon Protestzüge; in Tonga ging eines seiner Häuser in Flammen auf.

Als Taufa'ahau Tupou IV. noch gut im Futter stand und kolossale 209,5 Kilo wog (inzwischen hat er auf 127 abgespeckt), rollte er häufig auf einem Dreirad mit überdimensionalem Sattel am Hafen entlang. Die Untertanen, von der Elite abfällig „kainanga'o e fonua" (Schmutzfresser) genannt, durften sich nur gesenkten Blickes und auf Knien nähern. Mit Demutsbezeugungen wie dem Füßeküssen haben traditionsbewusste Tongaer zwar noch immer keine Probleme, dafür umso mehr mit den Mauscheleien ihres dicken Königs.

Während der Durchschnittslohn bei vier Euro am Tag liegt, führt Tupous Clan das Inselreich wie einen Selbstbedienungsladen. In den achtziger Jahren betrieb er einen schwungvollen Passhandel für Asiaten der gehobenen oder kriminellen Art, darunter Imelda und Ferdinand Marcos von den Philippinen. Die rund 30 Millionen Dollar Einnahmen – damals weit mehr als die halbe Staatskasse – parkte der König bei der Bank of America.

Deren früherer Repräsentant Jesse Bogdonoff, ein Buddhist und Magnet-Heiler, investierte das Geld in eine Firma, die Aidskranken eine frühzeitige Ausschüttung ihrer Lebensversicherung versprach. Bogdonoff verzockte sich, etwa 20 Millionen Dollar blieben verschwunden.

Um die Jahrtausendwende platzte ein weiterer gewagter Deal. Kronprinz Tupouto'a wollte den Gen-Pool seines Volkes an die australische Biotech-Firma Autogen verschachern. Nationale Entrüstung stoppte das Unterfangen.

Andere Eskapaden boten eher Stoff für absurde Komödien. Zu den Ideen des Herrschers gehörten das Auspumpen einer Lagune, um sie mit iranischem Rohöl zu füllen, der Import von 30 Millionen alten US-Reifen als Brennstoff, der Tausch von tongaischem Zucker gegen Uran aus Kirgisien und Usbekistan für ein Atomkraftwerk nahe dem Palast



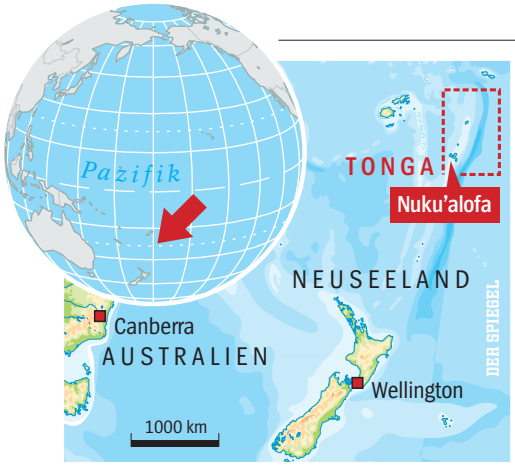
MATANGI TONGA / AFP

König Tupou IV.: *Stoff für absurde Komödien*



PESI FONUA / AP

Proteste in Nuku'alofa: *Abgehobenes Herrscherhaus*



sowie eine Abschussrampe für Weltalltouristen. Nur knapp entging das Taucherparadies der Entsorgung von vier Millionen Litern Giftmüll pro Jahr – Tongas Ärzte hatten ihre Auswanderung angedroht.

Grotesk auch ein angepeiltes Abkommen mit religiösen Sonderlingen: Das südkoreanische „World Peace Corps“ wollte Tonga einen Generator andrehen, der angeblich Salzwasser in Gas verwandeln kann – mit Hilfe von Gebeten. Diese biblische Leistung gedachte der König mit dem Bau einer Kirche zu honorieren.

Ein unerfreuliches Ende nahm im Juni 2002 das „Offene-Schiff-Register Tonga“, die Vermietung der Nationalflagge. Mehrere solcher Schiffe waren im Mittelmeer aufgebracht worden, und weil wohl pakistanische Qaida-Leute an Bord waren, protestierte Washington bei Hofe. Als Wiedergutmachung stellte Tonga 45 Soldaten seiner 450-Mann-Armee für den Irak ab.

Nachdem vergangenes Jahr die staatliche Royal Tongan Airlines, deren Königsklasse ein thronähnliches gepolstertes Riesenklosett zierte, Pleite gegangen war, sicherte sich Tupouto'a das Monopol für eine neue Inlandsfluglinie. Seiner Schwester, Prinzessin Pilolevu Tuita, 53, gehören schon der Duty-free-Shop und Mehrheitsanteile an der Satellitenfirma Tongasat.

Als Pilolevus Tochter vor zwei Jahren heiratete, wurden für die zehntägige Zeremonie eigens Limousinen aus Kalifornien eingeflogen. Für die pompöse Show mussten Kinder als königliche Fußbänke dienen. Vorige Woche kursierte das Gerücht, der jungen Ehefrau sei ein privates Sexvideo abhanden gekommen – dies wurde als weiteres Indiz genommen für den Sittenverfall eines offenbar vollends abgehobenen Königshauses.

Auf Prinz Lavaka Ata jedenfalls, den jüngsten Königssohn und Ministerpräsidenten auf Lebenszeit, setzen die empörten Untertanen keine Hoffnungen. Kürzlich wurde er gefragt, ob in Tonga endlich der Wählerwille triumphieren werde, wenn der altersschwache König seinen Thron verließe. „Gute Idee, das sollten Sie ihn fragen“, parierte Lavaka Ata. „Ich bin nur der Premier.“

Rüdiger Falksohn, Anke Richter

KOSOVO

Strikte Auflagen

Die Krebserkrankung von Präsident Rugova stürzt die Provinz in eine Krise. Die Uno fürchtet einen Machtzuwachs der Radikalen.

Der Staatschef sei völlig beratungsresistent gewesen, berichtet Alush Gashi, Fraktionsführer der regierenden Demokratischen Liga des Kosovo (LDK) und im Hauptberuf Arzt. Auf keine Warnung habe der Kettenraucher gehört, niemand habe er an sich herangelassen. „Wir durften nicht mal seinen Blutdruck messen.“

Daher überraschten die schlechten Nachrichten aus der Militärklinik der Amerikaner im pfälzischen Landstuhl nur die wenigsten: Ibrahim Rugova, Präsident des Kosovo, leidet an Lungenkrebs. Ein Lungenflügel ist befallen, Metastasen haben sich allerdings noch nicht gebildet.

Die lebensbedrohliche Krankheit ihres bekanntesten Politikers stürzt die gesamte politische Führung der Provinz in eine tiefe Krise. Während kosovarische Zeitungen seitenlange Genesungswünsche aus aller Welt veröffentlichen, hat der Kampf um die Nachfolge des promovierten Literaturwissenschaftlers und Hobby-Geologen längst begonnen.


ERMAL META / AFP

Albaner-Führer Rugova: *Drängen auf Unabhängigkeit*

Offiziell wird wohl bald Parlamentspräsident Nexhat Daci die Amtsgeschäfte übernehmen. Doch viele fürchten, die ohnehin in streitende Gruppen zerfallene LDK, die gemeinsam mit der Allianz für die Zukunft des Kosovo die Regierung bildet, könnte ohne Rugovas Führung endgültig auseinander brechen und damit eine gefährliche Regierungskrise auslösen.

Höchst beunruhigt zeigt sich vor allem die Uno-Administration, die seit 1999 das Kosovo verwaltet. Eigentlich sollten schon in Kürze Gespräche über den künftigen Status der Provinz beginnen, die völkerrechtlich noch immer zu Serbien gehört. Doch die Albaner, sagt Unmik-Sprecher Remi Dourlot, seien darauf überhaupt nicht vorbereitet.

Ein „Forum aller Parteiführer“, das Rugova eigentlich leiten sollte, versucht seit Monaten vergebens, sich auf eine Strategie zu verständigen, mit der die Kosovo-Delegation in die Verhandlungen gehen könnte. Die unüberwindbaren Gegensätze zwischen Serben und Albanern wird letztlich eine internationale Konferenz lösen müssen, auf der, so zumindest die Hoffnung der albanischen Einwohner, Washington dann die Unabhängigkeit des Kosovo durchboxen wird.

Im Gegenzug müssten die Albaner wohl strikte Auflagen hinnehmen, etwa eine fortgesetzte Präsenz der Nato-geführten Schutztruppe sowie eine – möglicherweise reduzierte – Verwaltung unter internationaler Leitung.

Das Risiko, dass radikale Gruppen im Kosovo die Übergangsschwierigkeiten in der Provinzführung nutzen könnten, um Fakten zu schaffen, sei groß, fürchtet Uno-Mitarbeiter Dourlot. Eine Organisation namens „Vetevendosje“ (Selbstbestimmung), geleitet vom ehemaligen Studentenführer Albin Kurti, gewinnt derzeit vor allem bei jungen Albanern Anhänger. Mit ihrer Forderung, die Unmik müsse schnellstmöglich verschwinden, provozieren sie ihre vermeintlichen Besatzer. Ihr Motto lautet: „Selbstbestimmung, keine Verhandlungen!“

Unterstützt wird die Bewegung auch von etlichen Veteranen der einstigen Rebellenarmee UÇK, die eine Neuauflage ihres Befreiungskampfes nicht länger ausschließen wollen, sollte die Unabhängigkeit noch weiter aufgeschoben werden. Auch der erkrankte Rugova hatte noch vor wenigen Monaten gedroht, einen unabhängigen Staat auszurufen, wenn es nicht endlich Fortschritte in Richtung Souveränität geben würde. Ihren kranken Präsidenten jedenfalls feiern die Kosovaren bereits als Unabhängigkeitshelden.

Und auch Rugova selbst wähnt sich – wie bei seinem öffentlichen Auftritt in der vergangenen Woche – dem großen politischen Ziel ziemlich nahe: Sein Amt, verkündete der sichtlich geschwächte Albaner-Führer, werde er schon bald noch einmal ausüben: in einem – dank Gottes und Amerikas Hilfe – unabhängigen Staat Kosovo.

Renate Flottau





Mafia-Killer Basile, 'Ndrangheta-Ort Corigliano Calabro: *„Du kannst endlich das Leben führen, für das du geboren bist“*

ITALIEN

Tödlicher Auftrag

Sie nannten ihn „das Engelsgesicht“: Der Mafia-Killer Giorgio Basile, Gastarbeitersohn aus dem Ruhrgebiet, soll rund 30 Menschen getötet haben. Seit deutsche Fahnder ihn fassten, redet er – seine Lebensbeichte hat viele Mafiosi vor Gericht gebracht. *Von Andreas Ulrich*

Es regnete Bindfäden an diesem kalten Novemberabend in Holland. Drei Männer gingen an der Landstraße bei Arcen entlang. Sie redeten kaum. Eine Straßenlaterne schickte trübes Licht in die feuchte Dunkelheit. Nur selten erhellten Lichtkegel vorbeifahrender Autos die Nacht.

„Mimmo, da sind Schafe. Siehst du einen Hirten?“, fragte der kleinste der drei Männer den anderen, der vor ihm ging.

„Da ist kein Hirte“, antwortete der.

„Gut!“, sagte der Kleinere. Dann zog er eine Pistole und schoss dem Vordermann aus kurzer Entfernung in den Hinterkopf. Der fiel um, war aber noch nicht tot und rief: „Nein, tu es nicht!“ Der Schütze setzte den Lauf der Waffe an die Stirn seines Opfers und drückte noch einmal ab.

„Hilf mir“, befahl er dem dritten Mann. Sie rollten den Toten einen Abhang hinunter zu einem Entwässerungsgraben, dort schoss der Mörder seinem Opfer noch zwei Kugeln in den Kopf, zur Sicherheit.

Der Täter heißt Giorgio Basile, geboren 1960 in der Kleinstadt Corigliano Calabro, Italien, aufgewachsen in Mülheim an der Ruhr. Er war ein Profi-Killer der 'Ndrangheta, der kalabrischen Variante der Mafia. Ein halbes Jahr nach diesem Mord wurde er auf dem Bahnhof von Kempten im Allgäu festgenommen.

Basiles Verhaftung 1998 war einer der spektakulärsten Schläge gegen die italienische Mafia. Denn einem zähen bayerischen Polizisten gelang es mit Drohungen und Angeboten, den Mafia-Killer weich zu kochen, bis er die Omertà brach, das Schweigegelübde der ehrenwerten Gesellschaft. Basile fing an zu reden, und bis heute munitioniert er die Ankläger immer wieder. Er ist einer der wichtigsten Kronzeugen gegen die Mafia. Dafür versteckt und schützt ihn die italienische Polizei, damit er noch möglichst lange am Leben bleibt.

Dem SPIEGEL erzählte der Mann, der in seiner Organisation den Spitznamen „das Engelsgesicht“ trug, seine Lebensgeschichte: Basile, Sohn italienischer Gastarbeiter, wurde nach seiner Jugend im Ruhrgebiet Mitglied des Carelli-Clans aus Kalabrien, der in Deutschland zahlreiche Stützpunkte hat – in Berlin, Frankfurt am Main, Offenbach, Mülheim, Essen, Gelsenkirchen, Wuppertal, Heidenheim, Schwalbach, Nürnberg, Kempten, Garmisch-Partenkirchen und München. Das Geschäft der Mafiosi: Drogen- und Waffenhandel, Autoschieberei, Geldwäsche. „90 Prozent aller italienischen Gastwirte und Geschäftsleute zahlen Schutzgeld“, sagt Basile den Ermittlern.

Das Bundeskriminalamt mag sich wegen noch immer laufender Ermittlungen nicht zu dem Fall äußern. In Mafia-Clans einzudringen ist ein langwieriges Geschäft, die Omertà steht wie eine Mauer, wer redet, muss sterben. Giorgio Basile steht ganz oben auf der Todesliste der 'Ndrangheta.

Fahnder nördlich und südlich der Alpen glauben, dass Basile im Lauf seiner Karriere an der Ermordung von rund 30 Männern beteiligt war. Die italienische Justiz hat ihn für vier Morde angeklagt und in



LKA (L.); ANDREAS ULRICH / DER SPIEGEL (R.)

das Kronzeugenprogramm aufgenommen. Über die anderen Taten wurde der Mantel des Schweigens gelegt.

Wie wird aus einem Mülheimer Gastarbeiterkind ein für seine kalte Sachlichkeit berüchtigter Killer? Was muss geschehen, damit alle Skrupel fallen, einen Menschen zu töten? Und was bewegt einen Mörder schließlich, mit seinen Komplizen zu brechen und mit der Polizei zusammenzuarbeiten? Die Lebensgeschichte des Giorgio Basile gibt bislang unbekannte Einblicke in das Innere der archaischen Verbrecherorganisation.

Giorgio Basile kommt im Alter von einem Jahr nach Deutschland. Sein Vater hat im Ruhrgebiet Arbeit gefunden, und so zieht die Familie aus dem malerischen, aber armen Corigliano Calabro im Süden Italiens in das Land der rauchenden Schlote, in eine Barackensiedlung an der Friedhofstraße in Mülheim.

Doch das Leben ist nicht gut dort, die Eltern streiten sich ständig, die Kinder werden selten satt. 1966 beginnt die Mutter ein Verhältnis mit einem Mann in der Heimat: Antonio De Cicco. Als der Vater dahinterkommt, trennen sich die Eltern. De Cicco kümmert sich um die Frau und die Kinder.

Er ist das Gegenteil des Vaters, ein kräftiger Mann mit einem mächtigen, schwarzen Schnurrbart. Er trägt elegante Anzüge, ein stets offenes Hemd und eine schwere Goldkette auf der behaarten Brust. Ganz Corigliano fürchtet diesen Mann, den örtlichen Boss der 'Ndrangheta.

Dem kleinen Giorgio vermittelt De Cicco alles: Liebe, Wohlstand, Respekt. Es gibt jetzt regelmäßig etwas zu essen, Giorgio trägt feine Hosen und sogar Strümpfe. Als seine Mutter aber 1968 von De Cicco schwanger wird, zwingen ihre Verwandten sie, nach Deutschland zurückzugehen. Sie wollen die Schande im Städtchen mit den strengen katholischen Werten nicht ertragen, und dagegen kann selbst De Cicco nichts machen. Gerade Mafiosi müssen sich an die Regeln halten, und die Familienehre gilt als höchstes Gut.

Giorgio besucht nun die Schule an der Mülheimer Bruchstraße. Die Lehrerin mag den kleinen Italiener mit den schwarzen Locken, aber seine Leistungen lassen zu wünschen übrig. Mit Mühe beendet er die sechste Klasse und findet eine Lehrstelle als Schlosser in der Drahtseilerei Kocks.

Völlig unerwartet taucht im Spätsommer 1979 De Cicco in Mülheim auf. „Komm zurück nach Italien. Du kannst für mich arbeiten“, sagt der Mafioso dem Teenager. Er spricht vom Meer und vom guten Essen, von schönen Mädchen und schnellen Autos: „Du kannst endlich das Leben führen, für das du geboren bist.“ Das klingt viel verlockender als die Tristesse in Mülheim. Giorgio sagt zu und reist nach Corigliano, erst mal nur für ein paar Wochen.

Mit einer gewaltigen Detonation fliegt die Stahltür des Gefängnisses aus den Angeln.

De Cicco setzt ihn als Fahrer ein. Die beiden kutschieren tagsüber nun immer ganz entspannt durch die Gegend. De Cicco redet nicht viel, aber Giorgio Basile bekommt mit, dass er Firmen und Geschäfte besucht – und stets mit Briefumschlägen voller Geld wieder herauskommt. Und überall stellt De Cicco Giorgio als seinen Neffen vor: „Behandelt ihn gut!“, sagt er dann. Nie muss der 19-Jährige bezahlen, wenn er in einem Restaurant isst oder in einem Geschäft ein Kleid für eine Freundin vom Haken nimmt. Wildfremde Männer spendieren ihm Drinks oder was immer er haben will. Auf der Straße nicken sie ihm unterwürfig zu. Giorgio genießt das.

Eines Tages fragt er De Cicco: „Ist es wahr, was man so sagt? Gehörst du zur ehrenwerten Gesellschaft?“ Die ehrenwerte Gesellschaft – das ist die 'Ndrangheta. „Das ist wahr, ich bin ein respektierter Mann“, antwortet De Cicco. Giorgio ist beeindruckt.

Dennoch fährt er bald danach zurück nach Mülheim. Er hat nicht den Mut, seinem Vater zu erklären, dass er für die Mafia arbeiten will – und auch noch für jenen Mann, der dem Vater die Frau ausspannte.

Anfang 1980 meldet sich ein Mafioso namens Finuzzu bei Giorgio. „Wir brauchen deine Hilfe“, sagt er. Ein Clan-Mitglied, Arcangelo Maglio, sitzt in Wuppertal wegen Schutzgelderpressung in Untersuchungshaft. Ein Kommando aus Italien soll ihn befreien, und der ortskundige Giorgio müsse den Fluchtwagen dirigieren. Giorgio ist stolz, den Männern helfen zu können.

An einem Sonntagmorgen im April singen die Gefangenen in der Kapelle der Haftanstalt Bendahl gerade „Er weckt mich alle Morgen“, als mit einer gewaltigen Detonation eine Stahltür an der Westseite aus den Angeln fliegt. Die Italiener haben Dynamit benutzt.

Häftlinge und Wärter werfen sich vor Schreck auf den Boden, Arcangelo Maglio sprintet durch Staub und Pulverqualm zu dem blauen Alfa Romeo, der mit laufendem Motor bereitsteht. Giorgio wartet in seinem Auto davor und gibt Gas. Die bis dahin



Ermordeter Abtrünniger Fabbricatore: *Parole „Terra bruciata“ – verbrannte Erde*









P. ARCIERI (L.); FRANCO CUFARI (R.)

LKA (R.)

Basile-Opfer De Cicco, Vitteritti, Sanfilippo, Tatorte*: *„Ich bin ein respektierter Mann“*

spektakulärste Gefangenenbefreiung aus einem deutschen Gefängnis gelingt. Giorgio hat seine Bewährungsprobe bestanden.

In Italien stellt De Cicco ihn wenig später dem damaligen Boss vor. „Wir brauchen gute Jungs in unseren Reihen“, sagt der und küsst Giorgio auf die Wangen. Giorgio platzt beinahe vor Stolz. Als Kind haben sie immer über ihn gelacht im Ort. Und nun spricht er mit den höchsten Ehrenmännern seiner Heimat.

Finuzzu, ein runder Mann mit wachen Augen und Schiebermütze, bringt Giorgio in Italien jetzt das Schießen bei – das Handwerkszeug des Mafioso. Auf einem abgelegenen Grundstück am Meer trainiert er ihn mit Pistolen, Revolvern, Gewehren. Giorgio lernt, wie man tötet. „Du musst die Waffe von unten nach oben führen, so kannst du besser visieren und abdrücken“, sagt Finuzzu – der später von einem Killer genauso erschossen werden soll, wie er es Giorgio Basile nun beibringt.

Schnell sehen De Ciccos Männer, dass Giorgio ein Talent ist. Er schießt gut, und er zeigt offenbar überhaupt keine Nerven. Ihm fehlt jener Draht zur Wirklichkeit, der normale Menschen Angst spüren lässt.

Und nun lernt Giorgio Basile auch, wie einfach das Geschäft der ’Ndrangheta funktioniert: Eines Abends wird ein wichtiges Treffen anberaumt. Die Männer sitzen in einem Restaurant – die wichtigen Mafiosi aus Corigliano und dazu einige Stadträte. Sie reden über Aufträge für eine Baufirma, die dem Clan gehört.

„Meine Waffe drückt mich so beim Sitzen“, sagt einer der Clan-Männer, „hat jemand was dagegen, wenn ich sie auf den Tisch lege?“ Die Augen der Politiker weiten sich. Dann legen auch die anderen Mafiosi ihre Waffen auf den Tisch. Und natürlich erhält die Firma den Auftrag.

Was passieren kann, wenn man sich mit der ’Ndrangheta anlegt, erfährt Giorgio einige Wochen später. Wieder ist ein Treffen anberaumt, diesmal unten am Fluss Coriglianeto, auf De Ciccos Grundstück. Es ist Abend, ein milder Wind weht über das Land und bringt angenehme Kühle. Der Tisch unter Olivenbäumen ist reichlich gedeckt. Es gibt Fleisch, Brot, Oliven und Wein. „Merk dir genau, was du sehen wirst“, sagt De Cicco zu Giorgio.

Es beginnt wie immer. Zunächst reden die Männer über das Wetter und die Weinernte – bis sie plötzlich über einen in der Runde herfallen. Als der Mann ohnmächtig ist, fast tot schon, schleppen sie ihn zum Schweinestall. Dort quiekt gierig eine Rotte, die seit Tagen nichts zu fressen bekommen hat. Die Männer nehmen den blutig geschlagenen Körper und werfen ihn in den Trog. Wie wild stürzen sich die Schweine auf den Ohnmächtigen.

Die Männer lachen herzhaft, während die Schweine ihre Kiefer in das Menschenfleisch graben. In kurzer Zeit ist von dem armen Teufel kaum noch etwas übrig.

Allmählich kehren die Mafiosi an den Tisch zurück und essen ungerührt weiter. Giorgio schaut zu. Und lernt. „Das passiert mit Leuten, die einen Fehler machen“, sagt De Cicco zu ihm.

Giorgio ist beeindruckt, fasziniert von der archaischen Macht. Seine Vorstellungen von Recht und Ehre beruhen bald allein auf den Gesetzen der Mafia. Nach den Regeln der ’Ndrangheta ist etwa Schutzgeld zu zahlen, und wer nicht zahlt, muss halt büßen. Aber getötet wird nur, wer gegen die Regeln verstößt. Damals glaubt Giorgio so etwas noch. Er will jetzt mehr wissen, mehr tun.

Doch De Cicco will noch nicht, dass Giorgio richtiges Mitglied der Mafia wird. Er ist zu jung. Und er ist der Sohn jener Frau, die De Cicco liebt. Aus den heiklen Geschäften und der Schmutzarbeit hält er ihn also konsequent raus. Enttäuscht reist Giorgio ab, zurück nach Mülheim.

An der Hingbergstraße eröffnet er Ende 1982 eine Pizzeria, im Januar 1984 pachtet er von dem Unternehmer Rudolf Möhlenbeck eine Discothek, er nennt sie „Flair“. Giorgio will in Mülheim nun seinen eigenen Clan gründen, die Disco soll sein Hauptquartier werden. Giorgio ist jetzt 22 Jahre alt. Er ist kleiner als die meisten seiner Freunde, trägt die Haare halblang, dazu einen Oberlippenbart. Er spricht besser Deutsch als Italienisch, mit dem eindeutigen Akzent des Ruhrgebiets.

Die Männer nehmen den blutig geschlagenen Körper und werfen ihn in den Trog zu den Schweinen.

Er macht krumme Geschäfte, Versicherungsbetrug zum Beispiel, und gerät allmählich ins Visier der Mülheimer Kripo. In seiner Disco tummelt sich bald die halbe Mülheimer Unterwelt, darunter ein deutscher Boxmeister, ein ehemaliger Bankräuber, Zuhälter und leichte Mädchen. Als es im „Flair“ zu einer Schießerei kommt, sorgt die Polizei dafür, dass Giorgio die Konzession verliert. Möhlenbeck kündigt den Pachtvertrag.

Giorgio sieht sich am Abgrund. All seine Träume stehen vor dem Aus. Und auf

* In Corigliano Calabro 1993, Thurio 1997, Arcen 1997.



Disco-Betreiber Basile, Tänzerinnen (1985): *Herausgeschnittenes Herz vor der Tür*

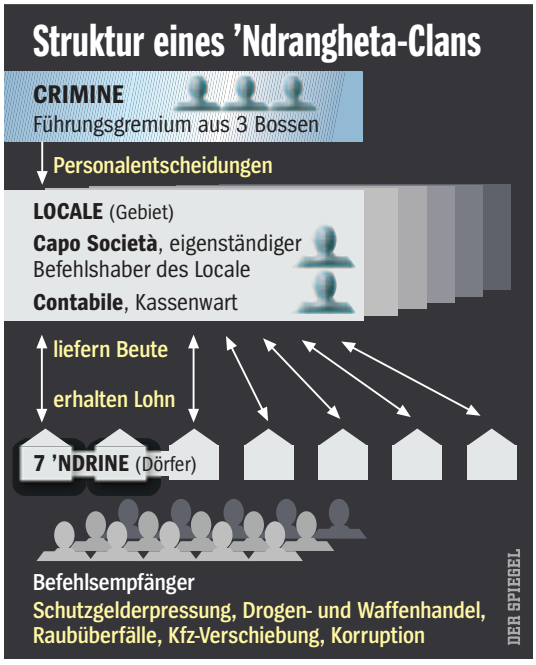
keinen Fall will er vor De Cicco das Gesicht verlieren. Sein Plan: Möhlenbeck soll eine Lektion erhalten, auf dass er den Pachtvertrag verlängert.

Am Dienstag nach Ostern 1985 dringen drei bewaffnete Italiener in die Wohnung Möhlenbecks ein und schlagen den Mann zusammen. Er erstickt schließlich an einem blutigen Knebel im Rachen. Weil Anwohner sich das Nummernschild des Fluchtwagens notieren, wird der Fall schnell aufgeklärt.

Das Urteil fällt am 7. Januar 1986. Giorgio als Auftraggeber muss für neuneinhalb Jahre hinter Gitter, denn einer seiner Italiener hat mit den Anklägern einen Deal ausgemacht und ihn verraten. Der Zeuge wird gleich nach seiner Haftentlassung in Italien ermordet, aus Rache für den Verstoß gegen die Omertà. Das herausgeschnittene Herz des Mannes legen die Mörder den Eltern vor die Haustür – als Warnung an alle anderen. Doch Giorgio hilft das auch nicht mehr.

Er brummt, in Oberhausen, Bochum und Münster. In der Haft organisiert er den Handel mit Haschisch und Kokain. Er schließt auch eine nützliche Freundschaft: mit dem Sizilianer Domenico Sanfilippo, genannt Mimmo. Der sitzt wegen bewaffneten Raubüberfalls ein, und er ist vor allem ein Mann ohne eigene Meinung, dem umtriebigen Giorgio bald treu ergeben.

Nach sechseinhalb Jahren hinter Gittern, im September 1991, wird Giorgio Basile nach Italien abgeschoben. Er ist erwachsen geworden in dieser Zeit, und er ist sehr hart geworden. Aber auch die Welt draußen hat sich verändert: In der 'Ndrangheta haben sich die Machtverhältnisse verschoben. Der alte Boss ist geflüchtet, ein ehemaliger Unterboss namens Santo Carelli hat sich an die Spitze des Clans gesetzt. Er lässt seine Gegner gerade Mann für Mann beseitigen. De Cicco steht ebenfalls auf der Abschussliste. Auch Giorgio Basiles private Welt ist während seiner Haft aus den Fugen geraten. Denn ausgerechnet De Cicco, sein Vorbild, hat in der Zwischenzeit Giorgios jüngste Schwester missbraucht.



Giorgio sinnt auf Rache und erfasst die Situation schnell. Er geht zu Carelli und bietet ihm seine Mitarbeit an. „Wenn es so weit ist, dass De Cicco sterben muss, dann will ich ihn töten", sagt er. Das ist seine Eintrittskarte in die 'Ndrangheta, mit der er zu Ruhm gelangen und seine Rache stillen kann. Santo Carelli stimmt zu.

Die beiden kommen überein, dass Giorgio erst mal den Drogenhandel in Corigliano übernehmen darf. Giorgios Aufstieg beginnt. Und im Sommer erhält er die Erlaubnis, De Cicco zu töten – den Mann, den er zutiefst bewundert hat und der ihn maßlos enttäuschte.

Mit Mimmo, dem Freund aus Bochumer Gefängnistagen, lauert er dem Liebhaber seiner Mutter an einem frühen Juli-Morgen vor der alten Kirche auf. Giorgio trägt einen 38er Revolver und eine abgesägte Schrotflinte, Mimmo einen Revolver, Kaliber 357 Magnum. Giorgio versteckt sich in einem weißen Fiat, der am Ende der schmalen Straße parkt, aus der De Cicco kommen muss. Er wartet. Gegen 5.30 Uhr hört er das Knattern eines Motorrollers, den De Cicco ab und zu fährt.

Giorgio Basile hebt die Waffe. „Oh Mamma mia", ruft De Cicco.

Mimmo und Basile verbringen nach dem Mord ein paar Tage in Florenz. Über einen Türsteher, der die Schickeria von Florenz mit Kokain versorgt, lernt Giorgio Lucia kennen. Sie ist anders als alle Frauen, die er kennt. Sie kommt aus dem Norden, sie stammt aus guter Familie, sie ist wunderschön und klug. Giorgio verliebt sich sofort in sie.

Der Mord an De Cicco verschafft ihm innerhalb des Carelli-Clans Ansehen. Die Bosse werden auf ihn aufmerksam, er hat sich als kaltblütig und zuverlässig erwiesen. Und er ist unauffällig mit seinem Durchschnittsgesicht, dessen Züge sich nie jemand so richtig merken kann. Er könnte als Student durchgehen, als Bankangestellter, als Busfahrer. Freundlich und ein wenig bieder sieht er aus.

Einen Monat später, im August 1993, erhält Giorgio den nächsten tödlichen Auftrag: „Edmondo Le Pera treibt sich zu oft bei den Bullen rum, und wir glauben, er ist ein Spitzel", sagt ihm ein Unterboss.

Giorgio mietet eine Ferienwohnung in Schiavonea und lockt Le Pera dorthin. Er und Mimmo erschlagen ihn mit Eisenstangen. Le Pera stirbt äußerst qualvoll. Das steigert Giorgios Gewicht innerhalb der Organisation. Dazu bringt Basile mit seinem Drogenhandel viel Geld in die Kasse.

Als im Oktober Giorgios Mutter stirbt, muss er sich bereits mit bewaffneten Leibwächtern auf der Trauerfeier bewegen. Ganz Corigliano erweist ihm Respekt, aber


LKA

Verhafteter Basile (bei der Auslieferung 1998): *Kronzeuge mit sehr präzisem Gedächtnis*

Giorgio wittert Gefahr in dem Ort, in dem Le Pera Freunde hat. Er verbringt nun viel Zeit mit Lucia in der Toskana, wo er einen Kokainring aufgebaut hat.

Jeden Morgen, wenn er Lucia anschaut, weiß er, dass er es fast geschafft hat, den Aufstieg vom Gastarbeitersohn zum respektierten Clan-Mann, zum Kokainlieferanten der Reichen und Schönen. Er hat es schon weit gebracht, findet Giorgio. Er muss jetzt nur noch am Leben bleiben.

Aber im März 1994 werden Giorgio, Lucia und drei Komplizen, darunter ein korrupter Polizist, in Florenz verhaftet – wegen Drogenhandels und Mafia-Mitgliedschaft. Eineinhalb Jahre sitzt Giorgio in Untersuchungshaft. Weil die Ermittlungen bis dahin immer noch nicht abgeschlossen sind, kommt er am 10. September 1995 auf freien Fuß.

Kaum ist er zurück in Corigliano, erhält er den Auftrag, den Anti-Mafia-Staatsanwalt Salvatore Curcio in Catanzaro einzuschüchtern. „Verpass ihm einen Denkzettel, Engelsgesicht“, sagt der Boss. Seltsamer Denkzettel: Giorgio Basile soll den Wagen des Staatsanwalts mit einer Panzerfaust beschießen. Doch der ganze Plan wird verraten.

Staatsanwalt Curcio ist alarmiert. Er lässt an einem einzigen Tag mehr als 200 Mafiosi einsperren, darunter Bosse des Carelli-Clans. Als Giorgio am 3. Januar 1996 in Corigliano Lucia heiratet, fotografieren Curcios Leute sämtliche Hochzeitsgäste, Giorgio Basile steht auf seiner Liste.

Das Vorpreschen der Ermittler belastet den Clan. Eine Gruppe unter der Führung eines Mannes namens Giuseppe Fabbricatore spaltet sich ab. Giorgio soll Fabbricatore beseitigen, und mehr: Der Clan beschließt die Parole „Terra bruciata“ – verbrannte Erde. Das gesamte Umfeld Fabbricatores ist zum Abschuss freigegeben. Rein geschäftlich, versteht sich, das leuchtet Giorgio ein. Fabbricatore ist eine Gefahr für den Clan.

Giorgio und Tommaso Russo beginnen mit einem Vertrauten Fabbricatores, Giovanni Vitteritti. Sie töten ihn an einem abgelegenen Bahnhof mit mehreren Schüssen.

Es dauert noch Jahre, bis Killer den Abtrünnigen Fabbricatore selbst erwischen, aber die Strategie der verbrannten Erde zeigt schon vorher Wirkung. Corigliano gerät wieder fest in die Hand des Clans. Das Schutzgeldgeschäft floriert, Staatsanwalt Curcio hat zwar viele Gefangene, aber zu wenig Beweise. Nur Giorgio Basiles Helfer Russo erwischt es. Die Polizei hat an dem abgelegenen Bahnhof einen Zigarettenstummel mit seiner DNA gefunden. „Rauchen ist eben ungesund“, sagt Staatsanwalt Curcio.

An einem einzigen Tag lässt die Staatsanwaltschaft mehr als 200 Männer einsperren.

Als dann aber plötzlich Russos Frau verschwindet, wird Giorgio misstrauisch. Eine Anwältin warnt ihn: Der Mann habe die Seite gewechselt, er sei Kronzeuge geworden.

Zugleich entwickelt sich der alte Knastkumpan Mimmo zum Problem. Er betrügt Giorgio bei den Abrechnungen der Drogen. Der amtierende Clan-Chef Pietro Marinaro befiehlt seinen Tod. Giorgio lockt Mimmo im November 1997 nach Holland und erschießt ihn.

Doch diesmal ist etwas anders. Mimmo war sein Freund. Zum ersten Mal befallen den Killer Zweifel. Hätte es nicht andere Wege gegeben, Mimmo zur Ordnung zu rufen? Zudem spürt Giorgio den Druck der Ermittlungen. Viele Clan-Mitglieder sitzen im Gefängnis, sogar Oberboss Marinaro geht bald ins Netz. Giorgio befürchtet, dass er der Nächste sein könnte.

Er will nicht sterben, er will auch nicht einsitzen. Er hat nicht gegen die Regeln der ’Ndrangheta verstoßen und will nicht einem Machtkampf zum Opfer fallen. Er beschließt, sich mit Lucia und ihrer ein Jahr alten Tochter ganz in der Toskana niederzulassen. Er will weg von Corigliano, weg vom Clan, in aller Ruhe nur noch seinen eigenen Kokainring betreiben und das Leben mit seiner Familie genießen.

Die Geschäfte laufen gut. Der Nürnberger Ableger des Carelli-Clans ist ein regelmäßiger Abnehmer für die Drogen; dummerweise muss Giorgio Basile dafür ab und zu nach Deutschland.

Am 2. Mai 1998 nimmt er den Zug nach München, von dort fährt er weiter nach Kempten im Allgäu. Er will bei einem Landsmann 15 000 Mark abholen, die der ihm schuldet, ein Freund des Verräters Russo. Auf dem Kemptener Hauptbahnhof wird Giorgio festgenommen.

Schnell wird ihm die Ausweglosigkeit seiner Situation bewusst. Gemeinsam könnten ihn die Ankläger in Deutschland und Italien für Jahrzehnte im Knast verschwinden lassen: 30 Morde sind zu viel – auch wenn er nicht jedes Mal eigenhändig getötet hat. So oder so ist sein altes Leben zu Ende. Er würde Lucia so schnell nicht wiedersehen. Er vertraut auch dem Clan nicht mehr, und der Mord an Mimmo macht ihm zu schaffen, weil er nicht nötig war. Er hätte Mimmo in den Griff bekommen.

Es ist dieser besondere Moment, den Ernst Wirth, Mafia-Spezialist des bayerischen LKA, spürt, als er Basile vernimmt. Es gelingt dem Kommissar mit viel Einfühlungsvermögen und kriminalistischem Gespür, Giorgio zur Aussage zu überreden. Einige Wochen später präsentiert Wirth dem italienischen Kollegen Curcio einen Kronzeugen mit einem sehr präzisen Gedächtnis, dazu eine sehr dicke Akte.

Denn Giorgio Basile packt gegenüber den deutschen Behörden aus. Er erinnert sich an Namen, Zeiten und Orte, und noch besser: Er stellt Zusammenhänge her. In Italien werden seine Aussagen in den Jahren danach mehr als 50 Mafiosi hinter Gitter bringen. Mit Basiles Hilfe gelingt es Curcio, den Carelli-Clan vollständig zu zerschlagen.

Basile lebt jetzt als freier Mann irgendwo in Italien. Er kann seine Lucia jeden Tag sehen. Er hat einen neuen Namen, eine neue Vergangenheit, Curcios Beamte passen auf ihn auf. Er muss sich um seinen Lebensunterhalt nicht mehr sorgen, wohl aber um sein Leben.

Giorgio Basile wartet – auf einen jungen Mann, der so ist, wie er selbst einst war. ◆

KONGO

Nackte Angst

Afrikas blutigster Krieg droht erneut aufzuflammen. Im Grenzgebiet zu Ruanda rotten sich Rebellen zusammen, und die Regierung in Kinshasa ist schwach.

General Laurent Nkunda ist selbst für ostkongolesische Verhältnisse ein übler Schlächter. Eine Woche lang besetzte seine Soldateska im vergangenen Jahr die Grenzstadt Bukavu in der rohstoffreichen Provinz Süd-Kivu. Als die Killertruppe des hochgewachsenen Tutsi-Kriegers mit dem Raubvogelgesicht endlich abzog, säumten Leichen die Straßen, die Männer mit Macheten massakriert, unzählige Frauen vergewaltigt und erschlagen. Die Geschäfte der einst so lebendigen Stadt lagen geplündert da.

Bukavu war zu einem neuen Brandmal im nie ganz endenden zentralafrikanischen Krieg geworden – dabei hatte hier länger als anderswo im Kongo Normalität geherrscht: Wagemutige Touristen brachen zu Gorilla-Expeditionen in den nahe gelegenen Kahuzi-Biega-Nationalpark auf. Im idyllisch am Kivu-See gelegenen Gästehaus L'Orchidée stießen sie abends mit einem Schluck Primus-Bier oder Chablis auf die untergehende Sonne an, genossen ihr Steak Tatar, und aus der Kaschemme in der Nachbarschaft dröhnte Rumba durch die Nacht.

Seit General Nkunda hier gewesen ist, herrscht dagegen nackte Angst in Bukavu. Und derzeit erhält sie neue Nahrung. Schon tagelang bringen Boten beunruhigende Meldungen aus dem Regenwald. Seither packen Frauen hastig ihr Hab und Gut zusammen und fliehen in den Dschungel. Die Meldungen sagen: Nkunda ist zurück! Und mit ihm der Krieg.

Aufgehört hatte das Morden im Kongo sowieso nie vollständig, obwohl seit 2003 in Kinshasa die wichtigsten Bürgerkriegsparteien eine gemeinsame Regierung bilden. Rund tausend Menschen sterben täglich bei Kämpfen, an Hunger oder Krankheiten, die der Krieg hervorgerufen hat, rechnet die renommierte International Crisis Group. Diese Zahl könnte bald wieder sprunghaft steigen. Warlords wie Nkunda schüren – wohl mit stillschweigender Billigung von Regierungen der Nachbarländer – auch weiterhin den latenten Bürgerkrieg, dem bisher weit über drei Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. Es geht um Edelsteine, Geld und Macht.

Über tausend Buschsoldaten soll Nkunda bereits in der Ortschaft Masisi in Nord-Kivu gesammelt haben. Sie sprechen die Sprache des Nachbarlandes Ruanda und sind Abkömmlinge der dort lebenden Volksgruppe der Tutsi.



GIANLUIGI GUERCIA / AFP

Kriegstreiber Nkunda
Es geht um Edelsteine, Geld und Macht

Aus den Absichten der Truppe, die sich derzeit im Kongo zusammenrottet, macht der Chef kein Geheimnis. In einem 17-seitigen Schmähschreiben stieß Nkunda wüste Drohungen gegen die kongolesische Regierung aus.

Die sei korrupt und bringe dem Land Instabilität, hieß es in seinem Pamphlet, das die Zeitung „Le Potentiel" in der Hauptstadt Kinshasa in Auszügen abdruckte. Sie würde die Rückkehr von 200 000 Tutsi-Flüchtlingen, die sich derzeit in den Nachbarländern aufhalten, verhindern und einen Genozid gegen sein Volk planen. Er, Nkunda, rufe deswegen zum Krieg gegen Präsident Joseph Kabila auf und werde eine Invasion gegen die Regierung anführen.

Das neue Blutvergießen käme nicht unerwartet. Eigentlich sollten Ende des Jahres demokratische Wahlen im Kongo stattfinden, die ersten in der Geschichte des kriegsversehrten Landes. Doch insbesondere Ruanda – der 90-mal kleinere Nachbarstaat, der schon die beiden letzten Kongo-Kriege 1996 und 1998 anzettelte – hat kein Interesse an einem solchen Urnengang.

Seit Jahren nämlich profitiert die Regierung in Kigali vom Chaos im großen Kongo und beutet dort systematisch Bodenschätze aus, etwa Coltan, Gold, Diamanten oder Tropenhölzer.

Deshalb hatte Ruanda die Wirren immer wieder neu geschürt. Verlängerter Arm dafür war bisher die Rebellentruppe RCD-Goma. Doch die sitzt heute mit in der Allparteienregierung von Kinshasa und muss fürchten, bei freien Wahlen dramatisch an Einfluss zu verlieren.

Deshalb sind viele entlang der Dschungelgrenze von Kongo und Ruanda davon überzeugt, dass der Tutsi-Warlord Nkunda inzwischen das bevorzugte Werkzeug der Regierung von Kigali ist. Schließlich hat der Rebellenchef 1994 während des Völkermords an den Tutsi Seite an Seite mit Ruandas heutigem Präsidenten Paul Kagame gekämpft. Beharrlich halten sich Gerüchte, Nkundas Horrortruppe werde von Ruanda finanziert und ausgebildet.

Dafür spricht: Kagames Kriegskasse ist derzeit gut gefüllt. Entwicklungshilfe aus dem Westen macht mehr als 40 Prozent des Haushalts aus. Obwohl sein Regime als durch und durch undemokratisch gilt, hat die Weltgemeinschaft dem Land im Frühjahr 1,4 Milliarden Dollar Schulden erlassen.

Die Regierung in Kinshasa jedenfalls wird der drohenden Kriegsgefahr im Osten des Landes nicht aus eigener Kraft begegnen können. Die kongolesische Armee ist vom Zerfall bedroht. Im Dorf Mwesso, in dessen Nähe der Tutsi-Warlord seine Männer aufmarschieren ließ, ist bereits das 53. Bataillon der kongolesischen Armee, das ebenfalls ausschließlich aus Tutsi besteht, komplett desertiert. In Masisi ist die Hälfte der regulären Armee-Einheiten zu den Rebellen übergelaufen; nicht ohne zuvor den Rest der Kameraden vorsorglich entwaffnet zu haben. Auf die ihm noch verbliebenen Soldaten kann Präsident Kabila ebenfalls kaum setzen; sie ziehen plündernd durch das eigene Land.

Geschwächt sind sie auch: Nach einem Bericht des Uno-Bevölkerungsfonds haben sich 80 Prozent des kongolesischen Militärs mit Geschlechtskrankheiten infiziert.

THILO THIELKE



JACKY NAEGELEN / REUTERS



Kindersoldaten im Ost-Kongo: *Weit über drei Millionen Opfer*



ARTURO MARI / AFP

Benedikt XVI.* mit Vertretern muslimischer Gemeinschaften: *„Achtung der Minderheiten“*

VATIKAN

Audienz fürs Abendland

Als erste Italienerin ist Oriana Fallaci, die schärfste Kritikerin des Islam, von Benedikt XVI. zum Privatgespräch empfangen worden.

Es war ein Treffen, das keine Spuren hinterlassen sollte. Kein Foto, keine Zeugen, keine Erklärungen. Offiziell war der 27. August in Castelgandolfo nur ein ganz gewöhnlicher Sommertag im Leben des Papstes.

Aber die Begegnung Benedikts XVI. mit Oriana Fallaci war zu brisant, um länger als ein paar Tage geheim zu bleiben. Das Oberhaupt der katholischen Christenheit traf eine Frau, die seit dem 11. September 2001 wie keine andere zum Kreuzzug gegen Islam und Islamisten ruft, zum Abwehrkampf gegen „ihren Expansionismus, ihren Kolonialismus, ihren Rassismus“. Das Treffen musste zum Skandal werden.

Der mehrfach ausgezeichnete Schriftsteller Pietro Citati empörte sich in der liberalen „Repubblica“. Er nennt die 75-jährige ehemalige Weggenossin Fallaci „maßlos unwissend und lügenhaft“ und verweist auf den Unterschied zwischen dem Koran und allen Killern, die sich auf ihn berufen.

Von Berlusconis Zeitung „il giornale“ wurde die Geheimaudienz dagegen als „Zeichen der Zeit“ begrüßt. Als Begegnung zweier Geistesverwandter, die dem Unbehagen der Moderne an sich selbst eine Rückbesinnung auf die christliche Identität entgegensetzen.

Fallaci ist eine Legende des Journalismus. Seit Vietnam war sie in den meisten großen Kriegen dabei. Und wenn die Mächtigen eines fürchteten, dann von der Fallaci interviewt zu werden. Sie traf Chomeini, Deng Xiaoping, Castro, Kissinger, Gaddafi. Immer respektlos, unverfroren und von einer *bellezza*, die keiner der Herren je vergaß.

Diese Frau wird geliebt, gehasst und – gelesen: „Ein Mann“, das Buch über ihre Liebe zu dem griechischen Widerstandskämpfer Alexandros Panagoulis, wurde auch in Deutschland zum Bestseller.

Seit langem lebt Oriana Fallaci in Manhattan, zwischen Büchern und mit ihrer Krebserkrankung als einzigem ständigem Begleiter. Unmittelbar nach dem Anschlag auf die Zwillingstürme schrieb sie einen wortgewaltigen Zornausbruch gegen die Selbstaufgabe des Abendlands nieder: „Die Wut und der Stolz“. Auch der Nachfolgeband „Die Kraft der Vernunft“ wurde mehr als eine Million Mal in Europa verkauft.

Dank der schlappschwänzigen Toleranz seiner Eliten – so heißt es darin – wäre Old Europe längst zu „Eurabia“ geworden, eine „Kolonie des Islam“, unterwühlt von Einwanderern, die nichts anderes im Sinn hätten, als Halbmonde auf Kirchtürme zu verpflanzen.

Diese Philippika verschweigt die humanistischen Traditionen des Islam. Und ist eine Beleidigung für alle, die in Fallacis Heimatland auf Tomatenplantagen und vor Pizzaöfen die Drecksarbeit machen, aber nicht mal in eigenen Moscheen zu ihrem Herrn beten dürfen.

Dennoch: Die Fallaci ist eben eine Ketzerin gegen jede Form der Political Correctness und ohne Zögern bereit, auf jeden Scheiterhaufen zu steigen.

In ihrem jüngsten, noch nicht übersetzten Buch, einer Art politischem Testament, rückt Oriana Fallaci ein paar Dinge gerade**. Zum Beispiel, dass es ein Unterschied ist, ob man einem Gefangenen eine Kapuze aufsetzt oder ihm den Kopf abschneidet.

Dann setzt die alte Klage an. Johannes Paul II. wirft sie, die „christliche Atheistin“, vor, „nie ein Wort gegen unsere Feinde“ gesagt zu haben. Die einzige Hoffnung des Buches war – Joseph Ratzinger.

Dieser Deutsche schrieb wie sie, sprach vom „merkwürdigen und nur als pathologisch zu bezeichnenden Selbsthass des Abendlandes“, von der falschen Toleranz, der „innerlichen Aushöhlung Europas“ gegenüber dem Wiedererblühen des Islam. „Ich fühle mich weniger allein, wenn ich die Bücher von Ratzinger lese“, erklärte sie dem „Wall Street Journal“.

Gleich nach der Papstwahl hatte Fallaci den Antrag auf eine Privataudienz gestellt. Sie wolle, erklärte sie, Benedikt XVI. fragen, ob er den Islam tatsächlich für so dialogfähig halte, wie Papst Wojtyla es getan hatte. Natürlich lässt ein Intellektueller wie Ratzinger es sich nicht entgehen, diese von allen Gutmeinenden geächtete Kassandra kennen zu lernen. Durch die Vermittlung eines Bischofs kam es zu dem Treffen.

Wer auf Menetekel lauert, wird in der Audienz einen Hinweis auf den gegenreformatorischen Kurs im neuen Pontifikat sehen: erst die Kritik des Kardinals Schönborn am Neodarwinismus, jetzt der Handschlag mit einer zügellosen Kreuzzüglerin. Sind das Positionsbestimmungen? Testballons? Oder nur Irrlichter?



OLIVIERO TOSCANI / GRAZIA NERI / POLARIS / STUDIO X

Autorin Fallaci
„Kolonie des Islam“

Bei seinem Kölner Treffen mit Vertretern muslimischer Gemeinschaften erklärte Benedikt XVI., dass die „Verteidigung der Religionsfreiheit und die Achtung der Minderheiten ein unanfechtbares Zeichen wahrer Zivilisation“ sei. Das war eine deutliche Kritik an nahezu allen Staaten der arabischen Welt.

Der Ratzinger-Biograf John Allen wertet die Audienz „als ein weiteres Zeichen, dass Benedikt XVI. in seiner Haltung zum Islam eher eine ‚Falken‘-Linie verfolgt als sein Vorgänger“.

Das Treffen sei nur kurz gewesen, wird jetzt im Vatikan versichert. Doch die katholische Kirche ist die Meisterin der Zeichen und weiß um die Kraft der Symbole. Und, wie die Abgeordnete Livia Turco von den Linksdemokraten erklärte: „Ich hätte mir gewünscht, dass er als erste Italienerin eine andere Frau empfangen hätte.“

ALEXANDER SMOLTCZYK

* Mit anderen christlichen Würdenträgern beim Besuch des Weltjugendtags am 20. August in Köln.
** Oriana Fallaci: „Oriana Fallaci intervista sé stessa. L'Apocalisse“. Verlag Rizzoli International; 262 Seiten; 15 Euro.



Nationalspieler Wucherer, Bundestrainer Bauermann: *Das Ziel Olympia 2008 erreichen*

BASKETBALL

Das letzte Aufgebot

Es ist vielleicht das stärkste deutsche Nationalteam aller Zeiten, das von Freitag an um die Europameisterschaft spielt. Indes haben 5 der 15 Spieler noch keinen Verein – seit die Ausländerbeschränkung von den Bundesligaclubs aufgehoben wurde, sind deutsche Profis schwer vermittelbar.

Er saß ganz rechts auf der Trainerbank und starrte auf ein Klemmbrett. Dirk Bauermann nahm die kreischenden Fans in der Halle nicht wahr, die gerade über einen Korb der deutschen Nationalmannschaft jubelten. Er reagierte auch nicht auf den Freudenschrei seines Assistenten. Und ihm schien sogar egal, dass sein Team mit dem Wurf zum ersten Mal in Führung ging.

Stattdessen fuhr er sich mit der Hand über den Kopf. Er murmelte ein paar Worte, dann studierte er wieder seine Aufzeichnungen. Die Offensive seiner Mannschaft lief wie geschmiert, aber Basketballspiele werden in der Defensive gewonnen. Und die war ziemlich porös bislang.

Es war beim Supercup Ende August in Braunschweig, Deutschland traf auf Weißrussland. Wie immer trug Bauermann ein schwarzes Polo-Shirt. Er war frisch rasiert und hatte reichlich Gel im Haar. Als wäre er Dressman und nicht Bundestrainer.

Aber als die Weißrussen schon wieder durch die deutsche Abwehr spazierten, sprang er auf, stemmte die Arme in die Hüfte und brüllte ein paar Kommandos. Dann setzte er sich wieder, faltete die Beine übereinander und beobachtete, wie seine Truppe von nun an den Gegner attackierte, als wäre Basketball eine Treibjagd.

Dirk Bauermann, 47, ist ein akribischer Analytiker. Sogar nach einer bedeutungslosen Niederlage kann er manchmal nächtelang kaum schlafen, weil er nach Fehlerquellen sucht. Zu seinen Stärken gehört das klare, unmissverständliche Wort. Auf diese Weise wurde er als Vereinscoach mit Leverkusen und Bamberg achtmal Meister und gewann viermal den Pokal.

Und deshalb gilt Bauermann für den Deutschen Basketball Bund als Erlöser. Er folgte auf den schrulligen, führungsschwachen Finnen Henrik Dettmann, mit dem sich die Nationalmannschaft bei der letzten Europameisterschaft als Neunte kräftig blamiert hatte. Die Erwartungen vor der EM, die am Freitag in Serbien und Montenegro beginnt, sind hoch. Bauermanns Ziel ist „Platz eins bis drei“, auch wenn die Vorbereitungsspiele in der vergangenen Woche eher enttäuschend verliefen.

Das zehntägige Turnier ist Bauermanns erste große Bewährungsprobe. Er soll das Team über die EM und die Weltmeisterschaft 2006 bis nach Peking führen, zu den Olympischen Spielen 2008. Verbandspräsident Roland Geggus meint: „Nur mit ihm kann die Mannschaft das Ziel erreichen.“

Doch die Aufgabe ist heikel für Bauermann. Denn obwohl Deutschland wahrscheinlich noch nie eine bessere Nationalmannschaft hatte, waren die Perspektiven für den deutschen Basketball nie lausiger. Die heutige Generation, muss man befürchten, ist das letzte Aufgebot, das international mithalten kann.

Das liegt an der personellen Ausstattung der Bundesligaclubs: Seit Jahren sinkt der Anteil deutscher Profis. In der vergangenen Saison standen nur 16 in den Startformationen. Macht im Schnitt einer pro Verein.



Basketballprofi Nowitzki: *„Wir brauchen in der*



CAMERA 4 / IMAGO (L.); KAI-UWE KNOTH / AP (R.)

Liga wiedererkennbare deutsche Gesichter“

Die deutschen Spieler sind die Verlierer der Globalisierung des Basketballs. Statt auf vergleichsweise teure Stars aus Berlin oder Frankfurt zu bauen, verpflichten die Vereine lieber preiswerte Kräfte aus dem Baltikum. Oder sie holen „drittklassige Amerikaner“, schimpft Nationalspieler Marko Pesic.

In der kommenden Saison wird der Verdrängungswettbewerb noch härter: Es gibt dann keine Ausländerbeschränkung mehr, und jeder Bundesligist kann so viele Gastarbeiter auf den Platz schicken, wie er will. Zwar muss ein deutscher Akteur auf dem Spielberichtsbogen auftauchen. Aber nicht auf dem Feld.

Dem Nationaltrainer kann diese Entwicklung natürlich nicht gefallen. „Wir sägen den Ast ab, auf dem wir sitzen“, warnt Dirk Bauermann. „Wenn sich nichts ändert, driftet das Nationalteam bald ab in die Zweitklassigkeit.“

Erste Anzeichen gibt es bereits. Die Junioren-Auswahlen hinken in Europa hilflos hinterher, und fünf Spieler aus Bauermanns 15-köpfigem EM-Kader sind derzeit arbeitslos, ohne Verein.

Der Coach versucht gegenzusteuern. Er verzichtet daher bei der EM auf die Dienste des 2001 eingebürgerten Amerikaners Shawn Bradley. Auf der Position des Centers vertraut er Robert Maras: Der gebürtige Freiburger habe zurzeit keinen Vertrag, halte seine Knochen aber genauso gut hin.

Bauermann verlangt Artenschutz für seine Spieler. Er meint, anders habe man auf Dauer keine Chance, das Niveau zu halten: „Wir brauchen in der Liga wiedererkennbare deutsche Gesichter.“

Denis Wucherer, 32, ist so eins. Vor knapp elf Jahren debütierte er in der Nationalmannschaft, und jetzt steht Wucherer im Leverkusener Sportmuseum mit seligem Blick vor einem Foto. Es zeigt das Team des TSV Bayer 04 von 1992. Wucherer war damals 19 und spielte seine erste Saison für die Rheinländer. Der Kader bestand aus zehn Deutschen und zwei Amerikanern. Aktuell leistet sich Leverkusen acht Legionäre.

„Eine Karriere, wie ich sie gemacht habe, ist heute kaum noch möglich“, sagt Wucherer. „Die jungen deutschen Spieler haben nicht mehr die Möglichkeit, sich in der Bundesliga zu beweisen. Mir wird angst und bange, wenn ich an die Zukunft denke. Schon bald werden sich die Fehler, die in der Liga gemacht werden, in der Nationalmannschaft niederschlagen. Es ist grotesk: Der Nachwuchs ist im eigenen Land nicht mehr gefragt.“

Wucherer ist ein Routinier, der 116-mal für Deutschland gespielt hat. In der vergangenen Saison war er Leverkusens wertvollster Profi. Aber auch für ihn ist in der Bundesliga kein Platz mehr. Weil er kein neues Angebot erhalten hat, meldete er sich Anfang Juli bei der Bundesagentur für Arbeit. „Ich habe mich nicht gut gefühlt dabei“, sagt er. Vor ein paar Tagen hat er einen Vertrag unterschrieben, nun ist Wucherer beschäftigt, aber nicht glücklich: Im Herbst wechselt er zum belgischen Verein Telindus Oostende. Das ist etwa so, als würde Sebastian Deisler demnächst in Island kicken für Keflavik.

Wucherer akzeptiert ja, dass der Sport internationaler geworden ist nach der Öffnung des Transfermarkts durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Nicht einsehen will er jedoch, „warum die Basketball-Bundesliga gleich die ganze Welt einlädt“. Er wünscht sich eine Begrenzung der Freizügigkeit. „Doch die Mächtigen des Basketballs sind dagegen.“

Einer, der zu den Mächtigen gehört, ist Jan Pommer, 34. Der Jurist ist Geschäftsführer der Basketball-Bundesliga. Ein Entscheider mit Boris-Becker-Starkstrom-Frisur, der „community“ und „attitude“ sagt, wenn er Gesellschaft und Einstellung meint. Er sitzt in seinem Büro am Kölner Willy-Brandt-Platz und weist die Kritik von sich.

Die Liga, so sieht Pommer das, müsse in Europa wettbewerbsfähig bleiben. Das gelinge nur, wenn die Clubs die besten Spieler holen können: „Es darf keine Schranken geben.“ Im Übrigen habe er im Mai einen Beschluss gefördert, der den Vereinen eine Quote von einheimischen Profis diktiert: Spätestens 2009 müssen vier von zwölf Mann im Team einen deutschen Pass besitzen. Aber im Grunde ist die Vorschrift nur eine Nebelkerze.

Die wenigen Plätze werden die Clubs nämlich mit billigen Ergänzungsspielern füllen, die meistens auf der Bank hocken. In Italien, Griechenland und Spanien, in Ländern also, deren Auswahlteams schon seit Jahrzehnten zu den stärksten in Europa zählen, ist der Einsatz von Ausländern wesentlich strenger reglementiert.

Pommer argumentiert gern, im deutschen Verband seien bloß 200 000 Basketballer organisiert, und man könne „nur mit den Mädels tanzen, die auch auf der Kirmes sind“. Aber auch das ist wenig überzeugend. Es spielen in Deutschland gerade mal 30 000 Menschen im Club Eishockey, doch seit die Bundesliga ihre Ausländerplätze drastisch reduziert hat, gibt es wieder vielversprechende Talente, und die Nationalmannschaft erblühte.

Holger Geschwindner, der Entdecker und Förderer von Weltstar Dirk Nowitzki,



WOLTER / IMAGO

Basketball-Bundesliga-Chef Pommer
„Es darf keine Schranken geben“

sieht „unsere Talente zu Busfahrern verkommen, weil ihnen Ausländer die Plätze wegnehmen“. Geschwindner saß beim Supercup in Braunschweig auf der Tribüne und klagte: Während andere Länder auf jeder Position zehn junge Leute zur Wahl hätten, komme Deutschland allenfalls auf zwei. „Die Franzosen haben dieses Jahr wieder vier Mann in die NBA gebracht, wir keinen.“

Und gerade weil die Zeit so schwierig ist, sei Dirk Bauermann jetzt „genau der richtige Coach – ein Charakterkopf“. Bauermann war Aufbauspieler für Krefeld in der Regionalliga, bevor er die deutsche Trainerausbildung abschloss, die ihm jedoch nicht ausreichte: Er siedelte nach Kalifornien über, wo er an der Seite von Ron Adams das Collegeteam der State University in Fresno betreute. Bauermann lernte dabei „das ganze Know-how des amerikanischen Coachings“.

Sein Anspruch ist es, die US-Basketballschule mit der deutschen Mentalität zu kreuzen. Er will ein athletisches und kreatives, aber gleichzeitig diszipliniertes Spiel.

„Ein Team muss seine Energien bündeln“, sagt er. Die Athleten sollen zu einer Einheit verschmelzen – wie Chemikalien, die einzeln harmlos sind, aber gemeinsam eine enorme Sprengkraft entfalten.

In den neunziger Jahren formte er Leverkusen zum Seriensieger. Bauermann war ein Besessener, der kaltherzige Entscheidungen traf. Als ein Spieler nach einer Finalniederlage lachte, forderte er dessen Entlassung noch am selben Tag. Bauermann war erfolgreich, aber nicht beliebt. Sein Habitus wurde als arrogant empfunden.

Das änderte sich erst, als Bauermann nach Griechenland ging und dort zweimal scheiterte. In Patras und Athen erlebte er einen „täglichen Guerillakrieg“ und wurde jeweils gefeuert. Einmal zog der Vereinspräsident in einer Verhandlung eine Pistole aus der Schublade, um den Trainer von seiner Meinung zu überzeugen. Seit dieser Zeit, sagt Bauermann, könne ihn nichts mehr schocken.

„Viele haben darauf gewartet, dass ich auf die Schnauze falle“, sagt er. „Das Paradoxe ist: Es hat mir gut getan, dass es passiert ist. Ich bin im Ausland als Trainer gereift.“

Bauermann hat gelernt, Niederlagen etwas Positives abzugewinnen. Und deshalb glaubt er sich auch gerüstet für den Umgang mit arbeitslosen, frustrierten Nationalspielern, die sich bei der Europameisterschaft für neue Clubs empfehlen wollen. Er hat ihnen klar gemacht, „ihre persönlichen Motive nicht über das Ziel der Mannschaft zu stellen“. Die Chancen zu glänzen seien größer, wenn sie sich in den Dienst des Teams stellen. Bauermann sagt: „Der kluge Egoist kooperiert.“

Maik Grossekathöfer



DARREN WALSH / EMPICS

Chelsea-Nachwuchsspieler Elmer (l.), Chefcoach Mourinho (hinten) beim Training*: *„Wir holen die Besten der Besten“*

FUSSBALL

Unverkäufliches Juwel

Intensiv wie nie zuvor fahnden die Top-Clubs weltweit nach den Stars von morgen, allen voran der FC Chelsea. Besonders hoch gehandelt werden derzeit Talente aus der Schweiz.

Eine seiner vielen Dienstreisen hatte Gwyn Williams im Frühjahr von London in das Hinterland Mallorcas geführt, und es war nicht schwer zu erkennen, dass der Endfünfziger mit dem kantigen Schädel den Trip für verlorene Zeit hielt. Mürrisch hockte der Angestellte des FC Chelsea, beim Meister der englischen Premier League zuständig für die weltweite Talentsichtung, auf einer Holzbank im verstaubten Stadion des Inselstädtchens Inca und wartete auf den Anpfiff eines Junioren-Länderspiels. Auf dem Programm: Polen gegen die Schweiz.

Doch schon wenige Minuten nach Spielbeginn war Williams wie elektrisiert. Denn im Team der Schweizer war ihm ein blonder Mittelfeldspieler aufgefallen, der brillant mit dem Ball umging, robust, trickreich und schnell war und, wie der Späher aus dem Vereinigten Königreich befand, „ein sehr gutes Auge für den Raum hatte“. Sein Name: Jonas Elmer. Sein Alter: 17. Sein Verein: Grasshopper Zürich.

Noch zweimal in den folgenden Tagen observierte Williams den Youngster, gegen Spanien und gegen Dänemark, dann stand für den Chelsea-Emissär fest: unbedingt verpflichten. Und so gehört der Gymnasiast aus der Gemeinde Stäfa am Zürichsee seit Anfang Juli zur B-Mannschaft des FC Chelsea, die Chefcoach José Mourinho systematisch zu einer Edelreserve für seine mehrere 100 Millionen Euro teure Supertruppe aufbauen will.



TEAM 2 / IMAGO

Dortmunder Jungstar Sahin
„Europas größtes Talent“

Offenbar hält der portugiesische Startrainer schon jetzt große Stücke auf Elmer. Regelmäßig lässt er den jungen Schweizer mit Frank Lampard und Kollegen trainieren, und bei einem Freundschaftsspiel gegen Benfica Lissabon vor 35 000 Zuschauern wechselte er ihn für den holländischen Nationalstürmer Arjen Robben ein. „Die 16- und 17-Jährigen, die wir holen“, sagt Mourinho gewohnt großspurig, „sind eben die Besten der Besten.“

Dass der Club des russischen Milliardärs Roman Abramowitsch nun auch bei den Jugendspielern keine Mühen scheut und wie bei den Profis die Standards setzen will, verdeutlicht ein anderer Transfer. Unlängst warb der FC Chelsea den Sportdirektor des Premier-League-Konkurrenten Tottenham Hotspur ab – der Däne Frank Arnesen, 38, als Profi einst in den Niederlanden, Spanien und Belgien aktiv, gilt als einer der besten Kenner der internationalen Nachwuchsszene.

Bei der Jagd nach den Stars von morgen hat ein regelrechtes Wettrüsten zwischen den Spitzenclubs Europas eingesetzt. Geheimdiensten gleich haben sie ein Netz von Informanten, Berichterstattern und Kontaktleuten über die wichtigsten Fußballmärkte ausgebreitet, das selbst Kinder im Alter von zwölf Jahren erfasst. Dass der globale Überwachungsapparat enorme Kosten verursacht, spielt keine Rolle – wenn pro Saison nur einer der Auserlesenen im Profikader landet, so das Kalkül, hat sich der Aufwand gelohnt.

Den Modellfall liefert derzeit der FC Barcelona. Im Sommer 2000 lockten die Katalanen einen 13 Jahre alten Jungen, der damals 1,43 Meter groß war und knapp 40 Kilo wog, aus dem argentinischen Departement Rosario mit seiner Familie über

* Am 26. August mit dem Profi Tiago in London.

den Atlantik. Heute ist Lionel Messi, 18, die Mittelfeld-Sensation seiner Altersklasse schlechthin. Erst kürzlich versorgten die Barça-Bosse den Star der argentinischen U-20-Auswahl, die dank seiner Tore kürzlich Weltmeister wurde, mit einem millionenschweren Profivertrag – und erklärten ihn zum unverkäuflichen Juwel.

Dass Junioren-Nationalspieler, die bei prestigeträchtigen Wettbewerben auffallen, von den besten Vereinen umworben werden, ist ein Branchenreflex. So buhlten



ANDREW COULDRIDGE / ACTION IMAGES / PIXATHLON

Jungprofi Ziegler (l.)*: *„Anpassungsfähig, lernwillig“*

Arsenal London, der FC Chelsea und die großen Clubs aus Istanbul im Sommer um den Dortmunder Mittelfeldmann Nuri Sahin, der mit der türkischen U 17 den EM-Titel gewonnen hatte und zum besten Spieler des Turniers gekürt worden war.

Arsenal bot Borussia für den B-Jugendlichen vier Millionen Euro Ablöse, und Trainer Arsène Wenger lobte den Jungen aus dem Sauerland als „Europas größtes Talent“. Sahin indes unterschrieb beim BVB bis 2009 – und avancierte mit 16 Jahren und 335 Tagen zum jüngsten Profi, der jemals in der Bundesliga spielte.

Zwei Nachwuchskräfte aus dem Rheinland mochten den Verlockungen großer Fußballadressen hingegen nicht widerstehen. Ron-Robert Zieler, 16, Torwart beim 1. FC Köln, wechselte jüngst zu Manchester United, Dennis Krol folgte bereits vorigen Sommer im Alter von zwölf dem Ruf des FC Barcelona. Sein Vater begleitet ihn, an der Deutschen Schule der katalanischen Metropole will der Knirps den Realschulabschluss machen. Krols Ex-Verein Bayer Leverkusen hat aus der Abwerbung Konsequenzen gezogen: Künftig werden keine Jugendteams mehr zu den populären spanischen Einladungsturnieren geschickt.

Ob die Abwehrmaßnahme hilft, ist fraglich. Denn längst wildern die Spione der Großvereine selbst bei Nachwuchskicks tief in der Provinz, von denen nur Insider Kenntnis haben. „Wenn 100 Zuschauer bei einem Juniorenspiel in Niederösterreich im Stadion sitzen“, sagt Peter Knäbel, Jugendkoordinator beim FC Basel, „dann sind 50 davon Angehörige der Spieler, und die anderen 50 sind Scouts.“

Besonders hoch gehandelt werden derzeit Talente aus der Schweiz. Etwa 30 Jugendliche unter 18 Jahren, schätzt Hansruedi Hasler, Technischer Direktor beim Schweizerischen Fußballverband, sind im Ausland unter Vertrag. Aus Haslers Warte ist der Boom ein unerwünschter Nebeneffekt seiner Arbeit. Denn der Sportwissenschaftler gilt als führender Kopf eines Ausbildungskonzepts, dem die Vereine im Land seit einigen Jahren folgen.

Die systematische Nachwuchspflege bescherte dem Verband bereits bemerkenswerte Resultate – so wurde die U-17-Auswahl vor drei Jahren Europameister, die U-19-Mannschaft scheiterte bei der EM im Vorjahr erst im Halbfinale, und auch das U-21-Team drang 2002 bei der EM bis in die Runde der letzten vier Mannschaften vor.

Befeuert wird die Nachfrage dadurch, dass viele Clubs mit jungen Profis aus dem Alpenstaat beste Erfahrungen gemacht haben. Der Stürmer Alexander Frei, 26, von Stade Rennes avancierte letzte Saison zum Torschützenkönig in Frankreichs erster Liga; der Verteidiger Reto Ziegler, 19, den der Hamburger SV kürzlich von Tottenham Hotspur auslieh, galt in der vorigen Spielzeit in der Premier League als eine der großen Entdeckungen; und Philippe Senderos, 20, brachte es auf Anhieb zum Stammverteidiger bei Arsenal. „Die jungen Schweizer sind anpassungsfähig und lernwillig“, sagt der Zürcher Spieleragent Marcel Schmid, der auch Elmer bei seinem Wechsel zum FC Chelsea beraten hat, „das wissen die Clubs zu schätzen.“

Bisweilen jedoch verlieren die Nachwuchshoffnungen und ihre Eltern im Rausch der Offerten die Orientierung. Um den Mittelfeldmann Ivan Rakitic, 17, vom FC Basel konkurrierte Anfang dieses Jahres das geballte Establishment: Juventus Turin, Arsenal, der FC Chelsea. Monatelang versuchte der Vater, ein gelernter Maler, die Clubs gegeneinander auszustechen, während die Mutter des Spielers sich vehement gegen einen Wechsel sträubte.

Gisela Oeri, Gattin eines Milliardenerben des Pharmakonzerns Roche und Mäzenin des FC Basel, nutzte die familieninternen Verwerfungen im Hause Rakitic. Mit einem finanziellen Angebot, wie es noch keinem Jugendlichen bei dem Schweizer Meisterclub unterbreitet wurde, stellte sie alle zufrieden: Vater, Mutter und Sohn.

MICHAEL WULZINGER

* Für Tottenham Hotspur im Spiel gegen Antonio Núñez vom FC Liverpool am 1. Dezember 2004 in London.

ARZNEIMITTEL

Starb junges Mädchen durch Vioxx?

Wegen des Verdachts auf fahrlässige Tötung ermittelt die Staatsanwaltschaft Bochum gegen die deutsche Merck-Tochter MSD. Nach Einnahme des Schmerzmittels Vioxx war eine 15-jährige Schülerin aus Waltrop plötzlich verstorben. „Wir prüfen einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Arznei und dem Tod des Mädchens“, sagt Oberstaatsanwalt Martin Kunert. Pharmakologische Gutachten wurden angeordnet. Mit ersten Ergebnissen sei aber „erst in einigen Wochen zu rechnen“. Carina B. hatte mehrere Monate lang Vioxx eingenommen. Sie litt an einer seltenen Stoffwechselkrankheit, bei der der Körper zu viel Salz ausscheidet. Die Fahnder interessiert auch, ob MSD Untersuchungen über die Sicherheit der Pillen behinderte oder gar gezielt unterdrückt hat. Hinweise in diese Richtung kommen vom Vorsitzenden der Kommission für Arzneimittelsicherheit der deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde, Hannsjörg Seyberth, der im Jahr 2004 bei Kindern, die Vioxx einnahmen, einen erhöhten Blutdruck feststellte: „Ich habe dem Konzern mehrmals Studien angeboten, um das Risiko kardiovaskulärer Schäden zu prüfen.“ Das aber habe MSD abgelehnt, so Seyberth. Vertreten werden die Eltern des verstorbenen Mädchens aus dem Ruhrgebiet durch den Berliner Anwalt Andreas Schulz, der 871 Vioxx-Fälle betreut. Die Pharmafirma war bereits im vergangenen Monat in einem ersten Schadensersatzfall in den USA zu einer Zahlung von 253 Millionen Dollar verurteilt worden. Zu den neuen Vorwürfen lehnt MSD eine Stellungnahme ab.



Weihbrotschale aus dem Domschatz

GESCHICHTE

Heiliger Beutel

Im Magazin des Halberstädter Domschatzes, des größten mittelalterlichen Kirchenhorts Deutschlands, ist eine seltene Reliquie aus dem 11. Jahrhundert aufgetaucht. Wie der Kustos Jörg Richter mitteilt, waren im Zuge einer Ausstellung über „Kreuzzugsbeute“, die noch bis zum 16. Oktober läuft, alte Sakristeischränke durchstöbert worden. Dabei wurde ein pechschwarz oxidiertes Gebilde gefunden, 20 Zentimeter hoch, das wie eine Damenhandtasche aussieht. Es ist fest verschlossen, hat weder Tür noch Öffnung. Einer Aufschrift zufolge befinden sich im Innern des silbernen Behälters der Essigschwamm Christi, Kreuzsplitter sowie Knochenteile von heiligen Jungfrauen aus Köln. Bundesweit sind nur sechs dieser beutelartigen „Bursenreliquien“ bekannt. Halberstadt, das bereits den mumifizierten



Fingerreliquie des heiligen Nikolaus

Finger des heiligen Nikolaus (der als Urvater des Weihnachtsmanns gilt) und den Schädel des Apostels Jakobus besitzt, verfügt damit nun über ein weiteres Glanzstück der früheren Heiligenverehrung. Bis Ende des Monats soll ein Restaurator die Reliquie wieder auf Hochglanz bringen.



ESSLER / IMAGO

Weißkopfseeadler

TIERE

Wappentier im Windrad

Mit bundesweit 500 Brutpaaren ist die Zahl der Seeadler auf ein Rekordniveau gestiegen. Zugleich aber sterben immer mehr der majestätischen Wappentiere durch Unfälle, etwa durch Strommasten oder Eisenbahnen, wie eine Studie des Berliner Instituts für Zoo- und Wildtierforschung (IZW) zeigt. Todesursache Nummer eins sind Vergiftungen durch bleihaltige Jagdmunition, die der Greif über erschossenes Wild aufnimmt. Auch Windkraftanlagen erweisen sich als Falle: 15 von Strommühlen erschlagene Seeadler wurden am IZW untersucht. „Es waren fast nur erwachsene Vögel“, erklärt der Tierarzt Oliver Krone. Gefährlich ist die stressige Brutzeit. Wenn der Rotor den Weg vom Horst zur Nahrungsschneise versperrt, kann es passieren, dass die durch die Beutesuche abgelenkten Tiere die Anlage berühren. Die Folge: Knochenbrüche und lädierte Flügel. Ein in Schleswig-Holstein aufgefundener Seeadler wurde vom Propeller glatt in zwei Teile gespalten.



PROJEKTGRUPPE SEEADLERSCHUTZ

Ornithologe, toter Adler



MILOS BICANSKI / GETTY IMAGES

Trümmerteile der abgestürzten Maschine der Helios Airways

Flugzeugabstürze 2005 mit 40 und mehr Toten

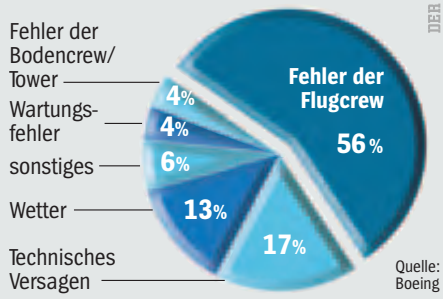
Datum	Flugzeugtyp	Land	Problem	Tote
03. 02.	**Boeing 737**	Afghanistan	Schneesturm	104
16. 07.	**Antonow An-24B**	Äquatorialguinea	unbekannt	60
14. 08.	**Boeing 737**	Griechenland	Druckabfall	121
16. 08.	**McDonnell D. MD-82**	Venezuela	Triebwerkschaden	160
23. 08.	**Boeing 737**	Peru	Unwetter	40
05. 09.	**Boeing 737**	Indonesien	Explosion	über 160

LUFTFAHRT

Gefahr über den Wolken

Auf eine „ungewöhnliche Häufung“ von Luftfahrtkatastrophen hat die Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung in Braunschweig hingewiesen, hält diese allerdings für zufällig. Seit Anfang des Jahres sind bereits über 20 Passagierjets und Kleinflugzeuge abgestürzt, mehr als 800 Menschen starben. Unrühmlich beteiligt an dem Desaster sind Maschinen vom Typ Boeing 737, dem meistverkauften Passagierjet weltweit, den – wenn er altersschwach und im Westen ausgemustert wird – gern Billiganbieter in der Dritten Welt übernehmen. Die Boeing 737, die letzte Woche in Medan (Indonesien) mindestens 166 Menschen in den Tod riss, war unmittelbar nach dem Start zerbrochen. Betagte, störanfällige Jets lösen zudem bei den Piloten häufig falsche Reaktionen aus, wie eine amerikanische Pannenstatistik zeigt. Demnach werden 56 Prozent aller Abstürze durch ein Fehlverhalten der Crew ausgelöst. Nicht selten kommt es dabei zu einer Verkettung von kleinen Fehlern, die sich aufschaukeln. Auch bei extremen Winden und Wolkenbrüchen unterlaufen den Männern im Cockpit zuweilen Schnitzer. Die im Februar bei Kabul verunglückte Maschine war in einen Schneesturm geraten, der Unglücksflieger von Peru wurde beim Sinkflug von sintflutartigen Regenfällen überrascht. Zuweilen sind die Probleme allerdings weit banaler, wie der bei Athen zerschellte Touristenflieger der Linie Helios zeigt. Die noch unveröffentlichte Auswertung des Voicerecorders beweist, dass im kritischen Moment im Cockpit höchste Konfusion herrschte. Der aus Ost-Berlin stammende Pilot und sein zypriotischer Co-Steuermann sprachen so schlecht Englisch, dass sie sich über das eingetretene technische Problem nicht richtig abstimmten. Ein ähnliches Kommunikationsproblem trug bereits im Jahr 2000 zum Absturz einer Crossair-Maschine nahe Zürich bei.

Unfallursachen
Flüge weltweit von 1995 bis 2004



DER SPIEGEL

Quelle: Boeing

SUCHT

Partydroge aus dem Pferdestall

Das 1961 in den USA entwickelte Ketamin, ein Schmerzmittel, mit dem sich schwerverwundete GIs im Vietnam-Krieg selbst narkotisierten, steigt zur neuen Partydroge in Europa auf. Umfragen des Drogeninformationsdienstes „Drugscope“ in 15 britischen Städten ergaben, dass das Rauschmittel fast die Beliebtheit von Amphetaminen, Ecstasy und Haschisch erreicht hat. In Londoner Clubs wird „Special K“ für rund 25 Euro pro Gramm angeboten. Wer es schnupft, ist etwa 20 Minuten „ausgespaced“: Typisch sind Schwebezustände und ein Trennungsgefühl von Körper und Geist, sogenannte Astralreisen. Überdosierungen führen zu Horrortrips und Atemlähmung. Tierärzte benutzen den Stoff als Narkosemittel für Pferde. Seine Beliebtheit in der Szene nimmt ständig zu. Erst im Juli erwischte auch die spanische Polizei auf Ibiza zwei Dealer mit acht Pfund Ketamin.



REX FEATURES / ACTION PRESS

Tanzende im Londoner Nachtclub The Fridge

GENUSSMITTEL

Wasser zu Wein

Mit einer Niederlage droht der Kampf der Europäer gegen verpanschte US-Weine zu enden. Seit längerem führt die EU-Kommission Verhandlungen mit der Bush-Regierung. Die USA fordern, dass ihre Kelterverfahren auch hierzulande anerkannt werden. Winzer in der Neuen Welt setzen dem Wein Tannine und Eichenchips zu oder verdünnen ihn mit Wasser. Auch das Fraktionieren des vergorenen Getränks, um künstliche Designerweine zu mixen, ist dort erlaubt. Nach den Gesprächen letzte Woche auf Beamtenebene wird nun das Schlimmste befürchtet: „Die EU ist weichgekocht, der Industriewein aus Amerika kommt“, prophezeit Rudolf Nickenig vom Deutschen Weinbauverband in Bonn. In der nächsten Woche wird sich der Ministerrat in Brüssel mit dem Thema befassen.

AUTOMOBILE

Wettlauf ums Doppelherz

Aufruhr im Autoland: Der Erfolg japanischer Konzerne mit dem Hybridantrieb zwingt die deutschen Hersteller zu einer radikalen Kurswende. Auf der IAA in Frankfurt bekennen sich nun auch Mercedes, VW, Porsche und BMW zu dem Sparmotor, den sie jahrelang verschmähten.

Dieses Auto ist ein guter Diener. Es empfängt seinen Besitzer nachts mit „Auffindbeleuchtung“. Sachte erhellt sie den Boden ums heilige Blech.

Eine „Heckdeckelbegrenzung“ stoppt die automatisch aufklappende Kofferraumhaube, ehe sie gegen flache Garagentore knallt. Im Armaturenbrett sorgt ein Nachtsicht-Monitor für Weitblick über das Scheinwerferlicht hinaus. Pneumatische Sitzpolster kneten den Rücken auf Befehl „langsam und stark“.

Die neue S-Klasse von Mercedes wird in dieser Woche auf der Internationalen Automobilausstellung (IAA) in Frankfurt Premiere feiern. Die große Baureihe des Auto-Erfinders gilt als der Luxuswagen schlechthin. Auch das neue Modell soll wieder Standards setzen in Komfort und Sicherheit, den Kardinaltugenden der Stern-Marke.

Und doch: Es fehlt was.

Der Wagen hat nur einen Motor. Und das ist genau einer zu wenig.

Die Autoschau am Main, traditionell Bühne einheimischer Technologieführerschaft, steht in diesem Jahr im Zeichen eines großen Kotaus: Deutschlands Fahrzeugbauer bekennen sich kollektiv zum Hybridantrieb, der Kombination aus Benzin- und Elektromotor – und geben damit zu: Die Konkurrenten aus Japan hatten recht. Honda und Toyota bieten solche Autos schon seit Jahren an.

Der Rückstand ist nun offensichtlich: Eine Technik, die die Asiaten längst im Handel haben, zeigen die Deutschen lediglich im Prototypstadium: Der VW-Konzern wird eine Hybrid-Studie des neuen Audi-Geländewagens Q7 ausstellen, BMW ein Showcar mit Doppelherz. Mercedes zeigt gleich mehrere Hybrid-Entwürfe.

Die Entscheidung ist in den Konzernvorständen gefallen: Deutsche Marken werden Hybrid-Autos anbieten – doch sie sind frühestens in zwei bis drei Jahren zu kaufen, denn die Entwicklung braucht Zeit.

Zu lange hatten die Ingenieure hierzulande nicht an die physikalischen Vorzüge des motorischen Doppelpacks geglaubt: Beim Hybrid-Antrieb speist das Auto die Bremsenergie zurück in die Batterie, um sie dann während der Fahrt wieder in elektrische Antriebskraft umzusetzen (siehe Grafik Seite 176). Das spart Sprit.



Hybrid-Geländewagen Lexus RX 400h: *Geisterhafte Stille*

Doch wie viel? Lange waren die Deutschen skeptisch. Ex-Mercedes-Chef Jürgen Hubbert nannte die Ökobilanz eines Hybrid-Autos „zweifelhaft“, VW-Chef Bernd Pischetsrieder gar „eine einzige Katastrophe“ und schmähte das Prinzip als „Vergewaltigung der Physik“. BMW-Chefentwickler Burkhard Göschel sagte noch im Januar, Hybrid sei „ein Marketingwort, das den Blick sehr einengt“.

Die Augen öffneten sich erst, als nicht mehr zu übersehen war, dass die japanischen Hybrid-Mobile tatsächlich respektable Sparerfolge verzeichnen. In Tests der Fachzeitschriften schluckten die Hybrid-Kompaktwagen Toyota Prius und Honda Civic IMA im Durchschnitt kaum über sechs Liter auf 100 Kilometer – spürbar weniger als vergleichbare Benziner ohne Elektro-Assistenz. Mit dem Hybrid-Geländewagen Lexus RX 400h kommt Toyota auf Praxiswerte unter zehn Litern. Damit ist das Schwergewicht zwar noch lange kein Ökomobil, jedoch deutlich genügsamer als andere Modelle seiner Art mit einfachem Benzinmotor.

Und die Modelloffensive schreitet voran: Auf der IAA zeigt Toyota den ebenfalls marktreifen Oberklassewagen Lexus GS 450h. Das Kraftpaket aus Sechs-Zylinder- und E-Motor wird über 340 PS verfügen, also die Leistung eines Achtzylinders, soll dabei aber so sparsam sein wie ein kleineres Auto mit vier Zylindern. Und schon bald wird das Spitzenmodell LS 480h mit Acht-Zylinder-Hybrid den vorläufigen Höhepunkt markieren. Den weltweiten Absatz von 300 000 Hybrid-Fahrzeugen in diesem Jahr will Toyota bis zum Jahr 2010 auf eine Million steigern.

Japans Nummer eins, längst der wohlhabendste Autokonzern der Welt, leistet sich inzwischen einen jährlichen Forschungsetat von umgerechnet 5,7 Milliarden Euro – und ein Hybrid-System von enormer Komplexität. Seine hohe Batteriekapazität taugt dazu, den Wagen kurzzeitig ausschließlich im Elektrobetrieb zu bewegen. Diese Vollhybrid-Funktion bringt zwar kaum einen größeren Spareffekt als abgeschwächte Hybrid-Versionen, beeindruckt aber viele Kunden, die plötzlich geräuschlos anfahren und in geisterhafter Stille dahingleiten.

Eine solche Antriebstechnik im Alleingang nachzubauen erscheint anderen Konzernen zu teuer. DaimlerChrysler schloss deshalb eine Kooperation mit dem US-Riesen General Motors (GM) – der sich vergangene Woche auch BMW anschloss. Im Zentrum der Partnerschaft steht ein Getriebeprinzip für den Vollhybrid-Einsatz, das dem Toyota-Räderwerk gleicht. Es soll zunächst in großen Geländewagen und Pick-ups auf dem amerikanischen Markt zum Einsatz kommen.

Mercedes wird in Europa zusammen mit weiteren deutschen Herstellern einen anderen Weg gehen: Hier zeichnet sich eine deutlich preiswertere Lösung ab, die nicht



FRIEDRICH STARK / DAS FOTOARCHIV

Internationale Automobilausstellung in Frankfurt (2003): *Kotau vor den Japanern auf der Schaubühne deutscher Technologieführerschaft*

unbedingt die schlechtere sein muss. Das Vorbild heißt nicht Toyota, sondern Honda.

Das weitaus kleinere Unternehmen ist traditionell sehr technikgesteuert, errang fünfmal in Folge die Formel-1-Weltmeisterschaft (worum sich Toyota noch vergebens müht) und galt lange als Speerspitze japanischer Innovationskraft.

Doch gerade beim Hybrid-Thema wurde Honda bisher kaum wahrgenommen, was vor allem an einer Fehlleistung des firmeneigenen Marketings lag. Das Management fürchtete, das Wort „Hybrid“ könne als unsportlich interpretiert werden, und nannte diese Modelle „IMA“, für „integrierter Motor-Assistent“. Hybrid wurde jedoch zum Zauberwort, und Honda stand im Abseits.

Zu Unrecht, denn das weniger bekannte System bringt mit weit geringerem Aufwand bisher etwa die gleichen Ergebnisse.

Die Honda-Entwickler entschieden sich für einen „milden“ Hybrid, der nicht ausschließlich elektrisch fahren kann und einer viel einfacheren Antriebsgeometrie folgt: Der Elektromotor wird zwischen Verbrennungsmotor und Getriebe in die Kupplungsglocke integriert, kann also ohne teure Umbaumaßnahmen in jedem konventionellen Antriebsstrang Platz finden.

Die dort herrschende Enge erlaubt zwar nur weit schwächere E-Motor-Leistungen, als sie etwa Toyota anbietet; doch den Spareffekt trübt das kaum. Bei Vergleichstests der Fachpresse zeigte sich der Honda Civic IMA dem Wundermobil Toyota Prius in manchen Disziplinen sogar überlegen.

Das wollen Deutschlands Autokonzerne nun auch schaffen – und möglichst zu noch geringeren Kosten. Anders als die Japaner, die ihre Hybrid-Systeme fast ausschließlich im eigenen Unternehmen entwickelt haben und produzieren, wollen die Deutschen die Kerntechnik von gemeinsamen Systemlieferanten beziehen.

Vorerst ist nur ein Lieferantenverbund erkennbar, der schon konkrete Angebote machen kann. Während Zuliefer-Imperien wie Bosch und Siemens das Thema weitgehend verschlafen haben, formte der Bremsen- und Elektronikkonzern Continental Automotive Systems zusammen mit dem Getriebeproduzenten ZF die bisher einzige deutsche Hybrid-Phalanx, die „mehr zu bieten hat als Skizzen und Power-Point-Präsentationen“ (ein Daimler-Chrysler-Manager).

Continental entwickelte bereits für Ford eine elektrohydraulische Bremsanlage, die für den wirkungsvollen Hybrid-Betrieb unverzichtbar ist, und beliefert seit einem Jahr General Motors mit einem milden Hybrid-System für Geländewagen aus dem Werk Berlin. Dort sieht Geschäftsführer Karlheinz Haupt eine „Entwicklungsdrehscheibe für Hybrid-Antriebe in Deutschland“ entstehen.

Sein technischer Clou soll die simple Verwandlung des Mildhybrids in einen Vollhybrid sein. Dazu brauche es nur einer Kupplung, die den Verbrennungsmotor bei Bedarf aus dem Verbund mit dem E-Motor abkoppeln kann. Dann sei rein elektrisches Fahren möglich, das die Kunden zunehmend als „Wert an sich begreifen“ (Haupt). Allerdings plagen sich die Entwickler noch damit, diesen „Parallel-Hybrid“ ruckfrei zu steuern. Mit Kompromisslösungen dür-



NORBERT MICHALKE

Hybrid-Produktion bei Continental: *„Ein Wert an sich“*



REX FEATURES / ACTION PRESS

VW-Supersportwagen Bugatti Veyron: *Stärkste Benzinpumpe der Welt*

fen Deutschlands Autohersteller jedoch nicht antreten, wenn sie ohnehin um Jahre verspätet ihre Hybrid-Autos einführen.

Mercedes arbeitet am wohl kühnsten Entwurf: Als erstes Serienauto der Welt wird die neue S-Klasse voraussichtlich einen Diesel-Hybrid bekommen – im Sinne des Spritsparens sicher die reizvollste Kombination.

Schon ohne Elektro-Assistenz verbrauchen Dieselautos in der Praxis weniger als Hybrid-Benziner. Europas Autoindustrie setzte deshalb im vergangenen Jahrzehnt beharrlich auf diese Technik – und landete damit in einer unseligen Abgas-Debatte, die erst zum Teil überwunden ist.

Die Feinstaub-Diskussion wird nach der flächendeckenden Einführung von Rußfiltern bald beendet sein. Dann spricht nur noch der weit höhere Stickoxid-Ausstoß gegen den Diesel. Und genau an dieser Stelle greift Mercedes nun an.

Der Diesel-Hybrid in der S-Klasse soll zusätzlich über einen Katalysator mit Harnstoff-Einspritzung verfügen. Die Technik wird im Lkw bereits eingesetzt. Sie taugt dazu, den Stickoxid-Ausstoß um gut 80 Prozent zu verringern und nahezu auf das Niveau des Benziners zu bringen. Der Kunde müsste sich nicht einmal die Mühe machen, Harnstoff nachzutanken, denn ein 30-Liter-Tank unterm Kofferraum reicht von Inspektion zu Inspektion. Intern wird das Prinzip bereits als „Befreiungsschlag“ gefeiert.

Der wird jedoch teuer bezahlt. Ein Diesel-Hybrid mit derart aufwendiger Abgasreinigung wird das kostspieligste Antriebskonzept sein, das je in einem Pkw realisiert wurde – allerdings auch das sparsamste. Der schwere Luxuswagen soll im Durchschnitt deutlich weniger als acht Liter auf 100 Kilometer schlucken – etwa so viel wie heute ein Golf.

Volkswagen wiederum ist im Wettlauf um die Hybrid-Technik extrem spät erwacht. Erst der in diesem Jahr angetretene Markenchef Wolfgang Bernhard setzte das Thema mit höchster Priorität auf die Agenda. Nun schwelt im Konzern ein Grundsatzstreit.

Bernhard will vordringlich absolute Sparmobile auf den Weg bringen und schleunigst etwa den Golf-Bruder Jetta hybridisieren lassen. Mit der gleichen Technik soll der Kompakt-Van Touran ausgestattet werden. Dafür startet Volkswagen ein Entwicklungsprojekt mit der Tongji-Universität in Shanghai, die vor allem die Batterieentwicklung vorantreiben soll, denn hier herrscht noch großer Rückstand.

Martin Winterkorn, Chef der VW-Tochter Audi, würde dagegen lieber ganz oben anfangen und wuchtige Kraftmeier mit Elektro-Tuning beglücken. Das ginge am schnellsten auf der Hybrid-Plattform, die DaimlerChrysler mit GM entwickelt. Als vergangene Woche bekannt wurde, dass BMW dort auch einsteigt, erlebten die Audi-Vorstände ihren Chef sichtbar elektrisiert. Volkswagen setzt jedoch auf das simplere Parallel-Hybrid-Prinzip.

Diese Lösung favorisiert auch Porsche-Chef Wendelin Wiedeking, der sich schon vor Monaten sehr offen zum Hybrid-Antrieb bekannte. Nur ein solcher Doppeltreibsatz könnte den Geländewagen Cayenne, für den es keinen Dieselmotor gibt, auf ein zukunftsfähiges Verbrauchsniveau drücken. Doch dem Mini-Unternehmen fehlen die Ressourcen, aus eigener Kraft ein solches System zu entwickeln. Eine schnelle und unkomplizierte Lösung wäre nur mit dem Produktionspartner VW möglich, der die Cayenne-Basis herstellt.

Noch lieber hätte Wiedeking VW ausgebremst und eine direkte Allianz mit Toyota geschlossen. Bereits im vergangenen Herbst liefen intensive Verhandlungen. Doch das Projekt scheiterte. Die japanische Technik passt in den Cayenne nicht rein.

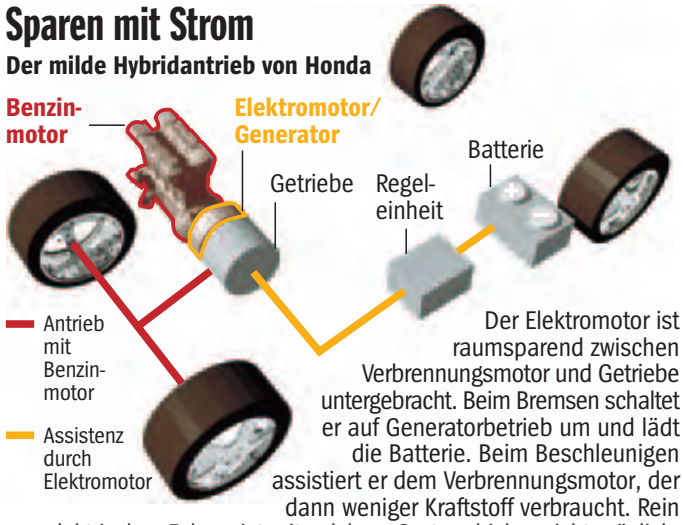
Als Wiedeking schon von Hybriden träumte, war sein Partner VW noch mit anderen Problemen befasst, etwa mit dem Supersportwagen Bugatti Veyron. Dessen 16-Zylinder-Motor hatte einen Versorgungsengpass: Alle herkömmlichen Kraftstoffpumpen konnten nicht genug Sprit fördern, um das 1001-PS-Aggregat bei Vollgas zu sättigen.

Der Wagen verfügt nun über die stärkste Benzinpumpe der Welt – eine Ingenieurleistung, für die kaum mit Applaus zu rechnen ist.

Christian Wüst

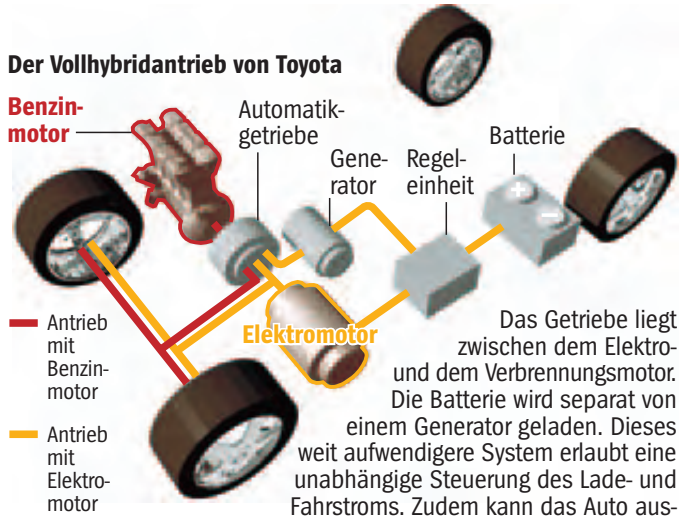
Sparen mit Strom

Der milde Hybridantrieb von Honda



Der Elektromotor ist raumsparend zwischen Verbrennungsmotor und Getriebe untergebracht. Beim Bremsen schaltet er auf Generatorbetrieb um und lädt die Batterie. Beim Beschleunigen assistiert er dem Verbrennungsmotor, der dann weniger Kraftstoff verbraucht. Rein elektrisches Fahren ist mit solchem System bisher nicht möglich.

Der Vollhybridantrieb von Toyota



Das Getriebe liegt zwischen dem Elektro- und dem Verbrennungsmotor. Die Batterie wird separat von einem Generator geladen. Dieses weit aufwendigere System erlaubt eine unabhängige Steuerung des Lade- und Fahrstroms. Zudem kann das Auto ausschließlich vom Elektromotor angetrieben werden.

DER SPIEGEL

FILMTECHNIK

Haie im Saal

Die ersten Kinos bieten mit digitaler 3-D-Technik ein Filmerlebnis von ungekannter Räumlichkeit. Selbst alte Filme lassen sich dafür nachträglich aufbereiten.

Anmutig, die Seeschlange, wie sie sich schlängelt auf der Leinwand! Schauerlich, wie sie jäh hervorstößt über die ersten Sesselreihen und den Zuschauer schier in die Nase zwickt! Im Kino ist von nun an Vorsicht geboten: Die Darsteller kommen aus der Leinwand heraus. Digitale 3-D-Technik macht es möglich.

Die Filmindustrie, immer bestrebt, ihr Publikum noch tiefer in die Sitze zu scheuchen, bereitet neuartige Spektakel vor. Die jüngste Generation Digitalprojektoren wirft Filme nahezu lebensechter Räumlichkeit auf die Leinwand.

Als erstes Kino in Deutschland zeigt das Cinema in München nun, was die neue Technik computergesteuert zuwege bringt. Zu sehen sind tiefgestaffelte Korallenriffe in plastischer Pracht. Haie schwimmen bedenklich nahe heran und drehen bei über dem Kinogestühl; dem Zuschauer scheint es, als wischten sie ihm mit der Schwanzflosse über die Wange.

Vorerst stehen in München nur kurze Naturfilme auf dem Programm. Aber schon im kommenden Januar wird das Cinema den ersten abendfüllenden Streifen in digitalem 3 D vorführen: die Disney-Animation „Chicken Little“, die auch in einer Version für das räumliche Sehen produziert wird.

Andere Lichtspielhäuser dürften sich das Ereignis ebenfalls nicht entgehen lassen. In den USA zahlt der Verleih ausgewählten Kinos sogar die nötige Umrüstung. Zum Filmstart werden hundert Säle – schätzungsweise für je 130 000 Dollar – mit digitalen Projektoren bestückt.



DISNEY ENTERPRISES

3-D-Film „Chicken Little“: *Erlebnisvorsprung fürs Kino*

Die Freigebigkeit kommt nicht von ungefähr. Angesichts sinkender Besucherzahlen braucht die Filmindustrie neue Lockreize. Und das räumliche Kino verspricht Augenschmaus so recht nach dem Geschmack von Hollywood: dralle Bestien zum Greifen nah, Abgründe schwindelnd tief wie nie und Raumkreuzer, die dem Publikum um die Ohren sausen. Ein erster Versuch mit dem Trickspielfilm „Der Polarexpress“ verlief auch geschäftlich ermutigend: Eine 3-D-Version für Imax-Kinos spielte 45 Millionen Dollar ein.

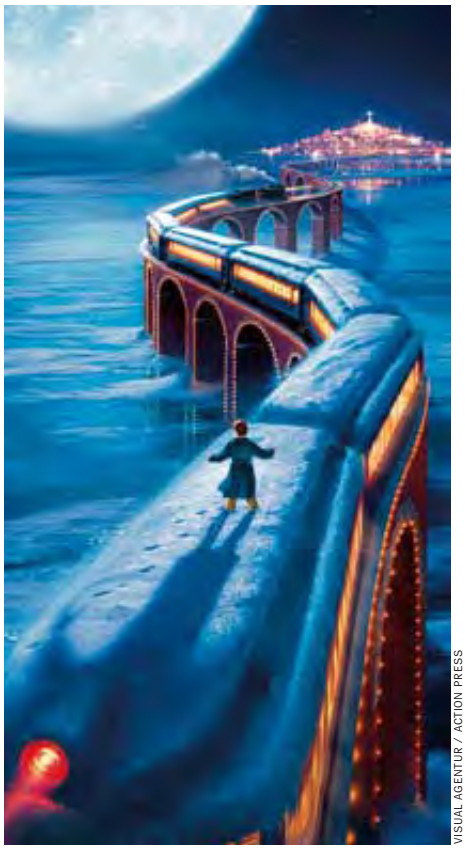
In der Imax-Welt, wo 3 D inzwischen der Regelfall ist, kommen die Filme allerdings noch von der Spule. Allein der Projektor kostet drei Millionen Euro, jede einzelne Kopie noch einmal 40 000 Euro. Beim digitalen 3 D dagegen ist die Kopie fast umsonst. Der Film kommt als Datenstrom von der Festplatte. Und der Projektor braucht keine besondere Wundertechnik: Er muss nur statt 24 Bildern in der Sekunde deren 48 auf die Leinwand werfen, abwechselnd je eines fürs linke und fürs rechte Auge.

Der Zuschauer trägt eine Filterbrille, die den Bilderstrom wieder auseinander sortiert. In der modernsten Variante kommen Flüssigkristallgläser zum Einsatz, die ab-

wechselnd je ein Auge abblenden. Auf der Leinwand macht sich die Räumlichkeit so gut, dass bereits eine Schar entflammter Regisseure für das neue Format trommelt. James Cameron („Titanic“) beteuert, er werde künftig vorwiegend in digitalem 3D drehen. Und George Lucas will seine gesamte „Star Wars“-Reihe auf 3D umarbeiten.

Auch Filme, die es schon gibt, müssen die dritte Dimension nicht länger entbehren. Die kalifornische Firma In-Three hat ein Verfahren entwickelt, mit dem sich jeder Streifen nachträglich verräumlichen lässt. Das linke Auge bekommt die Bilder des Originals vorgespielt, für das rechte hat der Computer eine etwas versetzte Perspektive errechnet. Das Fachpublikum, dem In-Three die ersten Minuten von „Star Wars: Episode IV“ präsentierte, dazu Szenen aus „Matrix“, war begeistert.

Sehr zur Freude der Industrie ist der Zauber vorerst nur im Kino zu haben, nicht auf DVD und nicht auf dem Großfernseher im Wohnzimmer. Die Verleihfirmen spekulieren aber auch darauf, dass die Kinos um der 3-D-Spektakel willen nun endlich auf Digitaltechnik umrüsten. Diese spart auch beim gewöhnlichen 2-D-Film viel Geld ein, weil der Aufwand für Kopien und Rollenversand entfällt. Die Filme werden auf Computerfestplatten verteilt, die beliebig oft bespielbar sind, oder gleich per Satellit in die Kinos gefunkt. Die Umstellung kam jedoch bislang nur zäh voran, weil Verleiher und Kinobetreiber sich nicht über die Aufteilung der Kosten einigen können.



VISUAL AGENTUR / ACTION PRESS

3-D-Film „Der Polarexpress“
Augenschmaus aus dem Computer

In Deutschland verfügen zurzeit nur 15 Kinos über digital ausgerüstete Säle. Dieter Buchwald, Betreiber des Münchner Cinema, rechnet mit einer Wende spätestens, wenn die „Star Wars“-Filme in 3D erscheinen.

Dennoch dürfte sich das Kinogeschehen auch weiterhin größtenteils im vertrauten 2D abspielen. „Beileibe nicht alle Filme“, sagt Buchwald, „taugen für den Raumeffekt.“ Die kleine französische Komödie hat wenig davon, wenn sich die Bistrotischchen plastisch im Raum erheben und der Zigarettenrauch dem Zuschauer bedrohlich vorm Gesicht wabert. Aber Großspektakel aller Art dürften an visueller Wucht gewinnen.

Wie lange sich der Erlebnisvorsprung halten lässt, ist allerdings offen. Auch im Kino waltet ja nun der Fluch des Digitalen, das früher oder später jede Technik zur Massentauglichkeit verbilligt. Schon bewältigen die ersten digitalen Heimprojektoren eine beinahe kinowürdige Auflösung. Fehlt nur noch die doppelte Bildrate, und schon wären auch separate Bilder fürs linke und rechte Auge möglich. Buchwald ist auf ein knappes Rennen gefasst: „In ein paar Jahren können Sie 3D auch zu Hause haben.“ MANFRED DWORSCHAK

MEDIZIN

Tod im Zeitraffertempo

An Blutvergiftung sterben in Deutschland fast so viele Menschen wie am Herzinfarkt. Wird die Invasion der Keime zu spät erkannt, sind die Opfer innerhalb von 48 Stunden tot. Mit neuen Therapien ließen sich viele Leben retten – doch in den Kliniken wird die Sepsis oft falsch behandelt.



MARTIN JEHNICHEN

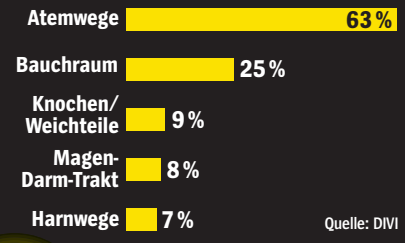
Sepsis-Patient auf der Intensivstation: *„Die Uhr tickt unheimlich schnell“*

Der unheimliche Killer

Stadien der Blutvergiftung (Sepsis)

1 SEPSIS
Erreger aus lokalen Infektionsherden werden über den Blutkreislauf in den Organismus geschwemmt. Es kommt zu generalisierten Entzündungsreaktionen im ganzen Körper. Symptome: Verwirrtheit, Fieber, erhöhter Puls, schnelle Atmung, niedriger Blutdruck.

Lokale Infektionsherde



Quelle: DIVI

DER SPIEGEL

2 SCHWERE SEPSIS
Wichtige Organe werden nicht mehr ausreichend mit Sauerstoff versorgt und fallen aus. Behandlungsmethode: künstliche Beatmung und maschinelle Blutwäsche auf der Intensivstation

3 SEPTISCHER SCHOCK
Weitere Organe versagen und müssen maschinell ersetzt werden. Der Blutdruck fällt trotz stützender Maßnahmen auf lebensbedrohlich niedrige Werte.

Sein Kampf gegen die Keime begann mit harmlosen Schulterschmerzen. Der 34-jährige Familienvater aus Hannover bekam von seinem Hausarzt Kortisonspritzen verabreicht. Ein paar Stunden ging es ihm besser, dann brach er mit Schmerzen am ganzen Körper zusammen.

Der Mann kam am Morgen mit hohem Fieber und Schüttelfrost in die internistische Ambulanz einer nahe gelegenen Klinik. Die junge Ärztin im Praktikum, die ihn dort untersuchte, schöpfte keinen Verdacht. Sie tippte auf einen banalen fiebrigen Infekt und schickte ihn mit Tabletten nach Hause.

Knapp 36 Stunden später starb der Patient auf der Intensivstation einer anderen Klinik, in die ihn der Notarzt noch in der Nacht eingewiesen hatte. Todesursache: eine foudroyante Blutvergiftung (Sepsis). Auslöser: Eiterbakterien, die durch den Stichkanal der Kortisonspritzen ins Gewebe eingedrungen waren und sich über das Blut rasend schnell im Körper ausgebreitet hatten.

Für Mediziner, die mit dem Krankheitsbild vertraut sind, stellen derartige Zeitraffertode keine Seltenheit dar. „Bei Sepsis-Patienten tickt die Uhr unheimlich schnell“, sagt Georg Kreymann, Intensivmediziner an der Uni-Klinik Hamburg. „Viele der Betroffenen können nur gerettet werden, wenn die Therapie innerhalb der ersten zwei bis drei Stunden beginnt.“

Blutvergiftungen entstehen, wenn Bakterien, in selteneren Fällen Pilze, Viren oder Parasiten, in den Körper eindringen und der Organismus nicht in der Lage ist, die Ausbreitung der Keime zu unterbinden – weil die Erreger zu zahlreich sind, weil ihr Gift zu aggressiv ist oder weil die Immunabwehr des Körpers schwächelt.

Häufigste Ausgangspunkte für die Infektionskaskade, die nach und nach alle Organe erfasst, sind Lungenentzündungen, Bauchraumentzündungen oder Harnwegsinfekte. Aber auch schon ein vereiterter Zahn, eine Mandelentzündung oder ein Hautkratzer können ausreichen, um die Invasion der Keime in Gang zu setzen.

Gustav Mahler hätte seine zehnte Sinfonie zu Ende schreiben können, wenn er nicht nach einer Mandelverödung eine Streptokokken-Sepsis entwickelt hätte. Sein Schicksal teilten der Dichter Rainer Maria Rilke, der Maler Edouard Manet, der Physiker Heinrich Hertz, aber auch Ignaz Semmelweis, der Begründer der aseptischen Medizin.

Im Zeitalter der modernen Medizin mit ihren antibiotischen Wunderwaffen ist die Bedrohung durch die Sepsis aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden: Bei Umfragen in den USA und Europa wussten weniger als 15 Prozent der Bevölkerung mit der Krankheit etwas anzufangen. An den deutschen Uni-Kliniken liegt die infektiologische Forschung seit Jahrzehnten brach. „Die Sensibilität vieler Ärz-

te für die Sepsis ist extrem gering“, kritisiert Kreymann.

Ein gefährlicher Leichtsinn: Epidemiologen beobachten seit einigen Jahren die Rückkehr des Killers in nahezu allen westlichen Ländern. In den USA ist die Zahl der Sepsis-Erkrankungen innerhalb von zwei Jahrzehnten explodiert: 164 000 Fälle zählten die Mediziner noch 1979 – knapp 660 000 waren es im Jahr 2000. Die Zahl der Todesfälle durch das Infektionsleiden hat sich im selben Zeitraum von 43 000 auf 120 000 fast verdreifacht. Die Behandlung der Blutvergiftungsopfer kostet jährlich 17 Milliarden Dollar.

Verlässliche Daten über die Zunahme der Sepsis in Deutschland gab es bislang nicht. Doch seit kurzem liegt eine alarmierende Untersuchung vor. Von Januar 2003 bis Januar 2004 besuchten Spezialisten des erst 2001 gegründeten „Kompetenznetzwerks Sepsis“ (SepNet) an zufällig übers Jahr verteilten Stichtagen mehr als 400 Intensivstationen in deutschen Kliniken, um zu ermitteln, wie viele Sepsis-Patienten dort jeweils versorgt wurden.



MARTIN JEHNICHEN

Mediziner Reinhart, Brunkhorst: *Schwierige Diagnose*

Das Ergebnis: Auch in Deutschland ist die Blutvergiftung ein unterschätzter Killer. Hochgerechnet 154 000 Bundesbürger erkranken danach jährlich daran – fast dreimal so viel wie bisher vermutet. Hochgerechnet 57 000 Deutsche sterben daran – fast zehnmal mehr, als es die offiziellen Sterbestatistiken ausweisen.

Die im Zeitalter der Antibiotika-Hämmer überwunden geglaubte Plage ist demnach die vierthäufigste Todesursache in Deutschland – nach chronischen Herzkrankheiten, akuten Herzinfarkten und Herzinsuffizienz. Sie fordert weit mehr Todesopfer als der Lungen-, der Brust- oder der Darmkrebs: „Die SepNet-Zahlen zeigen, dass wir in einer ganz anderen Größenordnung liegen, als wir es bisher vermutet haben“, erklärt Frank Martin Brunkhorst, Intensivmediziner an der Uni-Klinik Jena.

1,7 Milliarden Euro – rund ein Drittel der Ausgaben, die auf deutschen Intensivstationen anfallen – gehen auf das Konto der Blutvergiftung. „Die Sepsis ist dort der wichtigste Kostenfaktor“, berichtet Konrad Reinhart, Leiter der SepNet-Studie und Vorsitzender der Deutschen Sepsis-Gesellschaft, die Ende voriger Woche in Weimar tagte.

Jede Blutvergiftung ist potentiell lebensbedrohlich. Die Sterberaten schwanken je nach Schwere und Stadium der Erkrankung (siehe Grafik Seite 180) zwischen 20 und 55 Prozent, wie die SepNet-Studie zeigt. „Wir dachten, wir wären besser“, gesteht Tobias Welte, Pneumologiechef und Sepsis-Experte an der Uni-Klinik Hannover.

Blutvergiftungen entwickeln sich häufig aus anderen Grunderkrankungen, deshalb tauchen sie als Todesursache so selten auf: „Wenn Ärzte die Sterbepapiere ausfüllen, notieren sie Lungen-, Bauchfell-, Hirnhaut- oder Harnwegsentzündung – das Wort Sepsis kommt nicht vor“, klagt Kreymann.

Ob „Superman“-Darsteller Christopher Reeve, Fürst Rainier von Monaco oder der Popkünstler Andy Warhol – sie alle sind angeblich an Herzversagen oder Lungenentzündung gestorben. „In Wahrheit wurde ihnen eine nicht mehr beherrschbare Sepsis zum Verhängnis, die sich aus ihrer Grunderkrankung oder einer zusätzlichen Infektion entwickelt hat“, sagt Reinhart.

Nur die Ärzte des unlängst verstorbenen Papstes waren präzise. In der Sterbeurkunde von Johannes Paul II. wird ausdrücklich „Urosepsis“ als Todesursache genannt. Ausgelöst hatten die finale Attacke auf seinen Organismus Keime, die über einen Harnwegskatheter in seinen Körper geflutet waren.

Für die Opfer kommt oft jede Hilfe zu spät, weil die Symptome nicht erkannt werden: Der Puls der Kranken rast, das Atmen fällt ihnen schwer, Nägel und Lippen sind bläulich verfärbt. Auffällig sind oft Schüttelfrost, plötzliche Verwirrtheit und extrem hohe oder zu niedrige Körpertemperatur – Anzeichen dafür, dass Herz, Lunge, Nieren, Leber und Hirn durch das Störfeuer der Erreger bereits mit zu wenig Sauerstoff versorgt werden.

Das Problem dabei: Fast alle diese Symptome können auch von Krankheiten herrühren, die nichts mit einer Sepsis zu tun haben. In den Notaufnahmen der Kliniken oder beim ambulanten Notarzteinsatz am Wochenende gehen Sepsis-Patienten deshalb leicht unter.

Die Diagnose ist schwieriger als beim Herzinfarkt. Vor allem unerfahrene Ärzte sind damit oft überfordert: „Ein Doktor im ersten Jahr kriegt das nicht gebacken“, erklärt Norbert Suttorp, Infektiologe an der Berliner Charité. In fast jedem zweiten Fall, so rechnen die Experten, wird die tödliche Bedrohung deshalb zu spät erkannt.

Doch Zeit ist der entscheidende Faktor. Mit jeder Stunde verringert sich die Überlebenschance der Opfer um rund fünf Prozent. Suttorp: „Das ist wie bei einem Brand im Keller – wenn man nicht gleich mit dem Feuerlöscher reinhält, ist es zu spät.“

Die Keime und die überschießende Abwehrreaktion des Immunsystems lösen bei den Kranken binnen Stunden Dominoeffekte im ganzen Körper aus: Der Flüssigkeitshaushalt gerät aus dem Lot, die Blutgerinnung spielt verrückt, der Kreislauf droht zu versagen, ein Organ nach dem anderen stellt seinen Dienst ein.

Nur mit der geballten Kraft der Apparatemedizin können die ausgefallenen Funktionen ersetzt werden: Patienten mit Lungenversagen werden künstlich beatmet, den Ausfall der Nieren überbrückt die maschinelle Blutwäsche. Der Kreislauf der Opfer wird durch gewaltige Flüssigkeitsgaben von 10, 20, manchmal 30 Litern stabilisiert.

Sepsis-Kranke, die auf der Intensivstation ums Überleben ringen, sind deshalb für ihre Angehörigen kaum wiederzuerkennen: Ihr Gesicht ist aufgedunsen, der Körper voll gesogen mit Kochsalz- und Elektrolytlösung, sie nehmen innerhalb kürzester Zeit bis zu 30 Kilogramm zu. Intensivmediziner sprechen vom „Quallenstadium“.

Immerhin haben die Heilkundler in den letzten fünf Jahren Therapien erprobt, die das Leben der Patienten auch zu einem relativ späten Zeitpunkt noch zu retten vermögen. An die künstliche Lunge angeschlossene Opfer etwa haben deutlich bessere Überlebenschancen, wenn sie mit niedrig dosierten Luftstößen versorgt werden, weil aggressivere Beatmungsformen entzündliche Prozesse in den Lungenbläschen eher ankurbeln.

Etwa 90 Prozent der von den SepNet-Fahndern befragten Intensivmediziner gaben an, sich bei ihren Blutvergiftungs-

patienten an diese spezielle Beatmungsart zu halten. Tatsächlich erhielten nur vier Prozent der Erkrankten mit schwerer Sepsis und Lungenversagen die schonende Therapie.

Vor allem „Aktiviertes Protein C“, seit Ende 2002 als Arzneimittel auch in Deutschland zugelassen, kann Leben retten. Das von gentechnisch veränderten menschlichen Embryonalzellen ausgebrütete Mittel („Xigris“) gilt als erste wirkliche Neuerung bei der medikamentösen Behandlung der schweren Sepsis und des septischen Schocks.

Das in der Leber gebildete, natürliche Protein C spielt eine wichtige Rolle bei der Balance zwischen gerinnungsfördernden und gerinnungshemmenden Faktoren im Blut. Im Organismus der Sepsis-Kranken ist dieses System gestört: Die körpereigenen Gerinnungshemmer werden unter den Keimattacken sinnlos verpulvert, ihre Konzentration im Blut sinkt auf bedrohliche Werte. Die Folge: Kleine Blutgerinnsel verstopfen die feinen Äderchen in nahezu allen Organen. Deren Sauerstoffversorgung wird dadurch immer schlechter.

Das künstliche Protein C aus dem Genlabor normalisiert die Blutgerinnung und hemmt Entzündungsreaktionen des Körpers (allerdings birgt es auch ein erhöhtes Risiko für innere Blutungen und Schlaganfälle). Bei klinischen Studien rettete der Gerinnungshemmer einem von 16 Patienten, die mit ihm behandelt wurden, das Leben.

Zehn bis 15 Prozent der deutschen Sepsis-Patienten, so rechnen die SepNet-Experten, könnten von der Pharma-Neuerung profitieren; aber nur 0,9 Prozent bekommen sie derzeit nach den Recherchen der Fahnder. Ein Grund für die Zurückhaltung der Mediziner ist der Preis: Die Behandlung mit „Xigris“ kostet pro Patient rund 10 000 Euro.

Auch andere Behandlungsfortschritte aus den vergangenen fünf Jahren sind bisher kaum im Klinikalltag angekommen. Niedrig dosiertes Hydrocortison etwa dämpft den Amoklauf der körpereigenen Abwehr gegen die Invasion der Keime und hilft bei der Stabilisierung des Kreislaufs – doch nur knapp jeder dritte deutsche Patient wird bereits damit behandelt. Stattdessen erhalten viele Sepsis-Opfer noch immer niedrig dosiertes Dopamin, obwohl es wegen seiner Nebenwirkungen eher schädlich ist.

Erst ein Drittel der behandelnden Ärzte, so ergaben die SepNet-Recherchen, kennt die neuen Therapiemöglichkeiten und wendet sie auch an; ein weiteres Drittel kennt sie zwar, verzichtet aber auf ihren Einsatz, unter anderem aus Kostengründen; und das letzte Drittel hat noch nichts von ihnen gehört. „Nur ein kleiner Teil der Patienten wird richtig behandelt“, kritisiert Reinhart.

Selbst bei der Verabreichung lebenswichtiger Antibiotika regieren die Klinikökonomen immer stärker ins Handwerk der Heiler hinein. Der standardisierte Einsatz der Bakterienkiller oder die Verabreichung der wenigen neuen Antibiotika, die es gibt, ist teuer: „Viele Behandler sagen klipp und klar, das können wir aus Kostengründen nicht machen, das gibt unser Budget nicht her“, berichtet Welte.



OLIVIER HOSLET / DPA

Papst Johannes Paul II. (2004)



HENRY H. HERRMANN / EVENTPRESS HERRMANN

Julia Boenisch, mit Ehemann Peter (2002)



REDUX PICTURES / LAIF

Schauspieler Christopher Reeve (2002)

Prominente Blutvergiftungsopfer

„Es kann jeden erwischen“

Rund 25 Prozent der Sepsis-Patienten wären nach Schätzungen von US-Experten jährlich zu retten, wenn sie die optimale Therapie bekämen. „Wenn bei uns zehn Prozent weniger an der Blutvergiftung sterben würden, wäre das schon ein Riesenerfolg“, sagt Welte.

Die Rückkehr der Sepsis kommt nicht von ungefähr. So werden immer mehr große Operationen auch noch bei älteren, immungeschwächten Patienten vorgenommen. Der 78-jährige Milliardär Friedrich Karl Flick etwa schwebte im vergangenen Jahr wegen einer schweren Blutvergiftung auf der Intensivstation im Münchner Klinikum Großhadern wochenlang zwischen Leben und Tod – er hatte sich die Sepsis beim Einpflanzen einer künstlichen Hüfte zugezogen, von der aus Bakterien ins Blut gewandert waren.

Ein erhöhtes Risiko haben generell Menschen mit chronischen Krankheiten wie Diabetes, Aidskranke, Frühgeborene, Transplantierte, die immunsupprimierende Mittel schlucken müssen, oder Krebskranke nach Chemotherapien. In einigen Fällen scheinen bei der höheren Verwundbarkeit für die Invasion der Erreger auch genetische Faktoren eine Rolle zu spielen.

Das Durchschnittsalter der deutschen Sepsis-Patienten liegt nach Erkenntnissen der SepNet-Forscher bei 67 Jahren: „Die Sepsis ist zweifellos eine Krankheit des älteren Menschen“, räumt Welte ein.

Doch auch junge und bis dato gesunde Menschen rafft der Killer dahin. Nach US-Daten von 2001 hatte sich knapp jedes zweite Opfer vor der Keimattacke noch putzmunter gefühlt.

Eine 16-jährige Hamburgerin, so berichtet Kreymann, starb nach dem Genuss von Kartoffelsalat innerhalb von 48 Stunden an einer Salmonellen-Sepsis – der Notarzt hatte noch am Tag zuvor angesichts von Fieber, Durchfall und Erbrechen keinen Verdacht geschöpft. Und Julia Boenisch, die 41-jährige Frau des unlängst verstorbenen Ex-Regierungssprechers und ehemaligen „Bild“-Chefredakteurs Peter Boenisch, starb im vergangenen Jahr an einer Streptokokken-Infektion nach einer simplen Mandel-OP. Auch tödliche Blutvergiftungen nach Fettabsaugungen sind keine Seltenheit.

„Es kann jeden erwischen, das ist ja das Verrückte“, warnt Gordon Bernard, Infektionsexperte an der Vanderbilt University School of Medicine. „Auch Gesunde sind gegen die Krankheit nicht gefeit.“

Günther Stockinger

TIERE

Schatztruhe der Biochemie

Forscher ergründen die wundersame Verdauung der Termiten. Die Insekten sollen helfen, die Energieprobleme der Menschheit zu lösen.

Die Attacken werden aus unterirdischen Nestern geführt. Durch Ritzen und Risse im Fundament krabbeln die Heerscharen nach oben. Wenn sie entdeckt werden, ist es meist schon zu spät: Von innen ausgehöhlt, zerbröseln selbst dickste Holzbalken zu Staub.

Darwin-Termiten heißen die sechsbeinigen Plagegeister, die im Norden Australiens jährlich mehr Gebäude zerstören als Feuer, Stürme und Überflutungen zusammen. In wenigen Wochen nagen die mit den Schaben verwandten Winzlinge ganze Blockhäuser in Grund und Boden. Telefonmasten fallen ihnen genauso zum Opfer wie Eisenbahnschwellen oder Kabelisolierungen. Selbst lebende Bäume können die Kohorten vernichten: Erst fressen sie einen tödlichen Ring in die Rinde. Dann höhlen sie den Stamm aus.

Was übrig bleibt, erfreute bislang allenfalls die Fans des australischen Didgeridoos. Das Blasinstrument besteht aus einem von den weißlichen Krabbeltieren ausgehöhlten Ast. Nun jedoch rückt die rasante Holzverdauung der Termiten ins Blickfeld der Wissenschaft. Die Forscher wollen die Herkuleskraft der Insekten ernten, um sie für den Menschen nutzbar zu machen.

Im Zentrum des Interesses steht der winzige Termitendarm. In ihm schlummern biochemische Geheimnisse, denen Mikrobiologen und Biochemiker wundersame Fähigkeiten zutrauen. Holz soll sich einfacher in Papier, Gras in hochreine Kraftstoffe und Mais in Energie verwandeln, sobald es gelingt, den Verdauungstrakt der Insekten im Labor nachzubauen.

„Der Enddarm der Termiten ist einer der effizientesten Bioreaktoren, die es auf der Erde gibt“, erläutert Andreas Brune vom Max-Planck-Institut für terrestrische Mikrobiologie in Marburg. Perfektioniert habe das Insekt den Abbau von Biomasse inklusive des extrem stabilen Holzes. Philip Hugenholtz vom Joint Genome Institute (JGI) des US-Energieministeriums im kalifornischen Walnut Creek bestätigt die wundersamen Fähigkeiten des Organs: „Wir versuchen, 300 Millionen Jahre Evolution für den Menschen nutzbar zu machen.“

Die Forscher begeistert ein Organ, das unscheinbarer kaum sein könnte. Nur drei bis vier Millimeter lang und weniger als einen Millimeter dick ist der Darm einer Termite. In einer Art Gärkammer an seinem hinteren Ende jedoch tobt das pralle Leben. „In nur einem Mikroliter Volumen drängen sich etwa 10 Millionen Bakterien und Zehntausende von Einzellern“, sagt Brune. Der Trick der Winzlinge: Sie leben in Symbiose, arbeiten also auf raffiniertester Weise zusammen.

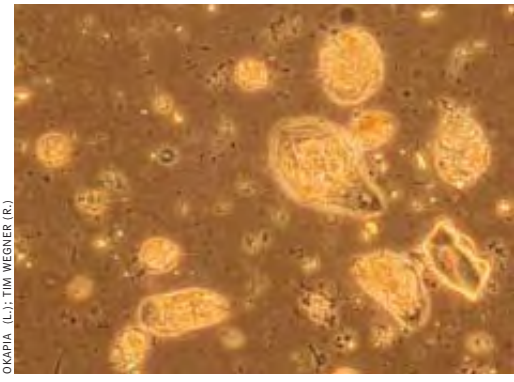
Einzeller mit zuckenden Anhängen sind darunter, sogenannte Flagellaten, die sich im Innern des Darms auf das zu verdauende Holz stürzen. „Wie eine Strickweste“ (Brune) tragen diese Einzeller auf ihrer Oberfläche symbiontische Bakterien, die bei der biochemischen Schwerstarbeit helfen. Andere Bakterien wohnen sogar direkt im Zellinnern der Flagellaten, um Stoffwechselprodukte besonders effektiv austauschen zu können.

Das Superkollektiv ermöglicht eine hocheffektive Biochemiefabrik im Miniaturformat, die den Termiten die für ihr Überleben notwendige Energie liefert. Gleichsam als Abfallprodukte entstehen große Mengen an Kohlendioxid, Wasserstoff und Methan. Rund vier Prozent des globalen Methanausstoßes in die Atmosphäre verursachen die geschätzten 12 Trillionen Termiten der Erde. „Termitendärme sind Hot Spots mikrobieller Aktivität“, sagt Brune. „Das extrem fein zerkleinerte Holz wird innerhalb von Stunden bis wenigen Tagen verdaut.“ Im Boden könne derselbe Prozess mehrere Jahre in Anspruch nehmen.



OKAPIA





OKAPIA (L.); TIM WEGNER (R.)

Termitenhügel, Termiten, Darminhalt*: *Zwei Liter Wasserstoff aus einem Blatt Papier*

* Oben: in Afrika; unten rechts: Mikroskop-Aufnahme.

Genau diese Effizienz wollen die Forscher nun abkupfern. Welche Mikroorganismen sind für die rasante Verdauung verantwortlich, welche Enzyme bewirken das biochemische Feuerwerk? Erste Erfolge der Nachforschungen zeichnen sich ab. So ist es Wissenschaftlern um Jürgen Fröhlich von der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz inzwischen gelungen, Mikroben aus dem Darm von Darwin-Termiten zu isolieren, die Zellulose besonders gut aus Holz herauslösen können. Ihre biochemischen Tricks sollen die Papierherstellung vereinfachen.

Noch raffinierter geht das mit Fröhlich kooperierende Darmstädter Biotech-Unternehmen Brain vor. Die Brain-Forscher durchforsten das Erbgut der Darmbakterien, um neuartige Enzyme zu entdecken. „Wir isolieren die Gesamtheit des genetischen Materials aller Darmsymbionten, ohne sie kultivieren zu müssen“, erläutert Jürgen Eck, Forschungsvorstand der Firma. Den Erbgutsalat durchsuchen die Wissenschaftler dann nach vielversprechenden Gensequenzen, die sie anschließend in leicht zu kultivierende Kolibakterien einschleusen. Diese „Wirtsorganismen“ produzieren schließlich die erhofften Wirkstoffe in Reinform.

So sollen den Bewohnern des Termitendarms nachempfundene Mikroben entstehen, die Mais, Sonnenblumen, minderwertiges Holz oder andere billige Biomasse weit effizienter als bislang in Biogas oder Kraftstoffe wie Ethanol verwandeln. Fröhlich erhofft sich Enzyme, die Waschmittel effektiver machen oder die Weinproduktion vereinfachen. Maßgeschneiderte Bakteriensuppen könnten künftig in Fermentern gar hochreine Chemikalien oder Plastik herstellen.

Andere Mikrobiologen denken noch weiter: Auch am kalifornischen JGI wird das Erbgut der Termitenmikroben entschlüsselt. Hugenholtz und seinen Kollegen geht es in Zusammenarbeit mit der US-Biotech-Firma Diversa um nichts Geringeres als die Energieversorgung der Zukunft. „Wenn man eine Termite mit einem Blatt Papier füttert, produziert sie zwei Liter Wasserstoff“, schwärmt der Forscher. Wer die verantwortlichen Mikroorganismen isoliere oder die biochemischen Reaktionen nachvollziehe, halte den Schlüssel zur Produktion sauberer Energie aus billiger Biomasse in Händen.

Eine wahre „Schatztruhe der Biochemie“ verspricht Hugenholtz, sobald in zwei bis drei Jahren die grundlegenden Mechanismen der Termitenverdauung verstanden seien. Der Physik-Nobelpreisträger Steven Chu, Direktor des ebenfalls an der Termitenforschung beteiligten Lawrence Berkeley Labs bei San Francisco, drückt es mit der typischen Übertreibung amerikanischer Spitzenforscher noch plakativer aus: „Die Därme der Termiten können den Planeten retten.“ Philip Bethge



KUNSTMARKT

Liebermann aus dubioser Quelle?

Der deutsche Maler Max Liebermann (1847 bis 1935) hat einst eine flirrende Variante des Naturalismus erfunden und gilt als Ikone der Kunstgeschichte. Da klingt die Nachricht schon überraschend, die größte private Sammlung seiner Werke solle versteigert werden – und nicht etwa von Sotheby's oder Christie's, sondern beim eher unbekannten Versteigerer Hampel in München. Das Konvolut – über 35 Ölgemälde, zudem Pastelle, Zeichnungen, Briefe – wird am 22. September aufgerufen, es soll bis zu zehn Millionen Euro erbringen. Das Auktionshaus erhofft sich davon einen Durchbruch. Doch ausgerechnet das mit einem Schätzpreis von 650 000 Euro teuerste Werk „Wirtshaus in Overveen" kann wohl nur unter Vorbehalt verkauft werden: Experten der Dokumentationsstelle „Art Loss Register" halten es für möglich, dass es zu NS-Zeiten einer jüdischen Familie abgepresst wurde. Nun prüfen sie, ob Restitutionsansprüche von Erben bestehen. Möglicherweise lasse sich das nicht rechtzeitig klären, sagt Auktionator Holger Hampel. Auch bei zwei anderen Werken gebe es Bedenken. Alle Liebermann-Stücke entstammen dem Nachlass des 2003 verstorbenen früheren Hertie-Eigentümers Hans-Georg Karg. Die Erlöse fließen an eine von ihm gegründete Stiftung für Hochbegabte. Auch auf der Geschichte der Familie Karg liegt ein Schatten: Georg Karg, der Vater des Sammlers, hatte zu NS-Zeiten mit der sogenannten Arisierung von Kaufhäusern den Grundstock seines Reichtums gelegt. Besonderen Streit gibt es seit Jahren um die einstigen Kaufhäuser der jüdischen Familie Wertheim. Sie war dem Hass der Nazis ausgesetzt – ähnlich wie der jüdische Maler Liebermann.



FOTOS: SAMMLUNG HANS-GEORG KARG/VG BILD-KUNST, BONN 2005

Liebermann-Selbstporträt (1915), Liebermann-Werk „Wirtshaus in Overveen" (1895)

MUSIKPÄDAGOGIK

„Geknubbelt voll"

Sabine von Imhoff, 52, Musikagentin in Köln, über ihr Projekt „Rhapsody in School"

SPIEGEL: Sie möchten junge Stars der klassischen Musik in Schulen und Kindergärten bringen, um Lust an der Tonkunst zu wecken. Woher nehmen Sie Ihren Optimismus?

Imhoff: Ganz einfach: Wir präsentieren Solisten mit großer Ausstrahlung zum Anfassen nah, immer dort, wo sie gerade ein Konzert geben. Das wird die Kinder schon überzeugen. Viele junge Musiker fühlen sich außerdem pädagogisch gefordert und machen gern mit.

SPIEGEL: Wer bringt die Gage auf?

Imhoff: Gage gibt es nicht, die Künstler sind aus Begeisterung dabei. Bei der Anschubfinanzierung will uns die PwC-Stiftung der Beraterfirma Pricewaterhouse-Coopers helfen. Der Pianist Lars Vogt hatte die Idee; er macht diesen Mittwoch in der Anna-Freud-Schule in Mündersdorf den Anfang. Etliche seiner Freunde und Kollegen haben auch schon zugesagt – zum Beispiel der Geiger Christian Tetzlaff, der Flötist Emmanuel Pahud und die Geigerin Julia Fischer.

SPIEGEL: Haben solche Spitzenkönner Zeit für Schulausflüge?

Imhoff: Ich hoffe, jeder von den jetzt 25 Musikern schafft es einmal im Monat. Nächste Woche etwa kommt der Cellist Alban Gerhardt an das Kölner Gymnasium Kreuzgasse. Er freut sich schon, sagte er mir, und wünscht sich den Saal „geknubbelt voll", wie es bei uns im Rheinland heißt.



Imhoff

SPIEGEL: Wo fragen interessierte Lehrer an?

Imhoff: Noch betreue ich die Sache von der Website www.svimhoff.de aus. Aber wir werden unterstützt vom Netzwerk „Kinder zum Olymp!", das die Kulturstiftung der Länder in Gang gebracht hat.

SPIEGEL: Wenn Sie Erfolg haben, wie geht es weiter?

Imhoff: Die Musiker machen jetzt den Anfang. Warum sollten später nicht auch bildende Künstler und andere Kulturgrößen Ähnliches tun?

LITERATUR

Insel der Alpträume

Desillusionierte Männer, das Meer, eine einsame Insel – was braucht man mehr für einen Abenteuerroman? Zwar flüchtet hier der Held, ehemals irischer Freiheitskämpfer, auf ein Eiland im Südatlantik; ein Jahr lang will er, um zur Ruhe zu kommen, die Wetterstation betreuen. Aber schon in der ersten Nacht bedroht ihn eine Horde amphibienartiger Wesen, die bei Dunkelheit aus dem Meer kriechen. Kreischend schlagen sie die Fenster seiner kleinen Hütte ein, rütteln an der Tür, versuchen, den Bewohner mit Flossenhänden zu packen. Schutz verspricht allein der robuste Leuchtturm. Den jedoch hält bereits jemand besetzt: Batís Caffo, ein wenig gastfreundlicher Kauz. Vorerst indes zwingt der Kampf um Leben und Tod die beiden noch, sich zu vertragen.

„Im Rausch der Stille“ ist der erste Roman des Anthropologen Albert Sánchez Piñol, 40 – und erregte so viel Aufsehen wie selten zuvor ein katalanisches Debüt. Hundert Wochen stand das Buch auf Spaniens Bestsellerlisten, ausländische Verlage rissen sich um die Rechte, Kritiker scheuten selbst den Vergleich mit dem großen britischen Romancier Joseph Conrad („Herz der Finsternis“) nicht. Das war wohl etwas hoch gegriffen: Immer wieder stolpert man über reichlich flaue Sätze. Da grübelt der junge Ire, dass ein „Bürgerkrieg keine Sache, sondern eine Katastrophe“ sei, oder erkennt, dass man „die Kraft einsamer Gedanken nicht unterschätzen sollte“. Als der Wetterforscher sich in das Meer-Mädchen verliebt, das sein Kollege sich als Sexsklavin hält, beginnt er prompt zu ahnen, dass die nächtlichen Angreifer vielleicht doch gute Wilde sein könnten. Sogar die Botschaft des Romans steht markig da: „Wir ähneln denen, die wir hassen, mehr, als wir denken.“ Trotzdem: Piñols atemloser Erzählrhythmus reißt mit, und seine geschickt konstruierte Story um die zwei Insulaner, die angesichts der Bedrohung jeden zivilisatorischen Ballast abwerfen und Nacht für Nacht um ihr Leben kämpfen müssen, bleibt spannend bis zum Schluss.



Albert Sánchez Piñol: „Im Rausch der Stille“. Aus dem Katalanischen von Angelika Maass. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main; 256 Seiten; 18,90 Euro.


DIETER IRRESBERGER / WEINARCHITEKTUR


ANDREAS BURGHARDT / WEINARCHITEKTUR


HARALD EISENBERGER/WEINARCHITEKTUR

Neue Weingüter-Baukunst in Österreich

BAUKULTUR

Weinselige Architekten

Prominente Baumeister, die schon alles Mögliche entworfen haben, werden immer wieder gern danach gefragt, was sie denn nun, nach Hochhäusern, Stadien, Museen, am liebsten bauen würden. Eine Kirche, antworten viele. Und neuerdings: ein Weingut. Denn seitdem die Basler Architekten Jacques Herzog und Pierre de Meuron 1998 ihren spektakulären Neubau für die Dominus Winery im kalifornischen Napa Valley fertig stellten – die Außenwände aus Drahtgitterkäfigen mit Basaltsteinen aufgefüllt – und damit weltweite Aufmerksamkeit weckten, sind nun die Kollegen im Rausch: Der US-Amerikaner Frank Gehry, der Spanier Rafael Moneo und der Tessiner Mario Botta haben in den vergangenen Jahren moderne Weinschlösser entworfen und dabei versucht, durch allerlei ästhetische Extravaganzen – Glitzerfassaden aus Titan oder Rundbauten aus rötlichem Stein – vom Prototyp des laubumrankten Landhauses wegzukommen. Das Architekturzentrum Wien widmet der neuen Weinseligkeit vom 22. September an eine große Ausstellung: „WeinArchitektur. Vom Keller zum Kult“. Paradebeispiel aus Österreich: das Gut des Langenloiser Winzers Fred Loimer als superschlichte Blackbox.

Kino in Kürze

„Gespenster“. Der Autor und Regisseur Christian Petzold, 44, der seine eindringliche Sensibilität für Unglücksmenschen in Filmen wie „Die innere Sicherheit“ und „Wolfsburg“ bewiesen hat, erzählt diesmal von einem scheuen, weltfremden Berliner Heimkind namens Nina (Julia Hummer). Einerseits lässt sich Nina arglos von einer Streunerin in die schmutzige Welt der Casting-Shows entführen, andererseits gerät sie in den Bann einer vornehmen Dame aus Paris, die glaubt, in Nina ihre vor zehn Jahren gekidnappte und verschwundene Tochter wiederzuerkennen. Etwas gewollt Geheimnisvolles liegt darin, wie diese beiden Geschichten an den Haaren herbeigezogen und verknüpft sind: Ein plausibles Ganzes will nicht daraus werden.

„Stealth – Unter dem Radar“. Für einen pathologisch ehrgeizigen Captain der U. S. Navy (Sam Shephard), drei Elite-Kampfpiloten (Josh Lucas, Jessica Biel, Jamie Foxx) und ihren neuen Kollegen „EDI“, den gehei-

FOTOGRAFIE

Dem Fremden nachgespürt



LEONORE MAU

Fichte (1963)

Eigenwilliger Star der Literaturszene, Prophet neuer Sinnlichkeit, schwuler Selbstinszenierer, belesener Anthropologe mit einem Faible für die Kultwelt schwarzer Brasilianer, das und einiges mehr war der Autor Hubert Fichte (1935 bis 1986). Zum Beispiel ein ansehnliches Fotomodell. So jedenfalls zeigt sich Fichte auf einigen Bildern, die seine langjährige Lebenspartnerin und spätere Herausgeberin Leonore Mau von diesem Freitag an in den Hamburger Deichtorhallen präsentiert. „Eine Lebensreise“ heißt die Schau im neuen Haus der Photographie. Aber nicht nur Mau und Fichte sind zu beobachten. Auch das, was sie lockte, kommt ins Blickfeld: Randzonen des Fremden und entlegene Subkulturen, von Karnevalsmasken auf Haiti bis zur Geisteskranken-Siedlung im Senegal. Kontrast und Ergänzung bietet die Hamburger Galerie Grauwert mit einer Bildfolge, die der Fotograf Christian von Alvensleben 1960 aufnahm: In der Nähe des südfranzösischen Ortes Montjustin porträtierte er den überall nach Ursprünglichkeit fahndenden Fichte bei seiner damaligen Arbeit als Bauerngehilfe und Schafhirt.

KLASSISCHE MUSIK

Römisch gejodelt

Findig war sie immer, die kleine stimmstarke Lady – aber nun singt Mezzo-Superstar Cecilia Bartoli sogar Verbotenes: Ihr Album „Opera proibita“, das diesen Montag erscheint, versammelt Arien aus dem Rom von Papst Clemens XI., der 1701 alle Musikspektakel untersagt hatte. Kunstbegierige Kirchenfürsten ließen daraufhin Bibeldramen und Tugend-Allegorien voll tonaler Action als Oratorien schreiben; mehrfach bekamen Komponisten wie Alessandro Scarlatti, Antonio Caldara und der kurz in Rom gastierende Georg Friedrich Händel die Texte gleich von den Kardinälen selbst. Auch Musikologen also wird das – manchmal an Jodel-Exzesse grenzende – Feuerwerk barocker Emotionen fesseln. Den Fans liefert die Kehlenartistin dazu einen Gag zum Anschauen: Auf dem Cover posiert sie wie einst Anita Ekberg in „La dolce vita“ wasserumrauscht im römischen Trevi-Brunnen.



A. KUROV / DPA

Bartoli



COLUMBIA / SONY PICTURES

Szene aus „Stealth – Unter dem Radar“

men Hightech-Tarnkappen-Robo-Bomber, gilt Krieg als Mannschaftssport, bis die fliegende Flunder mit dem lernsüchtigen Computerhirn nach einem Blitzschlag ausrastet und selbständig allerhand explosive, unkameradschaftliche Actionmanöver entfesselt – ein krachendes Mach-4-Machwerk von Hochgeschwindigkeits-Regisseur Rob Cohen („The Fast and the Furious“), das, wen wundert's, amerikanisch edel und zukunftsweisend endet.



DEFD

Szene aus dem Film „Weltverbesserungsmaßnahmen“: *Den Blinddarm in Zeiten der neuen Härte aus Kostengründen selbst operiert*

ZEITGEIST

Der deutsche Hamlet

Die Linken gehen, die Konservativen kommen: Mit einem möglichen Machtwechsel gruppieren sich auch die Stichwortgeber der Politik neu. *Von Matthias Matussek*

Wie sollte man deutsche Schicksalswahlen erleben? Vielleicht ist diese Haltung nicht die schlechteste: In einem Klappliegestuhl drei Meter vor dem Fernseher, die Whiskyflasche griffbereit auf dem Boden, hoch über Ost-Berlin in einem Plattenbau am Tierpark in Friedrichsfelde.

Die Decke hat Risse.

Manchmal hört man das Brüllen der Löwen.

So ließ Heiner Müller die Volkskammerwahl 1990 vorbeiflimmern. Der Dramatiker war angeschlagen. Er zitierte Ernst Jünger, um sich aufzumöbeln. „Denn kein Glas Sekt war köstlicher als jenes, das man uns an die Maschinen reichte in der Nacht, da wir Sagund zu Asche brannten.“

Schicksalshaft war die Wahl insofern, als sie ein bereits besiegeltes Schicksal absegnete. Der Kommunismus war mit dem Mauerfall abserviert, das war die Hauptsache, da kam es gar nicht darauf an, wer da nun im Einzelnen gewinnen würde.

Es war die CDU. Dass damals der politische Generationswechsel verpasst wurde und genau jene acht Jahre verstrichen, in denen die rot-grüne Experimentiergesellschaft hätte glänzen können, und dass sie, als sie dann endlich loslegte, konzeptionell und wirtschaftlich bereits bankrott war, sind Petitessen.

Heiner Müller kommentierte damals, 1990, in seinem Liegestuhl keine Wahl, sondern Geschichte. Es ging ihm nicht um Deutschland, sondern um die Welt. Und die sah er untergehen. Für ihn war der Kommunismus ja kein utopisches Projekt, sondern lediglich die Verlangsamung auf unserm Weg in die Katastrophe.

Nun sah Müller den Wegfall aller kommunistischen Bremsen, er sah die Zunahme des Tempos, die Überhitzung, das Verglühen. Man könnte sagen, dass der Linke Heiner Müller der letzte große Konservative war. Er begriff den Verlust der alten Welt als globales Verhängnis.

In jenen Tagen inszenierte er den „Hamlet“. Die Aufführung begann im ewigen Eis, mit einer Übertragung von Stalins Beerdigung, und sie endete, Stunden später, in einem rötlichen Blaken, einer alles verschlingenden Weißglut. Vor Helsingör standen Fortinbras’ Truppen. Es war eine Epocheninszenierung, auf dem Scheitelpunkt der Geschichte, die ihre Prophetien in grandiose Bilder fasste.

Mit Müller, dessen zehnter Todestag bevorsteht, ging der letzte Apokalyptiker von Format. Er fehlt heute, wo die Linke nur noch vom Kündigungsschutz redet und die Rechte von der Pendlerpauschale. Müller dagegen dachte planetarisch.

Es spricht vieles dafür, dass er recht hatte. Das Antlitz der Erde in diesen 15 Jahren hat sich mehr verändert als in den 50 Jahren zuvor: Terror, Klonen, Überalterung, soziale Zertrümmerungen, Hurrikane, neue Mächte, globale Zerstörungen.

Wo andere Nationen sich revolutionierten, wieder andere als neue Spieler in den Wettlauf um die Märkte eingriffen, wo neue Herrschaft begann und alte unterging, riegelte sich das vereinte Deutsch-

land ein wie Hamlets Sippe in Helsingör, und war vorwiegend mit dem Begleichen alter Rechnungen und mit zaudernden Helden beschäftigt.

Die „Wörter des Jahres“ seit 1990 sind wie Stationsschilder auf dem Weg in dieses Dämmerreich: die neuen Bundesländer, Besserwessi, Politikverdrossenheit, Sozialabbau, Superwahljahr, Multimedia, Sparpaket, Reformstau, Rot-Grün, Millennium, Schwarzgeldaffäre, der 11. September, Teuro, das alte Europa, Hartz IV.

Jede Menge Verdrussvokabeln, jede Menge Niedergang. Große Theaterkunst, ein Staatsakt wie Müllers „Hamlet“, ist dabei nicht mehr entstanden. Die Politik fummelte herum, und die Theater fummelten herum und zeigten überwiegend Radau und Nackte an ihren marginalisierten Spielorten, alles zum Gähnen gewöhnlich.

Kein Schrecken, keine atemberaubende Vision. Nichts, was zu fürchten, nichts, was zu bewundern wäre. Es ist ja beileibe nicht so, dass nur die Politik ideenlos war. Dabei hätte es doch große Themen gegeben. Der Weltuntergang zum Beispiel, oder die deutsche Nation. Was ist nur schief gelaufen?

*

Ein anderer Abend, fünfzehn Jahre später. Der Himmel ist weiterhin vernagelt, und die linke Bürgergesellschaft trifft sich im Hamburger Abaton-Kino. Sie wirkt irgendwie groggy, aber schließlich auch reformbereit.

Kandidaten aller Parteien wollen sich zur Diskussion stellen. Davor aber läuft eine Premiere. Der Film „Weltverbesserungsmaßnahmen“ lockt schon durch seinen Titel – es gibt keine deutscheren Wörter als „Weltverbesserung“ und „Maßnahme“. Zusammengenommen sind sie unschlagbar.

Es geht nicht um die Verbesserung der Welt, sondern um die Deutschlands. Filmemacher Jörn Hintzer und Jakob Hüfner machen Vorschläge, um unserer Republik nach vorn zu helfen. Der Film ist ein surreales Manifest zur Lage der Nation im Schicksalsjahr 2005. Alle Vorschläge, die hier gemacht werden, sind daneben, sind Dada. Sie strotzen vor dämlicher Gutwilligkeit. Die Teilnehmer der „Ampel-AG“ zum Beispiel, die das gemeinsame Anfahren vor Ampeln üben, um Zeit zu sparen. Die Devise: Dabei sein ist alles. Maulen kann schließlich jeder, doch es kommt darauf an, dass wir anpacken!

Beispielhaft, wie hier das Problem der Einzelkind-Familie angegangen wird. Einzelkinder sind asozial, das weiß jeder. Also mietet man ihnen einen Leihbruder, irgendeinen arbeitslosen schwer vermittelbaren Akademiker, dem es Spaß macht, sich die schütteren Haare mit Nutella vollzukleckern. Klar gibt es ödipale Verwicklungen, wenn die Rangen zu Mama ins Bett kriechen, aber letztlich können wir jedes Problem lösen in Deutschland, wenn wir nur guten Willens sind.

Der Film karikiert den Veränderungsdiskurs, den unsere Republik seit zwei, drei Jahren in unerschöpflicher Begeisterung produziert. Die Deutschen befinden sich in diesen Wochen vor der Wahl im rasenden Stillstand. Sie glühen vor Reformeifer. Der Ruck ist buchstäblich in sie gefahren, und nun werden Ergebnisse besichtigt.

Etwa dieser Student, der als Ich-AG auf einem Parkplatz an der Karl-Marx-Allee zwischen trostlosen Wohnsilos Autos nach Farben sortiert, um das ästhetische Elend zu beheben. Was für eine zarte, surreale Geste in der niederschmetternden Großstadthässlichkeit.

Schließlich aber, Höhepunkt unseres Veränderungsheroismus, diese neuartige kostensparende Krankenversicherung, die ihre Mitglieder zu Ärzten ausbildet, auf dass sie sich den Blinddarm selber operieren. Letztes Flehen des Sohnes, letzte Zweifel des Vaters werden weggebürstet. Jetzt heißt es Zähne zusammenbeißen. Keine Schwäche zeigen. Den inneren Schweinehund bekämpfen.

Bei der anschließenden Diskussion mit den Parteikandidaten reden alle eifrig über die Kopfpauschale und darüber, wie das Steuerkonzept der CDU aussieht, aber keiner will wissen, ob der Junge im Film durchkommt. Alle sind schließlich Frontkämpfer der neuen Härte, auch wir im Parkett. Wir müssen Opfer bringen, das ist Konsens. Viele sympathisieren an diesem Abend murmelnd mit der FDP, obwohl deren Vertreter von unangenehmer Glätte ist.

Das Kino ist zum anarchistischen Einspruch geworden in diesen letzten Mona-



DPA

Schriftsteller Ernst Jünger (M.), Besucher*: *Peinliche Begegnung*



MARCO URBAN.DE

Kanzler Schröder (r.), Kunstfreunde*: *Nettigkeiten unter Rot-Grün*



PETER BISCHOFF

Kandidatin Merkel (2. v. l.), Prominente*: *„Resultat der Einheit“*

* Oben: Staatschef François Mitterrand, Kanzler Helmut Kohl (1993); Mitte: Durs Grünbein, Christina Weiss, Marcel Reich-Ranicki; unten: Hillary Clinton, Sandra Maischberger, Liz Mohn, Gro Harlem Brundtland.

ten: Die Filmproduktionen des armen Deutschland sind vielseitiger, hintergründiger als die des fetten. „Die große Depression“, „Muxmäuschenstill“, das neue deutsche Kino ist bisweilen so engagiert und so skurril, wie es das britische der Vorwirtschaftswunderjahre war.

Im großen Ganzen aber ist die linke Kritik reaktionär geworden. Sie meldet sich mit der Besitzstandsrhetorik Lafontaines oder gar nicht.

Linke Visionen sind nicht mehr kulturstiftend, wahrscheinlich, weil sie sich zu oft revidieren mussten. Wen reißt heute noch der Internationalismus vom Hocker, wenn er um seinen Arbeitsplatz gegen die Globalisierung kämpft? Wer begeistert sich noch für Multikulti, wenn in den muslimischen Ghettos westlicher Großstädte Frauen verprügelt und Bomben gebastelt werden?

Ja, wem hängt nicht der hedonistische Selbstverwirklichungszirkus der Genie mehr als haarsträubende Nettigkeit und Ministerduzerei.

Eigentlich ist das Spiel für niemanden aufgegangen, weder für die Künstler noch für die Macht. Selbst Michael Naumann musste sein Kultur-Staatsministeramt bitter mit der Teilnahme an SPD-Ortsvereinssitzungen bezahlen.

In seltenen Fällen wie der Freundschaft von Brandt, Böll und Grass schaffte die Allianz aus Politik und Intelligenz einen Richtungswechsel. In den meisten anderen Fällen – wie peinlich damals der Besuch Kohls bei Ernst Jünger! – haben sie sich nichts zu sagen.

*

Ein letzter Abend vor der Wahl. Kanzler Schröder und Angela Merkel fummeln sich in ihrem TV-Duell durch Steuermodelle und Benzinpreise und Kirchhofs



ANDREAS SCHOELZEL

Dramatiker Müller (1994): *Die planetarische Katastrophe fest im Blick*

schlechter zum Halse raus, wenn der nur noch zertrümmerte Familien, allein gelassene Kinder, soziale Verrohungen anrichtet? Die Welt, sagt Hamlet, ist aus den Fugen.

Ab und zu melden sich noch ein paar Strategen der linken Intelligenz. Sie melden sich nun kurz vor Ende der rot-grünen Ära mit einem beleidigten Türenknallen, und man erschrickt: Huch, waren die etwa die ganze Zeit noch im Zimmer?

Da ist etwa das neu belebte „Kursbuch“ zur Wahl. Man liest sich zwei Absätze lang durch die abgedroschenen dialektischen Kalauer des Aufmacheraufsatzes, und dann ist man ermüdet, selbst wenn es weiter hinten ein wenig munterer zugeht.

Einige erinnern sich noch einmal melancholisch an ihren Zugang zur Macht, an die Leseabende mit dem Kanzler. Nun hat man den Eindruck: Rot-grüne Kultur war Streichlisten. Die Verbesserung Deutschlands: eine Rechenaufgabe.

Doch plötzlich wird die Bilanzprosa durchbrochen von lyrischer Leidenschaft, von Beteuerungen, von nationalen Appellen. Plötzlich geht es nicht um Rechnungen, sondern um Kinderlosigkeit, um Lebensentwürfe, um Staat und Revolution, und darum ging es wahrscheinlich schon lange, ohne dass es den Beteiligten klar geworden wäre.

Plötzlich lodert der Kulturkrieg.

Die „konservativen Sehnsüchte“ (Jürgen Busche), die sich an die Gestalt Kirchhofs knüpfen, haben eine lange Vorgeschichte. Es sollte auffallen, dass es seit Heiner Müllers Aufforderung aus der Wendezeit, die Fress-Etage des KaDeWe zu plündern (SPIEGEL 43/1989), keine einzige linke Polemik gab, die haften geblieben wäre.

Die bemerkenswerten Provokationen waren vielmehr kulturkonservativer Natur und gegen den linken Mainstream gerichtet. Botho Strauß’ Aufruf zur Askese im „Bocksgesang“, Sloterdijks „Menschenpark“, auch Walsers melancholisch-störrischer Abschied von der Gedenkkultur.

Ab und zu schlägt noch die linke „Pranger-Philologie“ („Süddeutsche Zeitung“) durch, doch solche Anfälle sind selten geworden, und sie können den gewandelten Grundton im Selbstgespräch der Deutschen nicht mehr überdecken. In den Büchern und Interviews Paul Noltes, in den Einwürfen Jürgen Busches, in den Essays Joachim Fests, im neuen Buch des Verfassungsrichters Udo Di Fabio („Die Kultur der Freiheit“) spricht sich ein konservatives Bürgertum aus, ein neues Besinnen auf Familie, auf Kirche, auf Vaterland.

Nach den Dichtern haben sich die Soziologen und Historiker zu Stichwortgebern der Politik gemacht. In allen ihren Essays spielt die Nation eine große Rolle, so, als wolle man das Land, das nun den eisigen Stürmen der Globalisierung ausgesetzt werden soll, vorher warm einpacken. Historiker Hagen Schulze: „Aus der deutschen Einheit haben wir viel zu wenig gemacht“ (siehe Seite 198).

Besonders das Letzte wird bestimmend werden, sollte es Angela Merkel tatsächlich gelingen, als erste Frau, als erste Ostdeutsche Kanzlerin zu werden. Sie selber macht klar, welchen Teil dieser Doppel-Identität sie für den bedeutenderen hält.

Als sie bei ihrem großen TV-Duell gefragt wurde, ob sie als Karrierefrau nicht ein Ergebnis rot-grüner Gesellschaftsveränderung sei, gab sie trocken zurück: „Nein. Ich bin ein Resultat der deutschen Einheit.“

Was auch sonst? Berufstätigkeit und Mutterschaft war der Regelfall in der DDR. Das brauchte sie nicht zu lernen, das bringt sie ein. Das, und womöglich ein gewachsenes Misstrauen den Allmachtsphantasien eines übermächtigen Staates gegenüber.

Dieses Misstrauen hätte sie mit ihrem Landsmann Müller geteilt. Doch im Gegensatz zu Merkel hätte Müller nie versucht, Deutschland zu verbessern. Er hätte sich fern gehalten, in angemessenem Abstand zur Macht. Da denkt es sich besser, hätte er gesagt.

An jenem Abend 1990 spielte er mir das legendäre Radiostreitgespräch zwischen Gottfried Benn und Johannes R. Becher von 1930 noch einmal vor.

Becher wollte den Dichter als Kämpfer für eine bessere Welt, Benn sprach dagegen, resignativ, unbestechlich: „Die Unteren wollten immer hoch und die Oberen wollten nicht herunter, schaurige Welt, kapitalistische Welt, seit Ägypten den Weihrauchhandel monopolisierte.“

Heiner Müller hielt zu Benn.

Er war Realist.



HEINZ WIESELER / DPA

Einheitskanzler Kohl im Wahlkampf 1990 in Erfurt: *„Aus der Einheit viel zu wenig gemacht“*

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Die Identitätssuche ist zu Ende“

Der Berliner Historiker Hagen Schulze über Nationalgefühl, deutsche Schicksalswahlen und das gebrochene Verhältnis zur deutschen Geschichte

Schulze, 62, ist Direktor des German Historical Institute in London. Er hat insbesondere über Nationsbildung und Nationalismus gearbeitet und ist Herausgeber der Bände „Deutsche Erinnerungsorte“.

SPIEGEL: Herr Professor, wird am kommenden Sonntag über das Schicksal Deutschlands entschieden, wie die Kanzlerkandidatin Angela Merkel behauptet?

Schulze: Haben Sie’s nicht ein bisschen kleiner? Schicksal hat mit nichtbegrifflichem, mythischem Denken zu tun – dieses wesentliche, deutsche Wort, sagt Hölderlin.

SPIEGEL: Welche Schicksalswahlen hat es denn in Deutschland gegeben?

Schulze: Mir fällt keine ein. Nicht einmal die Ergebnisse der deutschen Wahlen von 1932 und 1933 waren so hoffnungslos, dass von Schicksal zu reden wäre. Hitler zum Beispiel war bis zu den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 vermeidbar.

SPIEGEL: Könnte Angela Merkel die Einheitskanzlerin werden, die die Deutschen in Ost und West zusammenführt für eine gemeinsame große Anstrengung?

Schulze: Ja, darin könnte ihre größte Aufgabe liegen – falls die westdeutschen Ministerpräsidenten dies zuließen.

SPIEGEL: Sie haben sich ein ganzes Gelehrtendasein mit dem Begriff der Nation beschäftigt. Wie wichtig ist das Nationalgefühl, der Nationalstolz für ein Volk?

Schulze: Eine Nation vermittelt dem Einzelnen Geborgenheit und das Gefühl, dass sein Handeln für diese Gruppe seiner Existenz Sinn verleiht. Zwar gibt es vielerlei Gruppen, von der Familie über Europa bis zur Menschheit, aber die integrierende Kraft der Nation hat sich im Laufe der letzten Jahrhunderte als politisch besonders mächtig erwiesen.

SPIEGEL: Können Konservative mehr mit dem Begriff der Nation anfangen?



GERHARD WESTRICH

Historiker Schulze
„Nation stiftet Sinn“

Schulze: Das scheint mir keineswegs sicher. Wenn wir der Idee der Nation nachgehen, stoßen wir auf entschieden linke Verfechter, von den Sansculotten der Französischen Revolution über die meisten Abgeordneten der Paulskirche bis zu den Mehrheitssozialisten während des Ersten Weltkriegs. Umgekehrt gilt, dass es einen politisch funktionsfähigen Konservativismus, anders als beispielsweise in England, in Deutschland kaum gibt. Wenn ein Politiker erfolgreich an den Nationalstolz appellieren kann, muss sich der Nationalstolz längst zuvor herausgebildet haben.

SPIEGEL: Warum haben die Deutschen Probleme mit der Nation?

Schulze: Deutschland war immer das Land der europäischen Mitte, und die umliegenden Länder oder Staaten haben versucht, diese Mitte zu kontrollieren. Sie befürchteten, dass diese Macht in der Mitte, sobald sie einmal ihrer selbst bewusst würde und sich staatlich konstituierte, das europäische Gleichgewicht gefährden würde. Und das geschah dann ja auch.

SPIEGEL: Wurde es also den Deutschen besonders schwer gemacht, sich die Demokratie und den Nationalstaat zu erkämpfen?

Schulze: In der Tat. Was wir oft bei der Betrachtung der Revolution von 1848 über-

sehen, ist, dass unsere Nachbarnationen, insbesondere Engländer, Franzosen, auch Russen, sich die größte Mühe gegeben haben, die deutschen Staaten, vor allem Preußen, unter Druck zu setzen und aus dem Prozess der deutschen Nationalstaatsbildung herauszuhalten.

SPIEGEL: Deutsch war nicht die Bezeichnung eines Territoriums, sondern der Sprache …

Schulze: … der Begriff „thiutisk“ bedeutet ganz einfach „Volkssprache“ und taucht noch nicht einmal in dem Gebiet zum ersten Mal auf, das später Deutschland oder auch einmal das Reich wird, sondern in England. Er bezeichnet die Volkssprache im Gegensatz zur Sprache des Klerus. Interessanterweise ist das Deutsche also zunächst nur erkennbar und tragfähig, wenn es sich auf Sprachliches, auf Rhetorisches, auf Geistiges bezieht. Von Nation im Sinne eines materiellen Nationalstaats ist lange nicht die Rede.

SPIEGEL: Aber es bestand schon früh ein Gefühl der Zusammengehörigkeit?

Schulze: Ohne Zweifel. Das gibt es bereits im Mittelalter. Johann von Würzburg beispielsweise schreibt eine Art Handbuch für Pilgerfahrten ins Heilige Land und erklärt, dass es vor allem die Deutschen gewesen seien, die schwertgewaltigen deutschen Ritter, die Jerusalem erobert und ganz außerordentlichen Mut gezeigt hätten. Sie seien sodann glücklich über die begangenen Taten wieder nach Deutschland zurückgekehrt, und ihre Abwesenheit hätten sich die nachfolgenden Franzosen zu Nutze gemacht, sich die Krone von Jerusalem geschnappt und die deutschen Grabsteine beseitigt. Der entsprechende Bericht des französischen Kaplans Odo von Deuil sieht die Dinge ganz anders: Die Deutschen seien einfach unerträglich – so dreckig, dass man mit ihnen zusammen kein Lager errichten konnte, und sie hätten eine Sprache gesprochen, die niemand verstand.

SPIEGEL: Wir gehen noch weiter zurück, wenn sowohl wir Deutsche wie auch die Franzosen Karl den Großen als Ahnherrn der Nation begreifen.

Schulze: Das ist sicher einer der großen Erinnerungsorte des deutschen wie des französischen Volkes: Karl der Große und das Aachener Münster. Die Existenz einer Nation wird ja auch dadurch gefestigt, dass es eine große Fülle von Gegenständen geistiger wie materieller Art gibt, an denen sich das Nationalbewusstsein kristallisiert.

SPIEGEL: Und die Kriege?

Schulze: Ganz wichtig für die Konstituierung von Nationalgefühl. Alle Nationen feiern ihre Siege, mit Ausnahme der deutschen. Man muss sich klar machen, wenn man die Idee der Nation beschwört, dass da immer auch eine dunkle, gewaltsame Seite beteiligt ist.

SPIEGEL: Wir Deutschen haben zweimal Brand an die ganze Welt gelegt. Da bietet es sich an, Deutsche eher als Gelehrte, als Künstler zu würdigen.

Schulze: Wilhelm von Humboldt hat erklärt, es gebe zwei große Kulturnationen in Europa, nämlich die Franzosen, die von den Römern abstammen, und die Deutschen, deren Wurzeln in Griechenland liegen. Die Vorstellung, dass die Deutschen wie die alten Griechen zersplittert und machtlos, aber als Kulturnation geistig überlegen seien, ist eine Idee, die uns immer wieder begegnet.



ULLSTEIN BILDERDIENST

Hitler in Weimar 1931: *„Kontaminierte Geschichte“*

SPIEGEL: Warum sind die Deutschen so misstrauisch im Umgang mit ihrer Geschichte?

Schulze: Die allgemeine Berührungsangst vor der Geschichte hängt sicher mit dem Trauma des Nationalsozialismus und des Holocaust zusammen. Das kontaminiert im Rückblick die ganze deutsche Geschichte. In den zwanziger Jahren, mehr noch im 19. Jahrhundert, kam keine andere Nation mit, was die Produktion von mächtigen historischen Bestsellern angeht. Doch der Geschichtsfelsen Nationalsozialismus liegt alledem im Weg.

SPIEGEL: Gibt es für uns eine Möglichkeit, an diesem Geschichtsfelsen vorbeizukommen?

Schulze: Man kann wohl davon ausgehen, dass spätere Generationen möglicherweise die NS-Zeit in größeren Zusammenhängen wahrnehmen werden, als wir das tun. Die Generation der Miterlebenden und Augenzeugen war noch ganz auf sich und auf ihre eigene Verantwortung konzentriert, auf die Frage von Schuld und Sühne. Das verschiebt sich jetzt.

SPIEGEL: Gibt es einen Krieg in der deutschen Geschichte, der sich für Jubiläumsfeiern eignete?

Schulze: Das wären wohl am ehesten die Freiheitskriege gegen Napoleon zwischen 1809 und 1814. Die „Befreiungskriege“, wie sie der preußische König lieber nannte, sind ein kollektives Heiligtum bis weit in das Dritte Reich geblieben. Das ist, glaube ich, der letzte Krieg, in dem sich für und in Deutschland auch Zustimmungsfähiges abgespielt hat. Was danach kam, steht bereits im Schatten des Späteren.

SPIEGEL: Alle Europäer gehen tief in ihre Nationalgeschichten zurück, bis sie sich im mythischen Nebel verlieren. Nationale Identitäten sind demnach viel tiefer verankert als die sogenannte europäische Identität, die wiederum von niemandem so beschworen wird wie von den Deutschen. Ist das nicht eine Fluchtidentität?

Schulze: Es gibt kein Land in der EU, in dem nicht gilt, dass man überhaupt nur dann Europäer sein könne, solange man auch ein guter Bürger seines eigenen Landes, seiner eigenen Nation sei.

SPIEGEL: Was ist deutsch in Ihren Augen?

Schulze: Groß sind wir, wo es um kulturnationale Aspekte geht. Ein großer Fachmann für diese Frage, Johann Wolfgang Goethe, hat dazu ungefähr gemeint: Der Deutsche hat keine Nationalbildung, er hat Weltbildung. Wenn vom Deutschen die Rede ist, dann vom Weltbürger – oder aber, ganz im Gegenteil, vom deutschen Wesen, an dem die Welt genesen soll. Eins scheint gewiss: Die Balance zwischen Weltbürger und Spießbürger ist Sache der Deutschen nicht.

SPIEGEL: Gibt es so etwas wie einen Nationalcharakter?

Schulze: Nach acht Jahren Aufenthalt in England zweifle ich nicht daran.

SPIEGEL: Die Schwermut, die jetzt über der Bundesrepublik liegt, ist das auch deutsch?

Schulze: Das kollektive Klima aus Zukunftsangst – nicht umsonst ist „Angst“ das bekannteste englische oder französische Fremdwort aus dem Deutschen – und Frust, das einem an den deutschen Grenzen entgegenschlägt, trifft man jedenfalls in anderen Ländern nicht.

SPIEGEL: Gibt es für Sie eine geschichtliche Figur, die auf exemplarische Weise verkörpert, was deutsch ist?

Schulze: Der Freiherr vom Stein zum Beispiel. Er war einer von denen, die zwi-

schen dem Gestern und dem Morgen standen, er hatte gleichzeitig die große Vergangenheit und die große Zukunft im Blick. Er hat die französischen mit den englischen Reformideen vereint, die Bauern befreit, die städtische Selbstverwaltung vorangetrieben, Napoleon wie auch seinem König die Stirn geboten. Er war Praktiker und Visionär – was für eine Gestalt!

SPIEGEL: Seit dem Mauerfall ist die alte Frage von Ernst Moritz Arndt, was des Deutschen Vaterland sei, eindeutig beantwortet. Es gibt keine Gebiete, von denen noch zu träumen wäre, es gibt keine, denen noch nachzutrauern wäre. Geschichtlich sind wir zum ersten Mal endgültig angekommen. Haben wir nicht zu wenig daraus gemacht?

Schulze: Daraus haben wir viel zu wenig gemacht. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte haben sich die Deutschen nicht gegen ihre Nachbarn, sondern mit deren Zustimmung zusammengeschlossen. Das vereinte Deutschland wird nicht mehr als Störenfried Europas wahrgenommen: eine deutsche Erfolgsgeschichte, wie sie ähnlich kein anderes europäisches Land kennt. Mit der deutschen Identitätssuche seit Generationen hat es jetzt ein Ende.

SPIEGEL: Fehlt unseren Politikern das Charisma, das ein Volk entzünden kann, etwa wie es John F. Kennedy oder Charles de Gaulle verstanden haben? Nur zögerlich kommen selbst den Konservativen Worte wie Vaterlandsliebe über die Lippen. Gibt es die große nationale Rede nicht mehr?

Schulze: Die gibt es schon lange nicht mehr. Zum letzten Mal war sie während der 1848-Revolution in der Paulskirche zu hören – da traten noch die großen, meistens an französischen Vorbildern geschulten Politiker auf. Gewiss, es folgten noch große Redner wie Bismarck, Ludwig Bamberger, Gustav Stresemann oder Carlo Schmid. Aber das waren Ausnahmen; insgesamt wurden es immer weniger, und zwar vermutlich in dem gleichen Maße, in dem der Nationalstaat sich festigte.

SPIEGEL: Sehen Sie sich als konservativ?

Schulze: Ob ich konservativ bin oder nicht, weiß ich nicht. Ich glaube, dass wir in Deutschland einen aktionsfähigen Konservatismus überhaupt nicht mehr haben. Es hat mal den rheinischen Konservatismus in der Adenauer-Ära gegeben, der ist einfach weggestorben. Der letzte große Konservative, der zweifellos diesen Namen verdient, ist Ernst Jünger gewesen. Und der gilt ja mittlerweile als akzeptiert bei uns – die Franzosen hatten ihn schon immer bewundert.

SPIEGEL: Was ist konservativ?

Schulze: Die Fähigkeit, Gegenwart aus der Vergangenheit heraus zu gestalten und zu verändern. Nach 1945 haben bei uns immer nur Sozialdemokraten und allenfalls Liberale ein intellektuelles Milieu gehabt. Es wäre eine gute Sache, wenn Frau Merkel auf die Idee käme, intellektuellen Proviant an Bord zu holen. Denn eins ist klar, unter den Umständen, in denen unsere Wirtschaft zunehmend wegsackt, brauchen wir die Blaupausenleute, die Leute, die sagen, wie Deutschland überhaupt weiter leben soll. Wir brauchen vor allen Dingen Menschen, die zurückblicken und aus dem Rückblick die Zukunft mitbestimmen können. Unsere Produktivkraft ist der Geist, und hier scheint es wenig Interesse zu geben. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat nur noch ein einziges Referat, das sich mit Geisteswissenschaften befasst. Das gesamte Ministerium, sowohl das alte Forschungsministerium als auch das Bildungsministerium, ist vor ein paar Jahren zusammengepackt worden. Ich glaube, das ist eine Form von Selbstverstümmelung, die man sich nicht leisten kann.

SPIEGEL: Die zentrale Aufgabe, die sich die Politik derzeit stellt, ist die Zurüstung des Landes für die Globalisierung. Steht da nicht der Nationalstaat störend im Wege?

Schulze: Nein, das verkennt die Funktion des Nationalstaats völlig. Der entscheidende Punkt ist ja, dass der Nationalstaat als Filter dasteht, der es ermöglicht, im weltweiten Zusammenhang zu operieren, ohne die eigene Identität zu opfern. Ich meine damit, jeder Einzelne, aber auch jede Körperschaft von der Familie bis zum Staat, muss im Stande sein, die eigene Identität zu sichern und nach außen zu repräsentieren und dort auch wahrgenommen zu werden. Diese Identitätssicherung ist letzten Endes eine der wichtigsten Funktionen des Nationalstaats überhaupt. Man könnte wahrscheinlich sogar sagen, dass eine selbstbewusste Nation großzügiger im Umgang mit dem Anderen sein kann, toleranter gegenüber dem Fremden.



GERHARD WESTRICH

Schulze (M.), SPIEGEL-Redakteure*: *„Intellektueller Proviant“*

SPIEGEL: Zu guter Letzt: Was erwarten Sie, wenn Sie optimistisch sind, von einer Regierung Merkel – eine Renaissance des Konservatismus, eine neue Nation, einen neuen Horizont?

Schulze: Jenseits der großen Worte: eine viel bessere Bildungspolitik.

SPIEGEL: Herr Professor Schulze, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Matthias Matussek und Jan Fleischhauer in Berlin.

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

1 (1) **Dan Brown** Sakrileg
Lübbe; 19,90 Euro

2 (3) **Susanne Fröhlich** Familienpackung W. Krüger; 16,90 Euro

3 (4) **Dan Brown** Diabolus
Lübbe; 19,90 Euro

4 (–) **Nicholas Sparks** Die Nähe des Himmels Heyne; 19,90 Euro

5 (2) **Joanne K. Rowling** Harry Potter and the Half-Blood Prince
Bloomsbury; 26,30 Euro (unverbindl. Preisempfehlung)

6 (5) **Jan Weiler** Antonio im Wunderland Kindler; 16,90 Euro

7 (6) **Michel Houellebecq** Die Möglichkeit einer Insel
DuMont; 24,90 Euro

8 (7) **François Lelord** Hectors Reise
Piper; 16,90 Euro

9 (8) **Frank Schätzing** Der Schwarm
Kiepenheuer & Witsch; 24,90 Euro

10 (9) **Santo Cilauro / Tom Gleisner / Rob Sitch** Molwanîen Heyne; 14,90 Euro

11 (13) **Cecelia Ahern** Für immer vielleicht
W. Krüger; 16,90 Euro

12 (–) **Philip Roth** Verschwörung gegen Amerika
Hanser; 24,90 Euro



Historische Fiktion: wie eine Hitler-freundliche US-Regierung die Welt einer jüdischen Familie verändert hätte

13 (10) **Ian McEwan** Saturday
Diogenes; 19,90 Euro

14 (18) **Kate Mosse** Das verlorene Labyrinth Droemer; 22,90 Euro

15 (14) **Donna Leon** Beweise, daß es böse ist Diogenes; 19,90 Euro

16 (–) **Rebecca Gablé** Der Hüter der Rose Ehrenwirth; 24,90 Euro

17 (11) **Nick Hornby** A Long Way Down
Kiepenheuer & Witsch; 19,90 Euro

18 (19) **Joy Fielding** Tanz, Püppchen, tanz
Goldmann; 21,90 Euro

19 (16) **François Lelord** Hector und die Geheimnisse der Liebe Piper; 16,90 Euro

20 (15) **Iny Lorentz** Die Kastellanin
Knaur; 16,90 Euro

Sachbücher

1 (1) **Peter Hahne** Schluss mit lustig
Johannis; 9,95 Euro

2 (2) **Corinne Hofmann** Wiedersehen in Barsaloi A 1; 19,80 Euro

3 (3) **Sabine Kuegler** Dschungelkind
Droemer; 19,90 Euro

4 (–) **Meinhard Miegel** Epochenwende
Propyläen; 22 Euro



Die Vorherrschaft des Westens geht dem Ende entgegen: Warnung des Sozialforschers vor einem stagnierenden Europa

5 (17) **Werner Bartens** Lexikon der Medizin-Irrtümer Eichborn; 22,90 Euro

6 (4) **Inge Jens / Walter Jens** Katias Mutter Rowohlt; 19,90 Euro

7 (5) **Ben Schott** Schotts Sammelsurium
Bloomsbury Berlin; 16 Euro

8 (6) **Ayaan Hirsi Ali** Ich klage an
Piper; 13,90 Euro

9 (–) **Reinhard Mey / Bernd Schroeder** Was ich noch zu sagen hätte
Kiepenheuer & Witsch; 18,90 Euro

10 (7) **Werner Tiki Küstenmacher / Lothar J. Seiwert** Simplify your life Campus; 19,90 Euro

11 (10) **Eva-Maria Zurhorst** Liebe dich selbst Goldmann; 18,90 Euro

12 (9) **Lothar Seiwert** Die Bären-Strategie Ariston; 14,95 Euro

13 (8) **Alexander von Schönburg** Die Kunst des stilvollen Verarmens
Rowohlt Berlin; 17,90 Euro

14 (–) **Matthias P.** Abgezockt und totgepflegt Econ; 16,95 Euro

15 (13) **Stefan Aust / Claus Richter / Gabor Steingart** unter Mitarbeit von Matthias Ziemann Der Fall Deutschland – Abstieg eines Superstars Piper; 19,90 Euro

16 (11) **Susanne Fröhlich** Moppel-Ich
W. Krüger; 13,90 Euro

17 (14) **Frank Schirrmacher** Das Methusalem-Komplott Blessing; 16 Euro

18 (16) **Uwe Timm** Der Freund und der Fremde Kiepenheuer & Witsch; 16,90 Euro

19 (–) **Reinhold Messner** Gobi
S. Fischer; 19,90 Euro

20 (15) **Peter Scholl-Latour** Koloss auf tönernen Füßen Propyläen; 24 Euro

BUCHMARKT

Terror in den Seelen

Vier Jahre nach dem Attentat vom 11. September verarbeiten immer mehr US-Autoren die Tragödie zu einem Roman.

Den Einschlag selbst hat Renata nicht gesehen. Doch „die Menschen um sie herum schrien, deshalb wandte sie ihren Blick auf das, was die anderen anschauten, eine riesige Ringelblume, die im Himmel über der anderen Seite des Flusses aufbricht und ihre Blütenblätter weg-



DOUG KANTER / DPA

Romanmotiv Ground Zero: *Das private Drama spiegelt die Qual der ganzen Stadt wider*

schleudert. Jeder stand wie festgefroren auf der Brücke“. Erst ein paar Augenblicke später rennen alle zurück nach Brooklyn.

Mike ist in Uptown New York auf dem Weg zur Universität, als American Airlines Flug 11 in den Nordturm des World Trade Center kracht. In einem Coffee-Shop will er sich schnell noch einen Blaubeermuffin kaufen. Der Verkäufer aber dreht die Lautstärke des Fernsehers hoch, und „jeder in dem Laden ist ruhig, schaut. Keiner kann es glauben. Es ist wie ein schrecklicher Film“. Mike macht sich auf den Weg nach Downtown, um seinen Bruder und seine Freundin zu suchen.

Im Radio hat Dan gehört, dass ein Flugzeug ins World Trade Center geflogen ist. Nun steht er auf dem Balkon seines Apartments hoch über der 23. Straße und sieht, wie der zweite Jet den Südturm rammt, während hinter ihm im Fernsehen der Reporter live kommentiert. Dann stürzt der Südturm in sich zusammen. „Für einen Moment, nicht mehr als das, ließ der Turm ein geisterhaftes Bild seiner selbst in der leeren Luft zurück.“

Renata, Mike und Dan sind keine realen Zeugen des Attentats vom 11. September 2001, sondern fiktive – erfunden von angloamerikanischen Schriftstellern. Sie sind die Hauptfiguren von knapp einem Dutzend Romanen, die in den vergangenen sechs Monaten erschienen sind und die sich mit dem Anschlag, seinen psychischen und gesellschaftlichen Folgen beschäftigen. Die Spannbreite reicht von der Konfrontation mit dem individuellen Unbewussten bis zum Horrorgemälde einer von Terroristen bedrohten Welt.

„Mit der Zeit, das ist unvermeidlich, wird die kalte Wahrheit wieder zu Literatur geformt“, schreibt die „New York Times“ über das Interesse der Literaten an dem Terroranschlag: Die Wunderkinder Jonathan Safran Foer, 28, und Nick McDonell, 21, die bekannten US-Schriftsteller Michael Cunningham, 52, und Reynolds Price, 72, aber auch der britische Bestsellerautor Ian McEwan, 57 – sie alle zeigen in ihren neuen Büchern, wie das kollektive Drama das individuelle Leben verändert.

Schon vor zwei Jahren hatte der französische Erfolgsautor Frédéric Beigbeder in „Windows on the World“ ein Minutenprotokoll über einen geschiedenen texanischen Immobilienmakler verfasst, der am Morgen des 11. September mit seinen beiden Söhnen in dem berühmten Restaurant (das dem Buch seinen Titel gibt) in der 107. Etage des Nordturms frühstückt und, wie nicht anders zu erwarten, dort stirbt. Das Buch wurde damals als „perfide“ („Stuttgarter Zeitung“) verrissen, der 11. September zur ästhetischen Tabuzone erklärt.

Doch das ist nun, vier Jahre nach dem Anschlag, vorbei. Dabei hat sich allerdings auch die Perspektive verschoben: Nicht so sehr der Anschlag selbst ist das Thema, sondern er ist Auslöser für Veränderungen in den Biografien der Protagonisten – aus dem Politischen wird das Private.

Vor allem die physische Nähe zu dem Anschlag ist in den Büchern eine Grenzerfahrung, in deren Folge Verdrängtes und Vertuschtes ans Licht drängen. So erfährt McDonells Protagonist Mike aus „The Third Brother“ kurz nach dem Einsturz der Türme von seinem Bruder die grausame Wahrheit über den Tod der Eltern: Sie starben nicht bei einem Hausbrand, sondern das Feuer verdeckte eine Bluttat.

In Patrick McGraths Buch „Ghost Town“ verliebt die Hauptfigur Dan sich zum ersten Mal in eine Frau. Die Anschläge hatten „alles zurückgebracht, was er nach dem Tod seiner Mutter durchlitten hatte“: Trauer, Wut, Verzweiflung und das Gefühl von Sinnlosigkeit. Nun kann er diese Konflikte mit seinem Psychotherapeuten bearbeiten – und vielleicht lösen.

„Die Medien sprachen über unsere ‚kollektive Trauer‘, als hätten wir alle genau dieselbe Erfahrung gemacht“, sagt die New Yorker Schriftstellerin Lynne Sharon Schwartz, „ich wollte zeigen, wie unangemessen und verallgemeinernd diese Formulierung war.“ Deshalb begann sie im Jahr 2002 den Roman „The Writing on the Wall“ über die Bibliothekarin Renata zu schreiben, die auf der Brooklyn Bridge die brennenden Türme sieht und sich in den Wochen danach endlich mit dem frühen Tod ihrer Zwillingsschwester auseinander setzt. In die Schilderung dieser privaten Tragödie schneidet Schwartz immer wieder Reden des US-Präsidenten George W. Bush, der den Gegenschlag ankündigt.

Amerikanische Rezensenten lobten das Werk als „einsichtsreiche Erzählung“, die zeige, wie „die privaten Dämonen in Folge der Tragödie ihren Danse macabre aufführen“. Die „Washington Post“-Kritikerin begeisterte, dass Renatas „Qual die Qual einer ganzen Stadt widerspiegelt, die, irgendwie verwaist, in tiefster Trauer zurückgeblieben ist“.

Und damit summieren sich, am Ende, die fiktiven privaten Schicksale doch wieder zu einer realen kollektiven Erfahrung.

MARIANNE WELLERSHOFF

Michael Cunningham: **SPECIMEN DAYS.** Verlag Farrar, Straus and Giroux, New York; 320 Seiten; 25 Dollar.

Jonathan Safran Foer: **EXTREM LAUT UND UNGLAUBLICH NAH.** Aus dem Amerikanischen von Henning Ahrends. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln; 432 Seiten; 22,90 Euro.

Nick McDonell: **THE THIRD BROTHER.** Verlag Grove Press, New York; 280 Seiten; 22 Dollar.

Patrick McGrath: **GHOST TOWN.** Verlag Bloomsbury Publishing, London; 256 Seiten; 16,95 Dollar.

Reynolds Price: **THE GOOD PRIEST'S SON.** Verlag Scribner, New York; 288 Seiten; 26 Dollar.

Lynne Sharon Schwartz: **THE WRITING ON THE WALL.** Verlag Counterpoint Press, New York; 304 Seiten; 24 Dollar.

PHILOSOPHEN

Eisige Einsamkeit

Martin Heidegger war ein erotischer Abenteurer, der nicht nur Hannah Arendt liebte. Das belegen die jetzt veröffentlichten Briefe des Denkers an seine Ehefrau.



FAMILIE HEIDEGGER

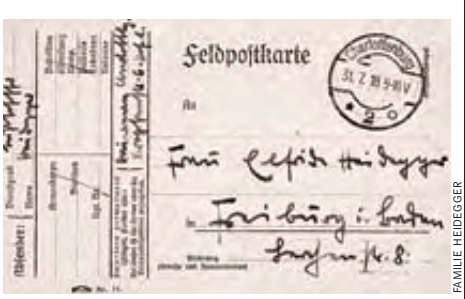
Philosoph Heidegger, Ehefrau Elfride (1917): *„Ganz tief und ewig lang“*

Die ganze Woche über: Was ist Wille? Was ist Vernunft? Welche Kategorien begründen welche Urteile? Griechische Philosophie, mittelalterliche Scholastik. Seit einem Jahr tobt der Erste Weltkrieg. Und nun, am Freitagabend nach Tagen des Denkens, spricht das Gefühl: „Komm, Seelchen, und ruh Dich an meinem Herzen, ganz tief u. ewig lang will ich in Deine Märchenaugen schauen … sind meine Hände heilig genug um die Deinen bebend zu umfassen, ist meine durch alle Schauer des Zweifels hindurchgepeitschte Seele der würdige Schrein, um Deine Liebe in Ewigkeit drin wohnen zu lassen … verzeih Deinem Bub, verzeih, dass ich Sonntags so voll Unruh war.“

Der Bub, das ist der junge Freiburger Philosoph Martin Heidegger, 26 Jahre alt und immerhin schon habilitiert mit einer strengen Arbeit über „Die Kategorien- und Bedeutungslehre des Duns Scotus“. Das Seelchen heißt Elfride Petri, ist zu dieser Zeit 22 Jahre alt, studiert Nationalökonomie und wird zwei Jahre später, 1917, die Ehefrau des bedeutendsten deutschen Philosophen des 20. Jahrhunderts.

Die fruchtbare Spannung zwischen ernster, hochfahrender Begriffsstrapaze und anrührend alltäglichem „Herzensglück“, zwischen Hölderlin-Exegese und der Bitte um „Plätzchen und Zucker“ sollte knapp 60 Jahre anhalten, bis zu Heideggers Tod 1976. Die Briefe, die das belegen, die Briefe Martins an Elfride, werden jetzt erstmals in einer umfangreichen Auswahl publik. Herausgeberin ist Gertrud Heidegger, Enkelin des Philosophen und Tochter seines Sohnes Jörg*.

Jörg wurde 1919 geboren, ein Jahr später kam Hermann zur Welt, der noch heute die Gesamtausgabe der Schriften und Vorlesungen Heideggers betreut – seines Stiefvaters. Dass der Philosoph nicht wirklich sein Vater war (was dieser wohl wusste), erfuhr Hermann schon im Alter von 14 Jahren. Damals beichtete ihm Elfride, sein Erzeuger sei ihr Jugendfreund Friedel Caesar, ein Arzt, der Hermanns Patenonkel war und 1946 starb.



FAMILIE HEIDEGGER

Heidegger-Post (vom 30. Juli 1918)
„Plätzchen und Zucker“

Elfride nahm Hermann das Versprechen ab, solange sie lebe (sie starb 1992), dürfe er niemandem diese Vaterschaft verraten, außer seiner künftigen Frau. Hermann hat sich daran gehalten und „befreit“ sich, wie er in einem Nachwort zu dieser Brief-Edition formuliert, jetzt mit einer knappen „Erklärung“ von einer „mich 71 Jahre lang bedrückenden und quälenden Last“.

Der folgenreiche Seitensprung Elfrides, knapp drei Jahre nach der Hochzeit, schockiert den heutigen Leser weniger als diese heroische Schweigeleistung über sieben Jahrzehnte. Heideggers Frau wollte unbedingt jeden Riss in der Fassade ihrer Ehe mit dem – spätestens seit der Veröffentlichung von „Sein und Zeit“ im Jahr 1927 – berühmten Professor verhindern.

Nur so wird auch verständlich, weshalb sie ihren Zorn über seine, wie sich jetzt herausstellt, sehr zahlreichen Affären mit kaum jemandem geteilt hat – bislang kannte man allenfalls Heideggers über Jahrzehnte immer wieder aufflackernde Liebesbeziehung zu der jüdischen Philosophin Hannah Arendt, die Elfride ja irgendwann halbwegs akzeptierte.

Einen erschütternden Einspruch gegen seine von tiefsinnigem „Grunderfahrungs“-Vokabular erfolgreich begleitete erotische Abenteuerlust legte Elfride dem Konvolut seiner Briefe bei, das sie der Enkelin Gertrud vermacht hat. Es ist der einzige Brief in diesem Buch, der mit der Anrede „Lieber Martin“ beginnt; abgeschickt hat sie ihn nicht.

Darin liest sie dem Schwerenöter die Leviten: Er werde wohl nie „begreifen“, schreibt sie am 28. Juni 1956, „wie ich – durch Dich – aus meiner Mitte geworfen bin“. Sie müsse den „unmenschlichsten Missbrauch“ ihres „Vertrauens“ – „nicht einmal, sondern immer wieder durch 4 Jahrzehnte“ – ertragen; „kann denn das ein Mensch, wenn er nicht oberflächlich ist oder versteinert? Immer wieder sagst u. schreibst Du, dass Du mir verbunden seist – was ist das Band? Liebe ist's nicht, Vertrauen ist's nicht, bei anderen Frauen suchst Du ‚Heimat‘ – ach Martin – wie sieht's in mir aus – und diese eisige Einsamkeit“.

Unter den Frauen, die der vielreisende Denker in jenen Jahren liebte, sind auch die adligen Damen Margot von Sachsen-Meiningen und Sophie Dorothee von Podewils. Die Qual der Wahl zwischen „M.“, wie Margot in den Briefen genannt wird, und Elfride trägt 1946 dazu bei, dass der Professor, der wegen seiner Rolle als Mitläufer des NS-Regimes nicht mehr lehren darf, psychisch zusammenbricht.

1970 weilt Heidegger in Augsburg, wo er wiederum ein Rendezvous hat. Da kommt es schlimmer: Schlaganfall. Ein Krankenwagen bringt ihn nach Hause, Elfride pflegt ihn gesund. Das Ehepaar bezieht bald danach einen kleinen Alterswohnsitz, den es sich im hinteren Gartenteil seines Freiburger Hauses bauen lässt. Fortan sind sie nur noch selten, und dann kurz, voneinander getrennt – keine Affären mehr, auch keine Briefe mehr.

Am 26. Mai 1976 ist Heidegger morgens nicht mehr aufgewacht. In der Nacht darauf schläft Elfride im gemeinsamen Ehebett – neben dem Toten.

Wenigstens das „herzallerliebste Seelchen“ hat wohl wirklich geliebt.

MATHIAS SCHREIBER

* Gertrud Heidegger (Hg.): „‚Mein liebes Seelchen!‘. Briefe Martin Heideggers an seine Frau Elfride. 1915–1970“. Deutsche Verlags-Anstalt, München; 416 Seiten; 22,90 Euro.

MUSIKTHEATER

Grauen in Dur und Moll

Der gefällige Minimalist Philip Glass hat einen brutalen Polit-Thriller des Nobelpreisträgers J. M. Coetzee vertont – Folter unter Wohlklang.

Martern aller Arten. Eine junge Frau wird ausgepeitscht, anschließend stechen ihr die Schergen mit den Zinken einer glühenden Gabel in die Augen. Der hilflose Vater muss die Tortur mitansehen, danach schlagen sie dem Alten den Schädel ein.

Einem Kind wird die spitze Klinge eines winzigen Messers auf die Haut gesetzt, tief eingedrückt und dann ins Fleisch gebohrt, wieder und wieder, bis der Körper des Jungen mit blutenden Löchern übersät ist.

Oder das Martyrium eines Haufens Gefangener, Gipfel der Folter: Da sind zwölf nackte Männer auf bestialische Weise aneinander gekettet. Eine Drahtschlinge, so lakonisch steht es in dem Roman „Waiting for the Barbarians“ (Warten auf die Barbaren) des südafrikanischen Literaturnobelpreisträgers John Maxwell Coetzee, 65, ist jeweils „durch den Handteller eines jeden Mannes und durch die durchbohrten Wangen gezogen worden“.



FRITZ MEFFERT / AGENTUR FOCUS

Komponist Glass
Schrill und scharf

Geht derlei im Opernhaus? Passt so eine Quälerei auf die Musikbühne – das schiere Grauen in Dur und Moll? Der amerikanische Minimalisten-Guru Philip Glass, 68, hat sich an Coetzees Schreckensvision eines totalitären Folterstaats versucht und auf eine poetisch dichte und dramaturgisch schlüssige Libretto-Version des britischen Autors Christopher Hampton („Sunset Boulevard“, „Gefährliche Liebschaften“) einen gut zweistündigen Zweiakter komponiert. Das Auftragswerk des Theaters Erfurt, von Intendant Guy Montavon inszeniert, war vergangenen Samstag zur Welturaufführung angesetzt: kein Event, aber ein Ereignis.

Kritiker und Berichterstatter aus aller Welt, selbst aus Coetzees südafrikanischem Stammland, hatten sich am Wochenende zuhauf in der thüringischen Landeshauptstadt angesagt. Der Filmregisseur Scott Hicks drehte vor Ort Szenen für seine kinematografische Glass-Dokumentation. Genau zwei Jahre nach der feierlichen Eröffnung wurde Erfurts neuer Theaterbau erstmals zu einem richtigen Wallfahrtsort des großen Feuilletons.

Glass und Coetzee, das ist eine Überraschungspaarung. Dem Komponisten erschien die kafkaeske Geschichte über ein anonymes Riesenreich und dessen Hintermänner „gerade nach dem 11. September 2001 unheimlich aktuell“. Schließlich beschwört Coetzees Roman von 1980, ein durchweg in nüchternem Tonfall protokollierter Bericht, mit seinen traumatischen Wahnbildern Horror und Terror.

Niemals hatte sich der namenlose Präfekt, der an der Grenze des Reiches Dienst tut, bis dahin von den benachbarten „Barbaren“, einem harmlosen Nomadenstamm, bedroht gefühlt. Plötzlich taucht ein Spezialtrupp der Staatspolizei auf, gibt vor, Kriegspläne der Barbaren aufgedeckt zu haben, und beginnt eine Schreckensherrschaft, deren Exzesse der ergraute Mann zunächst ohnmächtig mitansehen muss.

Als Zeichen des Mitleids und der Wiedergutmachung nimmt der Alte schließlich ein geschundenes Barbaren-Mädchen bei sich auf, pflegt es gesund und verhilft ihm zur Heimkehr. Genau diese karitative Geste wird von der Geheimpolizei als Verrat gedeutet und schlimm geahndet: Der



LUTZ EDELHOFF

„Barbaren“-Oper in Erfurt: *Zwischen Rausch und Stumpfsinn*

Wohltäter wird seinerseits ein Opfer öffentlicher Ächtung und Folter.

Nun scheint Minimal Music, zweifellos eine der originellsten Findungen in der Kompositionstechnik des vorigen Jahrhunderts, nicht gerade das ideale System für hochdramatische Stoffe zu sein, für das große Pathos von Katastrophen und die leidenschaftliche Klage darüber, wie Menschen mit Menschen Schindluder treiben. Minimal Music setzt gemeinhin alle für abendländische Ohren gewohnten Ansprüche auf Spannung, Kontrast und dramatische Steigerung außer Kraft.

Schlichte Tonschleifen – mal arpeggierte Akkorde, mal exotische Skalen, dann wieder Girlanden aus Tonleitern – kräuseln sich darin zu immer neuen Dauerwellen. Durch diese Praxis des klingenden Wiederkäuens entwickelt die Musik eine Monotonie, die sich Fans als süffigen Rausch reinziehen und Verächter als maschinellen Stumpfsinn abtun. Kalt lässt Glass keinen.

Seine alte Leier mit den klingenden Kürzeln hat der Wiederholungsvirtuose auch diesmal ungeniert angekurbelt, zumindest im ersten Akt – auch wenn Glass, inzwischen das Oberhaupt der Minimalisten, diesmal ein stattliches und durch Harfe, Marimba und Kontrabass-Klarinette apart besetztes Orchester voll beschäftigt hat.

Gleich bei den 216 Takten der Ouvertüre, in die auch der vierstimmige Chor mit vielfach an- und abschwellenden Ahs und Ohs einstimmt, bedient sich der Tonsetzer seiner Spezialität: des Glasperlenspiels als Hohelied der Eintönigkeit. Auch die ersten Auftritte des Präfekten und seines Gegenspielers Joll, dieses Kotzbrockens im Obristen-Rang, wirken zunächst blutleer. Die „Barbaren“-Oper, die sich über weite Strecken mit Sologesang auf Orchesterbasis begnügt und praktisch ohne Duette und Ensemblekonstrukte auskommt, singsangt gefährlich lange auf der Stelle.

Doch dann wird der Dramatiker Glass doch noch wach und die Musik auch mal schrill, scharf, biestig – so wie der Plot, den sie besingt. Fiese Dissonanzen mischen den Wohllaut auf, rhythmische Widerhaken stören das metrische Ebenmaß.

Dazu lässt der aus Kasachstan stammende Ausstatter George Tsypin Kompositionen sonnengelber Dünen, schrundiger Fassaden und bedrohlich enger Kasernenhöfe in filmischer Überblendtechnik projizieren – eine optische Kommentierung, die sich den Abläufen der kompositorischen Software in fließendem Wechsel anpasst.

Vollends aus mit der Gemütlichkeit ist es dann in den zentralen Passagen des zweiten Aktes, wenn die Geschichte sich immer unbarmherziger auf den Präfekten und seine Gegenspieler zuspitzt. Dann, endlich, hat die tönende Gebetsmühle ausgespielt, und zumindest andeutungsweise wagt sich Glass sogar aus dem publikumssicheren Schoß der Tonalität hinaus auf disharmonisches Neuland. Und er tut gut daran.

Wäre sein Verfahren der exquisiten Eintönigkeit tatsächlich bloß eine Masche, hätte es sich bei dem ewigen Recycling der Glass-Industrie längst totgelaufen. Da scheint es schon überzeugender, dass dieser Minimalist wohl einen klugen Dreh gefunden hat, um die zeitgenössische Musik, E wie U, zu verbrüdern und als Crossover an ein großes Publikum zu bringen. Insofern ist es kein Kreuz mit Glass.

KLAUS UMBACH

POP

Chaos im Hinterhof

Der ehemalige Beatle Paul McCartney präsentiert ein gelungenes Album mit neuen Songs – und sich selbst in bemerkenswert schlechter Laune.



EXPRESS SYNDICATION / BULLS PRESS

Musiker McCartney: *„Ich bin kein Nostalgiker, ich lebe in der Gegenwart“*

Wer sich mit Sir Paul McCartney zum Interview treffen will, der wird vorher streng ermahnt: Zunächst mal sei es auf keinen Fall erlaubt, Stifte oder anderes Schreibgerät ins Gesprächszimmer mitzubringen – der Meister hat keine Lust, Autogramme zu geben. Des Weiteren bestehe McCartney darauf, dass mindestens einer seiner sogenannten Assistenten mit im Raum ist. Und vor allem legt der Künstler strengen Wert darauf, ganz und gar ausschließlich zu seinem neuesten musikalischen Werk befragt zu werden.

Es sind dann doch zwei Assistenten. Sie haben eine Filmkamera mitgebracht, um das Interview mitzuschneiden. McCartney pfeift „Muss i’ denn“, als er das Hotelzimmer betritt. Er plaudert kurz darüber, dass er selbst Auto fahre, sich Harry-Potter-Filme ansehe und überhaupt ein „ganz normales Leben“ lebe. Er scheint sich Mühe zu geben, nett zu sein. Als er jung war, sagt er, sei die Welt „sanfter, lustiger und produktiver“ gewesen, „die Songs ‚Michelle‘ und ‚Yesterday‘ haben wir an einem Vormittag aufgenommen“.

Plötzlich aber blickt der Sänger genauso finster drein wie seine beiden Assistenten. Er sei „kein Nostalgiker“, behauptet er: „Ich lebe in der Gegenwart.“ Es gehe ihm auf die Nerven, dass er viel zu oft zu Dingen befragt werde, über die er nicht reden wolle. Die großen Tage der Beatles gehören offenbar ebenso dazu wie das in Großbritanniens Presse ausführlich geschilderte Familienglück mit Gattin Heather Mills und Kleinkind.

Seltsam: Eigentlich müsste Paul McCartney, 63, der entspannteste Popstar weit und breit sein. Er ist märchenhaft reich, war wohl an mehr Songklassikern beteiligt als jeder andere lebende Musiker und ist vor zwei Jahren noch mal Vater geworden. Zudem klingt das neue McCartney-Album „Chaos and Creation in the Back Yard“ erstaunlich frisch und lässig. Das dürfte vor allem an dem hippen jungen Produzenten Nigel Goodrich liegen, der bereits mit jüngeren Stars wie Radiohead und Beck erfolgreich zu Werke ging.

Doch er kann der Vergangenheit nicht entkommen. „Warum wird Paul McCartney bloß von so vielen Unsicherheiten gequält?“, fragte vor einiger Zeit der britische „Daily Telegraph“. Die Frage ist aktueller denn je. Es bringt ihn zum Beispiel sichtlich in Rage, wenn man wissen will, warum ein Konzertticket auf McCartneys laufender Stadion-Tournee in den USA bis zu 250 Dollar kosten muss. Er zuckt erst mal die Achseln.

Lange hat er in seinen Konzerten so wenig Beatles-Oldies wie möglich gespielt, auch um die Bedeutung von Hits aus der Nach-Beatles-Ära wie „Ebony and Ivory“ oder „Mull of Kintyre“ zu betonen. Inzwischen hat er kapituliert und präsentiert auf der Tourbühne all die alten Gassenhauer. Beim Live-8-Konzert in London trat er jüngst mit „Sgt. Pepper’s Lonely Hearts Club Band“ auf.

Den Versuch, sich gegen den übermächtigen Mythos zu wehren, wonach John Lennon bei den Beatles das Genie gewesen sei und McCartney eher der nette Handlanger, hat er aufgegeben. Vor drei Jahren hat er auf einem Live-Album die alte Beatles-Autorenzeile „Lennon/McCartney“ für einige Songs in „McCartney/Lennon“ umgedreht. Dieser Anfall von Eitelkeit brachte ihm viel Ärger mit der Presse ein.

Auf die Palme bringen ihn auch die Klatschgeschichten über seine Gattin. Als er zum Interview nach Köln geflogen sei, so erregt sich der Künstler, habe ihm der Pilot mit mitleidendem Blick sein Beileid ausgesprochen. Wegen einer angeblichen Fehlgeburt seiner Frau.

„Ich muss mit diesem Blödsinn leben“, empört er sich. Auf der Website seiner Frau steht ein Text von ihm, ein offener Brief, der zu vielen Vorwürfen der Klatschpresse (wie dem, dass sie ihn rigoros bevormunde) trotzig Stellung bezieht. „Ich bin es so satt. Die Leute müssen doch denken, dass Heather merkwürdig sei. Nur darum habe ich den Brief geschrieben“, sagt McCartney.

Nun wird es den Assistenten zu bunt. Zackig springt einer auf und verkündet, von jetzt an werde man besser strikt über das neue Album sprechen. Das sei eine gute Idee, murrt McCartney.

Über das neue Album aber ist längst alles gesagt. Selbst leidenschaftliche Fans interessiert es nicht, wie lange und mit welchen Gefühlen er dafür im Studio war; die tiefere Bedeutung des Titels, der vom kreativen Chaos im Hinterhof handelt, ist nicht zu ergründen; und dass McCartneys Songs wie immer von Trauer und Freude und Liebe erzählen, versteht sich sowieso von selbst.

Über die oft hohen Ticketpreise seiner Konzerte aber gibt McCartney dann doch noch Auskunft: Jeder, dem die Show nicht gefallen habe, blafft er, könne hinterher zu ihm kommen und sich den Eintritt erstatten lassen. Bald darauf ist das Interview beendet. Früher als geplant. CHRISTOPH DALLACH



LIVE 8 / GETTY IMAGES

McCartney-Ehefrau Mills
Liebling der Klatschpresse

KINO

Braut im Busch

Romantische Schicksalsbeichte oder spätkolonialer Sexismus? Der Film zum Bestseller „Die weiße Massai“ ist Höhepunkt einer schamlosen Selbstvermarktung.

Die Dame war entzückt. „Diese Gedrungenheit“ der Kerle wirke „wie eine Kriegserklärung an die ganze Welt, außer an das Weib“, schwärmte Tania Blixen in ihrem Roman „Jenseits von Afrika“, erschienen 1937. Vor allem die „Halsmuskeln schwellen in einer auffallend drohenden Weise wie der Nacken einer wütenden Kobra, eines Leoparden oder eines kämpfenden Stieres“. Blixens Begierde, die sie jedoch nur auf dem Papier auslebte, richtete sich auf die stattlichen Männer aus dem Hochland von Kenia: die Massai-Krieger.

Auch ein paar Jahrzehnte später gelten Massai manchen westlichen Frauen als Lustobjekte mit animalischen Instinkten, die nur leider den Erwartungen nicht immer gerecht werden: „Plötzlich geht alles sehr schnell. Lketinga drückt mich auf die Liege, und schon spüre ich seine erregte Männlichkeit.“ Kurz darauf „spüre ich einen Schmerz, höre komische Laute, und alles ist vorbei. Ich könnte heulen vor Enttäuschung“.

Doch da war es bereits geschehen um die Schweizer Boutiquenbesitzerin Corinne



CONSTANTIN FILM

Trennungsszene aus „Die weiße Massai“
„Diese Frau hat ihre Obsession gelebt“

Hofmann, der die Welt diese eindrucksvolle afrikanische Triebstudie verdankt: Während eines Kenia-Urlaubs hatte sie sich hoffnungslos verliebt in Lketinga, einen Massai-Krieger vom Stamm der Samburu. „Ein junger Gott“, fand Hofmann, ließ ihren Schweizer Freund sausen, verkaufte ihren Laden, zog in die kenianische Savanne und heiratete den schwarzen Mann mit dem imposanten Kopfschmuck. Die Ehe, man ahnt es, scheiterte: 1990, vier Jahre nach der ersten Begegnung auf einer Fähre in Mombasa, floh die Braut aus dem



CONSTANTIN FILM

Darsteller Hoss, Ido in „Die weiße Massai“: *Elegischer Edelkitsch*

Busch zurück nach Europa. Die gemeinsame Tochter nahm sie mit; Unterhaltszahlungen gab es sowieso nicht.

Ende der Geschichte? Von wegen. Denn anders als Massai-Mann Lketinga, hauptberuflich Ziegenhirte und als Analphabet vorbildlich diskret, konnte seine Ex-Gattin die Tinte nicht halten. Hofmann schlachtete ihre exotische Liebes- und Leidensmär in bisher drei Büchern aus. Allein die erste Schicksalsbeichte, „Die weiße Massai“, wurde seit 1998 mehr als 2,5 Millionen Mal verkauft, in 19 Sprachen übersetzt und etablierte Kenia endgültig als Traumziel für kontaktfreudige weiße Touristinnen. Auch Hofmanns neuestes Werk, „Wiedersehen in Barsaloi“, steht seit 13 Wochen auf der SPIEGEL-Bestsellerliste.

Diese Woche dürfte der Massai-Rummel seinen vorläufigen Höhepunkt erreichen: „Die weiße Massai“ kommt in die deutschen Kinos. Der Film, aufwendig nachgestellte Szenen einer Ehe zwischen schwarzem Krieger und seinem weißen Herzchen, veredelt Hofmanns Erzählungen mit dem Glamour eines üppigen Produktionsetats.

Für insgesamt sieben Millionen Euro ließen Regisseurin Hermine Huntgeburth („Bibi Blocksberg“) und Produzent Günter Rohrbach („Das Boot“) originalgetreue Massai-Hütten aus Zweigen und Kuhfladen in den kenianischen Sand setzen, eine große Crew ins staubige Nirgendwo karren und Wildhüter anheuern, die neugierige Hyänen fern hielten. Zehn Wochen wurde gedreht, meist an Originalschauplätzen und mit echten Massai als Statisten.

Nur beim Casting für die Rolle des potenten Lketinga (im Film: „Lemalian“) fielen die Krieger durch: zu schamhaft. Die Rolle ging schließlich an den in Burkina Faso geborenen und in Paris lebenden Schauspieler Jacky Ido.

Anders als sein Vorbild („Im Bett war mein stolzer Krieger eine Niete“, offenbarte Hofmann soeben der „Bild“-Zeitung) ist der Film-Massai lernfähig. „Langsam“, ermahnt ihn seine „Mzungu“, die weiße Frau, gespielt von Nina Hoss – und daran halten sich bei den Liebesszenen nicht nur die Darsteller, sondern auch Regie und Schnitt: libidinöse Leibesübungen als elegischer Edelkitsch.

Natürlich darf in der „Weißen Massai“ auch eine gefühlvolle Haarwäsche unter freiem Himmel nicht fehlen – jene Prozedur, die seit der Schaumschlägerei von Robert Redford und Meryl Streep in der „Jenseits von Afrika“-Verfilmung (1985) als Inbegriff naturnaher Romantik gilt. „Diese Frau hat ihre Obsession gelebt“, sagt Regisseurin Huntgeburth.

Ansonsten erspart der Film, wie schon die Autorin Hofmann, dem Publikum kaum ein Detail des zunehmend tristen Alltags: Bei Beschneidungsritualen werden Mädchen aus der Nachbarschaft verstümmelt, die Verständigung ist schwierig, im Ehebett mit Fellbezug haust das Ungeziefer, und der nächste Malariaschub kommt bestimmt.

Trost spendet der jungen Frau vor allem ein christlicher Missionar, der allerdings den Vorteil hat, dass er „hier niemanden heiraten“ will. Dagegen erweist sich der verehrte Göttergatte bald als eifersüchtiger Macho und cholerischer Lebemann: Anfangs trinkt er Ziegenblut direkt aus der Halsschlagader, später lieber Bier aus der Flasche. Und Autofahren kann er auch

nicht: Einen Jeep setzt er gegen den einzigen Baum weit und breit.

All das wird mit einem betont verständnisvollen Die-Wilden-sind-halt-so-Gestus präsentiert, der sich erhaben wähnt über jeden Rassismus, die Massai aber letztlich doch nur als bloße Dekoration benutzt.

In einem Spielfilm mag eine solche Haltung unvermeidbar sein; peinlich wird es hingegen, wenn Corinne Hofmann arglose Massai für ihre eigene lukrative Gefühlsshow vereinnahmt, die ihr inzwischen „fast wie eine Berufung“ vorkommt.

Angefangen mit dem anmaßenden Titel ihrer Website (www.massai.ch), inszeniert Hofmann, 45, ihr Leben mittlerweile als telegene Seifenoper mit den ehemaligen kenianischen Verwandten als billiger Staffage. So reiste sie im September 2004 zum ersten Mal seit ihrer Flucht wieder nach Kenia – ohne die mittlerweile 15-jährige Tochter („zu gefährlich“), aber mit ihrem Verleger und einem Kameramann.

Der filmte, wie Hofmann dem Ex-Gatten, dessen Bruder und der Schwiegermama um den Hals fällt und dabei heult wie Margarethe Schreinemakers. Dann verteilt Hofmann mit spätkolonialer Großzügigkeit kleine Geschenke, zeigt Fotos ihrer Tochter und legt ansonsten die Lässigkeit einer Touristin an den Tag, die in ihrem Lieblingshotel absteigt.

Hofmanns Familienvideo („Wiedersehen in Barsaloi“) ist inzwischen als DVD im Handel erhältlich, inklusive ihres verwackelten alten Hochzeitsvideos als Bonusmaterial. Wem das nicht reicht, der findet im gleichnamigen Buch auch noch tiefsinnige Zivilisationskritik („Es ist ein Trauerspiel zu sehen, wie sich der Einzug von Plastik in Kenia bemerkbar macht“) sowie gelegentliche Anfälle von Selbstzweifeln („Mein Kopf ist leer“).

Auch den Dreharbeiten zur „Weißen Massai“ hat Hofmann während ihrer Kenia-Reise einen Besuch abgestattet. Dabei versuchte sie den Eingeborenen zu erklären, „dass Spielfilm und Wirklichkeit zwei völlig verschiedene Dinge sind“.

Könnte sein, dass die Massai sie nicht verstanden haben. MARTIN WOLF



A1 VERLAG, MÜNCHEN

Aussteigerin Hofmann, Tochter, Gatte (1989)
Liebesmär als Seifenoper

WAHLREKLAME

„Verbale Tütensuppen“

Reinhard Siemes, 65, Werbe-Altmeister und langjähriger Vorstand des Art Directors Club, über die TV-Spots der Parteien und Banalität in der Wahlwerbung



Wahlplakate

HORST OSSINGER / DPA

SPIEGEL: Vergangene Woche sorgte die Ausstrahlung eines unappetitlichen TV-Spots der Anarchistischen Pogo-Partei Deutschlands für Aufregung. Was bringen die Slogans der großen Parteien wie „Steuern runter, Arbeit rauf“ oder „Mehr Wachstum, mehr Arbeit“?

Siemes: Ich habe das Gefühl, dass die Kampagnen mit ihrer grausamen Sprachlosigkeit verhindern sollen, dass die Deutschen wählen gehen. In diesem Wahlkampf verkommen die Scheinargumente der Parteien zu Zwei-Wort-Phrasen. Den Wählern werden verbale Tütensuppen aufs Maul gehauen. Alle setzen auf dieselben Schlagwörter. Die Sprüche sind absolut austauschbar.



Siemes

SPIEGEL: Hatten die Agenturen zu wenig Zeit, sich intelligentere Kampagnen auszudenken?

Siemes: Zeitdruck ist normalerweise gut für die Kreativität. Das Problem bei Wahlwerbung ist immer, dass zu viele Leute aus den Parteigremien mitreden wollen. Aber in diesem Fall waren die Agenturen offenbar einfach faul und haben die Floskeln der Politiker wörtlich abgedruckt. Ironie, Hohn und Spott könnten dabei das Interesse für die Wahl sogar steigern. Ein witziger Film, in dem der politische Gegner etwas abkriegt, das freut die Menschen. Häme und Schadenfreude sind doch die Grundpfeiler des heutigen Fernsehprogramms.

SPIEGEL: Die Kampagnen würden also in Ihrer Texterschule komplett durchfallen?

Siemes: Die einzige Chance hätte der Kinospot der SPD, in dem Merkel, Stoiber und Westerwelle 40 quälende Sekunden nichts zu sagen haben. Ansonsten hätten sich die Parteien die Werbung sparen können. Was für den Wähler dabei herauskommt, ist bloße Belästigung.

SPIEGEL: Taugen die Spitzenkandidaten Gerhard Schröder und Angela Merkel als Werbeträger?

Siemes: Die Parteien haben ja nichts anderes. Merkel würde ich allerdings eher Stützstrümpfe oder Salbeitee abkaufen, Schröder sehe ich als Heizdeckenverkäufer, Westerwelle als Anführer einer obskuren Jugendbewegung, und Joschka Fischer sieht auf einem Plakat aus wie ein spätes Modell für Jägermeister.

ARD

Schlammschlacht um Schleichwerbung



Kleine



Struve

RALF SUCCO / ACTION PRESS (L.); HONK-PRESS / ACTION PRESS (R.)

Die Schleichwerbeaffäre rund um die Münchner Produktionsfirma Bavaria („Marienhof“) wird zur persönlichen Schlammschlacht: Nachdem der mittlerweile fristlos gekündigte Bavaria-Chef Thilo Kleine ARD-Programmchef Günter Struve am Wochenende unter anderem vorwarf, dieser habe höchstpersönlich auf eine „Zusatzfinanzierung durch Product-Placement“ für Filme der ARD-Tochter Degeto gedrängt, schießt Struve nun scharf zurück. „Der Zitierte hat sich bereits in den letzten Monaten durch eine ganze Kette von Halb- und Unwahrheiten hervorgetan und seiner Märchensammlung nun ein weiteres Kapitel hinzugefügt“, so der ARD-Programmdirektor. „Seine Vorwürfe waren schon vor zwei Monaten bekannt und damals ebenso unwahr wie heute.“ Die ARD werde sich gegen die Anwürfe Kleines („Struves moralische Erregung ist gespielt“), die zudem die ARD-Praxis bei der Deutschen Tourenwagen Masters und sogenannten Musik-Placements im „Marienhof“ umfassen, eventuell auch juristisch zur Wehr setzen müssen, so Struve.

KONZERNE

Stimmung für Standort

Die politische Großwetterlage kann auch die größten Reklame-Ideen verhageln. Mit der Aktion „Du bist Deutschland“ wollten deutsche Unternehmen von Bertelsmann bis Springer ab Mitte Juni Stimmung für den Standort machen – bis ihnen der vorgezogene Wahlkampf in die Quere kam. Weil man überparteilich bleiben wollte, wurde das Projekt gestoppt. Nun soll die laut Organisator Bernd Bauer „größte Sozialkampagne nach dem Zweiten Weltkrieg“ mit einem Volumen von 33 Millionen Euro am 26. September mit einem zweiminütigen TV-Spot starten, in dem rund 30 prominente „Leistungsträger“ auftreten, um ihre Landsleute zu mehr Eigeninitiative und Selbstvertrauen zu animieren. „Egal wer die Wahl gewinnt, wir starten“, sagt Bauer. Die Aktion soll bis Frühjahr laufen.

TV-Vorschau

Pommery und Hochzeitstorte

Montag, 20.15 Uhr, ZDF

Endlich mal keine Wiederholung auf dem Fernsehfilm-Termin des ZDF, sondern die Premiere eines humorvollen Films (Regie: Manfred Stelzer), der ganz von seinen Schauspielern lebt. Zur Hochzeit der lebenslustigen Mutter im Oma-Alter (Christine Schorn) reisen die erwachsenen Kinder samt Partnern in ein abgelegenes Haus im Osten – ein Stelldichein der neurotischen Typen. Armin Rohde als umbauwütiger Proll, Katharina Thalbach ganz kesses Kullerauge und Eva Hassmann, die ein verheultes Häschen



REINER BAJO

Darsteller Thalbach, Pierre Besson, Rohde

spielt, das seine Heurigkeit dank eines jungen Mannes wiederfindet. Dass die Werbung ganz offen durch den Titel schleicht, wer will da kleinlich sein?

Die Unberührbare

Montag, 0.05 Uhr, ZDF

Wie die Wiedervereinigung hochmütige Alt-68er in Gespenster verwandelt, die aus der Epoche fallen, zeigt dieses filmische Meisterwerk (2000) von Oskar Roehler auf unnachsichtige Weise. Grandios: Hannelore Elsner in der Rolle einer tragisch scheiternden Schriftstellerin, die unter schwarzer Perücke die Verfinsterung ihrer Seele verbirgt.

Legenden: Hildegard Knef

Mittwoch, 21.45 Uhr, ARD

„Für mich soll's rote Rosen regnen", sang Hilde einst. Heute bekommt die vor gut drei Jahren gestorbene Schauspielerin („Die Mörder sind unter uns"), Sängerin und Schriftstellerin („Der geschenkte Gaul") Kritik aufs Dach. Dass sie Deutschland verließ, um in Hollywood Karriere zu machen, verziehen ihr viele Nachkriegszuschauer nicht, auch nicht die paar



ULLSTEIN BILDERDIENST

Schauspielerin Knef (1955)

Sekunden nackte Haut in „Die Sünderin". Später bestimmten eine Brustkrebs-Diagnose und etwa 60 Operationen die Berichte über die alternde Diva. Danuta Harrich-Zandberg und Walter Harrich dokumentieren die Höhen und Tiefen im Leben der Schauspielerin und Chanteuse. Unveröffentlichtes Filmmaterial und die Erinnerungen ihres Ex-Manns David Cameron zeugen vom spröden Wesen der Knef, von Eitelkeit, Launenhaftigkeit und einem Hang zur Astrologie. Den Vorwürfen des Biografen Jürgen Trimborn nachzugehen, die Knef habe im Eifer des Legendenstrickens ihr Verhältnis zum „Reichsfilmdramaturgen" Ewald von Demandowsky reichlich heruntergespielt, wagt das Porträt nicht.

Ein Luftikus zum Verlieben

Donnerstag, 20.15 Uhr, ARD

Am guten Ende dieser weniger guten Komödie (Buch: Silke Neumayer, Regie: Helmut Metzger) fliegt der für seine Untreue mit vorübergehender Unsichtbarkeit bestrafte Luftikus (Heio von Stetten) samt geliebter Dame (Sophie Schütt) im Fesselballon davon. Davor hat der Zuschauer allerlei Fantasy-Firlefanz wie das Durch-Wände-Gehen zu ertragen.

Schöne Frauen

Freitag, 20.40 Uhr, Arte

Der Berliner Regisseur und Drehbuchautor Sathyan Ramesh („Mr. & Mrs. Right") lässt fünf Schauspielerinnen (Floriane Daniel, Julia Jäger, Clelia Sarto, Ulrike C. Tscharre und Caroline Peters) beim Casting für einen Fernsehfilm aufeinander treffen. Einfühlsam zeigt er, wie aus Konkurrentinnen Freundinnen werden, indem sie über alles reden, was Spaß und Ärger macht – vom Traumliebhaber bis zum Hängebusen. Und ähnlich wie im Frauencombo-Film „Bandits" bringt Musik die weiblichen Seelen in Schwung. Allerdings könnte der Film, der heute TV-Premiere hat und der sich ganz dem ausgelassenen Spiel seiner Darstellerinnen anvertraut, ein paar dramaturgische Wendungen mehr vertragen.

TV-Rückblick

Let's talk about Desperate Housewives

6. September, ProSieben

Die US-Vorstadtsaga „Desperate Housewives" gehört trotz des Verzweiflungstitels definitiv zu den hoffnungsvollen Stücken des TV-Programms: witzig, sarkastisch und überraschend. Ein sicherer Gewinn für Zuschauer und Sender. Denkt man. Aber da gibt es ProSieben



PRO 7

Szene aus „Desperate Housewives"

und seine Superidee: „Let's talk about Desperate Housewives". Promis reden ein bisschen über die Serie und natürlich über sich selbst. Die illustre Runde bestand aus der Autorin Susanne Fröhlich („Moppel-Ich"), mehreren Moderatoren, zum Beispiel der unvermeidlichen Sonya Kraus, und Schauspielern wie Sky du Mont. Was sie so von sich gaben, war geeignet, aus begeisterten Zuschauern desperate zu machen. Der Vox-Ansagerin Enie van de Meiklokjes fiel angesichts einer Serienszene ein: „Ich hab's ja auch öfter mal mit dem Personal." Aha. Alexandra Kamp (Schauspielerin) bekannte angesichts einer der Heldinnen: „Die Susan ist eigentlich genau das, was ich im wahren Leben bin. Ich laufe auch mal gegen den Laternenpfahl oder falle hin." Kollege du Mont wurde tiefsinnig: „Es wird nirgendwo so aneinander vorbeigeredet wie in einem Gespräch zwischen Mann und Frau." Und wenn Promis über Fernsehen sprechen.

SENDER

Die Pop-Beamtin

Anfang dieser Woche startet die MTV-Chefin Catherine Mühlemann einen neuen Kinderkanal. Unterdessen arbeitet sie hinter den Kulissen daran, ihr kleines Fernsehimperium umzubauen, denn die Erwartungen des US-Mutterkonzerns sind groß: MTV und Viva sollen erwachsen werden.



WERNER SCHUERING

TV-Managerin Mühlemann
„Ganz neue Strategie“

So ist das also, wenn man bei MTV und Viva reinschaut: In der Lobby wird Tischfußball gespielt, Flaschenbier kostet an der Bar 1,50 Euro, und natürlich ist niemand über 25. Das Sendergebäude ist ein ehemaliges Lagerhaus in Berlin-Friedrichshain. Zehn Millionen Euro hat der Umbau gekostet. Jetzt strotzt es vor Glas und Stahl und Holz, und der Blick fällt direkt auf die Spree. Herrlich hip. So stellt man sich das vor bei MTV. Doch das ist nur noch die Fassade.

Was die großen Jugendsender der Nation wirklich ausmacht, wird drei Stockwerke weiter oben bestimmt. Dort ist das Büro von Catherine Mühlemann. Sie ist Chefin von MTV, Viva, Viva Plus und dem am Montag dieser Woche startenden Kindersender Nick. Mühlemann ist Schweizerin und so schmal, dass sie sich fast hinter den Stahlträgern verstecken könnte, die ihr Büro durchziehen. An den Wänden hängen keine Goldenen Schallplatten oder große Fotos mit Popstars wie bei den meisten Leuten, die irgendwas mit der Musikbranche zu tun haben. Fragt man die 38-Jährige, wie kreativ oder bunt ihre Arbeit ist, sagt sie: „Das ist schon ein eher kaufmännischer Job.“

Eine ungewöhnliche Antwort in einer Branche, wo sonst zuerst von Programmgespür die Rede ist und von der so kreativen Aufgabe, sich Unterhaltung für andere Menschen auszudenken. Es ist eine ungewöhnliche Antwort noch dazu für die Chefin von MTV, seit fast 25 Jahren ein flimmerndes Symbol der Jugendkultur rund um den Globus.

Geht es hier nicht vor allem um Popkultur, um Stars, um den Glamour, den die Werbekunden wollen?

Mühlemann interessiert das nicht. Noch wichtiger: Ihre Bosse beim amerikanischen Mutterkonzern Viacom interessiert das nicht. Die Zeiten, als MTV nur kraft eigener Coolness und Kreativität die Werbekunden anzog, sind vorbei. „Die Marke garantiert den Erfolg nicht mehr allein“, sagt Mühlemann. „Es ist ein sehr zahlengetriebenes Geschäft geworden.“

Bis vor ein paar Jahren war alles noch ganz anders: Die Musiksender verdienten einfach mit Musik. Kaum eine Platte, kaum ein Künstler, der nicht massiv auf den Clipkanälen beworben wurde. Doch seit die Plattenkonzerne in einer scheinbar nicht enden wollenden Krise stecken, ist diese Einnahmequelle versiegt. „Die Musikindustrie spielt für unsere Einnahmen eine deutlich kleinere Rolle als noch vor wenigen Jahren“, sagt Mühlemann. Nur noch fünf Prozent des Werbeumsatzes kommt von den Plattenkonzernen.

Die Folgen sind durchaus existentiell: Die Musiksender brauchen dringend ein neues Geschäftsmodell.

Beim einstigen MTV-Konkurrenten Viva wurde das Problem offenbar zu spät erkannt: Viele Jahre lang war der kleine Kölner Kanal zwar schneller, besser und beliebter als MTV. Bloß das Geldverdienen wurde dabei vergessen. Mehr als 40 Millionen Euro Verlust hatten die Viva-Sender in nur zwei Jahren angehäuft – und wurden prompt Anfang 2005 von MTV geschluckt.

Mühlemann soll nun dafür sorgen, dass zumindest eine gemeinsame Musiksendergruppe Geld verdienen kann. Ihre Strategie ist ebenso naheliegend wie riskant: Das Jugendfernsehen soll erwachsen werden – auch wenn noch kräftig pubertiert wird.

Die Übernahme von Viva war lang und holprig, die Integration der Sendergruppe hängt dem Zeitplan bereits gut ein halbes Jahr hinterher. Es ist das erste Mal, dass für Mühlemann etwas nicht läuft wie geplant.

Denn bislang verlief die Karriere der studierten Medienwissenschaftlerin steil und schnell: 1994 Einstieg als Medienforscherin beim öffentlich-rechtlichen Schweizer Fernsehen SF DRS, dann Programmstrategie-Chefin. Ende der neunziger Jahre baute sie den Privatsender TV3 mit auf. 2001 holte der US-Konzern Viacom sie zu MTV Deutschland, 2003 übernahm sie auch die MTV-Aktivitäten von Osteuropa bis in den Mittleren Osten.

Doch in der glamourverliebten Musik- und TV-Branche ist sie eine Außenseiterin geblieben. Zwar gilt sie als gute Geschäftsfrau. Aber wo ihre Vorgängerin als MTV-Chefin, Christiane zu Salm, das schillernde Etikett einer „Pop-Prinzessin“ trug, wurde Mühlemann schnell zur „Pop-Beamtin“ degradiert.

Es gibt keine Bilder von ihr mit Stars im Arm. Sie hört lieber Jazz oder Klassik. Um die zahllosen Partys macht sie, wann immer möglich, einen Bogen. Auf Branchentreffs ist sie fast nie zu sehen. Sie sagt: „Ich bin in erster Linie Unternehmerin.“

Es gibt Leute, die nehmen ihr das übel. Wer es böse meint, nennt sie spröde und langweilig. Wer ihr Gutes will, nennt sie „die Frau der leisen Töne“, was aber vor allem mit ihrem langjährigen Gegenüber bei Viva, dem Dampf- und Kampfplauderer Dieter Gorny zu tun hat. Der war zwar immer lautstark im Dienste des Rock’n’Roll im Land unterwegs, fuhr dabei aber seinen Sender an die Wand. Mühlemann dagegen schuf Renditen von 30 Prozent.

Zuletzt klappte das aber vor allem dank eines unvermittelt aufgetauchten Phänomens: dem Boom der Handy-Klingeltöne. Mehr als 40 Prozent des Werbeumsatzes machen die Musiksender inzwischen mit Reklame für Klingeltöne. Die Konsequenz: Komplette Werbeblöcke bestehen nur noch aus dem immer gleichen Grabbeltischgeschrei für Mobiltelefonmelodien von singenden Küken. Die Klingelton-Firma Jamba war im vergangenen Jahr einer der größten Werbekunden im deutschen TV.

Nur sind die Musiksender wieder in der gleichen Situation wie vorher mit den Plattenkonzernen: Sie sind von einer einzelnen Branche abhängig. Geht es der schlecht, geht es auch den Sendern schlecht. Die MTV-Strategen in den Konzernzentralen in New York und London glauben bereits







VIVA (O.); NICK (M.); MTV (U.)

MTV-Sendung „MTV A Cut“, Nick-Programm „Backyardigans“, Viva-Format „Unser Block“
Massentauglich in die Zukunft

erkannt zu haben, dass der Klingelton-Boom nicht mehr lange währt.

Dazu kommt, dass andere Werbekunden zunehmend von den penetranten Klingelton-Spots vergrault werden. Banken und Autohersteller fühlen sich zwischen Reklame für grölende Elche einfach nicht wohl. Also hat Mühlemann jetzt die Notbremse gezogen, um die Abhängigkeit zu reduzieren. Ab Oktober gibt es keine Klingelton-Werbung mehr bei MTV zwischen 16 und 24 Uhr, bei Viva folgt die Sperrstunde ab März. Mühlemann sagt: „Wir haben eine ganz neue Strategie.“

Und die heißt: Die Musiksender sollen ganz normale Fernsehkanäle werden. Mit einer messbaren Einschaltquote, mit Shows und Serien und dadurch vor allem mit finanzkräftigen Werbekunden, die Spots für Markenartikel von Nivea bis Nutella buchen – ein bisschen wie RTL II vielleicht, wo Mühlemanns Partner Josef Andorfer kürzlich den Chefposten räumen musste.

Schon länger finden sich in Mühlemanns TV normal zur Hauptsendezeit kaum noch Videoclips, sondern meist vom Mutterkonzern übernommene oder adaptierte Realityshows und Promi-Berichte. Die neuen Programme haben den erwünschten Effekt: mehr Zuschauer.

Denn genau das hatte den großen Werbekunden stets gefehlt: eine messbare Mindestzahl an Zuschauern, die MTV und Viva nun in der clipfreien Zeit problemlos liefern können. Und so wurden zu Beginn der neuen Programmsaison vergangene Woche mehr Formate gestartet, die auf ein breites Publikum zielen: darunter eine Casting-Show („MTV A Cut“), eine Doku-Soap („Unser Block“), eine Karaoke-Show („Shibuya“). Und den Werbekunden werden nicht mehr nur 14- bis 29-jährige, sondern sogar bis 49-jährige Zuschauer angeboten.

Von Montag dieser Woche an verschwindet noch dazu der Clip-Kanal MTV2 Pop und wird durch den Kindersender Nick ersetzt, den die Mutter Viacom auch in anderen Ländern für die Zielgruppe der 3- bis 13-Jährigen betreibt. Zu sehen sind zunächst vor allem amerikanische Shows und Serien. Auch hier gilt: Kurs aufnehmen Richtung Quote – und neue Werbekunden.

Die Werbewirtschaft reagiert zögerlich. Und so verbringt Mühlemann einen Großteil ihrer Zeit damit, Werbekunden davon zu überzeugen, dass man kein Plattenkonzern oder Klingelton-Anbieter sein muss, um auf MTV Reklame zu schalten. Bei den großen Privatsendern gehen die Senderchefs einmal im Jahr auf Agenturtour. Mühlemann reiste viermal durchs Land.

Viel Zeit für einen erfolgreichen Umbau bleibt der Schweizerin nicht: Der Druck vom Mutterkonzern ist groß – und wächst. Der US-Mediengigant Viacom leidet unter einem Verfall seines Aktienkurses und wird deswegen Anfang 2006 in zwei Teile gespalten. Die Börse soll ein neuer Konzern befeuern, der aus dem Hollywood-Studio Paramount und MTV besteht. Weltweit stehen die MTV-Manager nun vor demselben Problem: Sie müssen expandieren und ihre Gewinne steigern, um die Konzernteilung zu rechtfertigen.

Umso dringender muss Mühlemann ihre Sendergruppe schnellstens umbauen: Ein Wachstum von bislang sechs Prozent in diesem Jahr ist nicht genug, um die hohen Vorgaben zu erfüllen. Klar ist bislang nur: Kantigkeit im Programm, die gestern noch das Image beförderte, bringt schon heute keine Quote mehr. Quote ist aber alles – und Massentauglichkeit deshalb die Zukunft. Erwachsenwerden tut bekanntlich manchmal weh. Thomas Schulz

DVD

Mission Nummer eins

Ein Dokumentarfilm zeigt, wie schwer es sein kann, freiwilligen und erzwungenen Sex voneinander zu unterscheiden.

Die eine Szene spielt auf einer Hafenbrücke in Frankfurt: Ein Mann und eine Frau haben Oralsex, später wird die Frau angeben, der Mann habe sie vergewaltigt. Der Mann ist Andreas Türck, der Fernsehmoderator.

Die andere Szene findet in einem amerikanischen Studentenwohnheim in Gainesville, Florida, statt: Auf dem Boden liegt ein nacktes Pärchen, laute Musik läuft, Bierbecher stehen herum, immer wieder laufen Leute durchs Bild. Die Bewegungen des Pärchens sind eindeutig. Auch hier wird die Frau später sagen, sie sei vergewaltigt worden.

Andreas Türck wurde vergangene Woche freigesprochen, das Frankfurter Landgericht hielt die wichtigste Zeugin der Anklage für nicht glaubwürdig genug.

Das Pärchen in Florida kann man sehen in einem preisgekrönten Dokumentarfilm; „Raw Deal – A Question of Consent“ heißt er, und auf das DVD-Cover ist eine Frage gedruckt: „Würden Sie eine Vergewaltigung erkennen, wenn Sie eine sehen?“

Genau wie bei Türck geht es in „Raw Deal“ um die Frage, ob der Sex freiwillig oder erzwungen war. Aber anders als in Frankfurt muss man in „Raw Deal“ nicht die Glaubwürdigkeit von Zeugen beurteilen, der Fall liegt auf Video vor. Doch das macht die Sache nicht leichter: Das Werk des US-Filmemachers Billy Corben ist ein Lehrstück über die Schwierigkeit, ein Geschehen richtig zu bewerten, selbst wenn man es als Video vor sich hat.

Die Szenen in „Raw Deal“ sind nicht gestellt, Corbens Film nutzt originales Amateurmaterial, gedreht 1999 im Wohnheim der Studentenverbindung Delta Chi. Die Studenten hatten Stripperinnen angeheuert, darunter die 27-jährige Lisa Gier King. 150 Dollar sollte sie für den Auftritt erhalten, plus Trinkgeld. Lisa strippte, die Jungs johlten und hefteten ihr Dollars ans Strumpfband. Zwei Studenten filmten mit ihren Videokameras. Am nächsten Morgen tauchte Lisa völlig verängstigt in einem benachbarten Wohnblock auf. Sie sei vergewaltigt worden, sagte sie.

Der Polizei berichtete sie, es gäbe einen Videobeweis für die Tat. Alles, was mit ihr geschah, sei mit zwei Kameras aufgenommen worden. Für die Polizei war das gewissermaßen ein Glücksfall. Normalerweise gibt es bei Vergewaltigungen keine unbeteiligten Zeugen. Die Polizei beschlagnahmte die Bänder. Doch die diensthabende Polizistin konnte auf dem Video keine Vergewaltigung erkennen. Sie meinte zu sehen, dass King ohne Zwang mitmachte. Die Polizistin schrieb eine Anzeige wegen falscher Anschuldigungen und nahm die Stripperin vorläufig fest.

Die Originalbänder, aus denen „Raw Deal“ Ausschnitte verwendet, laufen vier Stunden. Zu sehen ist, wie eine Party außer Kontrolle gerät. Die Studenten und die Stripperin trinken eine Menge Bier, es gibt Macho-Geprotze und anzügliche Witze. Ein Student namens Mike schiebt seinen kahlgeschorenen Kopf direkt vor die Linse. „Mission Nummer eins“, flüstert er: „eine nackte Frau kriegen“. Aus dem Hintergrund lacht jemand: „Mike fickt heute Stripperinnen.“ Später steht King auf, sie streift ihr Kleid über den Kopf und gibt noch eine zweiminütige Gratisvorstellung. Den Slip behält sie an. Man sieht sie auf dem Schoß von Mike, der inzwischen aufs Sofa gewechselt ist.









Dokumentarszenen aus „Raw Deal“
„Ja, ja, du bist ein ganzer Kerl“

„Zeig mir, was du kannst“, sagt Mike an dieser Stelle. „Los, zeig, was du hast.“ Sie antwortet: „Zeig mir, dass du ein Mann bist.“ Er drängt sich zwischen ihre Beine, sie simulieren ein kurzes Gerammel. Lisas Stimme klingt ein bisschen spöttisch: „Ja, ja, du bist ein ganzer Kerl.“

Doch Mike ist für Ironie schon zu betrunken. Er hält ihre Arme fest, aber nicht so fest, dass sie sich nicht bewegen könnte. Er macht einfach nur klar, wer im Zweifelsfall der Stärkere wäre.

Ein wenig später sieht man Lisa wieder mit Mike streiten, heftiger als vorher. Es sind nur Wortfetzen zu verstehen, immer wieder fällt der Begriff „Respekt“. Mike und Lisa ringen. Natürlich ist er stärker. Mike trägt jetzt nur noch eine Unterhose, King ist nackt. Sie ist die Unterlegene. Aber sobald er sie freigibt, spielt sie mit ihm. „Zeig’s mir“, sagt sie, hockt sich auf ihn, steigt wieder herab, setzt sich aufs Sofa und kuschelt sich an einen anderen.

Es gibt keine Stelle, an der Lisa Gier King nein sagt. Es gibt kein eindeutiges Stoppsignal. Es gibt viele Gelegenheiten, unbehelligt aufzustehen und zu gehen.

Als es schließlich zum Sex kommt, lässt sich nicht mehr sagen, ob der Akt nur freudlos ist oder erzwungen.

Mike hält die Frau fest, jedenfalls eine Zeit lang. Und es ist auch deutlich, dass er sie nicht liebkosen will, sondern besiegen.

Aber King gibt sich nicht wie eine Verliererin, sie bleibt im Zimmer und versucht, einen anderen Studenten zum Oralverkehr zu überreden. Das passt nicht zu einer Frau, die gerade vergewaltigt wurde.

Für die Polizei jedenfalls gilt Lisa nicht als Opfer, folglich braucht ihre Privatsphäre nicht geschützt zu werden. Die Videos der Studenten sind nur noch normale Beweismittel – und damit für jedermann frei zugänglich. Um an das Material für seinen Dokumentarfilm zu kommen, musste Corben bei der Staatsanwaltschaft in Florida nur eine Leerkassette einreichen.

„Raw Deal“ lief bisher im britischen und im niederländischen Fernsehen – deutsche Sender lehnten wegen der Hardcore-Szenen ab. Wer den Film hierzulande sehen will, muss ihn sich entweder umständlich übers Internet besorgen oder warten, bis die Produzenten einen deutschen Partner für den DVD-Vertrieb gefunden haben.

Bei Vorführungen von „Raw Deal“ auf dem Sundance-Festival oder in Edinburgh war das Publikum jeweils tief gespalten: Die meisten Männer sagten hinterher, was sie gesehen hatten, sei eine Vergewaltigung gewesen. Die weiblichen Zuschauer fanden, Lisa Gier King habe sich alles selbst zuzuschreiben. Es ist, als würde jeder sich für die Rolle schämen, die sein Geschlecht in dem Stück spielt.

Ansbert Kneip

UNTERHALTUNG

Narziss und Gottmund

Die Soap-Flut spült den Seelentrost des TV-Pfarrers Jürgen Fliege davon, die letzte Bastion des Nichtfiktionalen am Nachmittag. Überfällige Entsorgung oder Herzlosigkeit?

Wer kennt die Wege des Herrn? Wir nicht und selbst Jürgen Fliege nicht. Da steht der Gottesmann vor seinen Studiogebäuden auf dem Münchner Bavaria-Gelände. Rank und gebräunt und gefasst.

Und hat doch viel Bekümmernis. Der inzwischen dienstälteste Nachmittagstalker – zwölf TV-Jahre, 1800 Sendungen und jede Menge Trouble, Trost und Tränen – hört diese Woche auf. Genauer: wird aufgehört. Das Amen in der ARD heißt Basta.

Einen Brief von ARD-Programmdirektor Günter Struve hat Fliege bekommen. Ein Vergelt's Gott voller Einfühlung. Struve, so verrät Fliege, habe vom „schwierigsten Brief" gesprochen, den der als TV-Chef verfasst habe. Es tue ihm weh. Und einen Tipp an den Geschassten gibt es im blauen Brief auch: Fliege solle kämpfen, wenn er das Gefühl habe zu gewinnen.

Der, zugegebenerweise widerwillige, Täter betreibt Opferberatung. „Was soll man da antworten?", fragt Fliege und wird, was er selten wird: bitter-ironisch. „Soll ich da sagen, brauchen Sie mich als Seelsorger, Herr Doktor Struve?"

Stolzen Hauptes spricht Fliege sein Schlussgebet: „Es ist nicht gut, mit 58 Jahren noch hinzugehen und groß zu kreischen. Ich hätte gern lauter protestiert, wenn ich noch deutlicher gesehen hätte, wie viel Trauer wir durch unseren Abgang bei den Älteren auslösen."

Seniorenheime geben Fotos bei ihm ab, auf denen alle Insassen gemeinsam protestieren. Fliege schickt sie an die ARD. Aber die Alten, Flieges Stammpublikum, werden ihren Hirten nicht retten. Der Programmauftrag heißt schließlich auch Quote. Fliege-Themen wie Inkontinenz, Altensex, Reden mit Bäumen, der alternative Ökos-Pökus, die Begeisterung für alternative Medizin kommen nicht mehr so an, und reale Tröstungen realer Menschen auch nicht. Ebenfalls ist der Umgang mit dem Tod nun mal Minderheitenthema. Sterben müssen alle, aber bitte nicht so oft.

Der Zuschauerzuspruch jedenfalls ist gnadenlos gesunken, erst langsam, dann gewaltig, besonders seit der Talk von 16 Uhr auf 15 Uhr vorverlegt wurde, um der Konkurrenz auszuweichen. „Wir hatten gedacht, wir wären Kult", sagt Fliege. Aber er musste merken, dass nicht er, sondern Harald Schmidt Kult ist. Bei dem ist egal, dass er kaum bessere Quoten liefert und Inkontinente eher verspotten würde.

Fliege hat da eine Geschichte parat, die fast zu zynisch klingt, um wahr zu sein. Ausgerechnet in einem Waisenhaus habe ein Spitzenmann der ARD also gesprochen: „Herr Fliege, wir haben gar nichts gegen die Sendung, sondern wir haben etwas gegen Ihr Publikum am Nachmittag. Mit dem identifizieren wir uns nicht."



Talk-Pfarrer Fliege, Gäste: *Gescheitert am Sturm*

Fliege spaltet wie kaum ein anderer das Publikum. Für die einen ist er Guru, für andere Brechmittel. Besonders an seiner Körpersprache scheiden sich die Geister. Wenn er, wie geschehen, vor einer weißhaarigen Dame niederkniet, weil die Vertriebene zum ersten Mal in ihrem Leben die Geschichte ihrer Vergewaltigung durch Russen vor Publikum erzählt, wittern Gegner üble Schmiere, Wohlwollende dagegen angemessene Ehrfurchtshaltung.

Die TV-Kritikerin Barbara Sichtermann hat einmal entzückt die Erotik geschildert, die sie in den Fliege-typischen Moderatorenbewegungen erkannte („Er flirtet mit seinen Gästen, mit dem Saalpublikum, mit Ihnen zu Hause, unverschämt und hem-



I. GROSSMANN / BAVARIA ENTERTAINMENT

der Liebe

mungslos“). Sie beschrieb sein „Zuhörgesicht“, sein „grüblerisches Air über den Brauen“, das Händetätscheln, um gehemmten Talkgästen zur Sprache zu verhelfen, das Heranrücken an einen Befragten. Den distanzgewöhnten Zuschauer aber packt ob solcher Körperlichkeit das Grausen. Strenge Protestanten überkommt Abscheu, dass ein Pfarrer der ihren so viel Sinnlichkeit ausstrahlt.

Es sind aber nicht solche Fragen von Sympathie und Antipathie, die der Fliege-Sendung den Garaus gemacht haben. Gottes eigener Narziss und Goldmund, der in seiner pastoralen Frühzeit mit Stelzen zum Altar stöckelte, um die Unsicherheit des Menschen zu inszenieren (und der zweimal aus seiner Pfarrerstelle flog), der salopp und zugleich fromm in einem Interview Gott einen „alten Gangster“ nannte, scheitert – heiliger Pointengott – am „Sturm der Liebe“.

So heißt die neue ARD-Soap, die dritte im Bunde der nachmittäglichen Telenovelas. Der Geruch von Dienstmädchenparfum und Domestikenschweiß hängt diesen Endlosformaten an. Schafsgesichtige Einheitsblondinen raspeln darin ihre hölzernen Texte herunter. Wie lange arbeitslos und sozial verelendet muss eigentlich einer sein, um über längere Zeit diesen Hirnklebstoff zu schnüffeln?

Aber im Fernsehen findet nun mal eine Zeitenwende statt: Die Fiktion siegt, die Realität geht ab. Hans Meiser, Ilona Christen (gegen die Fliege 1994 in Stellung gebracht worden war), Bärbel Schäfer, Arabella Kiesbauer, Sonja und wie sie alle sonst noch hießen, sind verschwunden. Und bevor wir alle drei Kreuze machen, sollten wir bedenken: Das Repertoire des nachmittäglichen Circus maximus bestritten aus dem Volk ausgewählte Exhibitionisten. Die waren schrecklich, aber sie waren ziemlich echt.

Heute ist die nachmittägliche Show des Lebens eine abgekartete Sache mit Kleindarstellern. Schauspieler auf Komparsenniveau chargieren die Schlampenrolle bei den TV-Gerichten und heulen falsche Tränen bei der Psycho-Tante Angelika Kallwass. Die nachgestellten Räuber-und-Gendarm-Spiele („Niedrig und Kuhnt“, „Lenßen & Partner“) sind Landesbühne.

Und die Soaps? Sterile Schönheit überzieht wie Abdeckfarbe diese brave neue Fernsehwelt. Einer wie Fliege passt da nicht rein. Er ist für die neue Lackafferei zu anstrengend und zu depri. Seine Sendung riecht nach Selbsthilfegruppe. Der „Sturm der Liebe“ aber mag keine Menschen, die unverschuldet krank werden und unknackig aussehen.

Fliege wurmt, dass seine TV-Kirche diesem gnadenlos schönen und vor Egozentrik strahlenden Neubau weichen muss. Schließlich hat er in den vergangenen Jahren verlorene Schafe zurückgetragen. Jetzt aber wird ihm klar, dass Fernsehen keine Überlieferung schafft, dass mit seinem Format das Thema Religion im Alltag einfach verschwindet, dass ältere Menschen mit ihren Ängsten allein bleiben werden.

Der Kapitalismus, schrieb Jürgen Habermas, sei tendenziell trostlos gegenüber den Grundrisiken des Lebens: Krankheit, Schuld und Tod. Die ARD ist in diesem Punkt phantasielos konsequent: „Nicht bei Troste“, wie Fliege sagt.

Nicht mal die Konservativen haben sich zu Flieges Enttäuschung vehement für die Erhaltung des Tränenpalastes eingesetzt, obwohl der TV-Pastor bei Sommerfesten der Christsozialen für erhöhten Publikumszuspruch gesorgt hatte.

Weitergehen soll es mit dem Gottesmann und dem Fernsehen dann aber doch. Nach einer Auszeit, Sabbat muss sein, würde er gern den Sonntagmorgen in der ARD christianisieren. „Warum kann zu dieser Zeit außer dem ZDF-Fernsehgottesdienst nichts anderes Geistliches laufen? Zwei Millionen Zuschauer sind am Sonntagmorgen locker vom Hocker einzutreiben. Daran lasse ich mich messen.“

Mal sehen, Gottes Wege sind schließlich unerforschlich. NIKOLAUS VON FESTENBERG

SERVICE

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 53057650 Fax: (00331) 47421711

für Fotos:
Telefon: (040) 3007-2869
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

DER SPIEGEL auf CD-Rom und DVD
Telefon: (040) 3007-3016 Fax: (040) 3007-3180
E-Mail: service@spiegel.de
www.spiegel.de/shop

Bestellung von Einzelheften / älteren Ausgaben
Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-857050
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Abonnenten-Service
Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
20637 Hamburg

Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 zum Ortstarif
Fax: (040) 3007-857003

Zustellung: 01801 / 66 11 66 zum Ortstarif
Fax: (040) 3007-857006

Service allgemein: (040) 3007-2700
Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz
DER SPIEGEL, Postfach, 6002 Luzern
Telefon: (0041) 41-329 22 55 Fax: (0041) 41-329 22 04
E-Mail: spiegel@leserservice.ch

Abonnement für Blinde
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
E-Mail: info@blista.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt
Frankfurt am Main
Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296
E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise
Inland: zwölf Monate € 166,40
Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 494,00
Studenten Inland: zwölf Monate € 114,40 inkl. 6-mal UniSPIEGEL
Schweiz: zwölf Monate sfr 291,20
Europa: zwölf Monate € 221,00
Außerhalb Europas: zwölf Monate € 299,00
DER SPIEGEL als E-Paper: zwölf Monate € 166,40
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 3,20 pro Ausgabe (Normallieferung)
❑ für € 9,50 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zu kündigen. Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.
Zusätzlich erhalte ich den KulturSPIEGEL, das monatliche Programm-Magazin.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahle
❑ bequem und bargeldlos per Bankeinzug ($^1/_4$-jährl.)

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

❑ nach Erhalt der Jahresrechnung. Ein Widerrufsrecht besteht nicht.

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten SD/SP05-004

DER SPIEGEL

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK *Leitung:* Hans-Joachim Noack, Dietmar Pieper, Hans-Ulrich Stoldt (stellv.). *Redaktion:* Georg Bönisch, Annette Bruhns, Per Hinrichs, Carsten Holm, Dr. Hans Michael Kloth, Bernd Kühnl, Merlind Theile. *Autoren*, *Reporter*: Henryk M. Broder, Dr. Thomas Darnstädt, Hartmut Palmer, Dr. Klaus Wiegrefe

HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Gabor Steingart, Jan Fleischhauer (stellv.), Konstantin von Hammerstein (stellv.). *Redaktion Politik:* Ralf Beste, Petra Bornhöft, Markus Feldenkirchen, Horand Knaup, Roland Nelles, Ralf Neukirch, René Pfister, Christoph Schmitz, Christoph Schult, Alexander Szandar. *Reporter:* Matthias Geyer, Marc Hujer. *Redaktion Wirtschaft:* Sven Afhüppe, Markus Dettmer, Alexander Neubacher, Wolfgang Johannes Reuter, Marcel Rosenbach, Michael Sauga

Autoren: Dirk Kurbjuweit, Jürgen Leinemann

DEUTSCHLAND *Leitung:* Clemens Höges, Michaela Schießl (stellv.). *Redaktion:* Dominik Cziesche, Michael Fröhlingsdorf, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Cordula Meyer, Andreas Ulrich, Dr. Markus Verbeet. *Autoren*, *Reporter*: Jochen Bölsche, Jürgen Dahlkamp, Markus Deggerich, Gisela Friedrichsen, Bruno Schrep

BERLINER BÜRO *Leitung:* Heiner Schimmöller, Stefan Berg (stellv.). *Redaktion:* Wolfgang Bayer, Irina Repke, Sven Röbel, Caroline Schmidt, Michael Sontheimer, Holger Stark, Peter Wensierski

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Thomas Tuma. *Redaktion:* Beat Balzli, Julia Bonstein, Dietmar Hawranek, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusk, Nils Klawitter, Jörg Schmitt, Thomas Schulz, Janko Tietz

AUSLAND *Leitung:* Hans Hoyng, Dr. Gerhard Spörl, Dr. Christian Neef (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Dr. Carolin Emcke, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Joachim Hoelzgen, Siegesmund von Ilsemann, Marion Kraske, Jan Puhl, Dr. Stefan Simons. *Autoren*, *Reporter:* Klaus Brinkbäumer, Dr. Erich Follath, Dr. Olaf Ihlau, Susanne Koelbl, Erich Wiedemann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Rafaela von Bredow, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Julia Koch, Beate Lakotta, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Katja Thimm, Christian Wüst

KULTUR *Leitung:* Dr. Romain Leick, Matthias Matussek. *Redaktion:* Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterburg, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbein, Dr. Johannes Saltzwedel, Elke Schmitter, Klaus Umbach, Claudia Voigt, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. *Autoren*: Wolfgang Höbel, Urs Jenny, Dr. Mathias Schreiber

GESELLSCHAFT *Leitung:* Lothar Gorris, Cordt Schnibben. *Redaktion:* Anke Dürr, Fiona Ehlers, Hauke Goos, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip. *Reporter*: Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Thomas Hüetlin, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN *Leitung:* Stephan Burgdorff, Norbert F. Pötzl (stellv.). *Redaktion:* Karen Andresen, Horst Beckmann, Wolfram Bickerich, Joachim Mohr, Manfred Schniedenharn, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Kirsten Wiedner

PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau, Katharina Stegelmann

HAUSMITTEILUNG, INFORMATION Hans-Ulrich Stoldt

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Regine Brandt, Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs, Dieter Gellrich, Bianca Hunekuhl, Anke Jensen, Maika Kunze, Katharina Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt, Anke Wellnitz; Josef Csallos, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Peer Peters, Dilia Regnier, Sabine Sauer, Karin Weinberg. *E-Mail*: bildred@spiegel.de
SPIEGEL Foto USA: Matthias Krug, Tel. (001310) 234 1916

GRAFIK Martin Brinker, Gernot Matzke; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhufe, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Christel Basilon, Katrin Bollmann, Regine Braun, Volker Fensky, Claudia Franke, Grit Frenzel, Petra Gronau, Jens Kuppi, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Till Schlünz, Martina Treumann, Doris Wilhelm

Sonderhefte: Rainer Sennewald

PRODUKTION Christiane Stauder, Petra Thormann

TITELBILD Stefan Kiefer; Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg, Arne Vogt, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Friedrichstraße 79, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 203875-00, Fax 203875-23; Deutschland, Kultur und Gesellschaft Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12

BONN Combahnstraße 24, 53225 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 26703-20

DRESDEN Steffen Winter, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Andrea Brandt, Barbara Schmid-Schalenbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Andreas Wassermann; Christoph Pauly, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Heiko Martens, Bettina Musall, Conny Neumann, Lerchenfeldstraße 11, 80538 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Felix Kurz, Alexanderstraße 18, 70184 Stuttgart, Tel. (0711) 3509343, Fax 3509341

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

AMSTERDAM Gerald Traufetter, Keizersgracht 431s, 1017 DJ Amsterdam, Tel. (0031) 203306773, Fax 203306774

BELGRAD Renate Flottau, Teodora Drajzera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 2669987, Fax 3670356

BOSTON Jörg Blech, 278 Elm Street, Somerville, MA 02144 Tel. (001617) 6281596, Fax 6283137

BRÜSSEL Frank Dohmen, Hans-Jürgen Schlamp. *Autor*: Dirk Koch, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

JERUSALEM Annette Großbongardt, P.O. Box 4615, Jerusalem 91046, Tel. (009722) 561192-6 oder -7, Fax 5611928

KAIRO Volkhard Windfuhr, Bernhard Zand, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 7604944, Fax 7607655

LONDON Thomas Hüetlin, Studio 5B, 9-15 Neal Street, London WC2H 9PU, Tel. (0044207) 2401 324, Fax 2400 246

MADRID Helene Zuber, Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (003491) 391 05 75, Fax 319 29 68

MOSKAU Walter Mayr, Uwe Klußmann. *Autor*: Jörg R. Mettke, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007095) 96020-95, Fax 96020-97

NAIROBI Thilo Thielke, P.O. Box 1361, 00606 Nairobi, Fax 00254-204181559

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Frank Hornig, Alexander Osang, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Andreas Lorenz, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-31, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. + Fax (00420) 2-24220138, 2-24221524

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, Rio de Janeiro-RJ, CEP 22290-970, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Alexander Smoltczyk, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SHANGHAI Dr. Wieland Wagner, No. 50, Lane 1517, Huqingping Rd. Shanghai 201702, Tel. (008621) 5988 9292, Fax 5988 9393

SINGAPUR Jürgen Kremb, The Ascott, No 6, Scotts Road, 228209 Singapur, Tel. (0065) 81271040

WARSCHAU P.O.Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Georg Mascolo, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Jan Kerbusk, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Hannes Lamp, Dr. Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Anna Petersen, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Rolf G. Schierhorn, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Jörg Keimer

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 1. Januar 2005
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2475

Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Itzehoe
Prinovis, Dresden

MARKETINGLEITUNG Christian Schlottau

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck, Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $310 per annum.
K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443. E-mail: info@glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster:
Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

SAMSTAG, 3. 9.

PARTEITAG Zwei Wochen vor der Bundestagswahl erhält CSU-Chef Edmund Stoiber einen kleinen, aber unübersehbaren Dämpfer. Seine Partei wählt ihn mit nur 93 Prozent der Stimmen wieder – vier Prozent weniger als beim letzten Mal.

ARBEITSPLÄTZE Der wirtschaftlich unter Druck geratene Automobilhersteller VW will Tausende Stellen streichen. Verantwortliche sprechen von Personalüberhang.

SONNTAG, 4. 9.

DUELL Kanzler Gerhard Schröder und Herausforderin Angela Merkel treffen zur einzigen TV-Wahldiskussion aufeinander. Die Meinungsumfragen sehen den Amtsinhaber als klaren Sieger des Disputs.

MONTAG, 5. 9.

UNGLÜCK I Beim Absturz eines indonesischen Passagierflugszeugs sterben 143 Menschen. Die Maschine zerschellt kurz nach dem Start in Sumatras Metropole Medan in einem Wohngebiet nahe dem Flughafen.

UNGLÜCK II Neun Skifahrer kommen bei einem Unfall in Sölden in Tirol ums Leben. Die Gondel einer Seilbahn wird von einem 750 Kilogramm schweren Kübel Beton in den Abgrund gerissen, den ein Transporthubschrauber verloren hatte.

DIENSTAG, 6. 9.

HURRIKAN I US-Präsident George W. Bush spricht sich für eine öffentliche Untersuchung der Rettungsmaßnahmen aus. Er reagiert damit auf die andauernde massive Kritik an der katastrophalen staatlichen Hilfe.

MITTWOCH, 7. 9.

HOMOSEXUALITÄT Gegen den Widerstand von Gouverneur Arnold Schwarzenegger verabschiedet das Abgeordnetenhaus von Kalifornien als erstes Parlament eines US-Bundesstaats ein Gesetz, das die Eheschließung homosexueller Paare ermöglicht.

DONNERSTAG, 8. 9.

KRISE Die orange Revolution in der Ukraine gerät ins Stocken: Staatschef Wiktor Juschtschenko entlässt wegen Korruptionsvorwürfen die Regierung.

WAHL Der Tod einer NPD-Direktkandidatin im Dresdner Wahlkreis 160 verzögert das Endergebnis der Bundestagswahl um zwei Wochen. Knapp 220 000 Wahlberechtigte können erst am 2. Oktober an die Urnen gehen.

FREITAG, 9. 9.

KAIRO Präsident Husni Mubarak wird mit 88,6 Prozent zum Sieger der Präsidentenwahl erklärt. Zum ersten Mal waren neun Gegenkandidaten zugelassen, doch unabhängige Beobachter äußerten Zweifel an einem einwandfreien Ablauf von Wahl und Auszählung.

HURRIKAN II In Benefizkonzerten in New York und Los Angeles rufen Popstars wie Sheryl Crow, Alicia Keys, Paul Simon und die Dixie Chicks zu Spenden für die Opfer der Naturkatastrophe auf.



CHAIWAT SUBPRASOM / REUTERS

Zum fünften Mal kämpfen 16 Teams von fünf Kontinenten im thailändischen Prachuap Kiri Khan um den Kings Cup im Elefanten-Polo.

SPIEGEL TV

MONTAG, 12. 9.
23.00 – 23.30 UHR SAT.1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Die Verwandlung – Angela Merkels Weg nach oben
Sie begann ihre politische Karriere als zweite Pressesprecherin des letzten DDR-Regierungschefs und wird wohl die erste Kanzlerin der Bundesrepublik. Aus der etwas schüchternen Frau ist eine Politikerin geworden, die sich im männerdominierten Politikbetrieb längst durchgesetzt hat.



VARIO-PRESS/SÜDD. VERLAG(L.); FLITNER / LAIF (R.)

Merkel 1991, 2005

DONNERSTAG, 15. 9.
22.10 – 23.05 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Preiskrieg der Billigflieger
Immer mehr Billigfluglinien kämpfen um die Gunst der Kunden. SPIEGEL TV Extra begleitet Flugkapitäne, Stewardessen und Bodenpersonal beim ständigen Kampf um jeden Passagier.

FREITAG, 16. 9.
22.50 – 0.50 UHR VOX

SPIEGEL TV THEMA

Familienangelegenheiten Teil 3
Wenn Eltern und Kinder schwierig werden – die Pubertät
Die Pubertät ist für viele Eltern und Kinder eine besonders kritische Phase. Manchmal können Konflikte nur mit Hilfe von außen gelöst werden. Ob im Internat oder Jugendarrest, in der Psychiatrie oder beim Gefühlschaos zu Hause: SPIEGEL TV Thema begleitet Jugendliche in ihrem ganz unterschiedlichen Alltag.

SONNTAG, 18. 9.
22.15 – 23.05 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Tag der Entscheidung: SPIEGEL TV Magazin mit einer Sondersendung zur Bundestagswahl 2005
Analysen, Berichte und Hintergründe zum Duell Schröder gegen Merkel. Reporter und Kamerateams fangen Stimmen und Stimmungen ein bei Wählern, Verlierern und Siegern dieses Wahlsonntags.

Register

GESTORBEN

Ekkehard Schall, 75. Bert Brecht selbst holte den jungen Feuerkopf aus Magdeburg 1952 an sein Berliner Ensemble. Er war der proletarische Held, der blonde Siegfried des Sozialismus, der Heldentenor der neuen Zeit. Brecht setzte auf ihn in allen seinen Stücken, und Schall blieb der Familie eng verbunden – Brechts Tochter Barbara verliebte sich in den Heißsporn und heiratete ihn. Seinen internationalen Durchbruch hatte „Ekke“ Schall, wie er sich nennen ließ, in seiner Gestaltung des „Arturo Ui“. Der „Figaro“ jubelte: „Ein neuer Charlie Chaplin ist geboren.“ Er war der ideale Hauptrollenspieler, ein Kraftwerk, ob er als Coriolan, Puntila, Fatzer, Baal oder Galilei auf der Bühne stand. Nach dem Mauerfall zog sich Schall mehr und mehr vom Berliner Ensemble zurück. Er wollte nicht als „Zitat“ der proletarischen Heldenzeit durch ignorante Jüngere eingesetzt werden. Auf dem Brecht-Anwesen in Buckow begann er, Gedichte zu schreiben und zu veröffentlichen, Lyrik von beachtlicher Potenz. Ekkehard Schall starb am 3. September in Berlin.



KARLHEINZ SCHINDLER / DPA

Otto Roegele, 85. Das Argument, als Publizist hätte er ungleich bessere Chancen, für seine Ideen zu werben, überzeugte den wertkonservativen Katholiken, der nach dem Krieg – da hatte er bereits promoviert als Mediziner und Philologe – zunächst als Arzt tätig war. Mit gerade 29 Jahren wurde er Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“ und prägte fortan das Blatt in der Adenauer-Ära. 1963 übernahm er die Herausgeberschaft des „Rheinischen Merkur“, als er die Professur für Zeitungswissenschaft an der Universität München erhielt. Dass er als Theoretiker weiterhin etwas bewegen wollte, stellte der Grandseigneur mit dem hintergründigen Humor und der Toleranz für Andersdenkende immer wieder unter Beweis: Er setzte sich für die Fusion des „Rheinischen Merkur“ mit der evangelischen „Christ und Welt“ ein, war Mitgründer der Münchner Hochschule für Fernsehen und Film, hatte eine Sendung im ZDF und gehörte der deutschen Unesco-Kommission und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken an. Otto Roegele starb am 7. September in Bergisch Gladbach.

Heinz Melkus, 77. Der automobiltechnisch eher einfallsarmen DDR bescherte der Dresdner einen Rennwagen mit Straßenzulassung, der optisch fast so aufregend anmutete wie ein Lamborghini oder ein Porsche. Gut hundert Exemplare des RS 1000 fertigte der Autokonstrukteur in den siebziger Jahren auf der Basis eines biederen Wartburgs – mit Flügeltüren, Kunststoffkarosserie und 90-PS-Motor. Bevor sich Melkus auf den Bau verschiedenster Rennwagen konzentrierte, war er mit 80 Siegen der erfolgreichste und populärste Motorsportler der DDR. Nebenher betrieb er eine Fahrschule; kurz nach der Wende eröffnete er als erster Vertragshändler ein Autohaus für BMW-Gebrauchtwagen. Heinz Melkus starb am 5. September in Dresden.



ULLSTEIN BILDERDIENST

Inge Ristock, 72. Sie konnte so bitterböse Texte schreiben, die die Weltpolitik genau auf den Punkt brachten, dass man sich oft fragte, wo diese im Umgang so freundliche Frau ihre schwarzen Gedanken herholte. Ristock hatte den Anspruch als Kabarettautorin, politische Aufklärungsarbeit zu leisten, und ließ sich dabei auch von der DDR-Zensur nicht entmutigen. Von 1969 bis 1974 war sie Dramaturgin des Ost-Berliner Kabaretts „Distel“, danach belieferte sie fast alle DDR-Kabaretts. Nach 1990 schrieb sie neben ihrem Engagement als „Distel“-Autorin auch die Drehbücher für die ZDF-Serien „Salto Postale“ und „Salto Kommunale“. Inge Ristock starb am 6. September in Berlin.

William Hubbs Rehnquist, 80. Über 14 Jahre hatte er schon am Washingtoner Obersten Gerichtshof als Richter gedient, bevor er 1986 als dessen 16. Vorsitzender ernannt wurde. Im Gegensatz zu den ideologischen Wadenbeißern von heute war er, der für seine klaren, häufig brüsken Worte gefürchtet war, ein altmodischer Konservativer mit zuweilen pragmatischen Entscheidungen. Dennoch hat er entscheidend dazu beigetragen, die konservative Wende in den USA juristisch abzusichern. Er half durch seine Urteilsbegründungen, die Rolle des Präsidenten und der Bundesstaaten zu stärken und beschnitt die Macht des Kongresses und der Richter. Als Befürworter der Todesstrafe konnte er sich in seiner langen Amtszeit durchsetzen, als Gegner des Rechts auf Abtreibung nicht. William Rehnquist starb am 3. September in Arlington bei Washington.



AP

Eva Herzigova, 32, tschechisches Model, deren Brust von der Unterwäsche-Firma Wonderbra mit dem Slogan „Hello Boys“ vermarktet worden war, hat ausgedient. Stattdessen setzt der Dessous-Fabrikant in einer demnächst startenden Drei-Millionen-Euro-Anzeigen-Kampagne auf unschuldig schauende Models in züchtigen Kleidern, die nicht einmal einen BH-Träger aufblitzen lassen. Möglich, dass damit das Ende aggressiver Zurschaustellung des Weiblichen in der Werbung eingeläutet wird, als Abkehr von einer als Chauvi-Kultur empfundenen Sexualisierung, in der sich Frauen billig vorkommen mussten. „Selbstverwirklichung“ sei der Trend, sagt Hervé Bailly, Marketing-Direktor von Wonderbra, „Frauen wollen die Balance von Attraktivität für den Mann und dem Selbstsein erreichen“. Etwas zerknirscht wirkt da das Eingeständnis des Werbemannes, es sei „nicht sehr respektvoll gegenüber Frauen, sie halb nackt zu zeigen“.



ALFAQUI SL / ACTION PRESS

Wonderbra-Werbung mit Herzigova (1995)

Neue Wonderbra-Werbung



MARTIN GERTEN / DPA

Sommer

Barbara Sommer, 56, Mutter von fünf Kindern und neue Schulministerin in Nordrhein-Westfalen, versetzt altgediente Ministeriale in Erstaunen. Die Quereinsteigerin aus der CDU will auf keinen Fall mit „Frau Ministerin“ angeredet werden („Ich bin einfach Frau Sommer“). Sie mag auch nicht stundenlang in ihrem Büro sitzen und verschwindet immer mal wieder zum Schwätzchen mit subalternen Mitarbeitern auf die Ministeriumsflure. Vergangene Woche suchten Staatssekretär, Fahrer und diverse Mitarbeiter ihre kommunikationsfreudige Chefin eine Dreiviertelstunde lang im gesamten Haus. Sommer, gelernte Pädagogin und zuletzt Schulamtsdirektorin im westfälischen Gütersloh, begründete die spontane Extratour: „Ich musste mal schnell besprechen, wo wir den Weihnachtsbaum aufstellen.“

Tony Blair, 52, britischer Premierminister, schweigt sich in diesen Tagen auffällig aus über die vorgezogenen Bundestagswahlen. Das war bei den Wahlen 2002 noch anders. Da gab er sogar noch in der Woche vor dem Wahltag Gerhard Schröder Schützenhilfe per Interview im Berliner „Tagesspiegel“. Der „Independent“ notierte dazu, es gebe für die Zurückhaltung des Labourchefs zwei Gründe: „Blair ist nicht sicher, dass Schröder dieses Mal gewinnt, und er hasst es, Verlierer zu unterstützen.“ Außerdem hätten sich die beiden wegen des Golfkriegs entzweit, und „die persönlichen Beziehungen sind immer noch etwas angespannt“. Mittlerweile aber geriert sich Blair bei Selbstdarstellungsversuchen wie sein politischer Ex-Freund als dem Volke naher Sportsfreund. Er tritt den Fußball vor Publikum mit umgebundener Krawatte und abgelegter Anzugjacke wie vergangene Woche bei seinem Chinabesuch.



CLARO CORTES IV / REUTERS

Blair

Paulo Coelho, 58, brasilianischer Erfolgsautor („Der Zahir“, „Der Alchimist“), erklärte jetzt, warum er die eine Hälfte des Jahres in einem kleinen französischen Dorf und die andere in seiner Geburtsstadt Rio de Janeiro verbringe. Es sei keineswegs die bukolische Atmosphäre, die ihn in das winzige französische Dorf Saint-Martin verschlagen habe. Es war der Schrein der



ALAN RIDING / NEW YORK TIMES

Coelho

Jungfrau Maria im 16 Kilometer entfernten Lourdes, der ihn anzog. Er sei Katholik, sagt der Schriftsteller, der zur Entspannung gelegentlich zu Pfeil und Bogen greift, „aber nicht der Kirche verpflichtet, sondern der Idee von der Jungfrau, dem weiblichen Antlitz Gottes“. Seit 1992 finde er sich jedes Jahr zur Stunde seiner Geburt in der Grotte ein. „Sie ist für mich ein Ort von Bedeutung.“

Angela Merkel, 51, ostdeutsche Kanzlerkandidatin, kommt im 15. Jahr der deutschen Einheit endlich auch privat in den Genuss blühender Landschaften. Lange plagte die CDU-Chefin ein 250 Meter langes Stück unbefestigter DDR-Feldweg, der die einzige Zufahrtsstraße zu ihrer Wochenend-Datsche in Hohenwalde verunstaltete und kapitalistische Stoßdämpfer auf eine harte Probe stellte. Wenige Wochen vor der Bundestagswahl schaffte die Gemeindeverwaltung nun Abhilfe und ließ die rustikale Etappe kurzentschlossen mit einer 12 Zentimeter dicken Schicht Bitumen aus Westproduktion übergießen. Der späte Beitrag zum Aufbau Ost, so beteuert der zuständige Amtsdirektor, habe freilich nichts mit der angestrebten Regierungstätigkeit der prominenten Hausbesitzerin im 50-Seelen-Weiler in der brandenburgischen Uckermark zu tun: Die 25 000 Euro teure Maßnahme, die in nur einem Tag Bauzeit realisiert werden konnte, sei bereits im letzten Jahr beschlossen worden – lange vor Merkels Kanzler-Kandidatur.

Ingvar Kamprad, 79, legendärer Gründer des Billigmöbelhauses Ikea, verriet im schwedischen Fernsehen, wie man nicht nur reich wird, sondern auch bleibt – durch stramme Ausgabenminimierung nicht zuletzt im privaten Bereich. Wenn er verreisen wolle, surfe er so lange im Internet, bis er das billigste Flugticket in der sogenannten Holzklasse gefunden habe, und in seiner Heimat Schweden klappere er in seinem alten, verrosteten Volvo gern alle Hotels einer Stadt ab, um die günstigste Übernachtungsmöglichkeit auszukundschaften. Der Konzernherr über 84 000 Mitarbeiter, mit einem Vermögen von 23 Milliarden US-Dollar laut Wirtschaftsmagazin „Forbes“ eine der wohlhabendsten Privatpersonen der Welt, hat auch einen Tipp für Nachahmer, wie sie auf schmackhafte Art sparen können: „Macht es wie ich, geht zum Essen in eine Ikea-Cafeteria. Ich nehme mir da übrigens gern eine Begleitung mit, denn wenn man zwei Portionen vom Essen bestellt, gibt’s den Kaffee gratis.“

Willi Lemke, 59, Bremer Bildungssenator, hat eine Methode gefunden, wie das klamme Bundesland in Zeiten hoher Spritpreise Kosten sparen kann. Kürzlich war der SPD-Politiker auf einer politischen Veranstaltung in Bremen-Borgfeld und wollte zurück in die Innenstadt, wo im Bürgerpark schon eine Gruppe Schüler auf ihn wartete. Weil ein bestelltes Taxi jedoch nicht kam und auch die Straßenbahn gerade weg war, stellte sich Lemke kurzerhand an den Straßenrad und hielt einen Daumen raus. Lange musste der prominente Anhalter nicht warten. „Das dritte Auto hielt schon an“, freute sich der Senator „und eine freundliche Bremerin nahm mich mit.“

Susan Sarandon, 58, US-Schauspielerin („Dead Man Walking“), liebt die kurzen, nicht-metaphysischen Fragen. Beim Filmfestival in Venedig lauschte sie zunächst geduldig der gewundenen Frage eines italienischen Journalisten. Schließlich war sie da, um ihren neuen Film „Elizabethtown“ zu promoten, in dem sie eine Witwe spielt, die versucht, sich selbst zu finden. Als dann aber einer der Reporter sie nach ihrer Beziehung zum Tod fragte, platzte Sarandon heraus: „Ihr Burschen habt die schwierigsten Fragen.“ Das sei so ganz anders in den „States“, wo „sie von einem nur wissen wollen, mit wem du gerade schläfst“.



ALESSANDRA BENEDETTI / CORBIS

Sarandon

Dominique Strauss-Kahn, 56, früherer Finanzminister, und **Jack Lang,** 66, Ex-Kulturminister der Sozialistischen Partei Frankreichs, ließen sich vor kurzem bei einem gemeinsamen Vergehen auf frischer Tat ertappen. Die beiden Oppositionspolitiker nahmen Ende August am traditionellen Sommertreffen ihrer Partei in La Rochelle teil, als ihnen ausgerechnet bei der Abschlussrede des Parteichefs François Hollande in einem scheinbar unbeobachteten Moment die Augen zufielen. Seite an Seite, mit vertrauensvoll einander zugeneigten Köpfen, schlummerten die zwei Genossen. Ein idyllisches Bild, das ein aufmerksamer Fotograf prompt festhielt. Dabei wollten die prominenten Parteigrößen Hollande, der seit dem Nein der Franzosen zur Europäischen Verfassung politisch angeschlagen ist, eigentlich mit ihrer Anwesenheit unterstützen.



MAXPPP / COLOURPRESS.COM

Strauss-Kahn (2. v. l.), Lang

Sigmar Gabriel, 45, SPD-Politiker aus Niedersachsen, führt seinen Wahlkampf mit Verve. Als ihm auf einer bildungspolitischen Veranstaltung ein älterer Lehrer mit dem vor Jahren gefallenen Schröder-Satz konfrontierte „Lehrer sind faule Säcke“, da geriet der ehemalige Ministerpräsident von Niedersachsen schier außer sich. „Lieber Genosse, jetzt will ich dir mal eins sagen“, fing der genervte Wahlkämpfer an, was er wohl glaube, „wie viele Schüler noch in deiner Klasse wären, wenn sie sich alle noch an Beschimpfungen erinnern würden, die du vor einem Jahr für sie hattest?!“ Der „Gerd“ habe den „Spruch vor zehn Jahren gesagt“. Dann wurde Gabriel grundsätzlich: „Nenn mich gefälligst nicht einen jungen Dachs. Ich bin 45, und auf allen Schulveranstaltungen siezen sie mich schon seit mehreren Jahren.“

Aus der „Welt“: „Das Oktoberfest ist ja so etwas wie der Hitler unter den Volksfesten – berühmt und gehasst in der ganzen Welt.“

So wie der Wahlkampf läuft, und wenn die Mehrheitsverhältnisse für Schwarz-Geld reichen, wird der nächste Bundesfinanzminister wohl Paul Kirchhof heißen. Bei jeder anderen Lösung müssten sich die Wähler der Union angelogen vorkommen, und Angela Merkel hätte gleich zu Beginn ein massives

Aus der „Süddeutschen Zeitung“

Wenn die Bachforelle leise seufzt...

Aus der „Berliner Morgenpost“



KAUM UNTERSCHIEDE gibt es zwischen Menschen (Mitte) und Schimpansen. Foto: dpa

Aus der „Neuen Osnabrücker Zeitung“

Die „Süddeutsche Zeitung“ über Tourismuswerbung: „Österreich wirbt mit Pinguinen, also Gästen aus dem hohen Norden, die glücklich bei einer Almhütte angekommen sind. Spanien hingegen lockt mit klassischen Motiven.“

Shalom!

Waren Sie schon einmal in einem islamischen Land? Auch nach dem 11. September 2001?

Aus einer Einladung des Studienkreises für Tourismus zu einem Islam-Workshop.

Zitat

Die „Welt“ zum SPIEGEL-Bericht „Proliferation – Maritimes Malheur“ über den riskanten Export eines deutschen Spezialkrans nach Teheran (Nr. 17/2005):

Anfang April wurde ein hochmoderner Schwerlastkran aus Deutschland unbemerkt Richtung Iran verschifft. Obwohl dieses Spezialgerät, wie höchste Geheimdienstkreise inzwischen einräumen, ein brisantes „dual use“-Gut ist, also durchaus im Rahmen von Waffenprogrammen genutzt werden kann, bemerkten deutsche Behörden die Lieferung erst, als diese schon längst auf den Weltmeeren war. Zu lesen war dies alles im SPIEGEL vom 25. April. In den folgenden Wochen sorgte jedoch nicht nur die wohl illegale Lieferung des Krans – dem ehrgeizigen Raketenprogramm des Iran hilfreich und für Deutschland peinlich – für Aufregung in Berlin. Wie, so berieten in mehreren Sitzungen hochrangige Sicherheitskreise, gelangten die Informationen an die Presse? Wo ist die undichte Stelle? Mindestens einmal war dies auch Thema in der dienstäglichen sogenannten „ND-Lage“ im Bundeskanzleramt, wo sich die Chefs der Geheimdienste des Bundes mit Kollegen des Auswärtigen Amtes, des Innenministeriums, des Justizministeriums, des Wirtschaftsministeriums und Geheimdienstkoordinator Ernst Uhrlau beraten. In einer dieser Sitzungen Anfang Mai, so Beteiligte übereinstimmend, erhielt Justiz-Staatssekretär Hansjörg Geiger von AA-Staatssekretär Jürgen Chrobog ein Blatt Papier. Darauf war vermerkt, dass in der Proliferations-Abteilung der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe eine bestimmte, namentlich genannte Mitarbeiterin „zuständig“ sei. Zudem gebe es Informationen, der SPIEGEL habe in der Abteilung zweimal angerufen. Anfang Juni stellte Generalbundesanwalt Kay Nehm intensive Nachforschungen in seiner Behörde an. Nach Informationen der „Welt“ wurden mehrere Staatsanwälte genauestens befragt. Auch sollen von Mitarbeitern Erklärungen verlangt worden sein, ob sie Kontakt zu Journalisten gehabt hätten. Die Sprecherin der Bundesanwaltschaft wollte zu diesem Vorgang nicht Stellung nehmen. „Für uns ist die Angelegenheit geklärt“, sagte sie. Obwohl doch eigentlich überhaupt nichts passiert sein soll, wurde im Mai ein Bundestagsabgeordneter angesprochen und brachte das Thema in das für die Geheimdienste zuständige „Parlamentarische Kontrollgremium“ des Bundestages ein. Der Hintergrund: In den Befragungen sollen den Staatsanwälten auch Sachverhalte vorgehalten worden sein, die überhaupt nicht im SPIEGEL zu lesen waren. Woher konnte die Behördenleitung diese kennen? Wurden die Gespräche abgehört? „Reine Verschwörungstheorie“, heißt es dazu bei Beteiligten.